

Winfried Ashoff

Die größeren Kreditgenossenschaften
des
Raiffeisenverbandes Mittelrhein
im
Spiegel des Betriebsvergleichs

I.

1967

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die größeren Kreditgenossenschaften des
Raiffeisenverbandes Mittelrhein im
Spiegel des Betriebsvergleichs

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaft durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
Diplom Kaufmann Winfrid Ashoff aus Essen
1967

Erster Berichterstatter: Professor Dr. L. Mülhaupt
Zweiter Berichterstatter: Professor Dr. E. Boettcher
Dekan: Professor Dr. L. Mülhaupt

Tag der mündlichen Prüfung: 6. März 1967



Meinen Eltern in Dankbarkeit gewidmet

V o r w o r t

Die bankwissenschaftliche Literatur schenkt dem Betriebsvergleich zwischen Genossenschaftsbanken kaum Beachtung. Praktische Betriebsvergleiche werden bei Raiffeisen-Kreditgenossenschaften erst seit 1959/60 in Form von Kennzahlenerhebungen durchgeführt. An diesen Erhebungen sind noch nicht alle regionalen Raiffeisenverbände beteiligt. Ein großer Nachteil der Vergleiche besteht darin, daß zwar Kennzahlen aufgestellt, diese jedoch überhaupt nicht oder nur ungenügend ausgewertet werden.

Aufgabe dieser Arbeit ist es, für die Zeit vom 1.1.1958 bis 31.12.1962 eine vergleichende Untersuchung der im Raiffeisenverband Mittelrhein e.V. zusammenschlossenen größeren Kreditgenossenschaften durchzuführen. Dabei werden einzelne Genossenschaftsbanken wegen besonders extremer wirtschaftlicher Verhältnisse herausgestellt. Um die Anonymität zu wahren, erhält jede Bank eine Schlüsselnummer, die nur ihr selbst bekannt gemacht wird.

Die Abhandlung beschäftigt sich mit allen grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit Betriebsvergleichen bei Raiffeisen-Kreditgenossenschaften. Im ersten Teil werden die theoretischen Grundlagen eines Betriebsvergleichs erläutert und diese für Kreditgenossenschaften untersucht. Der zweite Teil beschreibt Planung und Durchführung des Betriebsvergleichs zwischen den 156 größten Raiffeisen-Kreditgenossenschaften im Verbandsbezirk Mittelrhein. Dabei wird insbesondere das Vergleichschema erklärt, das richtungweisend für Betriebsvergleiche bei Raiffeisen-Kreditgenossenschaften sein kann. Der dritte Teil stellt die Vergleichsergebnisse dar und wertet sie aus, wobei neben den speziellen Erfahrungen auch allgemeine Erkenntnisse im Hinblick darauf geschildert werden, wie sich unterschiedliche Betriebsgrößen und ein im Umfang variierendes Warengeschäft

- im Nebeneinander mit dem Geld- und Kreditgeschäft ein Wesensmerkmal vieler Kreditgenossenschaften - in den verschiedenen Bereichen der Geschäftstätigkeit auswirken. Dieser Teil der Abhandlung zeigt die praktische Nutzanwendung der Grundlagen und Methoden des Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften. Der vierte Teil faßt die Ergebnisse zusammen und weist auf Möglichkeiten und Grenzen der Ergebnisauswertung hin.

Besonders verpflichtet fühlt sich der Verfasser Herrn Professor Dr. L. M ü l h a u p t , der die Arbeit wissenschaftlich betreute und vielseitige Anregungen gab. Seine Veröffentlichungen sowie die in seinen Seminaren und Arbeitsgemeinschaften gewonnenen Erkenntnisse waren eine wertvolle Hilfe bei der Abfassung der Arbeit. Dank gebührt dem Vorstand und mehreren Herren beim Raiffeisenverband Mittelrhein in Koblenz für Erläuterungen und Ratschläge. Für die verständnisvolle Förderung schuldet der Verfasser Herrn Diplom-Volkswirt Dr. D. S p o o , Leiter der Abteilungen Volks- und Betriebswirtschaft, besonderen Dank. Herr W. S c h ü l l e r , Leiter der Abteilungen Statistik und Bilanzbüro, stellte in dankenswerter Weise die Vergleichsunterlagen zur Verfügung. Schließlich möchte der Verfasser allen Damen und Herren danken, die zur organisatorisch-technischen Fertigstellung der Arbeit beigetragen haben.

Essen, im Dezember 1966

Winfried Ashoff

Die größeren Kreditgenossenschaften des
Raiffeisenverbandes Mittelrhein im
Spiegel des Betriebsvergleichs

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
<u>Vorwort</u>	
Erster Teil: Theoretische Grundlagen des Betriebsvergleichs und allgemeine Erwägungen zur Vergleichbarkeit von Kreditgenossenschaften	1
I. <u>Das Wesen des Betriebsvergleichs</u>	1
II. <u>Arten des Betriebsvergleichs</u>	3
1. Der einbetriebliche Vergleich	4
2. Der zwischenbetriebliche Vergleich	6
III. <u>Der Betriebsvergleich bei ländlichen Kreditgenossenschaften</u>	8
1. Begriff und Aufgaben der ländlichen Kreditgenossenschaft	10
2. Aufgaben und Ziele eines Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften	15
3. Formelle und materielle Voraussetzungen für die Vergleichbarkeit genossenschaftlicher Kreditinstitute	18
4. Die Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes	20

	<u>Seite</u>
Zweiter Teil: Planung und Durchführung eines zwischenbetrieblichen Zeitvergleichs unter größeren Raiffeisen-Kreditgenossenschaften im Verbandsbezirk Mittelrhein	26
I. <u>Die speziellen Zielsetzungen der Untersuchung</u>	26
II. <u>Die Marktstellung der Kreditgenossenschaften im Mittelrheingebiet</u>	28
III. <u>Auswahl und Zusammenfassung der Kreditgenossenschaften in Vergleichsgruppen</u>	32
IV. <u>Die sachliche Umgrenzung der Vergleichsgebiete</u>	45
1. Der Vergleich der Entwicklung allgemeiner Strukturdaten	46
2. Die Personalentwicklung und die Leistung pro Beschäftigten	48
3. Der Bilanzvergleich	49
a. Die Kapitalstruktur	50
b. Die Vermögensstruktur	52
c. Die Beziehungen zwischen der Kapital- und der Vermögensstruktur	54
4. Der Vergleich der Liquidität	57
5. Der Erfolgsvergleich	62
a. Die Zinsspannenrechnung	63
b. Der Erfolgsdatenvergleich (Aufwands- und Ertragsaufgliederung)	67
6. Der Vergleich sonstiger betriebswirtschaftlicher Kennziffern	70
V. <u>Die Quellen des Betriebsvergleichs</u>	70
VI. <u>Gang und Methode der Untersuchung</u>	73

	Seite
Dritter Teil: Darstellung und Auswertung der Ergebnisse des Betriebsvergleichs	76
I. <u>Die allgemeine Entwicklung der Kredit- genossenschaften in den Vergleichs- jahren 1958 bis 1962</u>	76
1. Die Entwicklung des Mitglieder- bestandes	76
2. Die Entwicklung der Zahl der Konten und der Buchungsposten	80
3. Veränderungen des Geschäftsvolumens und anderer die Geschäftstätigkeit kennzeichnender Größen	90
a. Die Bilanzsumme	91
b. Gesamtaufwendungen und Gesamt- erträge	93
c. Der Gesamtumsatz	95
d. Der Warenumsatz	98
e. Das Einlagengeschäft	99
f. Das Kreditgeschäft	103
II. <u>Beschäftigungsverhältnisse und Leistungen des Personals</u>	107
III. <u>Die Erkenntnisse aus den zwischen- betrieblichen Bilanzvergleichen</u>	115
1. Die Ergebnisse der Kapitalstruktur- analyse	115
a. Die Struktur der Passiva	115
b. Das Eigenkapital	120
c. Das Einlagengeschäft	124
ca. Art und Zusammensetzung der Einlagen	125
cb. Die Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen	129
cc. Die durchschnittliche Höhe der Sparguthaben je Konto	131
cd. Die Berufsgruppengliederung der Einleger	132
d. Die aufgenommenen Gelder	134

	<u>Seite</u>
2. Die Ergebnisse der Vermögens- strukturanalyse	138
a. Die Vermögensstruktur	139
b. Das Anlagevermögen	146
c. Das Kreditgeschäft	147
ca. Die Struktur des Kreditvolumens	148
cb. Die Größengliederung der gewährten Kredite	154
cc. Die Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer	157
3. Die Beziehungen zwischen Kapital- und Vermögensgrößen (Deckungsverhältnisse)	160
a. Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	162
b. Die Investitionspolitik einiger ausgesuchter Kreditgenossen- schaften	165
c. Der Eigenkapitalgrundsatz I des Bundesaufsichtsamtes	168
d. Das Verhältnis von Krediten zu Einlagen und aufgenommen Geldern	170
e. Liquide Mittel im Verhältnis zu fremden Geldern	174
IV. <u>Aussagen über die Liquidität</u>	175
1. Grundsätzliche Erwägungen zu Problemen der Liquidität bei Kreditinstituten	175
2. Die Liquiditätsgrundsätze des Bundesaufsichtsamtes	180
3. Liquiditätsmessungen nach der Praxis des Deutschen Raiffeisen- verbandes	182

	Seite
V. <u>Der Erfolg im Spiegel des Betriebsvergleichs</u>	188
1. Allgemeine Überlegungen zum Problem der Rentabilität bei Kreditgenossenschaften	188
2. Die Überschuß- und Überschußverwendungs- politik der erfaßten Kreditgenossen- schaften	191
3. Die Entwicklung von Aufwand und Ertrag im Vergleich zu Bilanzsumme und Gesamt- umsatz	195
4. Die Zinsspannenrechnung	199
a. Die Gesamtzinsspanne	199
b. Die Kredit-Einlagenzinsspanne	203
5. Die Ergebnisse der Erfolgsaufgliederung	207
a. Allgemeiner Überblick	207
b. Die ordentlichen Erträge	218
ba. Zinserträge	218
bb. Provisionserträge	221
bc. Erträge aus Warenverkehr	223
bd. Sonstige ordentliche Erträge	226
be. Der Bruttoertrag	227
c. Die ordentlichen Aufwendungen	229
ca. Zinsaufwendungen	229
cb. Persönliche und sachliche Verwaltungskosten	233
cc. Sonstige ordentliche Aufwendungen	238
d. Der Betriebsgewinn	241
e. Außerordentliche Erfolgselemente	245
f. Der Jahresgewinn	247
g. Warenrückvergütung und sonstige Vorweg-Gewinnverwendung	249
h. Der Reingewinn	251
6. Die Bedeutung der verschiedenen Erfolgsquellen	254

	<u>Seite</u>
VI. <u>Die Aussagekraft sonstiger betriebswirtschaftlicher Kennziffern</u>	259
1. Die Dienstleistungsgeschäfte der Kreditgenossenschaften	259
2. Die Auswirkungen der Dienstleistungsgeschäfte auf den Erfolg am Beispiel ausgesuchter Raiffeisenbanken	261
 Vierter Teil: Ergebnis und kritische Würdigung	 267
I. <u>Auswertung der Ergebnisse</u>	267
II. <u>Der begrenzte Erkenntniswert des Betriebsvergleichs</u>	270
III. <u>Zusammenfassung der Ergebnisse</u>	274
 <u>Anhang eines Rechenbeispiels: Überschlägliche Berechnung der Kosten und Erträge des Bank- und Warengeschäftes bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen</u>	 287
 <u>Literaturverzeichnis</u>	 291
 <u>Formblätter für den Jahresabschluß</u>	
 <u>Lebenslauf</u>	
 <u>Schlüsselverzeichnis</u> (Dechiffrierung der Schlüsselnummern)	
 <u>Zahlenanhang</u>	 Blatt 1 bis 35

Erster Teil:

Theoretische Grundlagen des Betriebsvergleichs und allgemeine Erwägungen zur Vergleichbarkeit von Kreditgenossenschaften

I. Das Wesen des Betriebsvergleichs

Jedes wirtschaftliche Handeln der Menschen wird unabhängig von dem jeweiligen Wirtschaftssystem durch das ökonomische Prinzip bestimmt. Dieses von Gutenberg¹ als "systemindifferenten Tatbestand" bezeichnete Fundamentalprinzip jeden Wirtschaftens besagt, daß eine größtmögliche Leistung bei gegebenem Aufwand (Optimumprinzip) oder eine bestimmte Leistung mit dem geringstmöglichen Maß an Aufwendungen (Sparprinzip) anzustreben ist.

Aufschlüsse darüber, wie die wirtschaftliche Arbeit des Menschen nach dem ökonomischen Prinzip ausgerichtet werden kann, bedingen ein dauerndes Messen, Vergleichen und Werten. Dieses führt nur dann zu brauchbaren Erkenntnissen, wenn es planmäßig betrieben wird und wenn die Maßstäbe, an denen z.B. betriebliche Ergebnisse gemessen werden, den Charakter einer möglichst objektiven Norm haben. Eine Vergleichstätigkeit in den Betrieben ist auch dann sinnvoll, wenn es Vergleichsbetriebe gibt, die wegen ihrer besonders wirtschaftlichen Arbeitsweise als Maßstab für die anderen dienen können. Ausgehend von dieser Erkenntnis kommt Schnettler² zu folgender Definition des Betriebsvergleichs: "Unter Betriebsvergleich versteht man das systematische, zweckbewußte, nach bestimmten Methoden durchgeführte Vergleichen betrieblicher Größen zur Messung und Beurteilung wirtschaftlicher Tatbestände."

Ein Betriebsvergleich im definierten Sinne liegt immer dann vor, wenn die folgenden Vergleichsbestandteile enthalten sind³:

¹ Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Bd. 1, Die Produktion. 8./9. Aufl. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963. S. 10.

² Art. Betriebsvergleich (Schnettler). Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, 5. Aufl. Wiesbaden 1962. S. 509.

³ Schnettler, A., Betriebsvergleich. 3. völlig neu bearb. Aufl. Stuttgart 1961. S. 7 f.

1. Mindestens zwei Vergleichsobjekte, von denen eines den Anforderungen einer Norm in bezug auf den Vergleichszweck genügen muß. Die wichtigsten vergleichbaren Objekte für die Betriebswirtschaftslehre sind der Betrieb und die Unternehmung. Der Begriff Betrieb im Worte Betriebsvergleich muß als Oberbegriff für Vergleiche von Unternehmungen, Werken, Arbeitsplätzen, Betriebsfunktionen oder Betriebsteilen verstanden werden. Somit können auch Kreditgenossenschaften Objekte eines Betriebsvergleichs sein. Soweit die Vergleichsobjekte nicht Kreditgenossenschaften als Ganzes, sondern bestimmte geschäftliche Teilbereiche betreffen, wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung jeweils von Vergleichsgebieten gesprochen.
2. Ein Vergleichssubjekt, das als Person oder Personen-
gruppe (Institution) systematisch den Vergleich durchführt (Vergleichsstelle).
3. Ein Vergleichszweck, der vom Vergleichssubjekt festgesetzt wird und entweder nur beschreibend auf das Gleichartige und das Unterschiedliche der Vergleichsobjekte eingeht oder aber die Ursachen von Gleichartigem und Unterschiedlichem ermitteln will.
4. Ein Vergleichsmaßstab, mit dem die Vergleichsobjekte auf ihre Gleich- bzw. Ungleichheit hin gemessen werden können. Als Vergleichsmaßstab dienen in der Regel wirtschaftliche Größen, z.B. Bilanzsumme, Umsatz in Werteinheiten, Rentabilität.
5. Die Vergleichszeit, die sowohl einen Zeitpunkt als auch einen Zeitraum betreffen kann.
6. Die Vergleichsaussage als wertendes Ergebnis des Betriebsvergleichs.

Aus dem Vergleichszweck ergibt sich, daß der Betriebsvergleich eine betriebliche Kontroll- und Untersuchungsform darstellt, die es der Unternehmungsführung ermöglicht, die eigene Situation zu erkennen und daraus Schlüsse für eine rationelle Wirtschaftsführung zu ziehen. Der Vergleich mit Daten gleichartiger Betriebe läßt

erkennen, "wo im Hinblick auf eventuell notwendige Verbesserungen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden müssen" ¹. Daher ist "die Durchführung von Betriebsvergleichen eine vorbereitende Maßnahme der Risikoreduzierung und der Risikopolitik" ².

Im funktionalen Gliederungssystem der Betriebswirtschaftslehre nach Gutenberg ist der Betriebsvergleich in die Kontrollfunktion des betrieblichen Rechnungswesens einzuordnen ³. Mit allen Teilen des Rechnungswesens ist er eng verknüpft; er vergleicht Zahlen, die aus Buchhaltung, Betriebsstatistik und Kalkulation gewonnen werden. Beim einbetrieblichen Betriebsvergleich (Zeitvergleich) können Zahlen der Betriebsstatistik teilweise direkt herangezogen werden, während beim zwischenbetrieblichen Vergleich die Zahlen der Statistik das Ausgangsmaterial für die Erhebung bilden ⁴. Der enge Zusammenhang zwischen Betriebsvergleich und Betriebsstatistik veranlaßt Rummel ⁵, den Betriebsvergleich als ein "Teilgebiet vergleichender Statistik" zu bezeichnen. Auch mit dem dispositiven Faktor und der Durchführung seiner Planungsaufgabe steht der Betriebsvergleich in engem Zusammenhang. Die Planung erhält durch den Betriebsvergleich zahlenmäßig fundierte Unterlagen über den Zustand des Betriebes. Mit diesen kann die Unternehmungsführung Maßnahmen zur Rationalisierung und Intensivierung des betrieblichen Leistungstrebens planen und ergreifen.

II. Arten des Betriebsvergleichs

Betriebliche Vergleiche lassen sich in vielfältiger Weise systematisieren. Für die verschiedenen Einteilungs-

¹ B u s s m a n n, K., Betreuung und Prüfung der Unternehmungen. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. G u t e n b e r g, Wiesbaden 1960. S. 163.

² S c h n e t t l e r, a.a.O., S. 3.

³ Vgl. G u t e n b e r g, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. G u t e n b e r g. Wiesbaden 1958. S. 21 ff.

⁴ S c h n e t t l e r, a.a.O., S. 10.

⁵ R u m m e l, K., Die Möglichkeiten des Betriebsvergleichs. "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung". Leipzig 1938. S. 177.

kriterien ist jeweils entscheidend, ob die Zahl der beteiligten Betriebe, der Standpunkt des Vergleichssubjekts, das Vergleichsmaterial und seine Kontrollmöglichkeit, der Vergleichszweck, die Vergleichszeit oder die Vergleichsaussage im Vordergrund der Betrachtung stehen. Demgemäß lassen sich z.B. gegenüberstellen: der interne und der externe Betriebsvergleich, der deskriptive Vergleich und der Kausalvergleich oder der Zeitpunktvergleich und der Zeitraumvergleich. Wegen ihrer Übersichtlichkeit und Zweckmäßigkeit hat sich allgemein die von Schnettler¹ eingeführte Zweiteilung in einbetrieblicher Vergleich und zwischenbetrieblicher Vergleich durchgesetzt.

1. Der einbetriebliche Vergleich

Beim einbetrieblichen Vergleich werden effektive Zahlen des eigenen Betriebes (Unternehmen, Werk, Betriebsteil) entweder zu verschiedenen Stichtagen mit Zahlen gleichen Charakters verglichen (Zeitvergleich) oder mit geplanten Sollziffern vergleichend gegenübergestellt (Soll-Ist-Vergleich). Entscheidend ist, daß das Vergleichsmaterial immer aus ein und demselben Vergleichsbereich stammt.

Der Zeitvergleich ist der älteste und am häufigsten durchgeführte einbetriebliche Vergleich, bei dem strukturelle Daten und die Erfolge des Betriebes aus zurückliegenden Zeitperioden einander gegenübergestellt werden. Dabei lassen sich differenzierte Erkenntnisse über das Betriebsgeschehen und seine Veränderungen in der Zeitfolge gewinnen. Der einbetriebliche Zeitvergleich hat den Vorteil, daß er verhältnismäßig leicht durchzuführen ist, da das Vergleichsmaterial im eigenen Betrieb zur Verfügung steht und mögliche Störungs- einflüsse meist abgrenzbar sind. Der Zeitvergleich darf als grundsätzlich ehrlich gelten, da er keiner Publizität unterworfen ist und der Konkurrenz somit keine Möglichkeit bietet, Geschäftsgeheimnisse zu erfahren. Dieser Grund mag mit ausschlaggebend dafür sein,

¹ S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 12 ff.

daß die Praxis dem einbetrieblichen Zeitvergleich mehr Gewicht beilegt als dem zwischenbetrieblichen Vergleich¹. Gleichwohl hat der einbetriebliche Vergleich den schwerwiegenden Nachteil, daß ihm der überbetriebliche Vergleichsmaßstab fehlt. "Er dient der Selbstbeobachtung mit Maßstäben aus sich selber, nicht mit objektiveren, die aus der gleichartigen Außenwelt gewonnen werden"². Da der einbetriebliche Vergleich nur immer den gleichen Betrieb in der zeitlichen Entwicklung beobachtet und nichts über das Verhältnis zu anderen Betrieben der gleichen Branche aussagt, besteht die Gefahr, daß alte Mängel jahrelang unerkannt mitgeschleppt werden, oft verstärkt durch die "Betriebsblindheit" der Geschäftsleitung, wodurch möglicherweise "Schlendrian mit Schlendrian"³ verglichen wird.

Der Soll-Ist-Vergleich, eine weitere Erscheinungsform des einbetrieblichen Vergleichs, stellt im voraus geplante Sollziffern den effektiv erreichten Istziffern gegenüber, die beide den gleichen Stichtag oder Zeitraum betreffen und sich auf das gleiche Objekt beziehen. Auch hier werden nur Zahlen verglichen, die ein und demselben Wirtschaftsbereich (Betrieb, Werk, Betriebsteil usw.) entstammen. Die Sollziffern können entweder als vorge-schätzte Größen einer Planungsrechnung oder als Durchschnittsgrößen der Vergangenheit ermittelt werden⁴. Der Soll-Ist-Vergleich, der verschiedene Vergleichsgegenstände und Funktionen betreffen kann, präsentiert sich meist als Kostenvergleich. Indem er den außer- oder innerbetrieblich hervorgerufenen Abweichungen zwischen Soll und Ist nachgeht, ist er ein gutes Instrument der Produktivitäts- und Wirtschaftlichkeitsüberwachung. Gegenüber dem reinen Zeitvergleich hat er den Vorteil, daß er

¹ Vgl. S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 14.

² N i c k l i s c h , H., Die Betriebswirtschaft. 7. Aufl. der Wirtschaftlichen Betriebslehre. Stuttgart 1932. S. 122.

³ S c h m a l e n b a c h , E., Dynamische Bilanz. 4. Aufl. Leipzig 1926. S. 53 ff.

⁴ Vgl. S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 15.

sich an Normen orientiert. Allerdings sind diese auch nur Produkte einer einseitigen innerbetrieblichen Planung.

2. Der zwischenbetriebliche Vergleich

Stammt das zu vergleichende Material nicht aus ein und demselben Betrieb, sondern aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen, die die gleiche funktionale Zielsetzung haben, dann liegt ein zwischenbetrieblicher Vergleich vor. Die Vergleichsobjekte können Teilbereiche eines einzigen Betriebes, ganze Betriebe oder Unternehmungen sein. Die zwischenbetrieblichen Vergleiche umfassen alle Vergleiche von Zahlengrößen und verbalen Äußerungen, die bei konkreten Betrieben gleichwohl wie bei gedanklich konstruierten "Betrieben" durchgeführt werden können. Schnettler¹ definiert den zwischenbetrieblichen Vergleich als "ein systematisches, zweckbewußtes Inbeziehungsetzen von Größen verschiedener Betriebe mit dem Ziel, zu einer für den jeweiligen Vergleichszweck relevanten Aussage über die Vergleichsbetriebe zu kommen". Er kann gleichermaßen eine Periode oder einen Zeitpunkt betreffen oder auch für eine Zeitfolge von verschiedenen aufeinanderfolgenden Zeitpunkten vorgenommen werden. Während der Zweck des einbetrieblichen Vergleichs vornehmlich in der Sichtbarmachung von Strukturänderungen des eigenen Betriebes liegt, will der zwischenbetriebliche Vergleich neben der Feststellung von Gleichartigem und Ungleichartigem vor allem die Ursachen für das Unterschiedliche erkennen und daraus Maßnahmen für die Betriebspolitik ableiten.

Kreditgenossenschaften erscheinen für einen zwischenbetrieblichen Vergleich gut geeignet, weil sie in der Regel die gleichen Ziele verfolgen und die gleichen Funktionen erfüllen. Je gleichartiger die Betriebe, desto größer die Vergleichsmöglichkeiten.

Schnettler² hält eine Differenzierung der zwischenbetrieblichen Vergleiche für erforderlich und unterscheidet den Vergleich konkreter Betriebe, den Kennziffernvergleich und den fiktiven Vergleich.

¹ Schnettler, a.a.O., S. 17.

² Ebenda, S. 18 ff.

Beim Vergleich konkreter Betriebe wird das Vergleichsmaterial aus zwei oder mehreren konkreten Betrieben zueinander in Beziehung gesetzt. In der Regel ist das zu vergleichende Material gleichgeartet und auf den gleichen Stichtag bzw. Zeitraum bezogen. Der vorliegende Betriebsvergleich von Raiffeisen-Kreditgenossenschaften im mittelhheinischen Gebiet ist ein Vergleich konkreter Betriebe. Das Vergleichsmaterial setzt sich zusammen aus Zahlengrößen des laufenden Rechnungswesens. Es wird für Vergleiche finanzwirtschaftlicher Art verwertet (Kapital- und Vermögensstrukturvergleiche, Vergleiche der Investition und deren Finanzierung, Liquiditätsvergleiche), ebenso für Vergleiche von Erfolgsgrößen (Aufwands- und Ertragsvergleiche) und für Vergleiche sonstiger Art (Wachstumsvergleiche, Vergleiche kreditgenossenschaftlicher Dienstleistungsgeschäfte).

Der Kennziffernvergleich setzt voraus, daß zwischenbetriebliche Kennziffern (= Verhältniszahlen) aus gleichgelagerten Größen vieler Betriebe ermittelt werden. Die Kennziffern stellen gewöhnlich Durchschnittszahlen der Vergleichsbetriebe dar und sind um so brauchbarer, je mehr "sich in ihnen die typischen Mittelwerte einer Gruppe gleichartiger Betriebe widerspiegeln"¹. Von Kennziffernvergleich spricht man dann, wenn ein konkreter Betrieb seine individuellen Zahlen mit den entsprechenden Kennziffern der Branche vergleicht oder wenn Kennziffern einer Branche mit entsprechenden Kennziffern einer anderen Branche verglichen werden (Branchenvergleich). Der vorliegende zwischenbetriebliche Zeitvergleich erfaßt gruppenweise eine Vielzahl von Kreditgenossenschaften und stellt für die verschiedenen Vergleichszwecke Kennziffern als Durchschnitts- und Extremzahlen auf. Diese

¹ F i s c h e r , H.J., Theoretische Grundlagen und allgemeine Voraussetzungen des Betriebsvergleichs im Genossenschaftswesen. "Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen", Göttingen, Bd. 3, H. 2 (1953), S. 102.

Kennziffern dürfen wegen der strukturellen und organisatorischen Gleichartigkeit der verglichenen Kreditgenossenschaften als typisch für die jeweiligen Gruppen gelten. Die einzelne Genossenschaft kann einen Kennziffernvergleich durchführen, um durch den Vergleich eigener Daten mit den Gruppenkennziffern die individuelle Lage im Verhältnis zu den übrigen Kreditgenossenschaften zu erkennen. Ein solcher Vergleich hilft ihr, den eigenen Vermögens- und Kapitalaufbau, die Betriebsleistung, die Beschäftigungsverhältnisse sowie die Umsatz- und Erfolgsentwicklung kritisch zu beurteilen.

Die dritte von Schnettler angeführte Erscheinungsform des zwischenbetrieblichen Vergleichs, der fiktive Vergleich, ist weniger für Kreditgenossenschaften, also Dienstleistungsbetriebe (im Bankwesen und Handel), als vielmehr für Produktionsbetriebe gedacht. Die Besonderheit des fiktiven Vergleichs besteht darin, daß effektiven Zahlungsgrößen konkreter Betriebe geschätzte bzw. vorkalkulierte Größen von gedanklich konstruierten "Betrieben" gegenübergestellt werden. Hierdurch sollen zum Beispiel kostengünstigere oder ergiebigere Produktionsverfahren und Produktionsprogramme festgestellt sowie die optimale Betriebsgröße, der beste Standort und vorteilhaftere technische und organisatorisch-wirtschaftliche Maßnahmen ermittelt werden. Für Kreditgenossenschaften wird der fiktive Vergleich erst dann Bedeutung erlangen, wenn es gelingt, den Idealtypus einer Genossenschaft gedanklich zu konstruieren. Dies wird sicherlich nicht für die Kreditgenossenschaft schlechthin, jedoch für bestimmte Aufgabenbereiche möglich sein. Der Vergleich konkreter Daten mit dem fiktiven Zahlenmaterial könnte dann zur Fundierung wichtiger betriebspolitischer Entscheidungen beitragen.

III. Der Betriebsvergleich bei ländlichen Kreditgenossenschaften

Systematische Betriebsvergleiche werden in Deutschland erst seit wenigen Jahrzehnten durchgeführt. Anfangs konzentrierte sich die allgemeine Entwicklung ausschließlich auf Industriebetriebe, während entsprechende Arbeit-

ten für Dienstleistungsbetriebe, vor allem Kreditinstitute, viel später einsetzten. Im Kreditsektor ging die Initiative für Betriebsvergleiche von den Sparkassen aus. Ein erster zwischenbetrieblicher Vergleich im größeren Rahmen wurde 1936 vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband durchgeführt. Seit 1949 wird dieser immer mehr verfeinerte Vergleich regelmäßig zum Ende jeden Jahres vorgenommen, wobei fast alle öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute daran teilnehmen ¹. Der Sparkassenvergleich, der sich im einzelnen aus einem Bilanzvergleich, einem Erfolgsvergleich, einem Personal- und Beschäftigungsvergleich sowie einem Vergleich sonstiger betriebswirtschaftlicher Kennzahlen zusammensetzt, kann deshalb so gute Ergebnisse aufweisen, weil die Sparkassen über einen einheitlichen Kontenplan, einheitliche Richtlinien für die Erstellung und Durchführung des Betriebsvergleichs und eine einheitlich ausgerichtete Prüfungsorganisation bei den einzelnen Regionalverbänden verfügen.

Der Betriebsvergleich bei ländlichen Kreditgenossenschaften steht demgegenüber noch am Anfang seiner Entwicklung. Methodisch dient der Sparkassenvergleich auch insofern als Vorbild, als eine eigene genossenschaftliche Literatur über den Betriebsvergleich nicht vorhanden ist. Praktische Vergleiche führt die Deutsche Bundesbank durch, indem sie jährlich die von Kreditinstituten aller Bankgruppen freiwillig eingereichten Zinsertragsbilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen speziell auch für ländliche Kreditgenossenschaften auswertet. Das zusammengestellte Material geht zur vertraulichen Kenntnisnahme den an der Erhebung beteiligten Instituten wieder zu. Die von der Bundesbank angeregten Betriebsvergleiche haben sich bei den ländlichen Kreditgenossenschaften wegen der freiwilligen Beteiligung bisher noch nicht durchgesetzt.

¹ B i n d e w a l t, H.G., und K o l b e c k, H.,
Der Betriebsvergleich bei Sparkassen. Berlin 1959.
S. 17 ff.

Einige Bedeutung haben inzwischen die mit finanzieller Unterstützung des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) seit 1959/60 eingeführten Kennzahlenerhebungen im ländlichen Genossenschaftswesen erlangt. Die jährlich zu erhebenden Kennzahlen für Bilanzstruktur, Liquidität, Ertrag und Aufwand sollen den Verbandsrevisoren ein Hilfsmittel sein, um die im § 53 GenG geforderten Feststellungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Genossenschaften zu treffen¹. Beurteilt man unter dieser Zwecksetzung den praktischen Erfolg der bisher durchgeführten Kennzahlenerhebungen, dann befinden sich die entsprechenden Arbeiten noch im Stadium des Experiments.

Jeder Versuch der Durchführung eines Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften muß die betriebswirtschaftliche Eigenart genossenschaftlicher Unternehmungen berücksichtigen. Im Vergleich zu gewinnorientierten Bankbetrieben ergeben sich bei den überwiegend förderungswirtschaftlich ausgerichteten Kreditgenossenschaften Besonderheiten, u.a. im Hinblick auf Probleme der Vermögens- und Kapitalstruktur, der Beurteilung des Betriebsergebnisses, der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit, der Kapitalaufbringung und der Risikoverteilung². Die Notwendigkeit, diese sich aus der Zweckbestimmung der Genossenschaften ergebenden Probleme herauszustellen, ist der Ausgangspunkt eines jeden Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften.

1. Begriff und Aufgaben der ländlichen Kreditgenossenschaft

Die heutigen ländlichen Kreditgenossenschaften, die auf Gründungen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, nehmen

¹ D o e r k , K., Kennziffern und Vergleichszahlen als Hilfsmittel bei der Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In: Vierter Vortragszyklus für gehobene Kräfte aus dem Prüfungsdienst in Bad Kreuznach, hrsg. vom Deutschen Raiffeisenverband e.V., Bonn (1965). S. 58 ff.

² F i s c h e r , a.a.O., S. 98.

nicht nur in der Organisation des deutschen Genossenschaftswesens, sondern vor allem im deutschen Banksystem eine bedeutsame Stellung ein. Ihre Rechtsgrundlage finden sie im Genossenschaftsgesetz. Darüber hinaus regelt die Satzung Rechte und Pflichten der Mitglieder. Vorschriften über Errichtung, Rechtsverhältnisse, Geschäftsführung und Vertretung, Prüfung, Ausscheiden der Genossen und Auflösung der Genossenschaft sind diesen beiden Quellen zu entnehmen.

Der Grundauftrag einer Genossenschaft besteht in der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder¹. Dies entspricht auch der "Genossenschaftsidee", die die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder auf den Grundlagen von Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung beinhaltet. Die förderungswirtschaftliche Geschäftspolitik der Kreditgenossenschaften muß in konsequenter Auslegung der genannten Prinzipien auf die geld- und kreditwirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitglieder ausgerichtet sein. Von dieser Erkenntnis gehen die Muster-satzungen aus, die die Förderung des Sparsinns, die Pflege des Einlagengeschäftes, die Gewährung von Krediten an Mitglieder und die Vornahme aller sonstigen Bankgeschäfte zur Pflicht machen. Genossenschaftsarbeit ist kein Selbstzweck. Das Prinzip der Erzielung möglichst hoher eigener Gewinne muß zurückstehen, um primär dem "Prinzip der Selbstkostendeckung als Ausdruck der dienenden Rolle der Genossenschaft"² Geltung zu verschaffen.

Es widerspricht dem Wesen der Genossenschaft, der prinzipiellen Förderungsaufgabe, wenn der genossenschaftliche Geschäftsbetrieb ausschließlich gewinnorientiert ist. Fischer³ fordert, daß Genossenschaften im Idealfall Kostendeckungsbetriebe sein sollen. Dem Streben

¹ Vgl. § 1 GenG vom 1. Mai 1889 (RGBl. S. 55).

² S p o o , D., Was steht dahinter? - Informationen über das ländliche Genossenschaftswesen. Koblenz 1963. S. 11.

³ F i s c h e r , a.a.O., S. 111.

nach reiner Kostendeckung hält wiederum Klusak¹ entgegen, daß eine bestmögliche Förderung der Mitglieder auf lange Sicht eine hohe Leistungskraft der Kreditgenossenschaft voraussetzt. Diese wird nur dann erreicht, "wenn neben der unmittelbaren Förderung der Mitglieder die eigenen Mittel der Kreditgenossenschaft durch Bildung von Rücklagen nachhaltig gestärkt werden". Die Kreditgenossenschaft muß nach Gewinn streben und Rücklagen bilden, um eine stabile Geschäftsgrundlage zu erreichen und um sich gegen die Auswirkungen unvermeidlicher Risiken zu sichern. Bankmäßig-betriebswirtschaftliche Gründe erfordern einen angemessenen Gewinn. Eine Politik der Gewinnmaximierung mit dem Ziel, einen möglichst großen Teil des Gewinns an die Mitglieder auszuschütten, entspricht nicht mehr dem Genossenschaftsgedanken und ist ebenso unangebracht wie andererseits eine Politik der reinen Kostendeckung. Die Geschäftspolitik ist dann richtig orientiert, wenn das Streben nach angemessenem Gewinn dem Primat der umfassenden unmittelbaren Mitgliederförderung unterworfen bleibt.

In dieser Zielsetzung unterscheidet sich die Kreditgenossenschaft von einer Kreditbank, die - wie jede private Unternehmung - ihr Ziel in der Maximierung des Umsatzgewinnes sieht. Eine Kreditbank, die gewinnbringend arbeiten will, muß darauf dringen, daß "der für die eingekaufte Liquidität gezahlte Preis niedriger ist als der für die verkaufte Liquidität erzielte Preis", daß also die Differenz zwischen Geldbeschaffungskosten und Geldabgabepreisen so groß wie möglich ist².

Der Dienst an den Mitgliedern ist das primäre Ziel genossenschaftlicher Arbeit. Jede Genossenschaft ist daher als Hilfs- oder Ergänzungsbetrieb für die privaten Wirtschaften der Mitglieder anzusehen. Nicht das Kapital, sondern der Mensch steht im Mittelpunkt aller Genossen-

¹ Klusak, G., Die Raiffeisen-Kreditgenossenschaften. In: Taschenbücher für Geld, Bank und Börse. Hrsg. von Ph. Möhring und H. Rittershausen. Frankfurt a.M. 1964. S. 40.

² Mülhaupt, L., Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank. "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", N.F., Jg. 8. Köln und Opladen 1956. S. 10.

schaftsarbeit. Eine Begriffsbestimmung der Kreditgenossenschaft findet hier ihren Ansatzpunkt und wird in Anlehnung an den § 1 GenG von Hagenmüller¹ wie folgt gefaßt: "Kreditgenossenschaften sind Gesellschaften mit nicht geschlossener Mitgliederzahl, die mittels eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes durch die Gewährung von Darlehen und die Durchführung sonstiger bankmäßiger Geschäfte den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder fördern wollen."

Kreditgenossenschaften betreiben das Bankgeschäft prinzipiell im gleichen Umfang wie sonstige Geschäftsbanken. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören gleichermaßen Kredit-, Depositen- und Spargeschäfte, Abwicklung des baren und bargeldlosen Zahlungsverkehrs, Weiterleitung zweckgebundener öffentlicher Mittel, kommissionsweise Durchführung von Wertpapiergeschäften, Depotgeschäfte, Devisenbeschaffung, Vermittlung von Hypotheken, Außenhandelsgeschäfte, Prämien- und Gewinnsparen sowie Vermittlung von Bauspar- und Versicherungsverträgen. Besonderer Wert wird heute auf die Unterrichtung und Beratung der Mitglieder in allen Geld- und Kapitalmarktfragen bei beabsichtigter Kreditaufnahme gelegt. Der Beratungsdienst zielt darauf, die Genossen zu wirtschaftlichem Denken und wirtschaftlich vernünftigem Handeln zu bringen.

Ihren traditionellen Aufgaben entsprechend dienen Kreditgenossenschaften heute wie früher allen mittelständischen Berufsgruppen auf dem Lande (Handwerk, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Arbeitnehmerschaft, freie Berufe). Sie wollen diejenigen Volkskreise, denen wegen des geringen Umfanges ihres Betriebes der Anschluß an ein größeres Kreditinstitut versagt ist, zusammenfassen².

Mehr als 80 Prozent der ländlichen Kreditgenossenschaften betreiben neben dem Bankgeschäft gleichzeitig

¹ H a g e n m ü l l e r , K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik. in: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. G u t e n b e r g . Wiesbaden 1959. S. 29.

² O b s t , G., und H i n t n e r , O., Geld-, Bank- und Börsenwesen. 53. Aufl. Stuttgart 1951. S. 206.

das Warengeschäft ¹. Diese Universalgenossenschaften versorgen in ihrem Bezugsgeschäft die Mitgliederwirtschaften mit benötigten Betriebsmitteln (Dünge-, Futter- und Pflanzenschutzmittel, Saatgut, Brennstoffe u.ä.m.), während sie in ihrem Absatzgeschäft den Verkauf von Getreide, Kartoffeln, Obst, Gemüse, Vieh u.ä.m. besorgen. Damit nehmen diese Kreditgenossenschaften sowohl im Bank- als auch im Warengeschäft eine Mittlerrolle zwischen Markt und Mitgliederwirtschaften ein, was Henzler ² veranlaßt, sie als "marktverbindende, vor allem Marktfunktionen ausübende, von den Mitgliedern gemeinsam getragene Einrichtungen" anzusprechen.

Im Bankgeschäft sehen die ländlichen Kreditgenossenschaften ihre Hauptaufgabe in der Gewährung von kleineren Personalkrediten, um damit die Kreditwünsche einer Vielzahl von Mitgliedern zu erfüllen. Unabhängig von den heute bestehenden bankbehördlichen Richtlinien (Eigenkapital-Grundsätze I und I a) verbietet auch das Prinzip der gemeinschaftlichen Selbsthilfe im Sinne einer bestmöglichen Förderung der Mitgliederwirtschaften, vorhandene Mittel nur einigen großen Kreditnehmern zur Verfügung zu stellen. Unter den Einlagen, die die Hauptquelle für das Kreditgeschäft bilden, spielen Spareinlagen eine außerordentliche Rolle. Das Spargeschäft, ein besonderes Anliegen der Kreditgenossenschaften, ist durch verschiedene Einrichtungen, u.a. das Kleinsparwesen (Schul-, Heim-, Gewinn-, Abhol-, Vereinssparen), gekennzeichnet. Sollte der Kreditgenossenschaft ein Überschuß verbleiben, der nicht zur Rücklagenbildung verwendet wird, so kommt dieser als genossenschaftliche Rückvergütung den Mitgliederwirtschaften wieder zugute (z.B. als Dividende auf die Geschäftsguthaben oder als Warenrückvergütung entsprechend der Höhe der über die Genossenschaft abgewickelten Warenumsätze).

¹ K l u s a k , a.a.O., S. 52.

² H e n z l e r , R., Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrg. von E. G u t e n b e r g . Wiesbaden 1962. S. 15.

In der Erfüllung ihrer Aufgaben stehen den rechtlich und unternehmerisch selbständigen Kreditgenossenschaften die regionalen Zentralkassen und diesen wiederum die Deutsche Genossenschaftskasse zur Seite.

Bestand die Aufgabe der ersten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gegründeten Kreditgenossenschaft in der Sicherung der Unabhängigkeit des einzelnen durch Überwindung des Zinswuchers, so haben die Kreditgenossenschaften heute eine mehr gesellschaftspolitische Aufgabe, "allen Erscheinungen zu begegnen, die in dem gewaltigen Prozeß der Konzentration und Integration die Gefahr in sich bergen, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Individuums eingeschränkt, daß seine Selbstbehauptung gefährdet wird" ¹.

2. Aufgaben und Ziele eines Betriebs- vergleichs bei Kreditgenossenschaften

Aufgaben und Ziele eines Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften bestehen darin, unter Berücksichtigung des jeweils gesetzten Vergleichszwecks charakteristische Aussagen über die Vergleichsobjekte zu machen und Ansatzpunkte für eine weitergehende Förderung und Leistungsverbesserung der einzelnen Kreditgenossenschaft zu liefern. Dabei sind Geschäftsstruktur, wirtschaftliche Verhältnisse und Entwicklungstendenzen herauszuarbeiten und im besonderen die Kosten- und Ertragsrelationen zwischen dem genossenschaftlichen Geld- und Warengeschäft festzustellen, daneben Fehlerquellen, Unwirtschaftlichkeiten und andere Schwächen aufzufinden und betriebspolitische Mittel und Maßnahmen zu zeigen, die geeignet sind, die festgestellten Mißstände und Verlustquellen zu beseitigen.

Im Hinblick auf seinen praktischen Nutzen hat der kreditgenossenschaftliche Betriebsvergleich zunächst einmal die Aufgabe, Informationen zur Beurteilung der innerbetrieblichen Situation zu liefern. Beim zwischenbetrieblichen Zeitvergleich besteht die Informationsaufgabe in der Feststellung, wie sich die Kreditgenossenschaft im

¹ K l u s a k , a.a.O., S. 20.

Rahmen überbetrieblicher Entwicklungstendenzen und Strukturänderungen in die Reihe der übrigen Vergleichsgenossenschaften einfügt. Die Erkenntnis des eigenen Standorts im Gesamtvergleich kann sich sowohl auf die Kreditgenossenschaft als Ganzes beziehen als auch strukturelle Eigenarten wie Zusammensetzung der Aktiven und Passiven, Beschäftigungsverhältnisse, Liquidität, Betriebsergebnisse und Geschäftspolitik betreffen.

Eine isoliert vorgenommene Ermittlung der strukturellen Eigenarten ohne die vergleichende Gegenüberstellung würde ausreichen, die Vorschrift des § 55 GenG zu erfüllen, die dem Prüfer einer Kreditgenossenschaft die Feststellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse auferlegt. Zu dieser Feststellung muß die kritische Wertung hinzutreten. Hier liegen Ansatzpunkt und Hauptaufgabe eines speziell für Kreditgenossenschaften durchzuführenden zwischenbetrieblichen Vergleichs. Ein Betriebsvergleich unter dieser Zwecksetzung, der die tatsächliche Lage der Wirtschaft im allgemeinen und die besondere genossenschaftliche Situation im Zeitpunkt der Beurteilung berücksichtigt, ist ein wesentliches Hilfsmittel bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse ¹.

Neben diese Ziele tritt als dritte Aufgabe des Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften die Erarbeitung von Anhaltspunkten für betriebspolitische Maßnahmen im Hinblick auf weitergehende Leistungsverbesserung und Rationalisierung. Der Betriebsvergleich bei Kreditgenossenschaften hat dann eine rationalisierende Wirkung, wenn er Wege aufzeigt, die Verlustquellen beseitigen und die Durchführung der förderungswirtschaftlichen Aufgaben besser ermöglichen. Der Rationalisierungseffekt besteht letztlich in der Herstellung eines günstigeren Verhältnisses von Aufwand und Ertrag, das im finanziellen Bereich des Bankbetriebs durch eine andere Zusammensetzung des Kreditvolumens, im technisch-organisatorischen Bereich durch die Anschaffung arbeit_sparender Maschinen u.a.m. erreicht werden kann.

¹ D o e r k , a.a.O., S. 59.

Es gibt mehrere Stellen, die an den Ergebnissen des Betriebsvergleichs interessiert sind. Zunächst haben die Vergleichsergebnisse Bedeutung für die einzelne Kreditgenossenschaft selbst, die ihre laufende Betriebsführung kontrollieren und ihren finanziellen Status (Kapital- und Vermögensstruktur, Deckungsverhältnisse, Liquidität und Wirtschaftlichkeit) beurteilen kann. Die Bankleitung erhält Unterlagen, die sie u.U. für dispositive Entscheidungen verwerten kann. So sind z.B. Kenntnisse über die Kosten- und Ertragsentwicklung wichtig, wenn eine Änderung des Betriebsablaufs oder eine Umstellung des Rechnungswesens beabsichtigt ist. An den Vergleichsergebnissen sind auch die Prüfungsverbände interessiert. Regelmäßige Betriebsvergleiche erleichtern ihre Überwachungsfunktion und ermöglichen ein frühzeitiges Eingreifen bei ungünstiger Geschäftsentwicklung eines Kreditinstituts. Nicht zuletzt hat auch der Staat ein Interesse an der Entwicklung, denn die deutschen Länderverfassungen machen ihm den Ausbau und die Förderung des Genossenschaftswesens zur Pflicht ¹.

Die Ziele des Betriebsvergleichs lassen sich wegen der erwähnten Unzulänglichkeiten ² nicht immer vollständig verwirklichen. Der größte Nachteil besteht nach Mellerowicz ³ darin, daß "gegenwärtige Kosten an Hand früherer Kosten kontrolliert werden und die Vergangenheit als Maßstab für die Gegenwart benutzt wird". Die universelle Anwendbarkeit zwischenbetrieblicher Vergleiche kompensiert vielfach den aufgezeigten Mangel. Der Betriebsvergleich führt selbst dann noch zu einem brauchbaren Ergebnis, wenn er "als Äußerstes nur eine relativ enge Eingrenzung von betrieblichen Schwachstellen geben kann" ⁴. Die speziellen Ziele eines Betriebsvergleichs bei Kreditgenossenschaften sind vielseitig. Sie lassen

¹ Vgl. z.B. Art. 28 der Landesverfassung für Nordrhein-Westfalen; Art. 65 der Landesverfassung für Rheinland-Pfalz; Art. 43 der Verfassung des Landes Hessen.

² Vgl. S. 5.

³ M e l l e r o w i c z , K., Unternehmenspolitik, Bd. 1. Freiburg 1963. S. 280 f.

⁴ B i n d e w a l t - K o l b e c k , a.a.O., S. 72 f.

sich in die Aufgaben einreihen, die jeder Betriebsvergleich ganz allgemein zu erfüllen hat und die "der Urteilsbildung über wirtschaftliche Tatbestände oder Entwicklungstendenzen dienen und unter Umständen Entscheidungen von erheblicher Tragweite begründen sollen" ¹.

3. Formelle und materielle Voraussetzungen für die Vergleichbarkeit genossenschaftlicher Kreditinstitute

Die Qualität eines Betriebsvergleichs hängt von bestimmten Voraussetzungen ab. Je gleichartiger die Betriebe sind, desto eher eignen sie sich für die Durchführung von Betriebsvergleichen. Es gibt eine Vielzahl formeller und materieller Störungsfaktoren, die - bekannt oder unbekannt, einflußbar oder nicht einflußbar - mit unterschiedlicher Einwirkungsintensität die Vergleichbarkeit stören können. Die Störungsfaktoren brauchen nicht immer eliminiert zu werden. Würden sie völlig ausgeschaltet, könnten wesentliche Ziele des Betriebsvergleichs, z.B. der Überblick über Art und Ursache von Gleichartigem und Unterschiedlichem, nicht erreicht werden. Sollten sie andererseits völlig unbeachtet bleiben, wäre die Aussagekraft der Ergebnisse bei den meisten Vergleichen beschränkt. Ob die Störungsfaktoren zu eliminieren sind oder nicht, hängt vom jeweiligen Vergleichszweck ab und läßt sich nicht generell beantworten ².

Die Vergleichbarkeit der in ihrer Zielsetzung harmonisierenden Kreditgenossenschaften wird im allgemeinen nicht gestört. Auf eine Ausschaltung der wenigen Störungsfaktoren (ungleichartige Abgrenzung und Bewertung der Bilanzpositionen) kann deshalb in den meisten Fällen verzichtet werden, zumal die mit der Eliminierung verbundene Arbeit in keinem Verhältnis zu den möglicherweise erreichten besseren Ergebnissen steht. Die gute Ausgangssituation für einen Betriebsvergleich enthebt nicht der Notwendigkeit, die Voraussetzungen, die bei einem Vergleich

¹ S c h o t t , G., Die Praxis des Betriebsvergleichs. Düsseldorf 1956. S. 15.

² Vgl. S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 50.

genossenschaftlicher Kreditinstitute gegeben sein müssen, exakt anzugeben.

Die Voraussetzungen formeller Art, die für die Durchführung von Betriebsvergleichen bei Kreditgenossenschaften erfüllt sein müssen, sind ein einheitliches Rechnungswesen und einheitliche Bewertungsgrundsätze, im einzelnen also: gleichartige Erfassung des Rechnungsmaterials, einheitliche Benennung und Abgrenzung der Bilanz- und Erfolgsposten sowie gleiche Bilanzstichtage und eine einheitliche Bilanzgliederung. Die formelle Vergleichbarkeit ländlicher Genossenschaften wird vom Deutschen Raiffeisenverband durch die Herausgabe einheitlicher Formblätter für den Jahresabschluß, Geschäftsbericht und ergänzende Anlagen wesentlich erleichtert. Die beratende und prüfende Tätigkeit der Revisoren trägt ebenfalls dazu bei, daß die formellen Voraussetzungen für Betriebsvergleiche weitgehend erfüllt sind. Allerdings fehlt im ländlichen Genossenschaftswesen ein Einheitskontenrahmen, wie er seit langem für die Sparkassen vorgeschrieben ist ¹.

Der Grundsatz einheitlicher Bewertung wird bei den Genossenschaften nicht überall zu verwirklichen sein. Die für Genossenschaften maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (§ 40) und des Genossenschaftsgesetzes (§ 33 c) lassen stark differierende Bewertungsansätze zu. Wenn ländliche Kreditgenossenschaften dennoch eine relativ gleichgerichtete Bewertungs- und Abschreibungspolitik verfolgen, dann ist das ebenfalls dem beratenden Einfluß der Verbandsprüfer zuzuschreiben.

Die Vergleichbarkeit hängt nicht nur von formellen, sondern auch von materiellen Voraussetzungen ab. Schnettler bezeichnet Einflüsse, die die Vergleichbarkeit in materieller Hinsicht beeinträchtigen, als materielle Störfaktoren. Die wichtigsten beruhen auf Unterschieden in Produktionsprogramm, Produktionstiefe, Produktionstechnik, Betriebsgröße, Finanzstruktur, Standort, Beschäftigungsgrad und Belegschaftsstruktur ².

¹ Es wäre zu begrüßen, wenn die Prüfungsverbände das Rechnungswesen der Kreditgenossenschaften auch in dieser Hinsicht vereinheitlichen würden.

² S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 7 und S. 32 ff.

Kreditgenossenschaften zeichnen sich durch relativ einheitliche Strukturverhältnisse aus. Sie besitzen eine starke Ähnlichkeit in bezug auf Beschäftigungsverhältnisse, Bilanzstruktur, Liquidität, Betriebsergebnisse und Geschäftspolitik. Eine sachgemäße Gruppenbildung bei der Vorbereitung eines Betriebsvergleichs kann die von einer unterschiedlichen Betriebsgröße, Finanzstruktur und Betriebsgebarung ausgehenden materiellen Störungseinwirkungen weitgehend eliminieren. Die verbleibenden Einflüsse sind in der Regel ohne große Bedeutung. Nur in wenigen Fällen wird es notwendig sein, die Störungseinflüsse durch einheitliche Abgrenzung und Umrechnung auf ein Mindestmaß zu reduzieren bzw. den Betriebsvergleich auf solche Genossenschaften zu beschränken, bei denen materielle Störungsfaktoren nur in geringem Umfang wirksam werden.

Der Betriebsvergleich der ländlichen Kreditgenossenschaften kann somit infolge der Tätigkeit der Prüfungsverbände auf einem nach den gleichen Grundsätzen ausgerichteten Rechnungswesen und auf relativ einheitlichen Strukturverhältnissen aufbauen. Über eine Ausschaltung möglicher materieller Störungsfaktoren entscheidet der jeweilige Vergleichszweck. Häufig ist gerade die Ermittlung der materiellen Unterschiede das Ziel des Betriebsvergleichs, so daß eine Eliminierung den Aussagewert des Vergleichs nur beeinträchtigen würde.

Der Vergleichbarkeit genossenschaftlicher Kreditinstitute stehen nur wenige nicht erfüllbare Voraussetzungen entgegen. Gelingen und Aussagekraft des Betriebsvergleichs hängen entscheidend von der exakten Arbeit der vergleichenden Stelle, der Genauigkeit der Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten sowie von einer nach bestimmten Merkmalen geordneten sachgemäßen Gruppenbildung ab.

4. Die Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes

Seit 1959/60 werden vom Deutschen Raiffeisenverband bei den angeschlossenen Landesverbänden Kennzahlenerhe-

bungen mit dem Ziel von Betriebsvergleichen durchgeführt. Der erste Vergleich betraf die Zeit von Mai 1959 bis Juni 1960 und wurde auf Grund eines mit dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) abgeschlossenen Vertrages verwirklicht und vom Bundeswirtschaftsministerium aus ERP-Mitteln finanziert ¹. Das Schema der ersten Kennzahlenerhebung verwendet man heute in etwas abgewandelter Form in den meisten Landesverbänden für eine jährliche Kennzahlenermittlung bei größeren Genossenschaften. Die Ergebnisse werden von den Landesverbänden dem Deutschen Raiffeisenverband zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt.

Die Erhebungen umfassen

- a) reine Kreditgenossenschaften,
- b) Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr und
- c) Bezugs- und Absatzgenossenschaften.

Die Durchführung richtet sich nach einheitlichen, von Arbeitskreisen des Deutschen Raiffeisenverbandes aufgestellten Grundsätzen. Die Einteilung der Genossenschaften in Vergleichsgruppen erfolgt nach Bilanzsummen, Warenumsätzen und anderen für die Vergleichbarkeit maßgeblichen Merkmalen. Die Gebiete, für die Kennzahlen erstellt werden, sind:

- a) die Bilanzstruktur,
- b) die Vermögensstruktur,
- c) die Liquidität,
- d) Zinsertrag und Zinsaufwand,
- e) der Warenertrag und
- f) persönliche und sachliche Aufwendungen.

Kennzahlen (Kennziffern) werden definiert als Verhältniszahlen zwischen zwei oder mehreren betriebswirtschaftlichen Größen ². Sie dienen der Betriebsführung zur

¹ Bericht über Kennzahlenerhebungen bei den Kredit- und Warengenossenschaften des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., hrsg. für den internen Dienstgebrauch vom Deutschen Raiffeisenverband e.V. Bonn (1960), S. 2.

² Vgl. S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 20.

Kontrolle und sind geeignet, "die Beurteilung eines Betriebes im Hinblick auf Betriebsleistung, Ertrag, Umsatz, Kosten, Belegschaft, Vermögen usw. zu erleichtern"¹. Die Kennzahlen des Deutschen Raiffeisenverbandes sollen der einzelnen Genossenschaft einen kritischen Einblick in den eigenen Betrieb ermöglichen und u.U. als Kontroll- und Steuerungsinstrument für eine weitergehende Rationalisierung verwendet werden. Eine besondere Aufgabe ist den Kennzahlen im Prüfungsdienst der Verbände zgedacht, wo sie bei den laufenden gesetzlichen Prüfungen als Hilfsmittel zur Beurteilung der Genossenschaften und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse herangezogen werden sollen².

Die Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes laufen erst allmählich an. Personelle und finanzielle Schwierigkeiten ließen die Arbeiten seit 1960 nur mit Unterbrechung voranschreiten. Auch heute sind noch nicht alle Verbände an dem Vergleich beteiligt. Der Raiffeisenverband Mittelrhein führt die Erhebungen nur für die größten Kreditgenossenschaften in seinem Wirkungsbereich durch.

Beurteilt man den praktischen Erfolg unter Zugrundelegung der erklärten Ziele, dann befinden sich die bisher durchgeführten Kennzahlenerhebungen noch im Experimentierstadium. Nachteilig ist, daß sich bei jeder Erhebung die Vergleichsgruppen nach Zahl und Zusammensetzung ändern. Die Gruppenbildung erfolgt nach der Höhe von Bilanzsumme und Warenumsatz, zwei Kriterien, für die jeweils bestimmte Intervalle festgelegt sind. Infolge der unterschiedlichen Entwicklung von Bilanzsumme und Warenumsatz bei den einzelnen Genossenschaften müssen die Vergleichsgruppen relativ häufig geändert werden. Die Fluktuation hat zur Folge, daß die Gruppenkennziffern für die einzelne Genossenschaft keine echten Vergleichsmaßstäbe darstellen. Wegen der wechselnden Einstufung der Institute ist immer nur eine Zeitpunktbetrachtung möglich, die wegen ihres statischen Charakters einen beschränkten Aussagewert hat.

¹ S c h n e t t l e r , a.a.O., S. 22.

² D o e r k , a.a.O., S. 58 ff.

Die bei den Kennzahlenerhebungen übliche Einteilung der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr in Erhebungsgruppen, die neben Bilanzsumme und Warenumsatz noch "Umsatzkategorien" (Unterteilung nach Anteilen des Absatzgeschäftes am Gesamtwarenumsatz von 20 Prozent und weniger sowie mehr als 20 Prozent ¹) als weiteres Einteilungskriterium haben, ist zu differenzieren. Der Gedanke, durch die Bildung von Umsatzkategorien das Verhältnis zwischen genossenschaftlichem Bezugs- und Absatzgeschäft zu berücksichtigen, bleibt anerkennenswert, da sich Bezug und Absatz auf die Außenstände, die Vorräte und die Betriebsanlagen unterschiedlich auswirken. Die durch diese Maßnahme erreichte starke Aufgliederung muß auf der Ebene eines Regionalverbandes zu einer Unterbesetzung der Erhebungsgruppen führen. Es hat aber wenig Sinn, die individuellen Kennziffern einer Genossenschaft an Gruppennummern zu messen, die das Ergebnis einer nur mit zwei oder drei Genossenschaften besetzten Gruppe sind. Solcherart Gruppenkennziffern hätten nur dann einen Sinn, wenn die wenigen, in der Gruppe erfaßten Institute Musterbetriebe wären oder wenn mit den Kennziffern etwas Bestimmtes ausgesagt werden soll. Beide Gesichtspunkte treffen jedoch im Fall der Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes nicht zu.

Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr werden derzeit nach Bilanzsummen, Warenumsätzen und Umsatzkategorien unterteilt und in 30 Erhebungsgruppen (1960 noch 45 !) erfaßt. Der Arbeitsaufwand, Kennzahlen für jede Gruppe und jedes Vergleichsgebiet zu ermitteln, steht in keinem Verhältnis zu dem dadurch erzielten Erfolg. Charakteristische Unterschiede zwischen den in 30 Gruppen aufgeteilten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr dürften nur für wenige Vergleichsgebiete, das sind einzelne Teilbereiche der Geschäftstätigkeit, festzustellen sein.

Die Einführung des Begriffs "Produktiver Umsatz" (Addition der Soll- und Habenumsätze ohne die Bestände

¹ D o e r k , a.a.O., S. 69.

der Eingangsbilanz auf Kontokorrentkonten, Darlehenskонтен, Termin- und Spareinlagenkonten) als Bezugsgröße für persönliche und sachliche Aufwendungen ist problematisch. Der produktive Umsatz wird nach Doerk¹ ermittelt, um aus dem Gesamtumsatz alles das auszugliedern, "was nicht unmittelbar mit der Geschäftstätigkeit zu tun hat". In der Aufzählung der Einzelumsätze, die zum produktiven Umsatz rechnen, fehlen u.a. alle Umsätze im Dienstleistungs-, Wechselkredit- und wertpapiereigengeschäft, also wichtige Umsätze, die unmittelbar mit der Geschäftstätigkeit zusammenhängen. Da nicht alle relevanten Umsätze erfaßt sind, erscheint der vom Deutschen Raiffeisenverband eingeführte Begriff des produktiven Umsatzes als eine konstruierte Größe, die wissenschaftlich nicht haltbar ist.

Kritische Argumente lassen sich auch gegen den Mittelwert anführen, der den Gruppenkennzahlen für Vermögensstruktur und Liquidität zugrunde liegt. Bei den Erhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes wird einmal das arithmetische Mittel aus den einzelnen Kennzahlen der Gruppe errechnet und daneben die Summe der Einzelbeträge jeder Gruppe zur Summe ihrer Bezugsgrößen in Relation gesetzt (= einfacher gewogener Durchschnitt). Aus beiden gewonnenen Werten wird als endgültiger Mittelwert nochmals das arithmetische Mittel festgestellt². Die statistische Methodenlehre kennt jeweils nur einzelne Mittelwerte, z.B. das arithmetische, das geometrische und das harmonische Mittel, den häufigsten Wert und den Median. Ein besonderer Mittelwert, der sich aus verschiedenen Mittelwerten herleitet, wird in der Literatur nicht erwähnt. Die Aussagekraft eines solchen Wertes kann nur sehr gering sein, weil durch die Kumulierung der verschiedenen Mittelwerte eine zu starke Nivellierung der Einzelgrößen eintritt. Der Einfluß extremer Werte ist völlig ausgeschaltet. Beim Betriebsvergleich sollen abweichende Mittelwerte auf charakteristische Unterschiede zwischen den Gruppen hinweisen. Der kumulierte Mittelwert, der

¹ Doerk, a.a.O., S. 67.

² Vgl. Bericht über Kennzahlenerhebungen, a.a.O., S. 4.

den Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes zugrunde liegt, birgt die Gefahr in sich, daß charakteristische Unterschiede zwischen den Gruppen nicht mehr erkannt werden.

Trotz dieser Mängel wäre es falsch, den Kennzahlen-erhebungen jeden Aussagewert abzusprechen. In einer Art von Konstitutions- und Entwicklungsvergleich können die Kennziffern immer noch nutzbringende betriebswirtschaftliche Aussagen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditgenossenschaft machen. Sie vermögen allerdings, und das ist ein besonderes Anliegen der vorliegenden Untersuchung, bestimmte Sachverhalte, die Ursachen und Zusammenhänge und vor allem die Wirkungen, die von der Größe der zu vergleichenden Institute und von einem im Umfang variierenden Warengeschäft auf die jeweiligen Vergleichsobjekte ausgehen, nur unzureichend zu erklären.

Zweiter Teil:

Planung und Durchführung eines zwischenbetrieblichen Zeitvergleichs unter größeren Raiffeisen-Kredit- genossenschaften im Verbandsbezirk Mittelrhein

I. Die speziellen Zielsetzungen der Untersuchung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, eine betriebsvergleichende Untersuchung der im Raiffeisenverband Mittelrhein zusammengeschlossenen größeren Kreditgenossenschaften durchzuführen. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Erfassung und Gegenüberstellung von Bilanz- und Erfolgsdaten gelegt, um mit Hilfe aussagekräftiger Kennziffern zu Erkenntnissen über die strukturellen Eigenarten der einzelnen Betriebe wie Zusammensetzung der Aktiven und Passiven, Beschäftigungsverhältnisse, Liquidität sowie Aufwand und Ertrag zu gelangen. Es soll ferner mittels einer eingehenden Analyse und Durchleuchtung der Raiffeisenbanken der Versuch unternommen werden, die Ursachen einer unterschiedlichen Entwicklung sowie mögliche Zusammenhänge zu erforschen. In besonderer Weise wird das Warengeschäft in seinen Auswirkungen auf Bilanzstruktur und Erfolg untersucht. Darüber hinaus sollen auch die von der Betriebsgröße auf die einzelnen Vergleichsobjekte ausgehenden Wirkungen analysiert und in ihren Tendenzen sichtbar gemacht werden. Schließlich wird auf geschäftspolitische und organisatorische Maßnahmen hingewiesen, die zu einer Änderung bestehender Verhältnisse beitragen können.

Das Ergebnis des Betriebsvergleichs findet in einer Aufstellung typischer Gruppen-Mittelwerte und Verhältniszahlen (Gliederungs-, Maß-, Beziehungs- und Indexzahlen) seinen Niederschlag. Es sind nur solche Gruppen gebildet worden, in denen jeweils Genossenschaften gleicher Größenklasse erfaßt sind. Die Gruppenwerte, die auch als Gruppen-Kennziffern bezeichnet werden, sollen den Kreditgenossenschaften als Maßstab für die Prüfung der Angemessenheit und Vertretbarkeit der eigenen Werte dienen.

Die Aussagekraft der Gruppen-Kennziffern (in bezug auf die Vergleichsobjekte) wird durch die Zusammensetzung der Gruppen beeinflusst. Für eine Gruppe von Betrieben lassen sich immer dann charakteristische Kennziffern ermitteln, wenn die Betriebe repräsentativ für die jeweilige Größenklasse sind ¹. Im Extremfall haben die Kennziffern einer einzigen Mustergenossenschaft den höchsten Aussagewert. Die im vorliegenden Betriebsvergleich gruppierten Kreditgenossenschaften sind - jede als Ganzes gesehen - keine Musterbetriebe. In Teilbereichen der Geschäftstätigkeit finden sich oft wesentliche Unterschiede. Um den Einfluß von Extremwerten zu verringern, waren die Vergleichsgruppen ausreichend stark zu besetzen. Dadurch konnte ein von Störungseinflüssen weitgehend freier Gruppendurchschnitt ermittelt und eine hinreichend genaue Vergleichsaussage getroffen werden. Für den Betriebsvergleich mittelhheinischer Raiffeisenkassen ist somit der Aussagewert der Gruppen-Kennziffern um so größer, je dichter die Vergleichsgruppen besetzt sind ².

Die Kennzahlen schaffen der einzelnen Genossenschaft und dem Verband einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere über die Ertragslage und die Besonderheiten des eigenen Betriebes und der Gruppe. Der Verband mit seiner Prüfungs- und Beratungsabteilung kann sich auf diese Anhaltspunkte beziehen, darauf u.U. Betriebsberatungen und Organisationsprüfungen aufbauen und auch Empfehlungen für die Geschäftspolitik geben. Die einzelne Kreditgenossenschaft kann aus den Kennziffern selbst Schlüsse ziehen und betriebspolitische Maßnahmen ergreifen. Der Betriebsvergleich mittelhheinischer Raiffeisenbanken für den Zeitraum von 1958 bis 1962 ist daher geeignet, sowohl betriebsindividuellen als auch verbandspolitischen Zielen zu dienen.

¹ Auch die für eine Gruppe mit wenigen, nicht repräsentativen Betrieben aufgestellten Kennziffern können sinnvoll sein, wenn mit ihnen etwas Bestimmtes ausgesagt werden soll, wenn also ein spezieller Vergleichszweck verfolgt wird.

² Dabei wird unterstellt, daß in einer Gruppe nicht nur schlecht geleitete Betriebe erfaßt sind.

Den erfaßten Kreditgenossenschaften werden jeweils ihre betriebsindividuellen Kennziffern und ein allgemeiner Auswertungsbericht zugesandt. Das Zahlenmaterial soll ihnen die Möglichkeit geben, sowohl einen einbetrieblichen Zeitvergleich als auch einen zwischenbetrieblichen Entwicklungsvergleich durch Gegenüberstellung der eigenen Kennziffern mit denen der zutreffenden Vergleichsgruppe selbst durchzuführen.

Einen neuen Weg beschreitet die Arbeit in der Auswahl und Gruppenbildung der im Raiffeisenverband Mittelrhein zusammengeschlossenen größeren Kreditgenossenschaften. Die Kriterien, nach denen die einzelnen Gruppen gebildet und die Genossenschaften einer bestimmten Gruppe zugewiesen sind, werden über die ganze Vergleichsperiode hinweg beibehalten, so daß sich nunmehr - im Gegensatz zu den Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes - die Entwicklungstendenzen innerhalb der Gruppen erkennen lassen.

II. Die Marktstellung der Kreditgenossenschaften im Mittelrheingebiet

Der Begriff "Marktstellung" kennzeichnet die Stellung der mittelrheinischen Raiffeisenbanken, und zwar einmal im Vergleich zu Raiffeisen-Kreditgenossenschaften anderer Landesverbände und zum anderen im Wettbewerb zu öffentlich-rechtlichen Sparkassen des Mittelrheingebietes.

Die Zahl der dem Raiffeisenverband Mittelrhein angehörenden Kreditgenossenschaften veränderte sich von 638 am Jahresende 1958 über 642 am Jahresende 1959, 637 am Jahresende 1960, 628 am Jahresende 1961 auf 618 am 31.12.1962 ¹. In den Betriebsvergleich einbezogen wurden die 156 größten Raiffeisenbanken, die am 31.12.1962 der Zahl nach rd. 25 Prozent aller dem Raiffeisenverband Mittelrhein angehörenden Kreditgenossenschaften, mit

¹ Geschäftsberichte für die Jahre 1959 und 1960, 1961 und 1962, hrsg. vom Raiffeisenverband Mittelrhein e.V. Koblenz (1961, 1963).

einer Bilanzsumme von 408,3 Millionen DM aber rd. 73 Prozent der gesamten Bilanzsumme aller mittelrheinischen Raiffeisen-Kreditgenossenschaften umfaßten.

Eine Untersuchung der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Raiffeisenverbandes Mittelrhein¹ führte zu dem Ergebnis, daß die Kreditgenossenschaften im Verbandsbezirk Mittelrhein, gemessen an der Bilanzsumme, den gesamten Einlagen und Krediten sowie dem Gesamtumsatz, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zur Kaufkraft im ländlichen Kreditgenossenschaftswesen eine Spitzenstellung einnehmen. Am 31.12.1962 entfiel auf jeden Einwohner im Bundesgebiet durchschnittlich ein Sparguthaben bei einer Raiffeisenkasse in Höhe von 153,10 DM. Die Spareinlagen der mittelrheinischen Kreditgenossenschaften waren an den gesamten Spareinlagen der Raiffeisen-Organisation mit 4,03 Prozent beteiligt. Gleichzeitig betrug der Bevölkerungsanteil des mittelrheinischen Verbandsgebietes 2,61 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Unterstellt man eine gleiche Relation zwischen den Spareinlagen und der Bevölkerungszahl, was man allerdings nur unter starken Vorbehalten tun kann, dann hätten sich die Spareinlagen im Mittelrheingebiet auf 229,1 Millionen DM belaufen müssen, tatsächlich betrugen sie 339,4 Millionen. Sie lagen somit pro Kopf der Bevölkerung um 48,14 Prozent über dem Bundesdurchschnitt aller Raiffeisen-Kreditgenossenschaften. Die Zahl der Sparkonten übertraf den Bundesdurchschnitt um 46,6 Prozent. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war der Mitgliederbestand doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller westdeutschen Raiffeisen-Kreditgenossenschaften, die Bilanzsumme um 57,8 Prozent größer als der Bundesdurchschnitt, die Gesamteinlagen übertrafen diesen um 46,4 Prozent, die gesamten Ausleihungen sogar um 69,7 Prozent. Auch in ihrem Gesamtumsatz lagen die Kreditgenossenschaften im Mittelrheingebiet mit 54,4 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt.

¹ Raiffeisen-Nachrichten, Mitteilungsblatt des Raiffeisenverbandes Mittelrhein e.V. Koblenz, Jg. 14, Nr. 10 (1964), S. 211 f., und Nr. 12 (1964), S. 259.

Mit diesen Zahlen steht der Raiffeisenverband Mittelrhein an der Spitze der 13 Raiffeisenverbände in der Bundesrepublik. Die führende Stellung ist nicht notwendigerweise ein Verdienst der einzelnen Raiffeisenkassen. Sie ist zum großen Teil eine Folge der agrarischen Wirtschaftsstruktur des Mittelrheingebietes. Raiffeisen-Kreditgenossenschaften sind vorwiegend in ländlichen Gebieten mit relativ geringer Bevölkerungsdichte anzutreffen und weniger in Industriezonen und Städten, also Orten mit hoher Einwohnerzahl. Daraus folgt, daß die Geschäftsergebnisse der Raiffeisenkassen im Mittelrheingebiet - in Relation zur Bevölkerungszahl - zwangsläufig günstiger sein müssen als die von Kreditgenossenschaften z.B. im dichtbesiedelten Ruhrgebiet. Es gibt allerdings Raiffeisen-Landesverbände, die in ähnlich strukturierten Zonen arbeiten wie der Verband Mittelrhein¹, so daß dessen Spitzenstellung mit einiger Berechtigung auch auf besondere Leistungen der einzelnen Raiffeisenkassen zurückgeführt werden kann. Diese Leistungen sind um so erstaunlicher, als nach Berechnungen der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V. (GfK) in Nürnberg² die Kaufkraft des Mittelrheingebietes, gemessen an den Einkommen und den Einzelhandelsumsätzen, um rd. 18 Prozent unter der durchschnittlichen Kaufkraft des Bundesgebietes liegt.

Nach den Erhebungen der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Raiffeisenverbandes Mittelrhein, die die gleichen Untersuchungen für die einzelnen Landkreise des Verbandsgebietes angestellt hat, ist die Marktstellung der Kreditgenossenschaften in den Kreisen am besten, in welchen besonders große Kreditgenossenschaften arbeiten.

Für den Sparkassenbereich zum gleichen Zeitpunkt analog angestellte Untersuchungen haben ergeben, daß der Spareinlagenbestand der öffentlichen Sparkassen im Mittel-

¹ Es befinden sich regionale Raiffeisenverbände in Hessen, Nordhessen, Bayern, Württemberg, Baden, Rheinland, Westfalen, Niedersachsen, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Mittelrhein, Rheinpfalz und Saarland.

² Kaufkraftkarte 1964 der GfK, Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V. Nürnberg (mit Erläuterungsheft).

rheingebiet pro Kopf der Bevölkerung um ca. 6 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt aller Sparkassen lag ¹. Damit kommen die Sparkassen bei weitem nicht an den Anteil der Kreditgenossenschaften heran. Das gilt auch für die einzelnen mittelhheinischen Landkreise, wo die Sparkassen 1962 nur in drei Fällen günstigere Relationen als die Kreditgenossenschaften aufwiesen.

Die relativ gute Position der Kreditgenossenschaften gegenüber der Sparkassen-Konkurrenz kommt auch darin zum Ausdruck, daß 1962 im Mittelrheingebiet die Raiffeisen-Genossenschaften an der Summe aller bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen und den Raiffeisenkassen unterhaltenen Spareinlagen mit 25,7 Prozent, im Bundesdurchschnitt dagegen nur mit 16,1 Prozent beteiligt waren.

Die Überlegenheit des Raiffeisenverbandes Mittelrhein gegenüber der Konkurrenz der öffentlichen Sparkassen und seine Spitzenstellung gegenüber den übrigen Raiffeisenverbänden im Bundesgebiet hat im wesentlichen drei Gründe. Einmal ist die bereits erwähnte ländliche Struktur des mittelhheinischen Gebietes ausschlaggebend sowie die Tatsache, daß andere Bankengruppen in der Vergangenheit nur in relativ geringem Maße Fuß fassen konnten. Außerdem finden sich im Mittelrheingebiet die Ursprünge des deutschen Genossenschaftswesens, an das sich ein Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung schon aus Tradition gebunden fühlt. Die außerordentlich hohen Spareinlagen pro Kopf im Bezirk Mittelrhein gegenüber anderen Raiffeisen-Verbandsgebieten haben ihre Ursache in der geringen Einkommenskraft der Bevölkerung, die für die Finanzierung der verschiedensten Vorhaben stärker und länger ansparen muß, als dies andernorts der Fall ist.

¹ Geht man vom Geschäftsvolumen aus, dann haben die öffentlich-rechtlichen Sparkassen ihren Tätigkeitsschwerpunkt in Gegenden mit hoher Einwohnerzahl, vor allem in Städten und in Stadtlandschaften. Der verhältnismäßig geringe Bevölkerungsanteil im agrarischen Mittelrheingebiet ist ein entscheidender Grund dafür, daß die dort arbeitenden Sparkassen in ihren Geschäftsergebnissen hinter dem Bundesdurchschnitt aller Sparkassen zurückbleiben.

III. Auswahl und Zusammenfassung der Kreditgenossenschaften in Vergleichsgruppen

Die Bildung von Vergleichsgruppen hat den Zweck, den einzelnen Kreditgenossenschaften für den Betrachtungszeitraum von 1958 bis 1962 Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen. Eine zuverlässige Beurteilung der eigenen Position und Entwicklung ist bei einem zwischenbetrieblicher Vergleich nur dann möglich, wenn in einer Gruppe über den gesamten Vergleichszeitraum hinweg die gleichen Kreditgenossenschaften zusammengefaßt sind. Bei der Einteilung der Raiffeisenbanken in Vergleichsgruppen war also zu beachten, daß die Gruppenzusammensetzung zwischen 1958 und 1962 nicht verändert wurde. Bei der Gruppenbildung konnte so verfahren werden, daß entweder die zum Stichtag 31.12.1958 etwa gleich großen Raiffeisenbanken in Vergleichsgruppen erfaßt und ihre Entwicklung bis 1962 verfolgt wurde, oder aber es wurden die zum Stichtag 31.12.1962 etwa gleich großen Kreditgenossenschaften in Gruppen zusammengeschlossen und ihre Entwicklung bis 1958 zurückverfolgt. Eine Gegenüberstellung der für den Zeitpunkt 31.12.1958 mit den für den Zeitpunkt 31.12.1962 gebildeten Gruppen hat jedoch gezeigt, daß sich infolge der unterschiedlichen Entwicklung der Einteilungskriterien Bilanzsumme und Warenumsatz bei den einzelnen Raiffeisenkassen die Zusammensetzung der Gruppen von 1958 bis 1962 zum Teil erheblich geändert hat. Das führte zu dem Entschluß, die Vergleichsgruppenbildung weder auf 1958 noch auf 1962, sondern auf den in der Mitte des Vergleichszeitraums gelegenen Zeitpunkt vom 31.12.1960 abzustellen. Die Veränderungen in der Gruppenzusammensetzung gegenüber 1958 und 1962 erwiesen sich dabei als so minimal, daß für die fünfjährige Vergleichszeit auf keine andere Weise eine günstigere Gruppenbildung hätte erreicht werden können.

Für den Betriebsvergleich ausgewählt wurden alle Kreditgenossenschaften, die am 31.12.1962 eine Bilanzsumme von 1 Million DM und mehr hatten, sowie diejenigen Institute, deren Bilanzsummen knapp unter 1 Million DM lagen. Für die 156 Raiffeisenbanken, die diese Bedingung

erfüllten, wurden die am 31.12.1960 bestehenden Größenverhältnisse zur Grundlage der Gruppenbildung gemacht.

Haupteinteilungskriterium war die Unterscheidung in reine Kreditgenossenschaften, d.h. solche Genossenschaften, die ausschließlich das Bankgeschäft betreiben, und in gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften, d.h. solche Institute, die neben dem Bankgeschäft das Warengeschäft pflegen. Die reinen Kreditgenossenschaften wurden nach der Höhe der Bilanzsumme untergliedert, während die gemischtwirtschaftlichen Kreditinstitute außer nach Bilanzsummen noch nach der Höhe ihrer Warenumsätze unterteilt wurden. Es wurde versucht, an Stelle von Bilanzsumme und Warenumsatz auch andere Kriterien zu wählen und z.B. nach der Berufsgruppengliederung der Mitglieder oder Kreditnehmer, nach Konkurrenzverhältnissen oder nach wirtschaftsgeographischen Verhältnissen einzuteilen. Alle Überlegungen im Hinblick darauf, der Bilanzsumme bzw. dem Warenumsatz ein anderes Kriterium überzuordnen, fanden ihre Grenze da, wo die Zusammenfassung von Kreditgenossenschaften mit stark unterschiedlichen Größenverhältnissen zu atypischen Gruppendurchschnitten und damit zu falschen Aussagen geführt hätte.

Eine Gruppeneinteilung, die nur nach den Merkmalen Bilanzsumme und Warenumsatz vorgenommen wird, kann ebenfalls Mängel aufweisen, insofern als der Warenumsatz für das der Gruppenbildung zugrunde liegende Jahr nicht typisch zu sein braucht. Zudem hängen sowohl Geld- als auch Warenumsatz von der Wirtschaftsstruktur am Standort der Kreditgenossenschaften ab. Auch die Bilanzsumme kann Schwankungen unterworfen sein, weil z.B. am Bilanzstichtag Fremdgelder oder durchlaufende Kredite die Bilanzsumme erhöhen.

Für die am Betriebsvergleich beteiligten mittelhessischen Raiffeisenbanken haben sich am Stichtag der Vergleichsgruppenbildung (31.12.1960) keine der erwähnten Mängel bemerkbar gemacht. Die Gruppeneinteilung in reine und gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften unterscheidet die Raiffeisenbanken nach ihrer geschäftlichen Eigenart. Die weitere Unterteilung nach Bilanzsummen und

Warenumsätzen berücksichtigt unterschiedliche Betriebsgrößen, u.a. im Hinblick auf das neben dem Bankgeschäft existierende Warengeschäft. Unterschiedliche Intervalle bei der Festlegung der jede Vergleichsgruppe umschließenden Höchst- und Niedrigstgrenzen für Bilanzsumme und Warenumsatz sind speziell auf die Verhältnisse mittelhessischer Kreditgenossenschaften abgestimmt und dienen dazu, eine genügend starke Gruppenbesetzung zu sichern.

Unter Zugrundelegung der erwähnten Einteilungskriterien wurden auf den Stichtag 31.12.1960 für den Betriebsvergleich mittelhessischer Raiffeisen-Kreditgenossenschaften 16 Vergleichsgruppen gebildet, von denen die ersten zwölf Gruppen 131 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr und die letzten vier Gruppen 25 reine Kreditgenossenschaften betreffen. Nach der Höhe von Bilanzsumme und Warenumsatz unterteilt, gelten für die einzelnen Vergleichsgruppen prinzipiell folgende Intervalle:

Gruppe I	Bilanzsumme weniger als 1 Million DM Warenumsatz weniger als 100 000 DM
Gruppe II	Bilanzsumme weniger als 1 Million DM Warenumsatz 100 000 DM bis unter 250 000 DM
Gruppe III	Bilanzsumme weniger als 1 Million DM Warenumsatz 250 000 DM bis unter 400 000 DM
Gruppe IV	Bilanzsumme weniger als 1 Million DM Warenumsatz 400 000 DM bis unter 500 000 DM
Gruppe V	Bilanzsumme weniger als 1 Million DM Warenumsatz 500 000 DM und mehr
Gruppe VI	Bilanzsumme 1 Mill. bis unter 1,5 Mill. DM Warenumsatz bis unter 500 000 DM
Gruppe VII	Bilanzsumme 1 Mill. bis unter 1,5 Mill. DM Warenumsatz 500 000 DM und mehr
Gruppe VIII	Bilanzsumme 1,5 Mill. bis unter 2 Mill. DM Warenumsatz bis unter 500 000 DM
Gruppe IX	Bilanzsumme 1,5 Mill. bis unter 2 Mill. DM Warenumsatz 500 000 DM und mehr
Gruppe X	Bilanzsumme 2 Mill. bis unter 3,5 Mill. DM Warenumsatz bis unter 500 000 DM

Gruppe XI	Bilanzsumme 2 Mill. bis unter 3,5 Mill. DM Warenumsatz 500 000 DM und mehr
Gruppe XII	Bilanzsumme 3,5 Mill. DM und mehr Warenumsatz ohne Begrenzung
Gruppe XIII	Bilanzsumme 0,75 Mill. DM bis rd. 2 Mill. DM
Gruppe XIV	Bilanzsumme von ca. 2 Mill. DM bis ca. 4 Mill. DM
Gruppe XV	Bilanzsumme von ca. 4 Mill. DM bis ca. 6 Mill. DM
Gruppe XVI	Bilanzsumme 6 Mill. DM und mehr.

Die Intervallgrenzen der reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) wurden nur prinzipiell gemäß der am 31.12.1960 erreichten Bilanzsumme angegeben. In vier Fällen erschien es nämlich angebracht, in ihrer Bilanzsumme nur knapp unterhalb bzw. oberhalb der festgelegten Grenzen liegende Raiffeisenbanken in die nächsthöhere bzw. -tiefere Vergleichsgruppe einzustufen, um zu erreichen, daß ziemlich viele Kassen mit vergleichbaren wirtschaftsgeographischen Verhältnissen in einer Gruppe zusammengefaßt sind. So wurden die Raiffeisenbank Oberbieber mit 2,2 Mill. DM Bilanzsumme noch in die Gruppe XIII, die Brohler Volksbank mit 4,4 Mill. DM Bilanzsumme noch in die Gruppe XIV und der Hunsrücker Kreditverein Simmern mit 6,2 Mill. DM Bilanzsumme noch in die Gruppe XV eingestuft, während die Kastellauner Volksbank mit 1,95 Mill. DM Bilanzsumme in der an sich höheren Gruppe XIV erfaßt wurde. In der Gruppe XVI (Bilanzsumme 6 Mill. DM und mehr) sind die vier größten reinen Kreditgenossenschaften im Mittelrheingebiet erfaßt, die 1960 Bilanzsummen in einer Größenordnung zwischen 11 und 16 Millionen DM erreichten.

Im einzelnen setzen sich die 16 Vergleichsgruppen wie folgt zusammen:

Gruppe I:

1. Raiffeisenkasse Heimersheim e.G.m.b.H.,
Kreis Ahrweiler
2. Raiffeisenkasse Arenberg e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz

3. Raiffeisenkasse Niederbrombach e.G.m.b.H.,
Kreis Birkenfeld
4. Raiffeisenkasse Koblenz-Metternich e.G.m.b.H.
5. Volksbank ¹ Vallendar e.G.m.b.H., Kreis Koblenz
6. Kordeler Spar- und Darlehenskassen-Verein
e.G.m.u.H., Kreis Trier
7. Raiffeisenkasse Zewen e.G.m.u.H.,
Kreis Trier
8. Raiffeisenbank Koblenz-Horchheim e.G.m.b.H.

Die in der Gruppe I erfaßten Kreditgenossenschaften befinden sich fast alle in Großstadtnähe bzw. liegen in Vororten der Großstädte Koblenz und Trier. Das Gemeinsame der geographischen Lage sichert eine gute Vergleichbarkeit.

Gruppe II:

1. Raiffeisenkasse Stadtkyll e.G.m.u.H.,
Kreis Prüm
2. Algenrodtter Raiffeisenkasse Idar-Oberstein 4
e.G.m.u.H., Kreis Birkenfeld
3. Raiffeisenkasse Auw a.d. Kyll e.G.m.u.H.,
Kreis Bitburg
4. Raiffeisenkasse Kirchspiel Spay in Niederspay
e.G.m.b.H., Kreis St. Goar
5. Raiffeisenkasse Waxweiler e.G.m.b.H.,
Kreis Prüm
6. Raiffeisenbank Burgbrohl e.G.m.b.H.,
Kreis Mayen
7. Raiffeisenkasse Brücken e.G.m.u.H.,
Kreis Birkenfeld
8. Raiffeisenkasse Hetzerath-Föhren-Sehlem e.G.m.u.H.,
Kreis Wittlich
9. Raiffeisenkasse Müden e.G.m.u.H.,
Kreis Cochem

¹ Unter dem Namen "Volksbank" können nicht nur gewerbliche, sondern auch ländliche Kreditgenossenschaften firmieren. Die üblichen Firmen für ländliche Kreditgenossenschaften sind: Raiffeisenkasse, Raiffeisenbank, Spar- und Darlehenskasse, Genossenschaftsbank, Volksbank, Spar- und Kreditbank, Bankverein, Vereinsbank u.a.m.

10. Raiffeisenkasse Münster-Sarmsheim e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
11. Raiffeisenbank Urmitz e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz
12. Raiffeisenkasse Oberfell e.G.m.u.H.,
Kreis St. Goar
13. Raiffeisenkasse Welling e.G.m.u.H.,
Kreis Mayen
14. Raiffeisenkasse Meinborn e.G.m.u.H.,
Kreis Neuwied
15. Raiffeisenkasse Mehren e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
16. Raiffeisenkasse Leutesdorf-Feldkirchen e.G.m.u.H.,
Kreis Neuwied
17. Raiffeisenkasse Dockweiler e.G.m.b.H.,
Kreis Daun
18. Raiffeisenkasse St. Sebastian e.G.m.u.H.,
Kreis Koblenz
19. Raiffeisenkasse Trier-Euren e.G.m.b.H.
20. Raiffeisenbank Raubach e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied

In der Gruppe II werden Kreditgenossenschaften erfaßt, die vor allem in den Höhengebieten der Eifel und des Westerwaldes gelegen sind. Dazu kommen einige Raiffeisenkassen in Weinbaugebieten und in der Stadtregion um Koblenz.

Gruppe III:

1. Raiffeisenkasse Irsch e.G.m.u.H.,
Kreis Saarburg
2. Raiffeisenkasse Mettendorf e.G.m.u.H.,
Kreis Bitburg
3. Raiffeisenkasse Bremm e.G.m.u.H.,
Kreis Cochem
4. Raiffeisenkasse Wershofen e.G.m.u.H.,
Kreis Ahrweiler
5. Genossenschaftsbank Unkel e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
6. Raiffeisenkasse Heddesheim e.G.m.u.H.,
Kreis Bad Kreuznach

7. Raiffeisenkasse Puderbach e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
8. Raiffeisenkasse Eckweiler e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
9. Raiffeisenkasse Treis e.G.m.u.H.,
Kreis Cochem
10. Raiffeisenkasse Sien e.G.m.u.H.,
Kreis Birkenfeld
11. Raiffeisenkasse Bausendorf e.G.m.u.H.,
Kreis Wittlich
12. Raiffeisenkasse Lehmen e.G.m.u.H.,
Kreis Mayen

Die Hälfte der in dieser Gruppe zusammengezogenen Genossenschaften befindet sich in typischen Weinbaugebieten; auch die übrigen Kassen liegen in ausgesprochen ländlichen Bereichen.

Gruppe IV:

1. Raiffeisenkasse Kempfeld e.G.m.b.H.,
Kreis Bernkastel
2. Raiffeisenbank Waldbreitbach e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
3. Raiffeisenkasse Winterburg in Winterbach
e.G.m.u.H., Kreis Bad Kreuznach
4. Raiffeisenkasse Neumagen e.G.m.b.H.,
Kreis Bernkastel
5. Raiffeisenkasse Olzheim e.G.m.u.H., Kreis Prüm
6. Raiffeisenkasse Thür e.G.m.u.H., Kreis Mayen
7. Raiffeisenkasse Pfalzfeld e.G.m.u.H.,
Kreis St. Goar
8. Raiffeisenkasse Bell e.G.m.u.H., Kreis Simmern
9. Raiffeisenkasse Buchholz e.G.m.u.H.,
Kreis St. Goar
10. Raiffeisenkasse Nittel e.G.m.u.H., Kreis Saarburg
11. Raiffeisenkasse Idenheim in Trimport e.G.m.u.H.,
Kreis Bitburg
12. Raiffeisenkasse der Pfarrei Königfeld
e.G.m.b.H., Kreis Ahrweiler
13. Raiffeisenkasse Kleinich e.G.m.u.H.,
Kreis Bernkastel

Die in der Gruppe IV zusammengeschlossenen Raiffeisenbanken befinden sich in ihrem überwiegenden Teil in den ländlichen Höhengebieten von Hunsrück und Eifel. Zum Teil liegen sie in Amtsorten und damit in niederen gemeindlichen Zentren.

Gruppe V:

1. Raiffeisenkasse Waldhilbersheim e.G.m.u.H.,
Kreis Bad Kreuznach
2. Raiffeisenkasse Weyerbusch e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
3. Raiffeisenkasse Klüsserath e.G.m.u.H.,
Kreis Trier
4. Volksbank¹ für das Gaytal in Körperich e.G.m.u.H.,
Kreis Bitburg
5. Raiffeisenkasse Pillig e.G.m.b.H., Kreis Mayen
6. Raiffeisenkasse Niederöfflingen e.G.m.u.H.,
Kreis Wittlich
7. Raiffeisenkasse Kelberg e.G.m.b.H., Kreis Mayen
8. Raiffeisenkasse Koxhausen-Rodershausen
e.G.m.b.H., Kreis Bitburg
9. Raiffeisenkasse Bleialf e.G.m.u.H., Kreis Prüm
10. Raiffeisenkasse St. Katharinen e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
11. Raiffeisenkasse Vettelhoven e.G.m.b.H.,
Kreis Ahrweiler

Ähnlich wie die Gruppe IV errät auch die Gruppe V überwiegend in den Höhengebieten von Eifel und Westerwald liegende Kreditgenossenschaften, deren Sitz sich in Amtsorten befindet.

Gruppe VI:

1. Volksbank¹ Bad Hönningen e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
2. Raiffeisenkasse Nickenich e.G.m.b.H.,
Kreis Mayen
3. Raiffeisenkasse Pommern e.G.m.u.H., Kreis Cochem
4. Raiffeisenkasse Kärlich e.G.m.u.H., Kreis Koblenz
5. Spar- und Darlehnskasse und Winzerverein Rachtig
e.G.m.u.H., Kreis Bernkastel

¹ Vgl. Fußnote auf S. 36.

6. Raiffeisenbank Nieder-Oberheimbach e.G.m.b.H.,
Kreis St. Goar
7. Raiffeisenkasse Kottenheim e.G.m.u.H.,
Kreis Mayen
8. Raiffeisenkasse Neitersen e.G.m.u.H.,
Kreis Altenkirchen
9. Raiffeisenkasse Windesheim e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
10. Raiffeisenkasse Kaltenengers e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz
11. Raiffeisenkasse Ettringen e.G.m.u.H., Kreis Mayen
12. Raiffeisenkasse Gemünden e.G.m.b.H.,
Kreis Simmern
13. Raiffeisenkasse Spabrücken e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
14. Raiffeisenkasse Ediger e.G.m.u.H., Kreis Cochem
15. Raiffeisenkasse Antweiler e.G.m.b.H.,
Kreis Ahrweiler

Die in dieser Gruppe vereinigten Raiffeisenbanken arbeiten größtenteils in verstädterten Gebieten oder in Orten mit ansehnlicher gewerblicher Wirtschaft. Vier Genossenschaften liegen in Weinbaugebieten.

Gruppe VII:

1. Raiffeisenkasse Straßenhaus e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
2. Raiffeisenkasse Merl e.G.m.u.H., Kreis Zell
3. Raiffeisenbank Buchholz e.G.m.b.H., Kreis Neuwied
4. Raiffeisenkasse Langenlonsheim e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
5. Raiffeisenbank Leiwen e.G.m.u.H., Kreis Trier
6. Raiffeisenkasse Fell-Fastrau-Riol e.G.m.u.H.,
Kreis Trier
7. Raiffeisenkasse und Winzerverein Wintrich
e.G.m.b.H., Kreis Bernkastel
8. Raiffeisenkasse Nusbaum e.G.m.u.H., Kreis Bitburg
9. Raiffeisenkasse Irrel e.G.m.u.H., Kreis Bitburg
10. Raiffeisenkasse Bassenheim e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz.

11. Raiffeisenkasse Mertloch e.G.m.b.H., Kreis Mayen
12. Raiffeisenkasse Kehrig e.G.m.b.H., Kreis Mayen

Die Genossenschaften dieser Gruppe sind zum Teil in größeren, überwiegend landwirtschaftlich und weinbauwirtschaftlich orientierten Orten tätig.

Gruppe VIII:

1. Raiffeisenbank Gerolstein e.G.m.b.H., Kreis Daun
2. Raiffeisenkasse Horhausen e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
3. Raiffeisenbank Hoppstädten e.G.m.b.H.,
Kreis Birkenfeld
4. Raiffeisenkasse Miesenheim e.G.m.b.H.,
Kreis Mayen
5. Raiffeisenkasse Mülheim e.G.m.b.H., Kreis Koblenz
6. Raiffeisenbank Rhaunen e.G.m.b.H.,
Kreis Bernkastel
7. Raiffeisenkasse Saiffig e.G.m.b.H., Kreis Mayen
8. Raiffeisenbank Morbach e.G.m.u.H.,
Kreis Bernkastel

Die in der Gruppe VIII zusammengeschlossenen Raiffeisenbanken arbeiten meist in Amtsorten oder anderen vornehmlich gewerblich orientierten Ortschaften.

Gruppe IX:

1. Raiffeisenbank Reil e.G.m.u.H., Kreis Wittlich
2. Raiffeisenbank Kempenich e.G.m.b.H., Kreis Mayen
3. Raiffeisenkasse Wallhausen e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
4. Raiffeisenkasse Kaimt e.G.m.b.H., Kreis Zell
5. Raiffeisenkasse Trittenheim e.G.m.u.H.,
Kreis Trier
6. Raiffeisen-Spar- und Kreditkasse Mehring
e.G.m.b.H., Kreis Trier
7. Raiffeisenkasse Asbach e.G.m.b.H., Kreis Neuwied
8. Raiffeisenkasse Monreal e.G.m.b.H., Kreis Mayen

Der Geschäftsbezirk der in der Gruppe IX vereinigten Raiffeisenkassen umfaßt überwiegend Weinbaugebiete. Die aufgeführten Ortschaften sind in der Regel auch Amtsorte.

Ein Sonderfall liegt in dem Eifeldorf Monreal vor, dessen Haufterwerbsquelle die Landwirtschaft ist.

Gruppe X:

1. Raiffeisenbank Schönecken e.G.m.b.H., Kreis Prüm
2. Volksbank¹ Niedermendig e.G.m.b.H., Kreis Mayen
3. Volksbank Rheinböllen e.G.m.b.H., Kreis Simmern
4. Raiffeisenbank Plaidt e.G.m.b.H., Kreis Mayen
5. Raiffeisenkasse Güls e.G.m.b.H., Kreis Koblenz
6. Raiffeisenkasse Kesselheim e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz
7. Raiffeisenkasse Kettig e.G.m.b.H., Kreis Koblenz
8. Raiffeisenkasse Dudeldorf e.G.m.u.H.,
Kreis Bitburg
9. Zeltinger Spar- und Darlehnskassen-Verein¹
e.G.m.b.H., Kreis Bernkastel

Die aufgeführten Kreditgenossenschaften arbeiten in Orten, die teilweise im Umkreis größerer Städte liegen, teilweise als Amtsorte regionale Zentren bilden und in der Regel sowohl gewerblichen als auch landwirtschaftlichen Charakter tragen.

Gruppe XI:

1. Vereinsbank¹ Stromberg e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
2. Raiffeisenkasse Flammersfeld e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
3. Spar- und Kreditbank¹ Hillesheim e.G.m.b.H.,
Kreis Daun
4. Volksbank Gebhardshain e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
5. Raiffeisenbank Briedel e.G.m.b.H., Kreis Zell
6. Raiffeisenkasse Rübenach e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz
7. Raiffeisenbank Münstermaifeld e.G.m.b.H.,
Kreis Mayen
8. Polcher Raiffeisenbank e.G.m.b.H., Kreis Mayen
9. Raiffeisenkasse Altenkirchen e.G.m.b.H.

¹ Vgl. Fußnote auf S. 36.

Die in der Gruppe XI zusammengeschlossenen Raiffeisenbanken befinden sich überwiegend in kleineren regionalen Zentren, die ein hauptsächlich landwirtschaftliches Hinterland haben.

Gruppe XII:

1. Raiffeisenbank Schweich e.G.m.b.H., Kreis Trier
2. Raiffeisenbank Idar-Oberstein e.G.m.b.H.,
Kreis Birkenfeld
3. Bacharacher Volksbank e.G.m.b.H., Kreis St. Goar
4. Raiffeisenkasse Kruft e.G.m.b.H., Kreis Mayen
5. Raiffeisenbank Kröv e.G.m.u.H., Kreis Wittlich
6. Raiffeisenbank Ochtendung e.G.m.b.H., Kreis Mayen

Die genannten Orte, in denen die sechs größten mittelrheinischen Raiffeisenbanken mit Warenverkehr tätig sind, sind auf Grund ihrer Größe bereits als gewerblich gut entwickelte Gemeinden anzusehen.

Gruppe XIII:

1. Spar- und Kreditbank Neuerburg e.G.m.b.H.,
Kreis Bitburg
2. Spar- und Kreditbank Saarburg-Beurig e.G.m.b.H.
3. Raiffeisenbank Niederfischbach e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
4. Raiffeisenbank Neustadt/Wied e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied
5. Wirgeser Bank e.G.m.b.H., Unterwesterwaldkreis
Montabaur
6. Raiffeisenbank Mudersbach e.G.m.b.H.,
Kreis Altenkirchen
7. Raiffeisenkasse Winnigen e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz
8. Raiffeisenbank Oberbieber e.G.m.b.H.,
Kreis Neuwied

Die in der Gruppe XIII aufgeführten Raiffeisenkassen sind reine Kreditgenossenschaften und befinden sich meist in Orten, deren Wirtschaftsstruktur grundsätzlich durch die Landwirtschaft geprägt wird. Daneben haben jedoch Gewerbe und Industrie schon eine gewisse Bedeutung erlangt.

Gruppe XIV:

1. Kastellauner Volksbank e.G.m.b.H., Kreis Simmern
2. Sobernheimer Volksbank e.G.m.b.H.,
Kreis Bad Kreuznach
3. Kirner Volksbank e.G.m.b.H., Kreis Bad Kreuznach
4. Oberweseler Volksbank e.G.m.b.H., Kreis St. Goar
5. Volksbank Remagen e.G.m.b.H., Kreis Ahrweiler
6. Volksbank Bad Niederbreisig e.G.m.b.H.,
Kreis Ahrweiler
7. Brohler Volksbank e.G.m.b.H., Kreis Ahrweiler

Fast alle in dieser Gruppe genannten reinen Kreditgenossenschaften üben ihre Tätigkeit in Amtsorten mit gemischter Wirtschaftsstruktur aus.

Gruppe XV:

1. Raiffeisenbank Engers e.G.m.b.H., Kreis Neuwied
2. Raiffeisenbank Weißenthurm e.G.m.b.H.,
Kreis Koblenz
3. Volksbank Linz e.G.m.b.H., Kreis Neuwied
4. Bankverein Hermeskeil e.G.m.b.H., Kreis Trier
5. Heddesdorfer Raiffeisenbank in Neuwied e.G.m.b.H.
6. Hunsrücker Kreditverein Simmern e.G.m.b.H.

In den hier genannten Orten, von denen einige als Kreisstädte ansehnliche regionale Zentren bilden, ist die gewerbliche Wirtschaft vorherrschend.

Gruppe XVI:

1. Volksbank Kirchberg e.G.m.b.H., Kreis Simmern
2. Bad Neuenahrer Kreditbank e.G.m.b.H.,
Kreis Ahrweiler
3. Bitburger Bankverein e.G.m.b.H.
4. Volksbank Trier e.G.m.b.H.

Die vier größten Kreditgenossenschaften im Wirkungsbereich des Raiffeisenverbandes Mittelrhein befinden sich in zentralen Orten mit vorherrschend gewerblicher Wirtschaft. Eine Genossenschaft arbeitet in einem Kurbad. Die Volksbank Trier umfaßt mit ihren Zweigstellen ein größeres ländliches Gebiet.

Die in der Gruppe XII erfaßte Spar- und Kreditbank Saarburg-Beurig, die Raiffeisenbank Neustadt/Wied, die Raiffeisenbank Mudersbach sowie die in der Gruppe XV geführte Raiffeisenbank Engers und die Raiffeisenbank Weisenthurm weisen zum Teil noch bis zum Jahre 1962 einen geringen Warenumsatz aus, der sich allerdings nur aus verrechnungsmäßigen Buchungen ergibt und nicht das Ergebnis eines systematisch betriebenen Warengeschäftes ist. Die genannten Kreditgenossenschaften sind ihrer Struktur nach reine Bankbetriebe, so daß ihre Erfassung bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) gerechtfertigt ist.

Insgesamt gesehen ergeben die in den 16 Vergleichsgruppen zusammengefaßten und an 156 Plätzen arbeitenden Kreditgenossenschaften ein repräsentatives Bild der Wirtschaftsstruktur in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier.

IV. Die sachliche Umgrenzung der Vergleichsgebiete

Die Vergleichsobjekte, die im Rahmen des Betriebsvergleichs zu untersuchen und auszuwerten sind, betreffen nicht die Kreditgenossenschaften als Ganzes, sondern nur einzelne geschäftliche Teilbereiche. Die sachliche Umgrenzung der Vergleichsgebiete ergibt sich aus dem Vergleichszweck. In einer vergleichenden Untersuchung, deren Ziel es ist, möglichst umfassende Erkenntnisse über das kreditgenossenschaftliche Betriebsgeschehen zu gewinnen, müssen die Vergleichsgebiete so geordnet sein, daß eine systematische Durchleuchtung unter den verschiedensten Gesichtspunkten möglich ist. Die vorliegende Arbeit beginnt deshalb mit einem allgemeinen Vergleich der Entwicklung betrieblicher Strukturdaten und betrachtet daran anschließend Belegschaft und Leistung pro Beschäftigten. Finanzwirtschaftliche Bilanz- und Liquiditätsvergleiche schließen sich an und ermöglichen eingehende Strukturanalysen. Auf die Ergebnisse der Strukturvergleiche wird Bezug genommen, wenn in einem Erfolgsvergleich die Betriebsergebnisse herausgestellt und ihre Ursachen erklärt werden. Zu guter Letzt sollen dann noch die bankgeschäftlichen Dienstleistungen der Kreditgenossenschaften untersucht werden.

1. Der Vergleich der Entwicklung allgemeiner Strukturdaten

An Hand allgemeiner Strukturdaten wird zunächst das betriebliche Wachstum der Kreditgenossenschaften in den Vergleichsjahren 1958 bis 1962 untersucht. In absoluten Zahlen werden für alle Vergleichsgruppen die Zahl der Mitglieder je Genossenschaft, die Zahl der Buchungsposten und die Zahl der Spar- und Kreditkonten zum Jahresende gegenübergestellt.

Da die Buchungsposten bei den ländlichen Kreditgenossenschaften noch nicht regelmäßig erraßt werden, konnten sie bisher bei Betriebsvergleichen nicht verwendet werden. Im Betriebsvergleich der Sparkassen werden die Buchungsposten seit Jahren zur Messung der Beschäftigungsquote (Verhältnis der Gesamtzahl der Beschäftigten zur Anzahl der Buchungsposten) herangezogen¹. Diesem Beispiel folgend, werden die Buchungsposten, soweit sie zu ermitteln sind, berücksichtigt. Da nicht jeder Buchungsposten die gleiche Leistung ausdrückt, kann man ihnen nur begrenzten Aussagewert einräumen. Ein Buchungsposten im Waren-, Wertpapier- oder Diskontwechselgeschäft hat beispielsweise ein anderes Gewicht als ein Buchungsposten im Spar- oder Zahlungsverkehr. Trotz dieses Mangels können Buchungsposten in gewissen Grenzen als Maßstab für den Arbeitsaufwand und das Leistungsvolumen einer Kreditgenossenschaft dienen.

Der Vergleich der Zahlen von Spar- und Kreditkonten leidet daran, daß die Zahl der Kreditkonten durch Umstellung der Erhebungsformulare im Jahre 1962 nicht mehr allgemein festzustellen ist. Bis einschließlich 1961 ist jedoch ein Vergleich der nach debitorischen Kontokorrentkonten, debitorischen Darlehenskonten (kurz-, mittel- und lang-

¹ Vgl. N a g e l, W., Der Betriebsvergleich der Sparkassen. Sparkassenhefte Nr. 17, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. Stuttgart 1958. S. 33 und S. 79, sowie: Betriebswirtschaftliche Blätter für die Praxis der Sparkassen und Girozentralen, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. Bonn, September 1952 - Mai 1963.

fristig) und debitorischen Warenforderungskonten aufgliederten Kreditkonten möglich.

Die allgemeine Entwicklungstendenz der Kreditgenossenschaften wird sowohl durch einen Vergleich absoluter Zahlen als auch durch einen Indexvergleich gekennzeichnet. Auf der Basis 31.12.1958 gleich 100 wird fortlaufend zum Jahresende bis 1962 im Gruppendurchschnitt der indexmäßige Verlauf von bereinigter Bilanzsumme, Summe der Gewinn- und Verlust-Rechnung, Gesamtumsatz, Warenumsatz, Gesamteinlagen und Gesamtausleihungen dargestellt.

Die bereinigte Bilanzsumme ergibt sich aus der Bilanzsumme des Jahresabschlusses
+ Indossamentverbindlichkeiten aus abgerechneten eigenen Ziehungen und weitergegebenen Wechseln
./. durchlaufende Kredite
./. von den Debitoren abgesetzte Einzelwertberichtigungen
./. möglicherweise vorhandener Reinverlust.

Der Gesamtumsatz resultiert aus der Gesamtsumme aller auf einer Seite des Hauptbuches aufgeführten Umsätze ohne die Bestandsposten der Eingangsbilanz des Geschäftsjahres.

Der Warenumsatz wird nicht nach Bezugs- und Absatzgeschäft aufgegliedert, sondern errechnet sich aus der Summe der Verkaufs- und Einkaufswerte aller bezogenen und abgesetzten Waren.

Der Indexvergleich weist die Einlagen einmal insgesamt und zum anderen nach Sicht-, Termin- und Spareinlagen unterteilt aus. Entsprechend werden die Ausleihungen einmal insgesamt aufgezeigt und außerdem in kurz- und mittelfristige Kredite (Wechselkredite + Debitoren + abgerechnete eigene Ziehungen + weitergegebene Wechsel ./. Einzelwertberichtigungen) sowie in langfristige Ausleihungen (4 Jahre und darüber) untergliedert.

Es folgen die beiden Relationen Gesamtumsatz bzw. Summe der Gewinn- und Verlust-Rechnung jeweils im Verhältnis zum Geschäftsvolumen. Als Bezugsgrundlage ist den Strömungsgrößen Gesamtumsatz und Summe der Gewinn-

und Verlust-Rechnung die bereinigte Durchschnittsbilanzsumme zugeordnet, die sich aus dem arithmetischen Mittel der bereinigten Bilanzsumme am 1.1. und der bereinigten Bilanzsumme am 31.12. des Geschäftsjahres ergibt. Zuletzt werden die Summe der Gewinn- und Verlust-Rechnung zum Gesamtumsatz und der Gesamtumsatz sowie die Verwaltungskosten jeweils zur Gesamtzahl der Buchungsposten ins Verhältnis gesetzt.

2. Die Personalentwicklung und die Leistung pro Beschäftigten

Für die Untersuchung der Beschäftigungsverhältnisse wird zunächst die Anzahl der Beschäftigten je Genossenschaft im Zeitablauf dargestellt. Dabei muß für die unterschiedliche quantitative Arbeitsleistung eines Beschäftigten in der Kreditgenossenschaft (hauptberuflich, nebenberuflich oder ehrenamtlich) ein einheitliches Maß gefunden werden. Als Beschäftigter wird im Rahmen des Betriebsvergleichs jedes Vorstandsmitglied, jeder Geschäftsführer, Angestellte oder Arbeiter gezählt, das bzw. der hauptberuflich in der Kreditgenossenschaft beschäftigt ist. Hauptberufliche Lehrlinge sowie alle nebenberuflich und im Laufe des Geschäftsjahres vorübergehend Tätigen sind in der Beschäftigtenstatistik mit 1/2 angesetzt. Ehrenamtlich Tätige bleiben in der Aufstellung unberücksichtigt.

Durch die zwischen 1960 und 1961 vorgenommene Umstellung eines Jahresabschlußformulars wird die Zahl der Lehrlinge im Gegensatz zu früher von den Kreditgenossenschaften jetzt allgemein bekanntgegeben, so daß die Beschäftigtenzahlen von 1961 und 1962 mit denen von 1958, 1959 und 1960 nicht voll vergleichbar sind. Der Fehler ist jedoch nicht so erheblich, daß er von nennenswertem Einfluß auf die Vergleichsaussage sein könnte.

Mit der Beziehungszahl "Persönliche Verwaltungskosten je Beschäftigter" soll der durchschnittliche Personalaufwand der Kreditgenossenschaft pro Beschäftigten gemessen werden. Diesem Aufwand stehen die auf den einzelnen Beschäftigten bezogenen Leistungen gegenüber. Dabei werden als Ausdruck für die Leistungen einmal die

Buchungsposten und die Gesamtzahl aller Kredit- und Einlagenkonten und zum anderen die bereinigte Durchschnittsbilanzsumme, der Gesamtumsatz, der Warenumsatz und die ordentlichen Erträge verwendet werden.

Die Beziehungszahlen "Buchungsposten je Beschäftigter" und "Gesamtzahl aller Kredit- und Einlagenkonten je Beschäftigter" sollen die innerbetriebliche Leistung des Personals ausdrücken. Ein erkennbarer Anstieg der Kennzahl "Buchungsposten je Beschäftigter" kann auf einen verstärkten Einsatz technischer Hilfsmittel (Buchungsmaschinen), auf erfolgreiche organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen oder auf einen Wandel in der Geschäftsstruktur der Genossenschaften zurückgeführt werden. Die Aussage wird allerdings durch das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Buchungspostenarten in gewissem Umfang eingeschränkt, ein Umstand, auf den nicht weiter eingegangen werden kann.

Die auf den einzelnen Beschäftigten bezogenen wirtschaftlichen Größen besitzen ebenfalls keine absolute Aussagekraft, da die bereinigte Durchschnittsbilanzsumme, der Gesamtumsatz, der Warenumsatz und die ordentlichen Erträge nur in einer lockeren Beziehung zur Zahl der Beschäftigten stehen. Eine Kreditgenossenschaft in einem Gebiet mit starkem Wirtschaftspotential vermag z.B. mit einer bestimmten Beschäftigtenzahl weitaus höhere Bilanzsummen, Umsätze und Erträge zu erzielen, als eine Genossenschaft, die einen wirtschaftlich ungünstigen Standort aufweist. Die in dieser Arbeit errechneten Kennzahlen für die Leistung pro Beschäftigten dürfen daher nicht zwischenbetrieblich, sondern nur einbetrieblich in ihrer Entwicklung betrachtet werden.

3. Der Bilanzvergleich

Der Bilanzvergleich soll die Vermögens- und die Kapitalstruktur der Kreditgenossenschaften als Ergebnis ihrer Geschäftspolitik sichtbar machen. Die Bilanzstruktur liefert in der Regel zugleich die Erklärung für die Ergebnisse des Erfolgsvergleichs. Beim Bilanzvergleich werden die einzelnen Vermögens- und Kapitalgrößen zur

bereinigten Bilanzsumme ins Verhältnis gesetzt. Der auf den Zahlen des Bilanzstichtags (31.12.) aufgebaute Vergleich stellt eine Zeitpunktbetrachtung dar, die den Nachteil hat, daß die für den Stichtag ermittelten Relationen nicht typisch für die Verhältnisse während des ganzen Jahres zu sein brauchen. Im Bankgewerbe sind häufige, für den Jahresdurchschnitt nicht typische Veränderungen einzelner Bilanzpositionen zum Stichtag üblich¹. Für den Bilanzvergleich ländlicher Kreditgenossenschaften treffen derartige Bedenken jedoch kaum zu, da "window dressing" nur selten anzutreffen ist².

a. Die Kapitalstruktur

Den in sieben Gruppen zusammengefaßten Kapitalgrößen dient die bereinigte Bilanzsumme als Bezugsgrundlage. Sicht-, Termin- und Spareinlagen sind in der ersten Gruppe zusammengefaßt. Die zweite Gruppe umschließt aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen), eigene Akzepte, Solawechsel und alle Rückstellungen außer den Pensionsrückstellungen. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr werden zu den kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten auch die Verpflichtungen aus Warenbezugsgeellschaften und aufgenommenen Warenkrediten sowie die Rückstellungen für Warenrückvergütung gerechnet. In die Gruppe der langfristigen Verbindlichkeiten fallen alle für vier Jahre und darüber aufgenommenen Darlehen sowie die Pensionsrückstellungen. Zum Eigenkapital zählen die Geschäftsguthaben der Mitglieder, die Rücklagen und die Zuweisungen zu den Rücklagen aus dem Reingewinn. Eine eigene Gruppe bilden die Sammelwertberichtigungen, die nach bestimmten Sätzen als Wertkorrekturen für diejenigen Forderungen eingesetzt werden, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet sind. In der Gruppe der Sonstigen Passiva werden u.a. die Geschäftsguthaben der ausscheidenden Mitglieder, der als Dividende auf die Geschäfts-

¹ Vgl. Bindewalt - Kolbeck, a.a.O., S. 28.
Doerk, a.a.O., S. 61.
Nagel, a.a.O., S. 12 u. S. 28.

² Doerk, a.a.O., S. 61.

anteile bestimmte Teil des Reingewinns und die Rechnungsabgrenzungsposten zusammengefaßt. Die in der letzten Gruppe erfaßten Eventualverbindlichkeiten betreffen die den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen im Umlauf und die Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechslern.

Der Gruppe der Einlagen kommt außerordentliche Bedeutung zu, weil sie die Grundlage für das Aktivgeschäft darstellt. Die Zusammensetzung des Gesamteinlagenbestandes nach Einlagenarten bestimmt weitgehend die Höhe der Habenzinsen. Daher wird der Struktur der Einlagen im Betriebsvergleich besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Analyse der Einlagenstruktur wird ergänzt durch eine Untersuchung über die Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen. Die Kennziffer "Sollumsätze (Auszahlungen) im Sparverkehr in Prozent des jahresdurchschnittlichen Spareinlagenbestandes" ermöglicht Aussagen über die zeitliche Bindung der Spareinlagen bei den Raiffeisenbanken.

Im Rahmen der Kapitalstrukturvergleiche interessiert speziell die Analyse des Eigenkapitals. Im Gesetz über das Kreditwesen (KWG) wird allen Kreditinstituten eine angemessene Eigenkapitalausstattung vorgeschrieben, die der Sicherung der anvertrauten Vermögenswerte dienen soll¹. KWG und Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen schreiben weiter die Einhaltung bestimmter Relationen zwischen den zu gewährenden Krediten und der Größe des haftenden Eigenkapitals vor². Da die Geschäftsguthaben der Kreditgenossenschaften mit der Mitgliederzahl schwanken, kommt innerhalb des Eigenkapitals den Rücklagen sowohl als Geschäfts- als auch als Hartungsgrundlage eine große Bedeutung zu. Die Kreditgenossenschaften sind an der Stärkung ihrer Reserven besonders interessiert. Den Erfolg dieser Bemühungen zeigt ein Vergleich der Eigenkapitalverhältnisse für die Jahre 1958 und 1962.

¹ Vgl. § 10 KWG.

² Vgl. § 13 KWG und Eigenkapitalgrundsätze I und I a des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen.

b. Die Vermögensstruktur

Die Vermögensstruktur der Kreditgenossenschaften ist wie die aller Banken durch den hohen Anteil der Forderungen, d.h. des Geldvermögens, am Gesamtvermögen gekennzeichnet. Die Vermögensposten können daher nach ihrer Liquidität in

primär liquide Aktiva,
sekundär liquide Aktiva und
tertiär liquide Aktiva aufgegliedert werden.

Primär liquide Aktiva sind das Zentralbankgeld, also Geld, das die Bank nicht selbst schaffen kann (Kassenbestand, LZB-Guthaben). Für die sekundär liquiden Aktiva ist bezeichnend, daß sie jederzeit, ohne Verlust, auf Initiative der Bank in Zentralbankgeld umgewandelt werden können (z.B. Postscheckguthaben, rediskontfähige Wechsel, lombardfähige Wertpapiere, täglich fällige Nostroguthaben, Geldmarkttitel). Tertiär liquide Aktiva sind alle Vermögenswerte, die nicht primär oder sekundär liquide Aktiva darstellen und sich ohne Gefährdung der Sicherheit einer Bank in Zentralbankgeld umwandeln lassen (z.B. alle kurstragenden Titel).

Im Betriebsvergleich werden die Aktiva nicht nach dem aufgezeigten Schema gegliedert. Die Einteilung erfolgt entsprechend der bisherigen Praxis bei Raiffeisen-Kreditgenossenschaften. Die einzelnen Vermögensposten werden direkt der Bilanz entnommen und ohne große Umrechnungen und Abgrenzungen zu Gruppen zusammengefaßt.

Zu den liquiden Mitteln werden gerechnet: der Kassenbestand, die Guthaben auf Bundesbank- und Postscheckkonto, die Guthaben bei Kreditinstituten ¹, Schecks, Schatzwechsel und Kassenobligationen. Bei Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr werden den flüssigen Mitteln die

¹ Es entspricht der kreditgenossenschaftlichen Praxis, z.B. bei den Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes, daß auch Nostroguthaben mit vereinbarter Laufzeit bzw. Kündigungsfrist in der Vermögensgruppe "liquide Mittel" erfaßt werden. Da die Festgelder gewöhnlich einen geringen Anteil an den gesamten Nostroguthaben ausmachen, ist ihre Erfassung bei den liquiden Mitteln ohne großen Einfluß auf die Vergleichsaussage.

Guthaben bei Warenzentralen zugerechnet. Je eine eigene Vermögensgruppe bilden die Wertpapiere sowie die niedrig verzinslichen Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand. Die Kredite werden in die kurz- und mittelfristigen Forderungen (Wechselkredite + Debitoren + den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf + Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln ./.. Einzelwertberichtigungen) einerseits und die langfristigen Ausleihungen (4 Jahre und darüber) andererseits unterteilt. Für Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr wurde eine eigene Gruppe "Warenbestand" gebildet. In der Gruppe "Anlagevermögen" werden die Beteiligungen, die Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung zusammengefaßt. Eine letzte Vermögensgruppe erfaßt schließlich die Rechnungsabgrenzungsposten und die Sonstigen Aktiva.

Die Vermögensstruktur eines Kreditinstituts wird in erster Linie durch die Kreditbedürfnisse seines Kundenkreises bestimmt. Bei den ländlichen Kreditgenossenschaften, die den Kreditbedarf ihrer Mitglieder decken sollen, muß sich der Vermögensstrukturvergleich demnach auf das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft und die langfristigen Ausleihungen konzentrieren.

Für die Analyse der Liquidität und den Erfolgsvergleich, vor allem die Analyse der Erträge aus Kreditgewährung, interessiert die Aufgliederung des Gesamtkreditvolumens nach den einzelnen Kreditarten. Dabei wird ersichtlich, wie sich das Kreditvolumen auf Kontokorrentkredite, Darlehen bis zu 4 Jahren, Wechselkredite, langfristige Ausleihungen, Warenkredite und Sonstige Kredite verteilt. Die Untersuchung ist geeignet, die Richtung aufzuzeigen, in der sich das Kreditgeschäft der ländlichen Kreditgenossenschaften entwickelt.

Bei den unter der Position Sonstige Kredite erfaßten Kreditarten handelt es sich um rückständige Darlehenszinsen, Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Teilzahlungskredite. Die Teilzahlungskredite werden erst seit 1962 gesondert festgestellt. Vorher wurden sie unter verschiedenen anderen Kreditarten ausgewiesen, so daß sie im Zeit-

ablauf nicht voll erfaßbar sind. Da ihr Anteil am Gesamtkreditvolumen jedoch gering ist, fällt der Fehler nicht ins Gewicht.

Die Raiffeisen-Kreditgenossenschaften pflegen traditionsgemäß den Mittelstandskredit, d.h. den Kredit an den gewerblichen Mittelstand (Handwerk, Handel, Gewerbe) und die Landwirtschaft. Es werden vor allem Persönliche Kleinkredite gewährt. Umfang und Größenordnung dieser Kredite in den Jahren 1958 und 1962 werden gesondert aufgezeigt.

Aus der Größengliederung der gewährten Kredite lassen sich Rückschlüsse auf die Gliederung der Kreditnehmer nach Berufsgruppen ziehen. Im Rahmen des Betriebsvergleichs wird eine spezielle Untersuchung über die Berufe der Kreditnehmer angestellt werden.

c. Die Beziehungen zwischen der Kapital- und der Vermögensstruktur

Zur Beobachtung der Finanzvorgänge und zur Überwachung des finanziellen Gleichgewichts einer Unternehmung werden in der Praxis oft Aktiv- und Passivpositionen gegenübergestellt. Diese "Kennzahlen der Deckungsverhältnisse" ¹ sagen jedoch nichts darüber aus, wie die Finanzierungsmittel im Betrieb verwendet worden sind, weil eine Zurechnung einzelner Passivpositionen zu einzelnen Aktivpositionen nicht möglich ist ². Eine Bank, so auch die Kreditgenossenschaft, vermittelt keine Kredite, indem sie z.B. die Gegenwerte von Einlagen als Kredite weitergibt, sondern sie **s c h a f f t** Kredite. Neue Kredite kann sie schaffen, wenn ihr eine Überschußkasse (= der für die laufenden Transaktionen und die Unterhaltung der Mindestreserve einschließlich einer Sicherheitskasse nicht benötigte Bestand an Zentralbankgeld) zur Verfügung steht. "Sie schafft in Form von neuen Sichtverpflichtungen selbst die Zahlungsmittel, die sie dem Kreditnehmer zur

¹ **G u t e n b e r g**, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 118.

² Die Problematik der Zurechnung von bestimmten Passiva zu bestimmten Aktiva wird im Zusammenhang mit der Zinsspannenrechnung näher erläutert; vgl. dazu S. 65 f.

Verfügung stellt" ¹. Indem die Bank dem Kreditnehmer ein Sichtguthaben einräumt, schafft sie neues Geld in Form von Giralgeld.

Aus der Schilderung des Geldschöpfungsvorganges einer Bank ergibt sich bereits, daß eine Gegenüberstellung von Aktiv- und Passivpositionen der Bankbilanz zu keiner Aussage über die Finanzierung der Aktivwerte führen kann. Wenn im Betriebsvergleich dennoch einige Beziehungen zwischen der Kapital- und der Vermögensstruktur untersucht werden, dann soll damit keine Zurechnung vorgenommen, sondern den Banken lediglich ein Anhalt zur Prüfung gegeben werden, ob sie in ausreichendem Maße mit dem unter Finanzierungs- und Sicherheitsgesichtspunkten gleich wichtigen Eigenkapital ausgestattet sind ².

In einer ersten Kennziffer wird die Relation Anlagevermögen zu Eigenkapital dargestellt. Bei Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr wird der Zähler um den Warenbestand erweitert. Der Bildung dieser Kennziffern liegt die Forderung der goldenen Bilanzregel zugrunde, nach deren älterer Fassung das Anlagevermögen völlig durch Eigenkapital gedeckt sein soll. Nach der neueren Fassung - goldene Bilanzregel im weiteren Sinne - sollte neben dem Anlagevermögen auch der dauernd gebundene Teil des Umlaufvermögens (die eisernen Bestände) durch dauerhaftes oder langfristiges Kapital gedeckt sein. Die Warenbestände der gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften am Jahresende können als eiserne Bestände angesehen werden. Sie setzen sich aus Posten mit kurzer Wiedergeldwerdungsdauer zusammen und sind landwirtschaftliche Betriebsmittel oder Werkstoffe, z.B. Maschinen, Ackergeräte, Treib- und Brenn-

¹ S c h n e i d e r, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung. 8. verb. Aufl. Tübingen 1964. S. 60.

² Den traditionellen Ansichten über bestimmte Relationen zwischen Eigen- und Fremdkapital oder zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen liegen die Funktionen des Eigenkapitals als Finanzierungs- bzw. als Haftungsgrundlage zugrunde. Es ist vor allem der Grundsatz risiko-entsprechender Finanzierung, der eine ausreichende Ausstattung der Unternehmung mit Eigenkapital verlangt. Als Maßstab für die Angemessenheit der Kapitalausstattung spielen die branchenüblichen Relationen eine erhebliche Rolle.

stoffe, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie Saatgut, die eine warenwirtschaftlich tätige Raiffeisenbank dauernd zum Verkauf anbietet und deren Bestand sie immer wieder auffüllt.

Der Kennzeichnung der finanziellen Stabilität gilt eine dritte Kennziffer, die für die Jahre 1958 und 1962 prüft, ob die dauernden Anlagen einer Kreditgenossenschaft in Grundstücken, Gebäuden und Beteiligungen das haftende Eigenkapital nicht übersteigen (§ 12 KWG). Das haftende Eigenkapital wird gemäß § 10 Abs. 2 und 3 KWG nach der am 31.12.1962 gültigen Form errechnet, und zwar als Summe von

- a. Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder
- + b. Rücklagen nach § 10 Absatz 3 KWG
- + c. Reingewinnzuweisung an die Rücklagen nach § 10 KWG
- + d. Haftsummenzuschlag
- ./. e. eventueller Reinverlust.

Der Haftsummenzuschlag errechnet sich für eine e.G.m.b.H. mit 50 Prozent von a + b + c ./. e; er darf jedoch nicht kleiner sein als die Summe aller Geschäftsanteile. Der Haftsummenzuschlag für eine e.G.m.u.H. ist mit 100,-- DM je verbleibendes Mitglied bzw. mit mindestens 50 Prozent von a + b + c ./. e anzusetzen.

Der vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank erlassene Eigenkapital-Grundsatz I bindet die Summe der zu gewährenden Kredite an das haftende Eigenkapital. Mittels einer für die Jahre 1958 und 1962 errechneten Kennziffer wird untersucht, inwieweit die Kreditgenossenschaften den durch diesen Grundsatz festgesetzten Kreditspielraum ausgenutzt haben.

Um Aussagen darüber machen zu können, in welchem Umfang sich die Kreditgenossenschaften in ihrer Geschäftspolitik an der goldenen Bankregel orientiert und wie sich wichtige Bilanzrelationen im Zeitablauf verändert haben, werden folgende Aktivpositionen zu folgenden Passivpositionen in Beziehung gesetzt:

1. Gesamtausleihungen zu Gesamteinlagen,
2. Gesamtausleihungen zu der Summe aus Gesamteinlagen und aufgenommenen Geldern,

3. Langfristige Ausleihungen zu der Summe aus Spareinlagen und aufgenommenen langfristigen Darlehen,
4. Debitoren und Wechselkredite zu der Summe aus Sicht- und Termineinlagen sowie kurz- und mittelfristig aufgenommenen Geldern,
5. Liquide Mittel und Wertpapiere ¹ zu der Summe aus Gesamteinlagen und aufgenommenen Geldern.

Da der Vergleich lediglich die Entwicklungstendenzen erkennen lassen soll, werden die Debitoren und die Gesamtausleihungen aus rechentechnischen Gründen mit dem vollen Nennbetrag ins Verhältnis gesetzt, also ohne Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen, der den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen im Umlauf und der Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln.

Die kurz- und mittelfristig aufgenommenen Gelder betreffen Nostroverpflichtungen, eigene Akzepte, Solawechsel und Anweisungen im Umlauf.

Die Kennziffer "Liquide Mittel und Wertpapiere ¹ im Verhältnis zur Summe aus Gesamteinlagen und aufgenommenen Geldern" soll ein Maßstab für die Liquiditätsvorsorge sein, die die Raiffeisenbanken betreiben.

4. Der Vergleich der Liquidität

Der Begriff der Liquidität wird in dreierlei Weise definiert:

1. als Vermögensliquidität, d.i. die Eigenschaft eines Aktivums, Geld zu sein, im normalen Ablauf des Wiedergeldwerdungsprozesses Geld zu werden oder vorzeitig in Geld umgewandelt zu werden;
2. als Vermögens-Schulden-Liquidität (bilanzmäßigesummarische Liquidität), worunter bestimmte Verhältnisse der nach Maßgabe ihrer Liquidierbarkeit geordneten Aktiva zu den nach Maßgabe ihrer Fälligkeiten geordneten Passiva verstanden werden.

¹ Die Wertpapiere können hier zu den liquiden Mitteln gerechnet werden, da es sich meist um sekundär liquide Aktiva, also Geldmarkttitel und lombardfähige Wertpapiere, handelt. Diesen gegenüber fallen die sonstigen Wertpapiere (u.a. börsengängige Dividendenwerte) nicht erheblich ins Gewicht.

Zähler- und Nennergrößen beziehen sich auf einen Zeitpunkt;

3. als Finanzplanliquidität (kumulativ-pagatorische Liquidität), die auf die Unternehmung als Ganzes und alle aus dem Unternehmungsgeschehen resultierenden Ein- und Auszahlungsströme abstellt. Nach dieser Betrachtungsweise ist eine Unternehmung dann liquide, wenn die Anfangsgeldbestände zuzüglich der kumulierten Einzahlungen eines bestimmten Zeitraumes $\geq$ den kumulierten Auszahlungen dieses Zeitraumes sind. Sollte für einen beliebigen Zeitpunkt tx abzusehen sein, daß die Kurve der kumulierten fixen Auszahlungen über der Kurve der kumulierten fixen Einzahlungen (einschließlich des Anfangsgeldbestandes) verläuft, wird die Unternehmungsleitung mittels Ausgleichsdispositionen versuchen, die zur Deckung des Zahlungsmitteldefizits erforderlichen (dispositionsbestimmten) Einzahlungen zu gewinnen. Ihr Kapitalbedarf im Zeitpunkt tx ergibt sich als Differenz aller kumulierten Auszahlungen und aller kumulierten Einzahlungen vom Start der Unternehmung bis zum Zeitpunkt tx ¹.

Grundsätzlich ist eine Unternehmung liquiditätsmäßig gesichert, wenn sie jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen vermag ². Danach ist ein Kreditinstitut liquide, "wenn es in der Lage ist, der Abforderung von Geld durch seine Einleger, seine Kreditnehmer oder sonstige Berechtigten in der von diesen gewünschten Form (durch Barzahlung oder bargeldlose Zahlung) zu entsprechen" ³.

¹ Einzelheiten über die kumulativ-pagatorische Betrachtungsweise finden sich bei:

M ü l h a u p t, L., Der Bindungsgedanke in der Finanzierungslehre unter besonderer Berücksichtigung der holländischen Finanzierungsliteratur. Wiesbaden 1966. S. 14 und S. 57 ff.

D e p p e, H.D., Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten. "Weltwirtschaftliches Archiv", Hamburg, Bd. 86 (1961), S. 305 ff.

² M ü l h a u p t, Der Bindungsgedanke, a.a.O., S. 68.

³ M ü l h a u p t, L., und D e p p e, H.D., Gedanken zu Problemen der Liquiditätsplanung von Kreditinstituten. "Die Sparkasse", Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. Bonn, Jg. 80, H. 6 (1963), S. 83.

Die Bestimmung der optimalen Liquidität ist heute für die bankwissenschaftliche Forschung ein zentrales Problem. Früher versuchte man, diesem Problem mit Liquiditätsgrundsätzen, wie z.B. der goldenen Bankregel, gerecht zu werden. Der Gedanke, daß "eine Bank nur Kredite mit solchen Fälligkeiten geben darf, die den Fälligkeiten ihrer eigenen Verpflichtungen entsprechen" ¹, hat heute - wenn überhaupt - nur noch in modifizierter und stark erweiterter Form Gültigkeit ². Nach der kumulativ-pagatorischen Betrachtungsweise ist die Liquiditätspolitik "auf die Überbrückung von Divergenzen im Strom der gesamten Ein- und Auszahlungen" abzustellen ³. Für die Liquiditätsdispositionen einer Kreditbank spielen die Liquiditätserwartungen eine große Rolle. Ihrer Einschätzung der Situation, ihren Vorstellungen und Erwartungen entsprechend wird eine Bank ohne Rücksicht auf Herkunft und Überlassungsdauer über das zur Verfügung stehende Zentralbankgeld so disponieren, wie es ihr - ohne daß die Zahlungsbereitschaft darunter leidet - vorteilhaft erscheint. Ebenso wird sie ihren Geldbedarf, der sich bei kumulativ-pagatorischer Betrachtungsweise als dauerhaft, lang- oder kurzfristig erweist, je nach Situation, Sicherheitsbedürfnis und Liquiditätserwartungen, entweder in entsprechender Fristigkeit oder aber mit beliebig befristeten Finanzierungsmitteln decken.

Die Kreditgenossenschaften haben in gleicher Weise Liquiditätsprobleme zu bewältigen wie die Kreditbanken.

¹ K a l v e r a m, W., und G ü n t h e r, H., Bankbetriebslehre. 3. völlig neu bearb. Aufl. Wiesbaden 1961. S. 118.

² V a i h, W., Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Geschäfts bei den Sparkassen. Erlangen - Nürnberger Dissertation 1964. S. 10 ff.

M ü l h a u p t, L., Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, a.a.O., S. 17.

D e r s e l b e, Ansatzpunkte für eine Theorie der Kreditbank. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, hrsg. von J ü r g e n s e n, P r e d ö h l, S e r a p h i m, V o i g t. Bd. 12. Göttingen 1961. S. 140 ff.

³ E b e n d a, S. 141.

Ihre Fähigkeit, neue Kredite zu gewähren, wird dadurch begrenzt, daß sie im Zuge der Aktiv- und Passivgeschäfte Zahlungen in Zentralbankgeld, also in solchem Geld leisten müssen, das sie selbst nicht schaffen können ¹.

Beim Vergleich der Liquidität werden einmal die Liquiditätsgrundsätze des Bundesaufsichtsamtes gemäß § 11 KWG (Grundsätze II und III) und zum anderen die speziellen Liquiditätserhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes zugrunde gelegt. Liquiditätskennziffern nach den Grundsätzen des Bundesaufsichtsamtes werden nur für das Anfangs- und Endjahr der Vergleichsperiode errechnet.

Entsprechend der Forderung im Grundsatz II, daß "die Anlagen eines Kreditinstituts in langfristigen Ausleihungen, in Konsortialbeteiligungen, in Beteiligungen, in nicht börsengängigen Wertpapieren sowie in Grundstücken und Gebäuden die langfristigen Finanzierungsmittel nicht übersteigen sollen", werden in der ersten Kennziffer die genannten Vermögenswerte zu den langfristigen Finanzierungsmitteln ² ins Verhältnis gesetzt. Die zweite Liquiditätsziffer soll feststellen, ob "die Debitoren, die Debitorenziehungen, die börsengängigen Dividendenwerte, die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die Sonstigen Aktiva ³ eines Kreditinstitutes die Summe der Finanzierungsmittel gemäß

¹ S c h n e i d e r , E., Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil, a.a.O., S. 35.

² Als langfristige Finanzierungsmittel sind anzusetzen:
das Eigenkapital,
die eigenen Schuldverschreibungen im Umlauf,
die vorverkauften Schuldverschreibungen,
die aufgenommenen langfristigen Darlehen,
60 % der Spareinlagen,
10 % der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken.

³ Bei Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr bleiben die in der Position Sonstige Aktiva enthaltenen Warenbestände unberücksichtigt.

Grundsatz III ¹ (zuzüglich des Finanzierungsüberschusses bzw. abzüglich des Finanzierungsfehlbetrages aus Grundsatz II) nicht übersteigen" ². Die erste Liquiditätskennziffer setzt also schwer und nur langfristig monetisierbare Aktiva zu langfristig zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln ins Verhältnis, während die zweite Liquiditätskennziffer den Anteil der nicht jederzeit und ohne Verlust monetisierbaren kurz- und mittelfristigen Aktiva an den Finanzierungsmitteln des Grundsatzes III mißt. Die Grundsätze sind erfüllt, wenn die Kennziffern größer als 1 (bzw. größer als 100 Prozent) sind; sind sie kleiner als 1 (bzw. kleiner als 100 Prozent), dann läßt die Liquidität zu wünschen übrig.

An Hand der Grundsätze über die Liquidität kann das Bundesaufsichtsamt für den Regelfall beurteilen, ob die Zahlungsbereitschaft einer Bank jederzeit gewährleistet ist. Die Grundsätze sind für alle Kreditinstitute (mit Ausnahme der Hypothekenbanken und einiger Spezialbanken) verbindlich.

Der Deutsche Raiffeisenverband stellt zusätzliche Anforderungen an die Liquiditätskontrolle der Kreditgenossenschaften. Er fordert die Aufstellung von zwei Kennziffern, die über die Liquidität 1. Ordnung und über die Liquidität 2. Ordnung aussagen sollen. Beide Kennzahlen drücken das Verhältnis der kurzfristig verfügbaren Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten aus, bzw. sie geben den Betrag der kurzfristigen Verbindlichkeiten an,

¹ Finanzierungsmittel nach Grundsatz III sind:
 60 % der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken,
 35 % der Sicht- und Termineinlagen von Kreditinstituten,
 20 % der Spareinlagen,
 35 % der aufgenommenen Gelder mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von 1 Monat bis unter 4 Jahre ohne die seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten im Ausland benutzten Kredite,
 80 % der seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten im Ausland benutzten Kredite,
 80 % der umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen.

² Einzelheiten über die Grundsätze finden sich in:
 Die Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen. "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Frankfurt a.M., Jg. 14, H. 3 (1962), S. 3 ff.

der bei einer Abforderung durch schnell verfügbare Mittel gedeckt ist.

Zwecks Messung der Liquidität 1. Ordnung werden
Kassenbestand + Guthaben bei der Deutschen Bundesbank + Postscheckguthaben + Guthaben bei Kreditinstituten (ohne solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr) + fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine + Schecks + rediskontfähige Wechsel zu

Einlagen + aufgenommene Gelder (ohne solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr) + eigene Akzepte und Solawechsel

ins Verhältnis gesetzt. Die Liquidität 2. Ordnung betrifft das Verhältnis von

Kassenbestand + Guthaben bei der Deutschen Bundesbank + Postscheckguthaben + Guthaben bei Kreditinstituten + fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine + Schecks + rediskontfähige Wechsel + Wertpapiere

zu

Einlagen + aufgenommene Gelder + eigene Akzepte und Solawechsel + Anweisungen im Umlauf.

Die Liquiditätskennziffern des Deutschen Raiffeisenverbandes werden zusätzlich zu den Grundsätzen des Bundesaufsichtsamtes in den Betriebsvergleich einbezogen und für alle Vergleichsstichtage aufgestellt.

5. Der Erfolgsvergleich

Leitmaxime einer privaten Kreditbank ist die Maximierung der Eigenkapitalrentabilität unter der Nebenbedingung ausreichender Liquidität und Sicherheit. Man spricht von einem "magischen Dreieck", in dem sich die Geschäftspolitik einer Bank bewegt¹. Fortgesetzt sind

¹ M ü l h a u p t, Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, a.a.O., S. 83.

Ertragsvorteile gegen Liquiditätsvorteile der zu erwerbenden Aktiva abzuwägen¹.

Der Erfolg einer Kreditgenossenschaft zeigt sich an dem wirtschaftlichen Nutzen, den sie den Mitgliederwirtschaften verschafft. Er ist keine berechenbare Größe wie der Erfolg erwerbswirtschaftlich orientierter Betriebe und kann daher nicht betriebswirtschaftlich exakt als Differenz zwischen Aufwand und Ertrag einer Periode gemessen werden. Der Erfolgsvergleich ist ein Vergleich der Ergebnisse weit aufgegliederter Gewinn- und Verlustrechnungen. Die Aufgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung läßt allerdings auch keine eindeutigen Schlüsse auf die förderungswirtschaftliche Tätigkeit der Kreditgenossenschaften zu. Diese kann nur beurteilt werden, wenn die Mitgliederbetriebe in die Betrachtung einbezogen werden. Der auf den Ergebnissen der Buchhaltung aufbauende Erfolgsvergleich soll deshalb in seiner vorliegenden Form als Zinsspannen- und Erfolgsdatenvergleich lediglich auf die erfolgswirksamen Leistungen während der Vergleichsperiode hinweisen und eine eingehende Analyse von Aufwand und Ertrag ermöglichen.

a. Die Zinsspannenrechnung

Die Zinsspannenrechnung wird im Bankgewerbe zur periodenweisen Erfassung der Bruttoerträge und damit zur laufenden Rentabilitätskontrolle verwendet. Sie spiegelt die Auswirkungen der Geschäftspolitik auf das Betriebsergebnis wider. Ihre Veränderungen lassen sich außerdem mit Umschichtungen in der Aktiv- und Passivstruktur sowie mit Änderungen des Diskontsatzes und der Soll- und Habenzinssätze erklären.

Die Bruttozinsspanne gibt die Differenz zwischen den Aktiv- und den Passivzinsen an. Sie soll den Nichtzinsaufwand decken und außerdem einen Gewinn übriglassen. Die Kreditinstitute fordern heute, daß ihnen eine Nettozinsspanne (= die um die Bedarfsspanne, d.i. die Differenz zwischen Verwaltungsertrag und Verwaltungsaufwand, korri-

¹ S c h n e i d e r, Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil, a.a.O., S. 40.

gierte Bruttozinsspanne) verbleibt, aus der "die erfolgsabhängigen Ausgaben (wie Einkommen- oder Körperschaftsteuer, Tantiemen, Dividendenausschüttungen) und die Bildung von offenen und stillen Rücklagen " bestritten werden sollen ¹.

An Hand der Zinsspannen kann u.U. die förderungswirtschaftliche Tätigkeit der Kreditgenossenschaften nachgewiesen werden. Denkbar ist z.B. der Fall, daß eine Genossenschaft ihrer Förderungsaufgabe dadurch nachkommt, daß sie bei der Kreditgewährung günstigere Sollzinsen berechnet als eine auf Gewinnmaximierung bedachte Kreditbank. Es ergibt sich ceteris paribus eine vergleichsweise niedrigere Zinsspanne. Die gleiche Wirkung tritt bei der Gewährung des Zinsvoraus (= Überschreitung der Einlagenzinssätze) ein. Es entspricht dem förderungswirtschaftlichen Charakter der Kreditgenossenschaften, weniger Tantiemen zu zahlen und geringere Dividenden auszuschütten als private Kreditbanken, so daß erstere allgemein mit einer geringeren Zinsspanne auskommen können. Aus einer im Vergleich mit privaten Kreditbanken niedrigeren Zinsspanne kann daher - ceteris paribus - auf eine Realisierung der förderungswirtschaftlichen Zielsetzung der Genossenschaften geschlossen werden.

In den Betriebsvergleich werden nach dem Muster der Kennzahlenerhebungen des Deutschen Raiffeisenverbandes die Gesamtzinsspanne und die Kredit-Einlagenzinsspanne einbezogen. Die Gesamtzinsspanne wird errechnet, indem Zinserträge der zinsbringenden Aktiva (= Gesamtzinserträge ohne Provisionen ²) in Beziehung zu dem Jahresdurchschnittsbestand an zinsbringenden Aktiva und die Zinsaufwendungen für zinsfordernde Passiva (= Gesamtzinsaufwen-

¹ H a g e n m ü l l e r , Bankbetrieb und Bankpolitik, a.a.O., S. 209.

² Genaugenommen müßte die Kreditprovision (als Entgelt für die Bereitstellung von Liquidität) in einer Zinsspannenrechnung zu den Zinserträgen gerechnet werden. Im Betriebsvergleich unterbleibt diese Zusammenrechnung, weil der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Provisionsertrag nicht nach Kreditprovision und Provision aus Dienstleistungsgeschäft aufzugliedern ist.

dungen ohne Provisionsaufwendungen) in Beziehung zu dem Jahresdurchschnittsbestand an zinsfordernden Passiva gesetzt werden. Die Differenz zwischen den Soll- und Habenzinssätzen gibt den reinen Zinsgewinn bzw. die Bruttozinsspanne an. Die Kredit-Einlagenzinsspanne errechnet sich auf ähnliche Weise. Die ausschließlich aus Kreditgewährung stammenden Zinserträge werden zu dem jahresdurchschnittlichen Bestand an Aktivkrediten ¹ und die ausschließlich für Einlagen aufzuwendenden Zinsen zu den Gesamteinlagen im Jahresdurchschnitt in Beziehung gesetzt.

Gegenüber der Gesamtzinsspanne kann man die Kredit-Einlagenzinsspanne als Teilzinsspanne bezeichnen, da sie zwei sich entsprechende Geschäftssparten in Beziehung setzt. Es lassen sich Teilzinsspannen für jede Geschäftssparte einer Bank errechnen, z.B. die Spanne zwischen Habenzinsen in laufender Rechnung und Sollzinsen für Kontokorrentkredite oder zwischen Habenzinsen für Spareinlagen und Sollzinsen für Hypothekarkredite.

In der Literatur wird die Teilzinsspannenrechnung kritisiert. Hagenmüller ² sieht bei dem Versuch, eine Verbindung zwischen bestimmten Aktiv- und Passivgeschäften bzw. -positionen herzustellen, die Gefahr, daß Konstruktionen geschaffen werden, die der tatsächlichen Geschäftspolitik in keiner Weise entsprechen. Krümmel ³ stellt fest: "Wo immer einem Unternehmen aus mehr als einer Quelle ... Finanzierungsmittel zugeflossen sind, und wo immer Finanzierungsmittel in mehr als einem Investitionsobjekt angelegt werden, kann nicht entschieden werden, welche Aktiva welchen Passiva zuzurechnen sind." In der Bildung von Bilanzschichten sieht Süchting ⁴ eine 'Ersatz-

¹ Zu den Aktivkrediten zählen die Debitoren, die langfristigen Ausleihungen und die Wechselkredite (Bestandswechsel, weitergegebene Wechsel, abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf).

² H a g e n m ü l l e r , K.F., Der Bankbetrieb, Bd. III: Rechnungswesen - Bankpolitik, Wiesbaden 1964, S. 256.

³ K r ü m m e l , H.J., Bankzinsen, Köln, Berlin, Bonn, München 1964, S. 222 f.

⁴ S ü c n t i n g , J., Kalkulation und Preisbildung der Kreditinstitute, Bd. XIV der Veröffentlichungen des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, Frankfurt 1963, S. 192.

lösung, die mit der Realität selten auch nur annäherungsweise in Einklang steht". Mülhaupt¹ bezeichnet es als unlogisch, daß die Bilanz in Schichten aufgegliedert wird und für diese Schichten Zinsspannen errechnet werden, weil zwischen den gewährten und aufgenommenen Krediten kein unmittelbarer Zusammenhang bestehe. Dies zeige sich z.B. daran, daß einer Bank, die einen Kredit aus Überschußkasse gewährt und auszahlt, keine zusätzlichen Liquiditätskosten entstehen, die die Zinsaufwendungen in der Zinsspannenrechnung beeinflussen. Umgekehrt liegen die Verhältnisse bei einer Bank, die sich das für die Kreditgewährung erforderliche Zentralbankgeld durch Refinanzierung erst beschaffen muß und dabei Zinsaufwendungen macht, die die Zinsspannenrechnung beeinflussen.

Diese Einwände ändern allerdings nichts an der Tatsache, daß sich die Zinsspannenrechnung als eine in der Praxis angewandte Methode der Kostenrechnung im Bankbetrieb entwickelt hat. Auch wenn die Ergebnisse in vielen Fällen nur auf Schätzungen, ungenauen Durchschnittsgrößen und unzulässigen Zurechnungen beruhen, ermöglichen sie dennoch eine laufende Rentabilitätskontrolle. Hagenmüller² konzediert daher auch, daß ein Verfahren, das die Bilanz in bestimmte Schichten oder Teile zerlegt, nicht a priori abzulehnen ist.

Die für die Raiffeisenkassen errechnete Gesamtzinsspanne und Kredit-Einlagenzinsspanne leiden wie alle Zinsspannen daran, daß Kapitalgrößen mit unterschiedlichen Zinskosten zusammengefaßt werden. Außerdem werden die zwischen den Kreditgenossenschaften variierenden Modalitäten und Kosten der Bearbeitung ebensowenig berücksichtigt wie die unterschiedliche Bezeichnung der Erträge als Zins, Gebühr oder Provision. Die Gesamtzinsspanne und die Kredit-Einlagenzinsspanne können trotz dieser Mängel auf unterschiedliche Liquiditätsverhältnisse, unterschiedli-

¹ M ü l h a u p t , L., Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, h.a.O., S. 53 f.

² H a g e n m ü l l e r , K.F., Der Bankbetrieb, Bd. III: Rechnungswesen - Bankpolitik, Wiesbaden 1964, S. 256.

che Strukturen des Kreditgeschäftes und unterschiedliche Einlagenstrukturen in den Vergleichsgruppen hinweisen.

b. Der Erfolgsdatenvergleich (Auf-
wands- und Ertragsaufgliederung)

Der Erfolgsdatenvergleich besteht aus einem Vergleich der Ergebnisse weit aufgegliederter Gewinn- und Verlustrechnungen. Die Erfolgsfaktoren werden streng in ordentliche und außerordentliche Aufwendungen und Erträge geschieden. Da es sich um Zeitraumgrößen handelt, werden sie jeweils zur bereinigten Durchschnittsbilanzsumme in Beziehung gesetzt.

Im Rahmen der Erfolgsspaltung sollen zunächst die ordentlichen Erträge untersucht werden. Im einzelnen sind dies die Zinserträge, die Provisionserträge, die Warenrohgewinne und die sonstigen ordentlichen Erträge (u.a. Erträge aus Beteiligungen, Kursgewinne, Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben), die addiert den Posten Bruttoertrag bilden.

Bei der Beurteilung der Ertragslage interessiert die Frage, aus welchen Quellen die Einkünfte stammen oder in welcher Geschäftssparte sie erzielt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird deshalb dem Ertrag aus dem Warengeschäft im Vergleich zu dem Ertrag aus dem Kreditgeschäft gewidmet. Da die Zinserträge lediglich in einem Sammelposten erfaßt sind, können Rückschlüsse auf ihre Zusammensetzung nur unter Vorbehalt gezogen werden. Anhaltspunkte für die Höhe der Zinserträge bieten gewisse Aktivposten der Bilanz, insbesondere die Kredite. Dabei ist davon auszugehen, daß die Bilanzstruktur am Jahresende kaum wesentlich von derjenigen im Jahresdurchschnitt abweicht.

Dem Vergleich der ordentlichen Erträge schließt sich ein Kostenvergleich an. Die einzelnen Aufwandspositionen, die zur bereinigten Durchschnittsbilanzsumme in Beziehung gesetzt werden, sind Zinsaufwand, persönliche Verwaltungskosten (Löhne, Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialabgaben), sachliche Verwaltungskosten (laufende Sach-

kosten bei der Abwicklung des Geschäftsbetriebes), Normalabschreibungen (einschließlich Sammelwertberichtigungen) und sonstige ordentliche Aufwendungen (u.a. Steuern, Provisionsaufwendungen, Kursverluste, Sterbegelder).

Die Zusammensetzung des als Sammelposten angegebenen Zinsaufwands kann auch nur geschätzt werden. Dabei können die Struktur der Einlagen und das Volumen der aufgenommenen Gelder als Anhaltspunkte für die Höhe der gesamten Geldbeschaffungskosten dienen. Besonderes Gewicht wird bei der Analyse des Aufwands auf die Gegenüberstellung von persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten gelegt. Diese sind ein Maßstab zur Kontrolle der Auswirkungen der Betriebsorganisation. Die Normalabschreibungen werden auf Unterschiede zwischen den Vergleichsgruppen hin untersucht. Schließlich sollen die sonstigen Aufwendungen mit den Steuern als Hauptposten auf weitere Belastungen hinweisen.

Subtrahiert man von der Kennziffer für den Bruttoertrag (Summe der ordentlichen Erträge in v.H. der Durchschnittsbilanzsumme) die einzelnen Kennziffern für die ordentlichen Aufwendungen, dann ergibt sich eine Kennziffer für den ordentlichen Betriebsgewinn bzw. -verlust. Diese Kennziffer ist gleichbedeutend mit der Spanne des Betriebserfolgs.

Im Erfolgsdatenvergleich wird diese Spanne um die entsprechende Spanne der außerordentlichen Erfolge ergänzt. Außerordentlich sind Aufwendungen und Erträge, die nicht periodisch und/oder außerhalb des regelmäßigen Geschäftsbetriebes anfallen. Außerordentliche Erträge, die dem Betriebsgewinn hinzugerechnet werden bzw. einen Betriebsverlust vermindern, können z.B. sein: Auflösungen von Rückstellungen und Wertberichtigungen, Buchgewinne aus dem Verkauf von Anlagevermögen oder Wertpapieren, Gutschriften von Warenrückvergütungen und außerordentliche Zuwendungen von Seiten der Raiffeisenorganisation oder von anderen Stellen (z.B. Sanierungszuschüsse). Die außerordentlichen Aufwendungen werden vom Betriebsgewinn abgezogen bzw. einem Betriebsverlust zugerechnet. Sie betreffen hauptsächlich die Zuweisungen zu Einzelwertberichti-

gungen, Abschreibungen auf Forderungen und Rückstellungen für außerordentliche Fälle (u.a. für Schadensersatzverpflichtungen, für Prozeßrisiken, für Restitutionsverpflichtungen, für Risiken aus Lieferungs- und Abnahmeverpflichtungen bei drohenden Verlusten).

Die meisten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr gewähren ihren Mitgliedern eine Warenrückvergütung, die sich nach dem Umsatz der über die Genossenschaft abgewickelten Bezugs- und Absatzgeschäfte bemißt. Die Ausschüttung einer Warenrückvergütung ist eine Form der Gewinnverwendung. Warenrückvergütungen werden jedoch nur selten aus dem Reingewinn gezahlt. Sie werden gewöhnlich vor Aufstellung des Jahresabschlusses als Rückstellung verbucht. Buchungstechnisch wirken sie daher wie Aufwendungen, die den Reingewinn schmälern. In der Erfolgsaufgliederung wird die in Prozenten der bereinigten Durchschnittsbilanzsumme angegebene Warenrückvergütung ebenso wie eine mögliche sonstige Vorweg-Gewinnverwendung vom Betriebsgewinn abgezogen. Schließlich wird noch ein eventueller Gewinn- bzw. Verlustvortrag zu- oder abgerechnet, so daß sich als Endresultat der Erfolgsaufgliederung ein Reingewinn (bzw. Reinverlust) ergibt, der als Dividende auf die Geschäftsanteile ausgeschüttet, den Rücklagen zugeführt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden kann.

Der besondere Wert der nach ordentlichen und außerordentlichen Erfolgsfaktoren gruppierten Aufstellung liegt darin, daß die Größenverhältnisse der am Geschäftsvolumen (bereinigte Durchschnittsbilanzsumme) gemessenen Aufwands- und Ertragsdaten sichtbar werden. Durch eine Gegenüberstellung von Aufwands- und Ertragspositionen kann festgestellt werden, inwieweit sich die beiden Erfolgselemente kompensieren. Aus dem Verhältnis von Zinsaufwand zu Zinsertrag läßt sich eine neue Zinsspanne errechnen, die die bereinigte Durchschnittsbilanzsumme als Bezugsgröße hat. Aus einer Gegenüberstellung der gesamten Verwaltungskosten mit dem Bruttoertrag ergeben sich Hinweise über den Umfang, den Kreditgeschäft und Warengeschäft zusammen haben müssen, um die Kosten des laufenden Betriebes zu decken. Die Kombinationsmöglichkeiten lassen sich noch fortführen. Beachtenswert sind dabei die außer-

ordentlichen Erfolgsfaktoren, die sich positiv oder negativ auf den Reingewinn auswirken.

Im Erfolgsdatenvergleich folgt abschließend eine Kennziffer, der die Überlegung zugrunde liegt, daß sich ein Ertrag nur aus Umsatztätigkeit ergibt. Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr können an Hand der Kennziffer "Erträge aus Warenverkehr in Prozent der Warenumsätze" den Erfolg kontrollieren, der sich aus einer Betätigung im Warengeschäft ergibt. Eine Kennziffer, die das Verhältnis der Gesamterträge zum Gesamtumsatz ausdrückt, erscheint demgegenüber für einen zwischenbetrieblichen Vergleich wenig geeignet, weil aus verschiedenen Umsätzen verschieden hohe Erträge fließen und sich der Gesamtumsatz der Kreditgenossenschaften sehr unterschiedlich aus Kontokorrentumsätzen, Umsätzen im Kreditgeschäft, Warenumsätzen und sonstigen Umsätzen zusammensetzt.

6. Der Vergleich sonstiger betriebswirtschaftlicher Kennziffern

Das letzte Teilgebiet des Betriebsvergleichs umfaßt das Dienstleistungsgeschäft der Kreditgenossenschaften. Da nur wenige Unterlagen vorhanden sind, wird lediglich an einigen Beispielen gezeigt, welchen Anteil die Provisionen aus bankgeschäftlichen Dienstleistungen am Gesamtertrag haben. Umsatzprovisionen werden im allgemeinen nur für die Führung von Kontokorrentkonten erhoben. Daher interessieren die beiden Verhältnisse: Umsatzprovision für Kontoführung in Prozent der (Soll- und Haben-) Umsätze im Kontokorrentverkehr sowie Umsatzprovision für Kontoführung je Buchungsposten im Kontokorrentverkehr. Die Kennziffern sind ausschließlich auf 1962 abgestellt und sollen nur in allgemeiner Form auf die Rolle der Dienstleistungen im genossenschaftlichen Gesamtgeschäft hinweisen.

V. Die Quellen des Betriebsvergleichs

Um die gewünschten Vergleichsaussagen zu gewinnen, muß ein umfangreiches Zahlenmaterial ausgewertet werden. Quellen dieses Zahlenmaterials können alle in einem Betrieb vorhandenen buchhalterischen und statistischen Aufzeichnungen sein.

Die vorliegende Untersuchung baut auf den Zahlenangaben des Jahresabschlusses auf. Raiffeisen-Kreditgenossenschaften werden von ihren Prüfungsverbänden angehalten, den Jahresabschluß auf einheitlichen, vom Deutschen Raiffeisenverband herausgegebenen Formblättern zu erstellen. Die Formblätter erfüllen weitgehend die formellen Voraussetzungen, die einen aussagekräftigen Betriebsvergleich ermöglichen. Das Zahlenmaterial dieser Arbeit ist weitgehend den Jahresabschlußformularen entnommen¹. Im einzelnen sind folgende Quellen anzuführen:

1. die Bilanz per 31.12. (Formblatt Nr. J 80),
2. die Anlage zur Jahresbilanz (Formblatt Nr. J 81),
3. die Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12. (Formblatt Nr. J 80),
4. die Bilanztafel mit Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt Nr. J 72),
5. der Geschäftsbericht (bis 1961 Formblatt Nr. J 89, ab 1962 Formblätter Nr. J 85. bzw. J 87),
6. die Anlage zum Geschäftsbericht (ab 1962 Formblatt Nr. J 88),
7. der Bericht über den Warenverkehr und die Nebenbetriebe (Formblatt Nr. J 90),
8. Prüfungsberichte der Prüfungsabteilung des Raiffeisenverbandes Mittelrhein,
9. Angaben aus einem an die größeren Kreditgenossenschaften verschickten Fragebogen.

Die Bilanz zum 31.12. bildet die Grundlage für den Vergleich der Kapital- und Vermögensstruktur, der Beziehungen zwischen der Kapital- und der Vermögensstruktur sowie der Liquidität. Außerdem liefert die Bilanz Angaben für den Vergleich der Entwicklung allgemeiner Strukturdaten. Als Stichtagsbilanz leidet sie - wie schon erwähnt - daran, daß sie die für den Jahresdurchschnitt typische Geschäftsstruktur nur ungenau darzustellen vermag.

Die Anlage zur Jahresbilanz enthält Erläuterungen zu den Bilanzpositionen. Für den Betriebsvergleich wer-

¹ Die Formblätter sind am Schluß der Arbeit als Anlagen beigelegt.

den aus dieser Quelle Angaben über die Größengliederung der gewährten Kredite, über die Zahl der Einlagenkonten und über die Reingewinnverwendung gewonnen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung liefert Unterlagen für den Erfolgsvergleich. Für die Zinsspannenrechnung und den Erfolgsdatenvergleich sowie für alle Kennziffern, die Aufwands- oder Ertragswerte betreffen, ist die Gewinn- und Verlustrechnung Zahlenquelle.

Die Bilanztafel mit Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung gibt Aufschlüsse über die Zinserträge und Zinsaufwendungen, die zur Errechnung der Kredit-Einlagenzinsspanne benötigt werden. Darüber hinaus werden Angaben über die Personal- und Beschäftigungsverhältnisse dieser Quelle entnommen. Die eigentliche Bilanztafel enthält alle Vermögens-, Kapital- und Erfolgskonten oder Kontengruppen einer Kreditgenossenschaft und zeigt in besonderen Spaltenpaaren den für den Abschluß erforderlichen Kontostand von der Eingangsbilanz über die Umsatz- und Saldenbilanz bis zur Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Jahresendbilanz. Aus der Umsatzbilanz, die die im Laufe des Geschäftsjahres getätigten Soll- und Habenumsätze je Konto aufzeigt, gewinnt der Betriebsvergleich alle für Umsatzkennziffern benötigten Angaben.

Im Geschäftsbericht werden die Bilanzpositionen und die Erfolgsfaktoren sowie die Reingewinnverteilung erläutert und meist mit dem Vorjahresergebnis verglichen. Aus dem Geschäftsbericht stammen die Angaben über das Eigenkapital und die Verschuldung der Raiffeisenbanken. Der Geschäftsbericht ermöglicht ferner eine detaillierte Aufgliederung des Kreditvolumens, die Angabe der Zahl der debitorischen Forderungskonten und der Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer. Bedingt durch eine Formularumstellung werden Angaben über die Berufe der Kreditnehmer im Jahre 1962 nicht mehr dem Geschäftsbericht, sondern der Anlage zum Geschäftsbericht entnommen.

Der Bericht über den Warenverkehr und die Nebenbetriebe enthält Angaben über das Warengeschäft der gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften. Der Warenumsatz wird dieser Quelle entnommen.

Die Prüfungsberichte der Prüfungsabteilung werden als Unterlagen nur insoweit herangezogen, als sie Angaben über die Zahl der Buchungsposten enthalten. Eine Buchungspostenstatistik wird bisher nur von wenigen größeren Kreditgenossenschaften freiwillig geführt.

Es wurden Fragebogen verschickt, um auch von den Genossenschaften ohne regelmäßigen Buchungspostennachweis Angaben über die Zahl der in einem Rechnungsjahr vorgenommenen Buchungen, über Kontenzahlen und über den Umfang des kreditgenossenschaftlichen Dienstleistungsgeschäftes zu erhalten.

VI. Gang und Methode der Untersuchung

Die Vergleichsstelle hat zunächst für jede der sich im Betriebsvergleich befindenden 25 reinen und 131 gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften einen einbetrieblichen Vergleich für die Jahre 1958 bis 1962 angestellt. Vergleichsobjekte waren die in dem vorletzten Kapitel beschriebenen verschiedenen Bereiche der Geschäftstätigkeit. Das Zahlenmaterial wurde in einheitlicher Weise zusammengestellt. Dabei waren rechnerische und - soweit ersichtlich - auch materielle Fehler zu korrigieren. Die absoluten Zahlen und die Kennziffern wurden geordnet und entsprechend der Zusammenfassung der Kreditgenossenschaften in Vergleichsgruppen sortiert. Die aus dem Gruppen-Zahlenmaterial errechneten Durchschnitte sind im Zahlenanhang dieser Arbeit (Blatt 1 bis 35) aufgeführt.

Die Gruppendurchschnitte wurden nach verschiedenen Methoden ermittelt. Nach dem Vorschlag Schnettlers¹ wurde jeweils ein leicht zu berechnender Mittelwert errechnet.

Einige Gruppen-Kennzahlen wurden nach dem arithmetischen Mittel bestimmt, und zwar

- a) für den Vergleich absoluter Zahlen im Vergleich der Entwicklung allgemeiner Strukturdaten,
- b) für den Beschäftigtenvergleich,
- c) für den Vergleich der Kapital- und Vermögensstruktur,

¹ S c h n e t t l e r, a.a.O., S. 64.

d) für den Zinsspannen- und Erfolgsdatenvergleich. Hierfür wurden die absoluten Zahlen oder Prozentzahlen jeder Gruppe addiert und durch die Zahl der in der Gruppe erfaßten Genossenschaften dividiert.

Diese Methode konnte in anderen Fällen nicht angewendet werden, da einzelne Extremwerte den Gruppendurchschnitt verzerrt hätten. Um den Einfluß der Extremwerte abzuschwächen, wurden einfache gewogene Durchschnitte ermittelt, d.h.: es wurde die Summe der absoluten Einzelbeiträge jeder Gruppe zur Summe ihrer absoluten Bezugsgrößen in Relation gesetzt. Der einfache gewogene Durchschnitt liegt den für folgende Zwecke ermittelten Gruppen-Kennzahlen zugrunde:

- a) Vergleich ausgesuchter Verhältnisse im Vergleich der Entwicklung allgemeiner Strukturdaten,
- b) Vergleich der Leistung pro Beschäftigten,
- c) Einlageartenvergleich,
- d) Vergleich der Eigenkapitalverhältnisse,
- e) Kreditartenvergleich,
- f) Vergleich der Größengliederung der Kredite,
- g) Vergleich der Beziehungen zwischen der Kapital- und der Vermögensstruktur,
- h) Liquiditätsvergleich,
- i) Vergleich sonstiger betriebswirtschaftlicher Kennziffern.

Für den Indexvergleich, der die Entwicklung allgemeiner Strukturdaten wiedergeben soll, ließ sich ein Gruppendurchschnitt weder als arithmetisches Mittel noch mit der Methode des einfachen gewogenen Durchschnitts errechnen. Die absoluten Beträge der einzelnen Untersuchungsobjekte wurden hier addiert und die Summe zum 31.12.1958 gleich 100 gesetzt. Der jeweils zum Jahresende bis 1962 fortgeschriebene Gruppenindex drückt aus, um wieviel Prozent sich die in den einzelnen Gruppen addierten Beträge gegenüber dem Basisjahr verändert haben.

Im Tabellenanhang dieser Arbeit sind neben den Mittelwerten auch die Extremwerte jeder Gruppe aufgeführt. Die Differenz zwischen dem größten und dem kleinsten Merkmalswert wird in der Statistik als Spannweite be-

zeichnet ¹. Die Kenntnis der Spannweite und des Gruppendurchschnitts ermöglicht der einzelnen Kreditgenossenschaft einen Vergleich mit den eigenen Werten und eine Beurteilung des Standorts innerhalb der Vergleichsgruppe.

In den Entwicklungs-, Struktur-, Liquiditäts-, Aufwands- und Ertragskennziffern darf keine Mustergenossenschaft gesehen werden. Die rechnerischen Durchschnitte sind fiktive Werte, die selten realiter vorkommen. Sie sind nicht unbedingt Bestwerte, und es ist nicht gesagt, daß Institute mit extremen Einzelwerten besonders gut oder schlecht arbeiten. Nur wenn die Gruppenkennziffern nicht "schematisch benutzt und als absolute Wahrheiten bzw. anzustrebendes Soll" ² angesehen werden, kann das statistische Material für bestimmte Zwecke als Orientierungsgröße dienen. Die Beurteilung hat immer unter Berücksichtigung der besonderen betrieblichen und der allgemeinen standortbedingten Verhältnisse zu erfolgen. Der Aussagewert des Betriebsvergleichs ist unter diesen Vorbehalten darin zu sehen, daß die einzelne Kreditgenossenschaft Kenntnis von den Verhältnissen der anderen bekommt. Sie kann sich daran messen "und die Lage im eigenen Haus viel kritischer beurteilen, als sie es auf Grund der aus dem eigenbetrieblichen Zeitvergleich gewonnenen Entwicklungsreihen ausschließlich eigener Zahlen vermag" ³.

Die für die einzelnen Raiffeisenbanken durchgeführten Erhebungen werden den betreffenden Instituten bekanntgegeben. Im Auswertungsteil der Untersuchung werden Name und Sitz der Genossenschaften nicht erwähnt. Zur Kennzeichnung bestimmter Verhältnisse, beispielhafter oder unvorteilhafter Kennziffern wird jede Bank unter einer Schlüsselnummer geführt. Der einzelnen Kreditgenossenschaft wird nur die eigene Schlüsselnummer mitgeteilt.

¹ Vgl. K e l l e r e r , H., Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben. (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, H. 105/104) Reinbeck bei Hamburg 1960. S. 65.

² D o e r k , a.a.O., S. 72 f.

³ N a g e l , a.a.O., S. 12.

Dritter Teil:

Darstellung und Auswertung der Ergebnisse des Betriebsvergleichs

Während sich der erste und zweite Teil der vorliegenden Arbeit mit den theoretischen und methodischen Grundlagen des Betriebsvergleichs befaßte, werden im dritten Teil die angefallenen Ergebnisse dargestellt und ausgewertet. Bezugsgrundlage der kommenden Kapitel ist das im Anhang beigelegte Zahlenmaterial. Der dritte Teil der Arbeit befaßt sich im besonderen damit, die Erhebungsdaten, so wie sie für die Gruppen und Vergleichsgebiete bis 1962 errechnet wurden, zu kommentieren. Die Vergleichsobjekte werden einzeln und im Zusammenhang untersucht und in ihren Unterschieden zwischen den Gruppen und den Vergleichsjahren dargelegt. Die Gruppeneinteilungskriterien verhelfen dabei zu Feststellungen über Zusammenhänge, die erkennen lassen, inwieweit sich unterschiedliche Betriebsgrößen und ein unterschiedlicher Umfang des Warengeschäftes auf die Vergleichsobjekte auswirken.

I. Die allgemeine Entwicklung der Kreditgenossenschaften in den Vergleichsjahren 1958 bis 1962

Die Vergleichsaussage beginnt mit einer Darstellung der für das erste Vergleichsgebiet errechneten Kennziffern, die die Entwicklung allgemeiner Strukturdaten betreffen.

1. Die Entwicklung des Mitgliederbestandes¹

Die Zahl der Mitglieder je reine bzw. gemischt-wirtschaftliche Kreditgenossenschaft entwickelte sich von 1958 bis 1962 wie folgt:

¹ Vgl. hierzu: Zahlenanhang Blatt 1 bis 5.

Tabelle 1 - Der Mitgliederbestand je Genossenschaft im Durchschnitt der reinen und gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen (1958 bis 1962) ¹

Jahr	Durchschnittlicher Mitgliederbestand je Genossenschaft		
	Reine Kreditgenossenschaften	Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr	Kreditgenossenschaften insgesamt
1958	547	317	353
1959	592	330	372
1960	634	343	390
1961	696	360	414
1962	765	382	443

Reine Kreditgenossenschaften weisen im Durchschnitt einen weitaus höheren Mitgliederbestand auf als gemischtwirtschaftliche Institute. Der Mitgliederbestand ist um so größer, je weniger sich eine Raiffeisenkasse mit Warenverkehr befaßt. Kreditgenossenschaften mit einem jährlichen Warenumsatz von 500 000 DM und weniger ², welche meist in Städten oder Gebieten mit wenig Landwirtschaft, aber hoher Einwohnerzahl tätig sind, haben einen höheren Mitgliederbestand als Genossenschaften entsprechender Bilanzsumme mit einem jährlichen Warenumsatz von 500 000 DM und mehr, die vorwiegend in landwirtschaftlichen Bereichen mit geringer Bevölkerungszahl anzutreffen sind.

Eine isolierte Betrachtung der in den Gruppen I bis IV eingestuften Kreditgenossenschaften mit Warenumsätzen unter 500 000 DM und einer Bilanzsumme unter 1 Million DM zeigt, daß auch bei diesen Instituten der Mitgliederbestand um so größer ist, je geringer die Warenumsätze sind. Ausschlaggebend ist wiederum, daß Genossenschaften mit niedrigem Warenumsatz in der Regel in dichtbesiedelten Gebieten tätig sind. Eine Ausnahme machen die Gruppen I und XI. Die in der Gruppe I erfaßten Kreditgenossenschaf-

¹ Zusammengestellt aus den einzelnen Mitgliederzahlen der im Betriebsvergleich erfaßten Kreditgenossenschaften.

² Die im Auswertungsteil dieser Arbeit vorgenommenen Unterteilungen der Kreditgenossenschaften nach Bilanzsumme und Warenumsatz sind auf den der Vergleichsgruppenbildung zugrunde liegenden Zeitpunkt vom 31.12.1960 abgestellt.
- Vgl. auch S. 32 f.

ten mit einem jährlichen Warenumsatz von 100 000 DM und weniger sind in ihrem Warengeschäft zu unbedeutend, als daß die Entwicklung ihrer Mitgliederzahl in der angeführten Regelmäßigkeit beurteilt werden könnte. Anders liegt der Fall bei der Gruppe XI. Die hier erfaßten Genossenschaften mit einem Warenumsatz von 500 000 DM und mehr weisen einen höheren Mitgliederbestand auf als die in der Größe der Bilanzsumme entsprechenden Genossenschaften mit einem Warenumsatz unter 500 000 DM (Gruppe X). Erklären läßt sich dieser Sachverhalt mit der hohen Bevölkerungszahl, welche in den relativ großen Geschäftsbezirken der in der Gruppe XI erfaßten Kreditgenossenschaften anzutreffen ist.

Sieht man vom Warengeschäft ab, dann liegen die Mitgliederzahlen mit wachsender Bilanzsumme um so höher. Auf eine funktionale Beziehung kann jedoch nicht geschlossen werden, weil die Zahl der Mitglieder einer Kreditgenossenschaft von der Größe des Geschäftsbezirks und der Zahl der dort lebenden Einwohner abhängt.

Bezüglich der Zahl der Mitglieder je Genossenschaft schneiden die Gruppen VIII, X, XI und XII besonders günstig ab. Es zeigt sich, daß die hier erfaßten größten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr durchschnittlich höhere Mitgliederzahlen aufweisen als die entsprechenden reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XV). Die Anziehungskraft der großen Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr kann mit dem gut entwickelten Bank- und Warengeschäft dieser Institute erklärt werden.

Die vier größten reinen Kreditgenossenschaften, die in der Gruppe XVI zusammengefaßt sind, weisen die höchsten Mitgliederzahlen aller Raiffeisenkassen im Mittelrheingebiet auf. Mit einem durchschnittlichen Bestand von 1 831 Mitgliedern je Genossenschaft am Jahresende 1962 hebt sich die Gruppe XVI merklich von den übrigen Vergleichsgruppen ab.

Vom Jahresende 1958 bis zum 31.12.1962 stieg die Zahl der Mitglieder aller im Betriebsvergleich erfaßten Kreditgenossenschaften von 55 100 auf 69 100, was einem Anstieg von 25 Prozent in vier Jahren entspricht. Der

jährliche Zugang ist annähernd konstant. Die größte Mitgliederzunahme verzeichnen die reinen Kreditgenossenschaften. Sowohl absolut als auch relativ war ihr Mitgliederzuwachs größer als der der gemischtwirtschaftlichen Kassen. Die Steigerung der Mitgliederzahl gegenüber 1958 war 1959 und 1960 bei der Gruppe XIII, 1961 bei der Gruppe XVI und 1962 bei der Gruppe XV am stärksten. Von den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften hatten 1959 die Raiffeisenkassen der Gruppe IV, 1960 die der Gruppe V, 1961 und 1962 die der Gruppe XI den größten Zuwachs zu verzeichnen. Allerdings ist die Mitgliederzunahme zum Teil auf Verschmelzungen, d.h. auf die Übernahme kleinerer Genossenschaften zurückzuführen. Insgesamt gesehen ist der Zuwachs der Mitglieder in den 16 Vergleichsgruppen dort am größten, wo sich die Genossenschaften überhaupt nicht oder nur geringfügig mit Warenverkehr befassen.

Die Zusammensetzung des Mitgliederkreises nach Berufsgruppen zeigt die Bedeutung der Kreditgenossenschaften für die ländliche Bevölkerung. Am Jahresende 1960 ergab sich folgende Mitgliederstruktur ¹:

Berufe der Mitglieder	Prozentanteil
Bauern, Landwirte, Winzer	52,4
Arbeitnehmer	22,6
Selbständige Handwerker und Gewerbetreibende	17,8
Sonstige	7,2

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß der Anteil der rein landwirtschaftlichen Berufe (Bauern, Winzer) zugunsten der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte) abnimmt. Diese Tendenz wird weiter unten (Seite 157 ff.) in einer Analyse der Kreditnehmerberufe noch eingehender dargelegt werden. Im Rahmen dieses Kapitels soll die Feststellung genügen, daß im Verbandsgebiet Mittelrhein von drei Haushalten einer Mitglied einer Raiffeisenbank ist ¹.

¹ Geschäftsbericht für die Jahre 1961 und 1962, hrsg. vom Raiffeisenverband Mittelrhein e.V. Koblenz (1963). S. 20.

Die Tatsache, daß die Kreditgenossenschaften um so höhere Mitgliederbestände aufweisen, je weniger sie im Warengeschäft engagiert bzw. je mehr sie in städtischen Gebieten mit relativ hoher Bevölkerungszahl tätig sind, äußert sich auch darin, daß Kreditgenossenschaften ohne oder mit geringem Warenverkehr (Umsatz unter 500 000 DM) in relativ stärkerem Maße neue Mitglieder gewonnen haben als Kreditgenossenschaften mit großem Warengeschäft (Umsatz von 500 000 DM und mehr). Ausgenommen von dieser Regel sind die größten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, die dank ihres gleichermaßen gut entwickelten Bank- und Warengeschäftes, aber auch wegen ihres Standorts in dichtbesiedelten Gebieten, einen überdurchschnittlichen Mitgliederzuwachs aufweisen.

2. Die Entwicklung der Zahl der Konten und der Buchungsposten

Die Entwicklung der Zahl der Konten und der Buchungsposten verdient aus dem Grunde Beachtung, weil an Hand dieser Größen die innerbetriebliche Arbeitsleistung gemessen werden kann. Wie schon in den methodischen Vorbemerkungen erläutert wurde, konnte die Anzahl der Buchungsposten nicht für alle Kreditgenossenschaften ermittelt werden. Die Angaben über Sparkonten, debitorische Kontokorrent-, Darlehens- und Warenforderungskonten konnten wegen einer Umstellung der Jahresabschlußformulare ebenfalls nur unvollständig erfaßt werden.

a. Die Entwicklung der Zahl der Konten ¹

Die Gesamtzahl der Sparkonten aller im Betriebsvergleich erfaßten Raiffeisenbanken wuchs in der Vergleichszeit um 43 700 auf 172 200, was einer Zunahme von 34 Prozent entspricht. Vom 1. Januar 1959 bis zum 31. Dezember 1961 erhöhte sich der zusammengefaßte Bestand an debitorischen Kontokorrentkonten um 11 Prozent, an Darlehenskonten (kurz-, mittel- und langfristige Kredite) um 50 Prozent und an Warenforderungskonten bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr um 6 Prozent. Im Ver-

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 1 bis 5.

gleich zum Vorjahr hat die Zahl der Konten bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften unterschiedlich stark zugenommen.

Tabelle 2 - Die prozentuale Zunahme der Spar-, Kontokorrent-, Darlehens- und Warenforderungskonten bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1959 bis 1962)¹

Im Vergleich zum Vorjahr	Jährliche Zunahme (v.H.)							
	Spar-konten		Konto-korrent-konten		Darlehens-konten		Warenfor-derungs-konten	
	a	b	a	b	a	b	a	b
1959 gegen-über 1958	9,9	6,6	0,5	0,1	27,5	12,7	-	1,2
1960 gegen-über 1959	8,8	8,1	4,5	9,8	17,9	10,9	-	2,8
1961 gegen-über 1960	8,3	7,2	2,2	2,7	20,7	11,7	-	1,5
1962 gegen-über 1961	6,7	7,0	.	.	.	.	-	.

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.

Die jährliche Zunahme bei den aufgeführten Konten ist nicht allein das Ergebnis einer bewußten Geschäfts-politik, da diese oft von Faktoren abhängt, auf die eine Genossenschaft keinen Einfluß hat. Der mehr bankgeschäf-tliche Charakter der reinen Kreditgenossenschaften gegen-über dem der gemischtwirtschaftlichen Kassen kommt in den höheren Zuwachsraten bei den Spar- und insbesondere bei den Darlehenskanten zum Ausdruck. Der tendenziell größere Jahreszuwachs an Kontokorrentkonten bei den Kreditgenossen-schaften mit Warenverkehr kann auf das starke Vordrängen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in ländlichen Gebieten während der letzten Jahre (bargeldlose Lohn- und Gehalts-zahlung), auf Sonderkreditprogramme und den Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes zurückgeführt werden.

Den verhältnismäßig höchsten Zuwachs an Sparkonten verzeichnen die Genossenschaften mit einer Bilanzsumme

¹ Zusammengestellt nach den entsprechenden Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften im Geschäftsbericht.

von weniger als 1 Million DM (Gruppen II bis V). Die reinen Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von 2 Millionen DM und darüber (Gruppen XIV bis XVI) weisen eine gute Zunahme der Zahl der Sparkonten auf. Von den übrigen Gruppen ist noch die durch ihren hohen Mitgliederzuwachs bekannte Gruppe XI und allenfalls noch die Gruppe VIII hervorzuheben. Bei den größeren Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr in den Gruppen VI, VII, IX, X und XII scheinen demgegenüber nicht alle Möglichkeiten zur Einrichtung neuer Sparkonten genutzt worden zu sein. Allerdings ist denkbar, daß eine Genossenschaftsbank bereits 1958 eine relativ große Zahl von Sparern erfaßt hatte, so daß von diesem hohen Niveau aus nur noch relativ wenige Sparer hinzugewonnen werden konnten. Im übrigen sind den einzelnen Instituten in der Größe des Geschäftsbezirks und dessen Bevölkerungszahl Grenzen für die Eröffnung neuer Sparkonten gesetzt.

Die Zahl der debitorischen Kontokorrentkonten hat bei den Genossenschaften mit einer Bilanzsumme von weniger als 1 Million DM (mit Ausnahme derjenigen in der Gruppe I) ständig zugenommen. Den größten Zuwachs verzeichnen die in der Gruppe XI zusammengefaßten Kreditinstitute. In den Gruppen der reinen Kreditgenossenschaften ist die Zunahme der schuldnerischen Kontokorrentkonten relativ geringer als in den meisten Gruppen der gemischtwirtschaftlichen Institute. Die reinen Kreditgenossenschaften arbeiten gewöhnlich in größeren Ortschaften, wo die Konkurrenz der anderen Bankengruppen stark zu spüren ist. So können nur die vier größten reinen Kreditgenossenschaften (Gruppe XVI) auf Grund ihres äußeren Erscheinungsbildes und ihrer Ausstattung noch relativ viele Kunden bewegen, laufende Konten bei einer Raiffeisenbank zu unterhalten. In Gegenden mit weniger Konkurrenz haben die Raiffeisenbanken bessere Möglichkeiten, neue Kontokorrentkunden zu gewinnen. Den stärksten Zuwachs an debitorischen Kontokorrentkonten verzeichnen die kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (Gruppen II bis V) sowie die in den Gruppen

IX und XI erfaßten größeren gemischtwirtschaftlichen Kassen, die in Land- und Weinwirtschaftsorten mit teilweise beträchtlichem Hinterland liegen.

Die Zunahme der Zahl der Darlehenskonten (vgl. Tabelle 2) wird getragen von den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) und den größten Raiffeisenbanken mit Warenverkehr (Gruppen X bis XII). Sie ist vor allem auf die konjunkturbedingte außergewöhnliche Nachfrage nach Krediten in den Jahren 1959 bis 1962 zurückzuführen. Gemäß § 8 des Genossenschafts-Gesetzes dürfen Kreditgenossenschaften Kredite nur an Mitglieder gewähren. Die Zunahme der Zahl der Mitglieder und der Darlehenskonten ist deshalb zum großen Teil auf die verstärkte Kreditgewährung zurückzuführen. Das außerordentliche Anwachsen der Zahl der Darlehenskonten bei den reinen Kreditgenossenschaften und den größeren gemischtwirtschaftlichen Kassen ist darüber hinaus mit der hohen Überschußkasse dieser Institute in den Jahren vor 1962 zu erklären, die es erlaubte, umfangreiche Kreditwünsche zu erfüllen. Die starke Kreditnachfrage und der Mitgliederzuwachs während des Vergleichszeitraums führten dazu, daß sich die Bestände an Darlehenskonten bei den reinen Kreditgenossenschaften und bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen mit einer Bilanzsumme von 2 Millionen DM und darüber am Jahresende 1962 gegenüber 1958 verdoppelt haben, während die Steigerung bei den kleineren gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften (Gruppen I bis IX) im gleichen Zeitraum durchschnittlich 50 Prozent betrug.

Die von den Kreditgenossenschaften im Zusammenhang mit Warengeschäften gewährten Kredite werden auf den Warenforderungskonten verbucht. Die Zahl dieser Konten hat sich bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen mit einer Bilanzsumme unter 1 Million DM und solchen mit Bilanzsummen von 1 Million DM und mehr unterschiedlich entwickelt. Während die Zahl der Warenforderungskonten bei den kleineren Genossenschaften, vor allem in den

Gruppen I, II, IV und V, von 1958 bis 1962 zunahm, sank die Zahl bei den größeren Instituten (Gruppen VI bis XII) unter den Stand von 1958 ab. Der Rückgang der Zahl der Warenforderungskonten ist auf die rückläufige Entwicklung der Agrarwirtschaft in vielen Gebieten sowie auf eine zunehmende Liquidität der landwirtschaftlichen Kunden zurückzuführen, die nicht mehr so stark auf die Aufnahme von Warenkrediten angewiesen sind. Im übrigen wird die Absicht der größeren gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften deutlich, Warenkredite auch über Kontokorrentkonten zu führen.

Die Genossenschaftsbanken unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Entwicklung der Kontenzahl, sondern auch hinsichtlich ihres Durchschnittsbestandes an Spar-, Kontokorrent-, Darlehens- und Warenforderungskonten je Genossenschaft.

Aus Tabelle 3 (Seite 85) geht hervor, daß die Kassen mit hohem Warenumsatz weniger Sparkonten je Genossenschaft aufweisen als die entsprechenden Institute mit niedrigeren Warenumsätzen. Dies zeigt sich während des gesamten Vergleichszeitraums bei den nach unterschiedlichen Warenumsätzen gruppierten Banken aller Größenklassen. Besonders deutlich wird diese Regelmäßigkeit beim Vergleich der Gruppen I bis V, in denen Genossenschaften gleicher Größenklasse (unter 1 Million DM Bilanzsumme), jedoch mit unterschiedlich hohen Warenumsätzen erfaßt sind. Der Gruppenschnitt der Sparkonten je Genossenschaft ist in der Gruppe I am höchsten und fällt dann bis zur Gruppe V stufenweise ab. Ebenso zeigt sich die Abnahme in den Gruppen höherer Bilanzsummenklassen (Gruppen VI bis XII). Die Genossenschaften mit Warenumsätzen von 500 000 DM und mehr (Gruppen VII, IX und XI) haben niedrigere Sparkontenbestände als die Raiffeisenkassen mit Warenumsätzen unter 500 000 DM (Gruppen VI, VIII, X).

Tabelle 3 - Der durchschnittliche Bestand an Sparkonten je Genossenschaft im Gruppendurchschnitt der Jahre 1958, 1960 und 1962 ¹

Gruppen	Sparkonten je Genossenschaft		
	1958	1960	1962
I	553	581	685
II	464	513	655
III	482	574	657
IV	392	490	561
V	318	382	457
VI	647	737	867
VII	543	600	683
VIII	968	1 192	1 330
IX	712	791	913
X	1 296	1 474	1 564
XI	1 073	1 272	1 483
XII	1 650	1 878	2 028
XIII	944	1 077	1 266
XIV	1 266	1 540	1 735
XV	1 689	2 019	2 328
XVI	3 257	3 951	4 615

Die vergleichsweise höhere Anzahl von Sparkonten bei den Genossenschaften mit niedrigem Warenumsatz findet ihre Erklärung darin, daß Raiffeisenkassen mit kleinem Warengeschäft meist in dichtbesiedelten Gebieten tätig sind und dementsprechend mehr Sparer an sich ziehen können. Im übrigen deutet die geringere Zahl von Sparkonten bei den Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen darauf hin, daß das Bankgeschäft (Einlagengeschäft) gegenüber dem Warengeschäft an Bedeutung verliert.

Die rein bankgeschäftliche Funktion der Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr (Gruppen XIII bis XVI) kann an der Zahl der Sparkonten gemessen werden. Mit durchschnittlich 4 615 bzw. 2 328 Sparkonten je Genossenschaft im Jahre 1962 gegenüber 3 257 bzw. 1 689 Sparkonten je Genossenschaft im Jahre 1958 liegen die Gruppen XVI und XV an der Spitze aller Vergleichsgruppen. Zu den zehn Kreditgenossenschaften mit den niedrigsten Beständen (weniger als 400 Sparkonten) zählten 1962 die Raiffeisenkassen XII/g, XII/r, XV/d, XII/m, XII/c, XIII/g, XII/b, XV/p, X/m und XIII/b. Die meisten dieser Institute arbei-

¹ Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang auf Blatt 1, 3 und 5.

ten in relativ kleinen Orten, in denen durchweg große Privathaushalte anzutreffen sind.

Die Zahl der debitorischen Kontokorrentkonten je Genossenschaft ist um so größer, je höher die Bilanzsummen der Kreditgenossenschaften sind. Eine hohe Zahl an Kontokorrentkonten je Genossenschaft weisen die Gruppen IX bis XII und XIV bis XVI auf, in denen Raiffeisenkassen erfaßt sind, die vorwiegend in gewerblich-städtischen Gegenden oder in Weinbaugebieten arbeiten. Die Zahl der jeweils zum Bilanzstichtag angegebenen debitorischen Kontokorrentkonten braucht nicht immer typisch für den Durchschnittsbestand während des Jahres zu sein, da viele Kreditnehmer zum Jahresende ihre laufenden Schulden zurückzahlen, so daß ihre Konten in der Statistik des Jahresabschlusses nicht mehr als debitorisch erscheinen.

Hinsichtlich der Zahl der Darlehenskonten je Genossenschaft heben sich größere reine und gemischtwirtschaftliche Raiffeisenkassen (Gruppen VIII bis XVI) gegenüber kleineren Instituten (Gruppen I bis VII) merklich ab. Die Genossenschaften unter 2 Millionen DM Bilanzsumme und jährlichen Warenumsätzen unter 500 000 DM (Gruppen I bis IV, VI, VIII) weisen höhere Bestände an Darlehenskonten auf als die Raiffeisenkassen gleicher Größenklasse, aber mit Warenumsätzen von 500 000 DM und mehr (Gruppen V, VII, IX). Bei den kleineren gemischtwirtschaftlichen Instituten hat die Betätigung im Warengeschäft somit Einfluß auf den Umfang des Kreditgeschäftes (gemessen an der Zahl der Darlehenskonten). Die stärkere Aktivität im Warengeschäft bindet einen erheblichen Teil der Mittel, die sonst im Kreditgeschäft eingesetzt werden könnten. Bei den größeren Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (Bilanzsummen von 2 Millionen DM und mehr) wirkt sich das Warengeschäft weniger stark auf das Kreditgeschäft aus (vgl. die Gruppen X und XI). Mit Warenumsätzen von 500 000 DM und mehr weisen die Genossenschaften der Gruppe XI im Durchschnitt höhere Bestände an Darlehenskonten auf als die entsprechenden Genossenschaften mit Warenumsätzen unter 500 000 DM (Gruppe X). Mit einem durchschnittlichen Bestand von 234 Darlehenskonten am

31.12.1962 liegen die in der Gruppe XI erfaßten Genossenschaften, deren Geschäftsbezirk z.T. viel Hinterland einschließt, noch vor den reinen Kreditgenossenschaften entsprechender Größenklasse (Gruppen XIII und XIV).

Die Zahl der Warenforderungskonten je Genossenschaft nimmt bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten mit wachsendem Warenumsatz tendenziell zu. Bei einem Gruppenvergleich fällt auf, daß die kleinen gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften mit Warenumsätzen unter 500 000 DM (Gruppen II, III, IV) höhere Bestände an Warenforderungskonten aufweisen als die in der Warenumsatzhöhe entsprechenden Genossenschaften höherer Bilanzsummenklassen (Gruppen VI, VIII, X, XII). Dieser in allen Vergleichsjahren ersichtliche Zug, der auf die Bedeutung des Warenkreditgeschäftes bei den kleineren gemischtwirtschaftlichen Kassen hinweist, wird besonders deutlich bei einem Vergleich der Gruppen IV und V mit der Gruppe VII. Die Gruppen V und VII erfassen Genossenschaften mit jährlichen Warenumsätzen von 500 000 DM und mehr. Die Gruppendurchschnitte der Warenforderungskonten je Genossenschaft sind indessen nicht nur in Gruppe V höher als in Gruppe VII, auch die bilanzsummen- und warenumsatzmäßig kleinere Gruppe IV übertrifft mit ihren Durchschnittswerten diejenigen der größeren Gruppe VII. Für das verhältnismäßig umfangreiche Warenkreditgeschäft der kleineren gemischtwirtschaftlichen Kassen können die große Zahl der Warenkunden und deren Betriebsgrößen, u.U. aber auch die Zusammensetzung des Warenumsatzes eine entscheidende Rolle spielen.

b. Die Entwicklung der Zahl der Buchungsposten¹

Zusammenfassungen und Vergleiche von Buchungsposten leiden daran, daß nicht allen zugrunde liegenden Buchungsvorgängen der gleiche Arbeitswert beizulegen ist. Da es der Vergleichsstelle nicht möglich war, die Buchungsposten auf der Basis ihres Arbeitswerts zu vereinheitlichen, wurde der sich aus der Addition verschiedener Buchungs-

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 1 bis 5.

posten ergebende Fehler bewußt in Kauf genommen, um erstmalig bei Kreditgenossenschaften die Buchungspostenstatistik in einen Betriebsvergleich einzubeziehen.

Die Zahl der Buchungsposten aller Kreditgenossenschaften erhöhte sich von 1958 bis 1962 um knapp 40 Prozent. Die Steigerung betrug bei den reinen Kreditgenossenschaften etwa 50 Prozent, bei den kleineren gemischtwirtschaftlichen Kassen (Gruppen I bis V) nur 15 bis 20 Prozent. Hier zeigte sich auch die Tendenz, daß die Zunahme mit wachsendem Warengeschäft relativ zurückbleibt. Bei den kleineren Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr darf diese Feststellung als Bestätigung dafür gewertet werden, daß über die Zu- oder Abnahme der Buchungsvorfälle fast ausschließlich die Entwicklung des Bankgeschäfts entscheidet. Mit wachsender Bilanzsumme steigt die Bedeutung der Buchungsvorfälle im Warengeschäft. Dies zeigt sich an den Gruppen IX und XI. Beide Gruppen erfassen Genossenschaften mit Warenumsätzen von 500 000 DM und mehr. In der Steigerung der Zahl der Buchungsposten schneiden die Genossenschaften der Gruppen IX und XI nicht nur besser ab als die in der Bilanzsumme entsprechenden Raiffeisenkassen mit Warenumsätzen unter 500 000 DM (Gruppen VIII bzw. X), sondern sie weisen auch noch eine stärkere Zunahme auf als die bilanzsummenmäßig größeren Kreditinstitute der Gruppe XII.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften war die Steigerung der Zahl der Buchungsposten in der Gruppe XIII am stärksten, der Zuwachs in den Gruppen XIV und XV demgegenüber weniger bedeutend. Manche Kreditgenossenschaften können ihr Geschäftsvolumen nur noch begrenzt ausdehnen, weil sie bereits einen großen Kundenkreis haben. Die Konkurrenz anderer Bankengruppen setzt der Ausdehnung ebenfalls Grenzen. Die geringere Zuwachsrates der Buchungsposten in den Gruppen XIV und XV ist hauptsächlich auf diese beiden Gründe zurückzuführen. Die beachtliche Erhöhung der Zahl der Buchungsposten bei den Kreditgenossenschaften der Gruppe XVI beruht auf der geographischen Lage der vier in dieser Gruppe erfaßten Kreditinstitute. Die Möglichkeit, das Geschäftsvolumen auszudehnen, bietet

sich nämlich vor allem in den Städten, wo in Handel und Gewerbe eine Vielzahl täglicher Zahlungsgeschäfte abzuwickeln ist.

Die Zahl der Buchungsposten hängt entscheidend vom Volumen des Zahlungsverkehrs ab. Wie auf Grund ihrer Funktion zu erwarten war, weisen die reinen Kreditgenossenschaften der Gruppen XIII bis XVI die meisten Buchungsposten auf. Mit durchschnittlich 380 000 Buchungsposten je Genossenschaft lag im Jahre 1962 die Gruppe XVI vor den Gruppen XV (163.000 Buchungsposten) und XIV (96 000 Buchungsposten). Die größten gemischtwirtschaftlichen Institute (Gruppen XI und XII) hatten 1962 durchschnittlich 85 000 Buchungsposten. Weitaus geringer war die Anzahl in den niedrigeren Bilanzsummenklassen. In den Gruppen I bis V wurden durchschnittlich nur noch 20 000 bis 30 000 Buchungsposten je Genossenschaft gezählt.

Angaben über den durchschnittlichen Umsatz je Buchungsposten wurden in der Weise gewonnen, daß der Gesamtumsatz (einer Hauptbuchseite) zur Gesamtzahl der Buchungsposten einer Genossenschaft in Relation gesetzt wurde. Die höchsten Umsätze verzeichnen erwartungsgemäß die reinen Kreditgenossenschaften. Die Raiffeisenkassen der Gruppe XVI erreichten 1962 Umsätze von durchschnittlich 890 DM je Buchungsposten, gegenüber 710 DM im Jahre 1958. Die übrigen reinen Kreditgenossenschaften hatten 1962 Umsätze je Buchungsposten zwischen 550 und 750 DM. Bei den größten gemischtwirtschaftlichen Instituten (Gruppe XII) stieg der entsprechende Betrag von durchschnittlich 530 DM im Jahre 1958 auf 740 DM im Jahre 1962. Bei den übrigen Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr schwankten die Umsätze je Buchungsposten im Jahre 1962 zwischen 350 und 550 DM.

Die Zahl der Buchungsposten ist ein gewisser, wenn auch unvollständiger Maßstab für die Leistungsmenge des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs eines Kreditinstituts. Setzt man die Summe der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten zur Zahl der Buchungsvorfälle ins Verhältnis, so gewinnt man einen ungefähren Maßstab für die Leistungsintensität. Die Aussagekraft

dieser Relation ist jedoch verhältnismäßig gering, weil die einzelnen Leistungsarten des Bankbetriebs eine unterschiedliche Zahl von Buchungsposten zur Folge haben. So erfordert beispielsweise der Kundenberatungsdienst zwar den Einsatz von geschultem Personal, verursacht also Arbeitsaufwand, aber Buchungsarbeiten fallen gewöhnlich nicht an. Auf der anderen Seite repräsentiert z.B. eine Buchung im Wechseldiskontgeschäft einen höheren Aufwand als im Kassengeschäft oder im Verrechnungsverkehr mit anderen Kreditinstituten. Eine Verteilung der Verwaltungskosten auf die Gesamtzahl der Buchungsposten kann daher immer nur eine Näherungsrechnung sein, die lediglich einen vorsichtigen Rückschluß auf die Wirtschaftlichkeit des technisch-organisatorischen Bereichs eines Kreditinstituts zuläßt.

Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr weisen pro Buchungsposten höhere Verwaltungskosten aus als reine Bankbetriebe. Die Gruppenkennziffern lassen erkennen, daß der Verwaltungsaufwand je Buchungsvorfall mit der Höhe des Warenumsatzes steigt. Das Warengeschäft erfordert zusätzliche Aufwendungen, es bringt jedoch in geringerem Maß zusätzliche Buchungsarbeit mit sich. Mit wachsender Bilanzsumme, also bei zunehmendem Gewicht des Bankgeschäftes, schwächen sich die Unterschiede zwischen den Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen und den Genossenschaften mit niedrigerem Warenumsatz immer mehr ab. Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr hatten 1962 persönliche und sachliche Verwaltungskosten je Buchungsposten in einer Höhe zwischen 1,00 DM und 1,90 DM, reine Kreditgenossenschaften zwischen 0,80 DM und 1,15 DM.

3. Veränderungen des Geschäftsvolumens und anderer die Geschäftstätigkeit kennzeichnender Größen¹

Im folgenden werden die Ergebnisse des Indexvergleichs dargestellt. Untersuchungsobjekte sind die bereinigte Bilanzsumme, die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtumsatz, der Warenumsatz, die Einlagen und die Kredite.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 1 bis 5.

a. Die Bilanzsumme

Die Bilanzsumme ist ein Maß für das Gesamtkapital (ohne die stillen Reserven) einer Unternehmung. Die bereinigte Bilanzsumme ¹ wird im genossenschaftlichen Kreditsektor als das Geschäftsvolumen bezeichnet, nach dessen Höhe die Genossenschaften in Größenklassen eingeteilt werden. Die Bilanzsumme der Kreditinstitute steigt und fällt in einem stärkeren Ausmaß als die der Industrie- und Handelsunternehmungen ². Jede Verfügung eines Kunden durch Barabhebung oder Überweisung zugunsten eines Kunden einer anderen Bank bewirkt eine Bilanzverkürzung und jede Einzahlung eine Bilanzverlängerung. Da sich die Ein- und Auszahlungen in ihrer bilanzverkürzenden bzw. bilanzverlängernden Wirkung gegenseitig aufheben können, ist die Entwicklung der Bilanzsumme kein zutreffendes Maß für den Umsatz einer Bank. Der Bankumsatz (Gesamtumsatz) trägt demgegenüber allen Wertbewegungen Rechnung. Er macht daher in der Regel ein Vielfaches der Bilanzsumme aus.

Die bereinigte Bilanzsumme der erfaßten Kreditgenossenschaften entwickelte sich vom 31.12.1958 = 100 auf 119 am Jahresende 1959, 139 am Jahresende 1960, 161 am Jahresende 1961 und auf 188 am 31.12.1962. Bei den reinen Kreditgenossenschaften betrug die Zunahme im Beobachtungszeitraum 85 Prozent und bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr 90 Prozent.

¹ Bilanzsumme + Indossamentsverbindlichkeiten aus abgerechneten eigenen Ziehungen und weitergegebenen wechseln ./.. durchlaufende Kredite ./.. Einzelwertberichtigungen ./.. Reinverlust.

² L i n h a r d t , H., Bankbetriebslehre, Bd. II, Bankbilanzen. Köln und Opladen 1960. S. 45.

Tabelle 4 - Die Entwicklung der Bilanzsummen in den
16 Vergleichsgruppen von 1958 bis 1962
(1958 = 100) ¹

Gruppen	Indexentwicklung der Bilanzsumme				
	1958	1959	1960	1961	1962
I	100	119	134	150	186
II	100	120	139	175	205
III	100	120	138	159	188
IV	100	124	146	178	207
V	100	119	143	167	196
VI	100	119	136	148	178
VII	100	114	124	143	166
VIII	100	125	140	159	192
IX	100	118	149	166	200
X	100	121	150	167	189
XI	100	116	144	179	211
XII	100	119	147	158	179
XIII	100	120	147	177	212
XIV	100	120	135	156	173
XV	100	117	140	167	204
XVI	100	117	131	152	174

Ebenso wie zwischen den Gruppen Entwicklungsunterschiede bestehen, hat sich das Geschäftsvolumen ² bei den einzelnen Kreditgenossenschaften verschieden stark ausgeweitet. Die Höhe der Bilanzsumme einer Kredit- und Waren-genossenschaft kann jedoch nicht als Kriterium für ihre mehr oder weniger gute Arbeit gewertet werden. Kleinere Genossenschaften mit relativ eng umgrenztem Geschäftsbezirk können diesen u.U. besser erschlossen haben als große Kredit- und Warengenossenschaften, deren Geschäftsbezirk größer und/oder wirtschaftlich besser entwickelt ist.

Die Indexziffern der Gruppen VI, VII, XII, XIV und XVI sind hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben. Bei den Raiffeisenkassen XVI/c, XV/r, XV/u, XI/n, X/a, X/b und III/c kann das schwache Anwachsen der Bilanzsumme eine Folge von nicht oder nur ungenügend genutzten Entwicklungsmöglichkeiten sein. Bei einigen war nur eine geringe Steigerung möglich, weil der zu betreuende Geschäftsbezirk eng umgrenzt und schon gut erschlossen ist. Ähnliches gilt für die Raiffeisenkassen XIV/e, XIII/i,

¹ Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 1 bis 5.

² Vgl. Fußnote 1 auf S. 91.

XII/a, XII/d, XI/g, XI/f, VII/d, VII/l, I/d und I/b, bei denen die Steigerung der Bilanzsumme zwar nicht so augenfällig, aber noch bedeutend hinter der Entwicklung der Gruppenindizes zurückgeblieben ist. Bei den Genossenschaften mit guter Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß das Wachstum in Zweigstelleneröffnungen bzw. in Verschmelzungen (Übernahme anderer Institute) seine Ursache haben kann.

b. Gesamtaufwendungen und Gesamterträge

Die Steigerung der Gesamtaufwendungen und der Gesamterträge kommt in den Indizes für die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck ¹. Der Index veränderte sich von 100 am 31.12.1958 über 110 am Jahresende 1959, 138 am Jahresende 1960, 149 am Jahresende 1961 auf 171 am 31.12.1962. Dieser Verlauf ist sowohl für reine als auch für gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften kennzeichnend, da für beide Strukturtypen der Raiffeisenbanken nur geringfügige Entwicklungsunterschiede ermittelt wurden.

Die Indexziffern machen deutlich, daß die Zunahme der Gesamtaufwendungen und der Gesamterträge mit dem Anwachsen der Bilanzsumme nicht ganz Schritt gehalten hat. Sieht man in der Bilanzsumme ein Maß für die Leistungsmenge des Bankbetriebs, was allerdings nur unter Vorbehalten möglich ist ², dann kann das relativ schwächere Ansteigen der Aufwendungen als Produktivitätssteigerung der Kreditgenossenschaften ausgelegt werden. Der Anstieg der Bilanzsumme ist vor allem auf die Ausweitung des Kreditvolumens zurückzuführen. Der Verbesserung der Produktivität kam ein starker Einlagenzustrom während des Vergleichszeitraums zustatten sowie ein relativ niedriger Diskontsatz in den Jahren 1961 und 1962 (3 1/2 bzw. 3 Prozent), der eine lebhafte Kreditnachfrage auslöste. Angesichts dieser Umstände konnte bei einer Steigerung der Bilanzsumme um 10 Prozent gewöhnlich mit einer Erhöhung der Summe der Gewinn- und Verlustrechnung um 8 Prozent gerechnet werden.

¹ Dabei wird unterstellt, daß von den einzelnen Kreditgenossenschaften keine Saldierungen vorgenommen wurden.

² Das Volumen der erbrachten Dienstleistungen findet z.B. in der Bilanzsumme keinen Niederschlag.

Die Entwicklung der Gesamtaufwendungen und der Gesamterträge wird entscheidend durch die Veränderungen der Zinsaufwendungen und Zinserträge bestimmt. Diese sind relativ stärker gestiegen als die Gesamtaufwendungen und die Gesamterträge. Indexmäßig entwickelten sie sich wie folgt:

	Zinserträge		Zinsaufwendungen	
	Reine Kreditgenossenschaften	Kreditgenossenschaften m.Warenverk.	Reine Kreditgenossenschaften	Kreditgenossenschaften m.Warenverk.
1958	100	100	100	100
1959	112	115	107	111
1960	152	156	156	161
1961	165	170	161	168
1962	189	194	181	187

Die Indizes stiegen im Jahre 1960 beachtlich an. Es ist zum großen Teil auf die 1960 gültigen Zinssätze, die höchsten während des Vergleichszeitraums, zurückzuführen, daß sich die Zinserträge und die Zinsaufwendungen erhöht haben. Unabhängig vom Diskontsatz, der als Datum angesehen werden muß, wird die Höhe der Gesamtaufwendungen und Gesamterträge sowie deren Veränderungen u.a. von dem Umfang des Kreditgeschäftes und den daraus fließenden Zinserträgen, von dem Einlagen- und sonstigen Fremdgeldbestand und den dafür aufzuwendenden Zinsen, von den Personal- und Sachkosten, von den gewinnunabhängigen Steuern und von der Größe des Warengeschäftes und den Erträgen aus Warenverkehr bestimmt.

Die Entwicklung der Indizes für die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung verläuft ungefähr parallel zu der Indexentwicklung der Bilanzsumme. Im allgemeinen sind es die gleichen Gruppen und Kreditgenossenschaften, die mit ihren Indexreihen vom Index für alle erfaßten Genossenschaften bzw. vom Gruppenindex abweichen. So erreichen die Summenindizes der Gewinn- und Verlustrechnung in den Gruppen III, VI, VII, XII und XIV nicht den Index für alle erfaßten Institute.

Bei der Begründung von unter- oder überdurchschnittlichen Veränderungen der Gesamtaufwendungen und Gesamt-

erträge muß von den Verhältnissen der einzelnen Genossenschaftsbanken ausgegangen werden. Oft lassen sich bestimmte Bilanzpositionen zur Erklärung anführen (Kreditvolumen, Einlagenbestand, Anlagevermögen). Der Umfang des Warengeschäftes und der Personalbestand sind weitere Merkmale, die bei einer vom Durchschnitt abweichenden Zu- oder Abnahme der Gesamtaufwendungen und der Gesamterträge in Betracht zu ziehen sind. Eine außerordentliche Steigerung der Aufwendungen und Erträge kann u.U. auf die Eröffnung von Zweigstellen oder die Fusion mit anderen Genossenschaften zurückgeführt werden. Hinzuweisen ist auch auf die Bilanzierungsgewohnheit der Raiffeisenkasse II/e, die Zinsaufwendungen und Zinserträge nur als Saldo ausweist. Durch Anwendung des Nettoprinzips wird eine Minderung der Summe der Gewinn- und Verlustrechnung erreicht.

Die überproportionale Zunahme der Bilanzsumme gegenüber den Gesamtaufwendungen und Gesamterträgen muß sich auf lange Sicht in einem Rückgang der Kennziffer "Summe der Gewinn- und Verlustrechnung in Prozent der bereinigten Durchschnittsbilanzsumme" auswirken, wie dies 1959 in allen Vergleichsgruppen der Fall war. Auf Grund der Zinserhöhung im Jahre 1960 stieg die Kennziffer leicht an, sank jedoch in den folgenden Jahren weiter ab. Am Ende der Vergleichsperiode verhielt sich die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung zur bereinigten Durchschnittsbilanzsumme wie 1 : 12. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr war das Verhältnis etwas günstiger als bei den reinen Kreditgenossenschaften ¹, weil die Erträge aus Warenverkehr die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich erhöht haben.

c. Der Gesamtumsatz

Im Gesamtumsatz sind alle Wertebewegungen erfaßt, die durch die bankgeschäftliche Tätigkeit ausgelöst wurden. Der Umsatzvergleich kann daher dem genossen-

¹ 1962 = 9,18 Prozent bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr gegenüber 7,27 Prozent bei den reinen Kreditgenossenschaften.

schaftlichen Leistungsvergleich gleichgestellt werden ¹.

Der Gesamtumsatz der erfaßten Kreditgenossenschaften weist den folgenden Indexverlauf auf (1958 = 100):
100 - 119 - 138 - 159 - 186. Bei den reinen Kreditgenossenschaften nahm er im Beobachtungszeitraum um 85 Prozent zu, bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr um 90 Prozent. Bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten werden im Gesamtumsatz auch die Warenumsätze erfaßt.

Im Jahre 1962 beliefen sich die durchschnittlichen Gesamtumsätze je Genossenschaft wie folgt ²:

a) Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr

Gruppen	Bilanzsummen (Mill. DM)	Gesamtumsatz (Mill. DM)	Extremwerte f. d. Ges. Ums. i. d. Gruppe (Mill. DM)
I bis V	unter 1	10,6	3,0 und 36,4
VI und VII	1 bis unter 1,5	15,9	5,0 und 43,2
VIII und IX	1,5 bis unter 2	26,5	13,3 und 56,6
X und XI	2 bis unter 3,5	41,0	17,1 und 92,8
XII	3,5 und mehr	58,1	30,6 und 85,8

b) Reine Kreditgenossenschaften

Gruppen	Bilanzsummen (Mill. DM)	Gesamtumsatz (Mill. DM)	Extremwerte f. d. Ges. Ums. i. d. Gruppe (Mill. DM)
XIII	0,75 bis unter 2	28,0	14,0 und 52,5
XIV	2 bis unter 4	64,0	38,0 und 105,6
XV	4 bis unter 6	119,4	77,0 und 160,5
XVI	6 und mehr	339,8	237,7 und 476,6

Die Aufstellung zeigt, daß die Umsatzintensität, d.h. das Verhältnis von Gesamtumsatz zu Bilanzsumme, mit wachsendem Bilanzvolumen größer wird. Bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenbanken machte der Gesamtumsatz im Jahre 1958 das 11,06fache der durchschnittlichen Bilanzsumme aus, 1962 das 11,07fache. Bei den reinen Kreditgenossenschaften betrug der Gesamtumsatz 1958 das 19,34fache der

¹ F i s c h e r, Theoretische Grundlagen und allgemeine Voraussetzungen des Betriebsvergleichs im Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 108.

² Zusammengestellt nach den Umsatzangaben der einzelnen, im Vergleich erfaßten Kreditgenossenschaften.

Durchschnittsbilanzsumme, 1962 das 19,00fache. Als untere Grenze für den Gesamtumsatz kann bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen das 9fache und bei den reinen Kreditgenossenschaften das 15fache der Bilanzsumme angenommen werden.

In allen Vergleichsjahren machte die Summe der Gewinn- und Verlustrechnung bei den reinen Kreditgenossenschaften weniger als 0,5 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr schwankte dieser Anteil zwischen 0,6 und 1,3 Prozent, und zwar erhöht sich die Relation um so mehr, je intensiver eine Genossenschaft im Warengeschäft engagiert ist. Gegenüber 1958 war die Kennziffer in fast allen Vergleichsgruppen rückläufig, was auf ein überproportionales Anwachsen des Umsatzes im Vergleich zur Summe der Gewinn- und Verlustrechnung hinweist. Diese Tendenz ist bei den reinen Kreditgenossenschaften nicht ganz so ausgeprägt wie bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Der Grund liegt darin, daß der Umsatz der gemischtwirtschaftlichen Kassen im Geldgeschäft stärker zugenommen hat als im Warengeschäft, wobei die Steigerung des Umsatzes im reinen Bankgeschäft geringeren Kosten- und Ertragszuwachs mit sich brachte als die Steigerung des Warenumsatzes.

Der relativ stärkere Anstieg des Gesamtumsatzes gegenüber der Summe der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. gegenüber den Gesamtaufwendungen spricht ebenfalls für die Produktivitätssteigerung der Kreditgenossenschaften. Diese war - wie der Rückgang der Kennziffern zeigt - bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen größer als bei den reinen Kreditgenossenschaften, was z.T. auf eine verbesserte Ausnutzung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs, vor allem aber darauf zurückzuführen ist, daß die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr im finanziellen Bereich das Kreditvolumen stark ausweiteten, um der lebhaften Nachfrage während des Vergleichszeitraums gerecht zu werden. Weitere Ursachen der relativ größeren Produktivitätssteigerung bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen sind das Vordringen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in ländlichen Gebieten und der Ausbau

des Dienstleistungsgeschäftes, die zu einem stärkeren Zuwachs an Kontokorrentkonten und an Depositen führten als bei den reinen Kreditgenossenschaften ¹.

d. Der Warenumsatz

Der Warenumsatz der gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften umfaßt Umsätze im Bezugs- und Absatzgeschäft. Bei der Mehrzahl der Genossenschaften überwiegt der Bezugsumsatz. Er setzt sich zusammen aus den Einkaufswerten aller bezogenen bäuerlichen Betriebsmittel, wie z.B. Saatgut, Dünge-, Futter- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Brenn- und Baustoffe, Maschinen und Geräte. Der Absatzumsatz resultiert aus dem Verkauf der bäuerlichen Erzeugnisse, vor allem von Getreide und Kartoffeln, ferner von Obst, Gemüse, Sämereien und Vieh.

Der Warenumsatz der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr entwickelte sich indexmäßig wie folgt (1958 = 100): 1959 = 106; 1960 = 117; 1961 = 122; 1962 = 140. Die in den Gruppen V, VII, IX und XI zusammengefaßten Institute mit einem bereits vorhandenen, umfangreichen Warengeschäft (Umsatz: 500 000 DM und mehr) steigerten ihre Umsätze relativ stärker als die Genossenschaften entsprechender Bilanzsumme mit kleinerem Warengeschäft (Warenumsätze unter 500 000 DM in den Gruppen I bis IV, VI, VIII, X und z.T. XII). Einige Kreditgenossenschaften mit geringem Warenverkehr gehen mehr und mehr dazu über, verstärkt das Bankgeschäft und erst in zweiter Linie das Warengeschäft zu betreiben. Manche dieser Institute arbeiten in verstädterten Gemeinden oder in Vororten bzw. in naher Umgebung von größeren Städten. Da die Landwirtschaft in einigen Gebieten immer mehr zusammenschrumpft, stagniert das Warengeschäft oder kann nur noch geringfügig ausgeweitet werden.

Es ist nicht möglich, einige Institute wegen ihres besonders guten Warengeschäftes hervorzuheben. Die Genossenschaften, die schon 1958 ihren Geschäftsbezirk gut erschlossen hatten und hohe Warenumsätze erreichten, konnten

¹ Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 81 und S. 100.

nur noch geringere Zuwächse erzielen als Betriebe, die ihre Möglichkeiten zu Beginn der Vergleichsperiode erst wenig genutzt hatten und ihr Warengeschäft erst im Laufe der folgenden Jahre ausgebaut haben. Daß letztere nun auf Grund der günstigeren Entwicklung besser gearbeitet haben als erstere, ist nicht nachzuweisen und trifft wohl auch nur selten zu.

Nach dem Stand von 1962 gehörten zu den umsatzstärksten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr die Raiffeisenkassen VI/1 (2,9 Millionen DM Warenumsatz), VIII/f (2,2 Millionen DM), V/e (2,0 Millionen DM), VI/h (1,7 Millionen DM) und X/m (1,7 Millionen DM). Außer der Raiffeisenkasse VI/1 liegen die umsatzstärksten Kreditgenossenschaften alle im Eifel-Landkreis Mayen. Warenumsätze von 1 Million DM und mehr erzielten außer den genannten Betrieben noch weitere neun Genossenschaften.

e. Das Einlagengeschäft

Die Geldbeschaffung der Kreditgenossenschaften erfolgt - wie im Banksektor allgemein üblich - durch Fremdfinanzierung. Das zur Durchführung der Aktivgeschäfte benötigte Zentralbankgeld wird hauptsächlich im Depositen- und Spargeschäft aufgebracht. Die in Form von Sicht-, Termin- und Spareinlagen angenommenen Gelder bilden die wichtigste Grundlage für eine Ausweitung des Geschäftsvolumens und eine Steigerung des Bankumsatzes.

Tabelle 5 - Die Indexentwicklung der Einlagen in den Jahren 1958 bis 1962 (1958 = 100) ¹

Indexentwicklung (31.12.1958 = 100)									
Jahr	Gesamte Einlagen			Sicht- und Termineinlagen			Spareinlagen		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c
1958	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1959	121	124	123	117	123	120	123	124	124
1960	143	145	144	126	134	130	150	148	149
1961	167	168	168	145	166	156	176	169	172
1962	196	197	196	181	200	191	202	196	198

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.
c = Mittelrheinische Genossenschaften insges.

¹ Zusammengestellt nach den Bilanzangaben der einzelnen Kreditgenossenschaften.

Für die beiden Strukturtypen der Raiffeisenbanken lassen sich keine auffallenden Unterschiede in der Entwicklung der Einlagen ablesen. Im Depositengeschäft zeigt sich bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr eine etwas stärkere Zunahme als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Da die Depositen vor allem aus Sichteinlagen, weniger aus befristeten Einlagen bestehen, deutet die vergleichsweise hohe Zunahme bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr auf eine starke Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in ländlichen Bereichen hin. Die gleiche Tendenz konnte bereits hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Kontokorrentkonten festgestellt werden.

Zwischen den Indexreihen der 16 Vergleichsgruppen bestehen nicht die großen Unterschiede, wie sie auf Grund der Gruppen-Einteilungskriterien, der verschiedenen hohen Bilanzsummen oder Warenumsätze, hätten erwartet werden können. Die Sicht- und Termineinlagen nahmen bei den größeren gemischtwirtschaftlichen Instituten mit hohem Warenumsatz (Gruppen IX und XI) etwas stärker zu als bei den Raiffeisenbanken entsprechender Bilanzsumme mit niedrigeren Warenumsätzen (Gruppen VIII bzw. X), was u.U. damit erklärt werden kann, daß die Erlöse aus Warenverkauf, die oftmals auf Depositen- oder Kontokorrentkonten gutgeschrieben werden, die Sichteinlagen erhöht haben. Die Funktion der Sichteinlagen, als Transaktionskasse zu dienen und die kurzfristige Gelddisposition zu erleichtern, kommt in den Schwankungen des Sichteinlagenbestandes zum Ausdruck. Da sich die Höhe der Sichtguthaben häufig ändert, ist es möglich, daß die für den Betriebsvergleich errechneten und auf Zeitpunkte bezogenen Entwicklungszahlen und die Gruppenkennziffern keine typischen Durchschnitte widerspiegeln und folglich nur einen begrenzten Aussagewert besitzen.

Die durchschnittlichen Summen der Sicht-, Termin- und Spareinlagen je Genossenschaft nehmen erwartungsgemäß mit wachsender Bilanzsumme zu. Ein Vergleich der Gruppen der gemischtwirtschaftlichen Institute (Gruppen I bis XII) zeigt, daß die durchschnittlichen Summen der Sicht- und Termineinlagen je Genossenschaft bei den Raiffeisen-

banken mit hohem Warenumsatz (Gruppen V, VII, IX, XI und z.T. XII) größer sind als bei den entsprechenden Instituten mit niedrigeren Warenumsätzen (Gruppen I bis IV, VI, VIII und X) ¹. Die höheren Sicht- und Termineinlagen je Genossenschaft bei den Raiffeisenkassen mit hohem Warenumsatz beruhen nicht nur auf den Einzahlungen der Erlöse aus Warenverkauf auf den Kontokorrent- bzw. Depositenkonten ², sondern auch darauf, daß auf diesen Konten von vornherein Sichteinlagen in ausreichender Höhe gehalten werden, um die Zahlungsverpflichtungen aus dem Warenbezugsgeschäft erfüllen zu können.

Die Indexziffern, die die Entwicklung der Spareinlagen kennzeichnen, haben ebenfalls nur einen begrenzten Aussagewert. Raiffeisenbanken, die 1958 erst einen verhältnismäßig geringen Spareinlagenbestand auswiesen bzw. deren Geschäftsbezirk einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erlebte, können mit höheren Zuwächsen aufwarten als Genossenschaften, die bereits einen hohen Spareinlagenbestand verzeichneten bzw. deren Gebiet an der wirtschaftlichen Entwicklung nicht spürbar teilgenommen hatte. Die folgenden Angaben über die durchschnittlichen Bestände an Spareinlagen je Genossenschaft sind unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen. Als statistische Mittelwerte sollen sie der einzelnen Genossenschaft lediglich die Möglichkeit geben, die eigene Position im Spargeschäft mit der ähnlich gelagerter Institute zu vergleichen.

¹ Diese Feststellungen können im Zahlenanhang nicht nachgeprüft werden; sie sind das Ergebnis von gesondert durchgeführten Untersuchungen.

² Manchmal werden auch Warenschulden aus Ernteerlösen abgedeckt.

Tabelle 6 - Der Bestand an Spareinlagen je Genossenschaft im Gruppendurchschnitt der Jahre 1958, 1960 und 1962 ¹

Gruppen	Spareinlagen je Genossenschaft (Angaben in 1 000 DM)		
	1958	1960	1962
Gruppen I bis IV	359,0	535,0	765,4
Gruppe V	258,3	370,8	508,2
Gruppe VI	565,0	835,3	1 074,8
Gruppe VII	530,8	703,5	952,9
Gruppe VIII	820,5	1 156,3	1 546,9
Gruppe IX	572,6	864,9	1 152,2
Gruppe X	1 149,0	1 838,3	2 216,9
Gruppe XI	981,2	1 437,1	1 888,0
Gruppe XII	2 043,1	3 063,5	3 827,6
Gruppe XIII	654,6	980,9	1 346,8
Gruppe XIV	1 295,6	1 876,6	2 563,5
Gruppe XV	2 081,9	3 133,5	4 178,8
Gruppe XVI	4 494,3	6 849,2	9 200,8

Höhere Spareinlagenbestände weisen vor allem die Gruppen der Genossenschaften mit relativ geringem Warenumsatz auf. So sind die durchschnittlichen Bestände in den Gruppen I bis IV höher als in der Gruppe V, in der Gruppe VI höher als in der Gruppe VII, in der Gruppe VIII höher als in der Gruppe IX und in der Gruppe X höher als in der Gruppe XI. Eine entsprechende Tendenz wurde bereits bei der Darstellung der Zahl der Sparkonten aufgezeigt. Mit wachsendem Warenumsatz tritt das Bankgeschäft, gemessen an den durchschnittlichen Spareinlagen je Genossenschaft, an Bedeutung zurück. Die Unterschiede werden mit steigender Bilanzsumme immer deutlicher. Bei den Spareinlagen zeigt sich damit das umgekehrte Bild wie bei den Sicht- und Termineinlagen: Während die durchschnittlichen Bestände der Sicht- und Termineinlagen je Genossenschaft mit wachsender Bedeutung des Warengeschäftes (gemessen am Warenumsatz) zunahmen, sank der durchschnittliche Bestand an Spareinlagen.

Die bisher betrachteten Sicht- und Termineinlagen sowie die Spareinlagen bilden zusammen den Gesamteinlagenbestand. Da die Spareinlagen dominieren, wird die Ent-

¹ Zusammengestellt nach den Bilanzangaben der einzelnen Kreditgenossenschaften.

wicklung des Bestandes der gesamten Einlagen annähernd durch die Entwicklung der Spareinlagen bestimmt. Genossenschaften mit hohem Warenumsatz weisen niedrigere Einlagenbestände auf als bilanzsummenmäßig entsprechende Institute mit geringeren Warenumsätzen. Gesamteinlagen im Werte von 5 Millionen DM und darüber hatten am Ende der Vergleichsperiode 11 Raiffeisenbanken, auf 3 Millionen DM und mehr kamen 26 Institute; Einlagen von 1 Million DM und mehr wiesen 104 Kreditgenossenschaften aus.

f. Das Kreditgeschäft

Eine Kreditgenossenschaft kann nicht unbegrenzt Kredite gewähren. Institutionelle Daten, liquiditätsmäßige Erfordernisse und bestimmte Erwartungsgrößen beeinflussen ihre Kreditkapazität. Institutionelle Beschränkungen der Kreditgewährung sind: die Auflage, Kredite nur an Mitglieder zu gewähren (§ 8 GenG), die satzungsmäßige Aktivkreditgrenze gemäß § 49 Ziffer 2 GenG, die Pflicht zur Unterhaltung einer Mindestreserve und die Bindung der Kreditsumme an das haftende Eigenkapital (Grundsätze I und I a). Entsprechend ihrem Liquiditätsstatus kann eine Kreditgenossenschaft - wie jede Bank - neue Kredite nur gewähren, wenn sie über Primärliquidität und/oder Sekundärliquidität bzw. Verschuldungsmöglichkeiten am Geldmarkt verfügt. Maßgebend sind ferner ihre Erwartungen in bezug auf die Entwicklung ihrer eigenen Liquidität, die Politik der Bundesbank, die Kreditnachfrage und mögliche Limite, die sie sich selbst setzt, um ihr Standing zu pflegen.

Das Kreditgeschäft ist der Hauptgeschäftszweig der meisten Genossenschaftsbanken. Gewährt werden vor allem kurz- und mittelfristige Betriebskredite. Besondere Bedeutung hat das Kleinkreditgeschäft¹, wodurch die landwirtschaftliche und gewerbliche Kundschaft gefördert werden soll. An Kreditsicherheiten werden gewöhnlich die

¹ Die im Kleinkreditgeschäft der Genossenschaftsbanken gewährten Kredite dienen in der Regel erwerbswirtschaftlichen Zwecken (Anschaffungen von Maschinen und Geräten, Saatgut, Düngemitteln, Futtermitteln, Baustoffen usw.), während die Kleinkredite der Geschäftsbanken und Sparkassen meist Konsumkredite darstellen (Anschaffungen von Wohnungseinrichtungen, Kraftfahrzeugen und anderen hochwertigen Konsumgütern).

Bestellung von Grundpfandrechten und die selbstschuldnerische Bürgschaft gefordert.

In den Jahren 1958 bis 1962 war die Kreditnachfrage allgemein sehr lebhaft. Der Diskontsatz, der sich - abgesehen von einer kurzen Periode im Jahre 1960 - durchweg zwischen 3 und 4 Prozent bewegte, begünstigte die starke Nachfrage nach Krediten. Das Kreditvolumen der mittelhheinischen Genossenschaften entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 7 - Die Indexentwicklung des Kreditvolumens in den Jahren 1958 bis 1962 (1958 = 100) ¹

Jahr	Indexentwicklung (31.12.1958 = 100)								
	Gesamte Ausleihungen			Kurz- und mittelfristige Kredite			Langfristige Ausleihungen		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c
1958	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1959	118	118	118	115	112	112	136	145	141
1960	157	148	145	128	158	134	167	192	179
1961	161	175	169	147	156	152	207	256	232
1962	188	214	205	163	185	175	268	340	304

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.
c = Mittelhheinische Genossenschaften insgesamt.

Die gesamten Ausleihungen sind indexmäßig starker gestiegen als die gesamten Einlagen ². Es fallen ferner der bedeutende Anstieg der langfristigen Ausleihungen und die Entwicklungsunterschiede zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften auf.

Das relativ stärkere Anwachsen des Kreditvolumens bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften ist damit zu erklären, daß die meist in ländlichen Gebieten arbeitenden Raiffeisenkassen mit Warenverkehr das Geld- und Kreditgeschäft stärker ausgebaut haben als die überwiegend in Städten gelegenen reinen Kreditgenossenschaften, die hierin schon immer ihre Hauptaufgabe sahen, also zu Beginn der Vergleichsperiode ein höheres Ausgangsniveau hatten. Die Anlagenintensität vieler Mitgliederwirtschaft-

¹ Zusammengestellt nach den Bilanzangaben der einzelnen Genossenschaften.

² Vgl. Tabelle 7 i.V.m. Tabelle 5.

ten erklärt z.T. ebenfalls den höheren Bedarf und den relativ bedeutenderen Zuwachs an langfristigen Ausleihungen bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.

Die vergleichsweise stärkere Zunahme der kurz- und mittelfristigen Kredite (Debitoren einschließlich Warenforderungen und Wechselkrediten) bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr findet ebenfalls eine einfache Erklärung. Die in ländlichen Gebieten tätigen Raiffeisenkassen haben auch hier einen Nachholbedarf zu decken. Außerdem haben sie im Warenbezugsgeschäft häufig kurzfristige Warenkredite zu gewähren.

Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft haben in allen Vergleichsjahren absolut mehr kurz- und mittelfristige Kredite gewährt als Genossenschaften mit geringen Warenumsätzen. Dies erklärt sich ebenfalls aus dem größeren Warenbezugsgeschäft, das häufig Kreditierungen nötig macht.

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen weisen gemischtwirtschaftliche Kassen mit relativ geringen Warenumsätzen einen größeren Anstieg der langfristigen Ausleihungen auf als Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen, weil erstere weniger Mittel für eine kurzfristige Finanzierung des Warengeschäftes bereitzustellen haben und demnach über mehr Mittel für das langfristige Kreditgeschäft verfügen. Hinzu kommt, daß sie im allgemeinen im langfristigen Kreditgeschäft mehr Erfahrung besitzen und ihm aufgeschlossener gegenüberstehen als Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft.

Die aufgezeigte Tendenz wird prinzipiell durch einen Vergleich bestätigt, bei dem in absoluten Summen die kurz- und mittelfristigen Kredite sowie die langfristigen Ausleihungen je Genossenschaft im Gruppendurchschnitt gegenübergestellt sind.

Tabelle 8 - Kurz- und mittelfristige Kredite sowie langfristige Ausleihungen je Genossenschaft im Gruppendurchschnitt der Jahre 1958, 1960 und 1962 ¹

Gruppen	Kreditsummen je Genossenschaft (Angaben in 1 000 DM)					
	1958		1960		1962	
	a	b	a	b	a	b
Gruppen I bis IV	238,7	58,5	324,5	115,2	445,8	219,1
Gruppe V	245,9	31,1	385,6	69,9	484,8	177,4
Gruppe VI	426,8	102,5	564,7	194,6	685,3	342,3
Gruppe VII	457,3	81,0	578,6	136,7	766,3	228,3
Gruppe VIII	513,1	148,9	748,7	301,4	1025,0	570,0
Gruppe IX	630,6	170,9	959,1	242,2	1213,4	406,0
Gruppe X	809,7	180,3	1018,6	422,2	1615,5	677,0
Gruppe XI	829,4	266,9	1184,9	482,9	1796,5	866,0
Gruppe XII	1569,9	289,3	2196,8	576,2	2459,3	906,4
Gruppe XIII	458,3	165,6	625,4	371,3	956,0	604,1
Gruppe XIV	1036,5	262,8	1191,9	413,9	1556,1	707,3
Gruppe XV	1774,9	548,2	2464,7	1048,8	3310,6	2048,9
Gruppe XVI	5975,5	1927,5	7481,5	2867,6	8938,1	3960,7
a = Kurz- und mittelfristige Kredite. b = Langfristige Ausleihungen.						

Bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten (Gruppen I bis XII) waren während der gesamten Vergleichszeit innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen die kurz- und mittelfristigen Kredite in den Gruppen höher, in denen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz erfaßt sind (Gruppen V, VII, IX, XI). Bei den langfristigen Ausleihungen ist die umgekehrte Tendenz erkennbar. Eine Ausnahme macht die Gruppe XI ², in der durchschnittlich mehr langfristige Ausleihungen getätigt wurden als in der Gruppe X. Die Gruppe XI erfaßt Genossenschaften, die neben einem statlichen Warengeschäft ein bedeutendes Bankgeschäft betreiben. Die Größe des finanziellen Geschäftsbereichs und insbesondere eine hohe Überschußkasse waren ausschlaggebend dafür, daß neben Debitoren und Wechselkrediten auch hohe langfristige Kredite gewährt werden konnten.

¹ Zusammengestellt nach den Bilanzangaben der einzelnen, im Vergleich erfaßten Kreditgenossenschaften.

² ... sowie die Gruppe IX im Jahre 1958.

Tabelle 8 beweist, daß das Schwergewicht genossenschaftlicher Kreditpolitik nach wie vor auf der Gewährung von kurz- und mittelfristigen Krediten liegt, obwohl die langfristigen Ausleihungen während der Vergleichszeit um 168 Prozent bei den reinen Kreditgenossenschaften und um 240 Prozent bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr zugenommen haben.

Ein Gesamtkreditvolumen (einschließlich der Bürgschaften) von 5 Millionen DM und mehr hatten am 31.12.1962 acht mittelrheinische Raiffeisenbanken. 20 Kreditgenossenschaften gewährten Kredite im Gesamtbetrag von 3 Millionen DM und mehr; 78 Raiffeisenkassen hatten ein Gesamtkreditvolumen von 1 Million DM und darüber.

II. Beschäftigungsverhältnisse und Leistungen des Personals¹

Mit der Ausweitung des Geschäftsvolumens vollzog sich eine Anpassung des Personalbestandes, die jedoch relativ hinter der Entwicklung des Geschäftsumfanges zurückblieb. Hieraus kann nicht ohne weiteres auf erhöhte Leistungen des Personals geschlossen werden. Um ein zutreffendes Urteil abgeben zu können, müßten u.a. die in einer Genossenschaft verwendeten technischen Hilfsmittel (Maschinen und sonstige Anlagen) und die Veränderungen des Mechanisierungsgrades berücksichtigt werden. Da entsprechende Meßzahlen aber fehlen und auch keine Angaben über die Alterszusammensetzung und den Ausbildungsstand des Personals vorliegen, sind die Folgerungen über die Beschäftigungsverhältnisse und die Leistungen des Personals mit Vorsicht zu beurteilen.

Die Zahl der Beschäftigten vergrößerte sich von 1958 bis 1962 bei den reinen Kreditgenossenschaften um 38 Prozent, bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr um 18 Prozent. Im Vergleich zur Entwicklung der Zahl der Beschäftigten wuchsen Bilanzsummen, Summen der Gewinn- und Verlustrechnung, Umsätze, Einlagen und Kredite z.T.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 6 bis 8.

dreimal so stark. Das relative Zurückbleiben der Beschäftigtenzahl weist auf den Einsatz technischer Hilfsmittel mit erheblichem Rationalisierungseffekt hin. Daneben ist von Bedeutung, daß sich die Struktur der nachgefragten Leistungen während der Vergleichszeit geändert hat. So haben die Anteile der einen relativ hohen Arbeitsaufwand erfordernden Kontokorrent-, Wechsel- und Warenkredite am Gesamtkreditvolumen abgenommen. Die langfristigen Ausleihungen nahmen demgegenüber stark zu ¹. Sie hatten zur Folge, daß größere Kredite gewährt wurden ², wodurch - insgesamt gesehen - der technisch-organisatorische Geschäftsbereich der Kreditgenossenschaften weniger stark beansprucht wurde.

Zwischen den Vergleichsgruppen bestehen in bezug auf den Personalbestand erhebliche Unterschiede. Dieser betrug am 31.12.1962 bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften durchschnittlich fünf und bei den reinen Kreditgenossenschaften zehn Beschäftigte ³.

Tabelle 9 - Die Zahl der Beschäftigten je Genossenschaft im Gruppendurchschnitt der Jahre 1958, 1960 und 1962 ⁴

Gruppen	Zahl der Beschäftigten je Genossenschaft		
	1958	1960	1962
Gruppen I bis IV	2,6	2,9	3,2
Gruppe V	3,5	4,2	5,1
Gruppe VI	3,9	4,0	4,3
Gruppe VII	6,0	6,5	6,5
Gruppe VIII	5,0	4,9	5,2
Gruppe IX	6,3	6,5	7,1
Gruppe X	6,4	6,7	7,1
Gruppe XI	7,9	9,7	11,0
Gruppe XII	9,5	10,6	9,5
Gruppe XIII	2,8	3,3	3,6
Gruppe XIV	5,5	5,6	6,6
Gruppe XV	6,3	8,1	9,0
Gruppe XVI	20,6	23,3	30,0

¹ Vgl. S. 148 ff.

² Vgl. S. 155 ff., insbesondere Tabelle 16.

³ Vgl. S. 48: die Vereinheitlichung dessen, was als Beschäftigter im Rahmen des Betriebsvergleichs anzusehen ist.

⁴ Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 6 bis 8.

Erwartungsgemäß nimmt die Zahl der Beschäftigten je Raiffeisenkasse mit wachsender Bilanzsumme zu. Das wird besonders bei einem Vergleich der reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) deutlich.

Der Umfang des Warengeschäftes wirkt sich ebenfalls auf die Zahl der Beschäftigten aus. Die reinen Kreditgenossenschaften haben grundsätzlich einen niedrigeren Personalbestand als die gemischtwirtschaftlichen Kassen gleicher Größenklasse (vergleiche die Gruppe XIII mit den Gruppen I bis IX, die Gruppe XIV mit den Gruppen X und XI, die Gruppe XV mit der Gruppe XII!). Das Warengeschäft erfordert zusätzliche Arbeitskräfte. Dies geht auch aus einem Überblick über die Gruppen der gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften hervor (Gruppen I bis XII). Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen ist die Zahl der Beschäftigten bei Raiffeisenkassen mit hohen Warenumsätzen größer als bei Genossenschaften mit niedrigen Warenumsätzen (Gruppe V im Vergleich zu den Gruppen I bis IV, Gruppe VII im Vergleich zur Gruppe VI, Gruppe IX im Vergleich zur Gruppe VIII und Gruppe XI im Vergleich zur Gruppe X).

In jeder der im Vergleich erfaßten Raiffeisenkassen war am 31.12.1962 mindestens eine Person hauptberuflich beschäftigt. In 38 Raiffeisenbanken waren bis zu drei Angestellte bzw. Arbeiter tätig. 86 Kreditgenossenschaften hatten mehr als drei und weniger als acht Beschäftigte. In 24 Instituten arbeiteten zwischen acht und 12 Bankbeschäftigte, und in acht Raiffeisenbanken waren mehr als 12 Angestellte bzw. Arbeiter tätig.

Mit der Kennzahl "Persönliche Verwaltungskosten je Beschäftigten" wird ausgesagt, wie hoch im Durchschnitt der Aufwand für einen Beschäftigten ist. Die persönlichen Verwaltungskosten umfassen Löhne und Gehälter sowie gesetzliche und freiwillige Sozialabgaben. Von 1958 bis 1962 erhöhte sich der Aufwand pro Beschäftigten durchweg zwischen 1 500 DM und 3 000 DM. Während 1958 auf einen hauptamtlich Beschäftigten durchschnittlich 5 000 bis 6 000 DM an persönlichen Verwaltungskosten entfielen, lag dieser Aufwand im Jahre 1962 nur in Einzelfällen unter 7 000 DM.

Bei den Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr (Gruppen XIII bis XVI), bei denen alle Angestellten im

Bankgeschäft tätig sind, nimmt der Verwaltungsaufwand pro Beschäftigten mit wachsender Bilanzsumme tendenziell zu. Analog zum Geschäftsvolumen steigen mit der arbeitsmäßigen Belastung auch die Personalausgaben. Die Ausweitung der Geschäfte macht außerdem qualifizierteres und teureres Personal erforderlich. Ort zahlen die meist in städtischen Gebieten gelegenen großen Kreditgenossenschaften auch Ortszuschläge zum Grundgehalt. Die Genossenschaften der Gruppe XIII hatten 1962 für einen Beschäftigten durchschnittlich 8 500 DM aufzuwenden. In den Gruppen XIV und XV lag dieser Aufwand noch höher und erreichte in der Gruppe XVI 10 600 DM.

Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (Gruppen I bis XII) nahm der Personalaufwand je Beschäftigten mit wachsendem Geschäftsvolumen ebenfalls zu. Da die Tätigkeit eines Angestellten bzw. Arbeiters im Bankgeschäft einerseits und im Warengeschäft andererseits schwer abzugrenzen ist, lassen sich aus den Gruppenkennziffern keine weiteren Schlüsse ziehen. Die höchsten Verwaltungskosten pro Beschäftigten hatten 1962 die in der Gruppe XII zusammengefaßten größten gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften mit durchschnittlich 9 400 DM. In den übrigen Gruppen waren Personalaufwendungen pro Beschäftigten zwischen 7 000 und 8 000 DM vorherrschend.

Ebenso wichtig wie die Ermittlung des Aufwands pro Beschäftigten ist die Feststellung der Leistung, die diesem Aufwand gegenübersteht. Eingangs wurde schon erwähnt, daß für eine Messung der gesamten Leistung die entsprechenden Unterlagen fehlen. Immerhin erlauben die Zahl der Buchungsposten und die Gesamtzahl aller Kredit- und Einlagenkonten - auf den einzelnen Beschäftigten bezogen - gewisse Rückschlüsse auf die innerbetriebliche Arbeitsleistung des Personals.

Die Buchungsposten pro Beschäftigten haben sich von 1958 bis 1962 im Durchschnitt um 16 Prozent erhöht. Die Auswertung der nicht ganz vollständigen Unterlagen ergab für den Beginn der Vergleichsperiode 9 900 Buchungsposten pro Beschäftigten; bis zum Ende der Vergleichszeit stieg diese Zahl auf 11 500 an. Mit einiger Berechtigung kann hieraus auf eine höhere Leistung des Personals geschlossen werden, die z.T. das Ergebnis organisatorischer Ra-

tionalisierungsmaßnahmen und eines erhöhten Einsatzes technischer Hilfsmittel (u.a. Buchungsmaschinen) darstellt.

Zwischen den Vergleichsgruppen bestehen Unterschiede, die eine gewisse Regelmäßigkeit aufweisen. Die Zahl der Buchungsposten je Beschäftigten ist bei den reinen Kreditgenossenschaften in allen Vergleichsjahren durchschnittlich höher als bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten entsprechender Größenklasse (Gruppe XIII im Vergleich zu den Gruppen I bis IX, Gruppe XIV im Vergleich zu den Gruppen X und XI, Gruppe XV im Vergleich zur Gruppe XII). Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen liegt die Zahl der Buchungsposten pro Beschäftigten bei den Raiffeisenkassen mit geringen Warenumsätzen (Gruppen VI, VIII, X) durchschnittlich höher als bei den Genossenschaften mit hohem Warenumsatz (Gruppen VII, IX, XI). Entscheidend hierfür ist jeweils die überproportionale Arbeitsintensität des Warengeschäftes gegenüber dem Bankgeschäft. Da einzelne Arbeitskräfte bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr entweder ganz oder gelegentlich für Dienste im Warenlager etc., also nicht oder nicht immer für Dienste im Bankgeschäft eingesetzt werden, wäre es gerechtfertigt, die Buchungsposten nur auf einen Teil des Personals zu beziehen. Die Unterschiede zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften könnten dann allerdings nicht mehr erkannt werden. Somit bleibt festzuhalten, daß eine am Gruppenmittelwert gemessene unterdurchschnittliche Zahl von Buchungsposten und eine dadurch bedingte ungünstige Relation von Buchungsposten je Beschäftigten geeignet sind, einzelnen Genossenschaften als Warnzeichen für ein retardierendes Geschäft zu dienen.

Eine Aufteilung der Summe der Kredit- und Einlagenkonten auf die Zahl der Beschäftigten bestätigt sämtliche bisher getroffenen Feststellungen. Bei den reinen Kreditgenossenschaften entfällt auf einen Beschäftigten eine größere Anzahl von Kredit- und Einlagenkonten als bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen schneiden die Institute vorteilhafter ab, die ein vergleichsweise kleines Warengeschäft betreiben.

Die Zahl der Kredit- und Einlagenkonten pro Beschäftigten hat sich während der Vergleichszeit allgemein nicht erhöht. Im Durchschnitt entfielen 300 Forderungs- und Einlagenkonten auf einen Beschäftigten. Dabei liegt diese Zahl in den Gruppen der reinen Kreditgenossenschaften höher als in den Gruppen der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr und in den Gruppen der gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften mit kleinem Warengeschäft höher als in denen mit großem Warengeschäft. Bei den Kreditgenossenschaften der Gruppen XIII bis XV entfielen am Jahresende 1962 durchschnittlich 410 Forderungs- und Einlagenkonten auf einen Beschäftigten. Bei den Raiffeisenkassen der Gruppe XVI waren es dagegen nur 250 Konten. Die geringere Anzahl, die auch in der Relation "Buchungsposten je Beschäftigten" sichtbar wurde, erklärt sich aus der hohen Zahl der Arbeitskräfte in den Kreditgenossenschaften der Gruppe XVI (vgl. Tabelle 9).

Die bereinigte Durchschnittsbilanzsumme, der Gesamtumsatz und die ordentlichen Erträge sind - auf den einzelnen Beschäftigten bezogen - weitere Kriterien zur Beurteilung der Leistungen des Personals. Für sich allein hat jede dieser Relationen nur eine geringe Aussagekraft. Die Zahl der Arbeitskräfte steht in keiner festen Beziehung zu den genannten Größen. Die für die einzelnen Institute bzw. Gruppen errechneten Kennzahlen sind jedoch insofern aufschlußreich, als sie die bisher getroffenen Feststellungen unterstreichen. Die bereinigte Durchschnittsbilanzsumme, der Gesamtumsatz und die ordentlichen Erträge je Beschäftigten sind jeweils in den Gruppen der reinen Kreditgenossenschaften höher als in den Gruppen der gemischtwirtschaftlichen Institute. Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen weisen diejenigen Gruppen höhere Werte auf, in denen Genossenschaften mit geringem Warenumsatz erfaßt sind.

Zwischen den 16 Gruppen bestehen große Unterschiede bei den einzelnen Relationen. Am Jahresende 1962 machten die Bilanzsummen pro Beschäftigten zwischen 200 000 DM und 700 000 DM aus, die Gesamtumsätze zwischen 2 und 13 Millionen DM und die ordentlichen Erträge zwischen

26 000 DM und 50 000 DM. Die Relationen haben sich in allen Vergleichsgruppen ständig erhöht. Hierfür lassen sich mehrere Gründe anführen. Die wichtigsten sind die Produktivitätssteigerung der Kreditgenossenschaften und die unterproportional gestiegene Beschäftigtenzahl. Im einzelnen trugen zu dem Anstieg bei: die Ausweitung des Kreditvolumens, begünstigt durch eine lebhaftere Kreditnachfrage und den starken Einlagenzustrom während des Vergleichszeitraums, die Gewährung höherer Kreditbeträge infolge der Expansion des langfristigen Kreditgeschäftes, eine bessere Ausnutzung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs, bedingt durch die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in ländlichen Gebieten und der Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes. Unabhängig davon können die Steigerungen der ordentlichen Erträge, der Durchschnittsbilanzsumme und des Gesamtumsatzes pro Beschäftigten auch als Anzeichen einer gestiegenen Leistung des Personals gewertet werden. Die Entwicklung der ordentlichen Erträge je Beschäftigten zeigt die folgende Tabelle.

Tabelle 10 - Die Entwicklung der ordentlichen Erträge je Beschäftigten im Gruppendurchschnitt der Jahre 1958 bis 1962 ¹

Gruppen	Ordentliche Erträge je Beschäftigten (in 1 000 DM)				
	1958	1959	1960	1961	1962
Gruppen I bis IV	19,3	20,0	23,6	24,8	28,5
Gruppe V	18,9	21,2	22,5	22,8	25,8
Gruppe VI	19,0	20,0	25,0	24,8	27,5
Gruppe VII	18,7	18,8	21,8	21,9	26,0
Gruppe VIII	18,3	21,9	27,1	31,5	32,9
Gruppe IX	21,9	24,1	30,0	31,5	31,7
Gruppe X	20,0	22,5	27,9	32,9	32,5
Gruppe XI	22,1	22,6	25,8	27,5	31,2
Gruppe XII	27,7	30,2	41,9	41,5	43,4
Gruppe XIII	23,8	24,5	30,9	32,2	36,3
Gruppe XIV	26,6	29,6	35,5	35,2	37,1
Gruppe XV	40,0	40,7	45,0	46,7	50,2
Gruppe XVI	35,1	37,1	43,5	38,7	39,9

Der auf den einzelnen Beschäftigten bezogene Warenumsatz hat von 1958 bis 1962 ebenfalls zugenommen. Die

¹ Zusammengestellt nach den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Unterschiede zwischen den Gruppen I bis XII sind damit zu erklären, daß der Warenumsatz als Einteilungskriterium für die Gruppenbildung verwendet wurde. In den Gruppen, welche Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen erfassen (Gruppen IV, V, VII, IX, XI und z.T. XII), ist der Warenumsatz pro Beschäftigten stärker gestiegen als in den Gruppen der Genossenschaften mit geringem Warengeschäft (Gruppen I bis III, VI, VIII, X). In der Reihenfolge: Gruppe V (165 000 DM), Gruppe IV (154 000 DM), Gruppe VII (133 000 DM), Gruppe IX (122 000 DM), Gruppe XI (119 000 DM) und Gruppe III (107 000) entfielen 1962 auf einen Beschäftigten die höchsten Warenumsätze. Die Aufeinanderfolge der Gruppen läßt erkennen, wie stark die kleinen gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften (in den Gruppen III, IV, V und VII) das Warengeschäft betreiben. Der während der Vergleichszeit gestiegene Quotient "Warenumsatz pro Beschäftigten" kann als weiteres Indiz für eine Leistungsverbesserung des Personals gewertet werden. Allerdings ist im Warengeschäft zu berücksichtigen, daß der Einsatz technischer Hilfsmittel ¹ und deren Ausleihe an die Genossen zu einer Erhöhung des Warenumsatzes beiträgt, die in der Praxis jedoch selten gemessen werden kann. In diesem Zusammenhang sei auch auf naturbestimmte Vorkommnisse hingewiesen (z.B. Witterung, Ernteanfall), die den Umfang des Warengeschäftes und den Warenumsatz pro Beschäftigten ebenfalls beeinflussen.

Wegen der eingangs erwähnten Unzulänglichkeiten im Beschäftigtenvergleich können einzelne Raiffeisenkassen nicht namentlich als Beispiele für eine gute oder weniger gute Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials angeführt werden. Ein Vergleich der einbetrieblichen Kennziffern mit den Gruppendurchschnitten zeigt den jeweiligen Standort. Immer dann, wenn die Vergleichszahlen der einzelnen Genossenschaft von der sich aus der Durchschnittssätzen ergebenden Tendenz erheblich abweichen, werden eingehende Untersuchungen der Ursachen für die Abweichungen notwendig sein.

¹ Landwirtschaftliche Gemeinschaftsmaschinen, Pflanzenschutzgeräte, Saatgutreinigungsanlagen, Förderbänder, Anlagen zur Sortierung von Eiern, Kartoffeln, Obst u.a.m.

III. Die Erkenntnisse aus den zwischen-
betrieblichen Bilanzvergleichen

1. Die Ergebnisse der Kapitalstrukturanalyse

Die Strukturzahlen der Passivseite einer jeden Bilanz verdeutlichen die Art und Zusammensetzung der der Unternehmung überlassenen Finanzierungsmittel. Dabei ist es ein Merkmal der Bankbilanz, daß das Fremdkapital das Eigenkapital bei weitem überwiegt. Im genossenschaftlichen Kreditsektor bilden die Einzahlungen der Genossen auf die übernommenen Geschäftsanteile (Geschäftsguthaben) den Ausgangspunkt der bankbetrieblichen Tätigkeit. Im Passivgeschäft werden hauptsächlich Einlagen verschiedener Art entgegengenommen, die den Kreditinstituten einen Zufluß an Zentralbankgeld bringen und damit die Durchführung der Aktivgeschäfte, vor allem die Kreditgewährung, ermöglichen.

a. Die Struktur der Passiva¹

Die Passivseite der Bilanzen der erfaßten Kreditgenossenschaften wies am Ende der Vergleichsperiode folgende Struktur auf:

Tabelle 11 - Die Struktur der Passiva im Gruppen-
durchschnitt des Jahres 1962²

Grup- pen	Passivposten in v.H. der bereinigten Bilanzsumme						
	Ein- la- gen	Kurz- u.mit- telfr. Verb.	Lang- frist. Verb. lichk.	Eigen- kapi- tal	Sammel- wert- berich- tig.	Sonst. Pas- siva	Evtl.- ver- bind- lichk.
I	85,93	3,48	4,30	4,62	0,49	0,43	0,75
II	86,31	2,73	4,60	4,69	0,52	0,61	0,54
III	81,67	3,62	6,17	5,69	0,54	0,82	1,49
IV	78,09	5,36	6,62	6,61	0,56	0,67	2,09
V	61,88	17,60	10,58	7,29	0,63	0,86	1,16
VI	81,64	5,99	4,57	5,60	0,59	0,75	0,86
VII	72,80	9,48	6,29	7,31	0,56	0,71	2,85
VIII	82,29	4,28	5,82	5,75	0,60	0,83	0,43
IX	65,81	10,28	10,03	6,79	0,63	0,64	5,82
X	79,65	5,51	6,07	5,38	0,59	0,78	2,02
XI	70,43	11,42	9,17	4,97	0,60	0,54	2,87
XII	83,23	3,02	1,60	7,54	0,57	1,04	3,00
XIII	82,00	3,29	7,21	5,53	0,62	0,28	1,07
XIV	81,75	1,78	2,45	6,63	0,53	0,60	0,26
XV	80,56	4,24	4,40	7,76	0,62	0,92	1,50
XVI	79,19	2,64	8,47	7,39	0,64	0,62	1,05

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 9 bis 13.

² Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 13.

Auffallend ist der hohe Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen ¹. Im Durchschnitt macht das Einlagengeschäft 4/5 des gesamten Passivgeschäftes aus. Dieses Verhältnis hat sich während der Vergleichszeit nicht wesentlich geändert. Der Anteil der Einlagen zeigt jedoch gruppenweise Unterschiede, die in einer gewissen Regelmäßigkeit auftreten. Zunächst hat die Höhe der Bilanzsumme keinen Einfluß auf den Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen. Andererseits ist der Einfluß des Warengeschäftes (gemessen am Warenumsatz) auf die Höhe des Anteils unverkennbar. Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen ist der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen an allen Vergleichsstichtagen bei den Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen (Gruppen V, VII, IX, XI) geringer als bei den Genossenschaften mit niedrigem Warenumsatz (Gruppen II bis IV, VI, VIII, X). Umgekehrt liegen die Verhältnisse bei den kurz- und mittelfristig aufgenommenen Geldern sowie den langfristigen Verbindlichkeiten. Mit steigendem Warenumsatz sinkt der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen, während der der kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten zunimmt ². In den kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sind die bei der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft aufgenommenen Buch- und Wechselkredite (= Warenkredite), die sonstigen Verpflichtungen aus Warenbezugsgeschäften (aufgenommene Lieferantenkredite) und die Rückstellungen für Warenrückvergütung ³ enthalten, die mit wachsendem Warengeschäft (Warenumsatz) zunehmen. Mit der Ausweitung des Warengeschäftes hat eine gemischtwirtschaftliche Genossenschaft auch zusätzliche

¹ Geschäftsvolumen = bereinigte Bilanzsumme; vgl. Fußnote 1 auf S. 91.

² Der Anteil der Einlagen verringert sich auch durch ein vergleichsweise höheres Eigenkapital bei Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft.

³ Eine Warenrückvergütung wird vielfach am Jahresende denjenigen Mitgliedern gemischtwirtschaftlicher Raiffeisenkassen gewährt, die über die Genossenschaft Waren bezogen oder abgesetzt haben. Sie wird in einem bestimmten Verhältnis zum Bezugsumsatz bzw. zum Absatzumsatz festgelegt; vgl. S. 69.

Anlagen (vor allem Lagerhäuser) zu erstellen, die sie u.a. durch Aufnahme langfristiger Kredite und - auf die Dauer - mit Eigenmitteln finanziert. Die mit dem Anstieg des Warenumsatzes parallel laufende Zunahme der langfristigen Verbindlichkeiten und auch des Eigenkapitals ist zumeist die Folge von solchen Investitionen. Für den niedrigeren Anteil der Einlagen bei den Genossenschaften mit großem Warengeschäft kann auch der nachweislich geringere Zustrom von Einlagen in einigen landwirtschaftlichen Gebieten gegenüber städtisch-gewerblichen Zonen verantwortlich sein, wodurch eine verstärkte Kreditaufnahme notwendig wird. Es wurde bereits festgestellt, daß der durchschnittliche Spareinlagenbestand je Genossenschaft bei Raiffeisenkassen mit höheren Warenumsätzen vergleichsweise gering ist ¹. Hieraus folgt ebenfalls, daß nicht genügend Mittel für das langfristige Aktivgeschäft zur Verfügung stehen und langfristige Kredite aufgenommen werden müssen, wodurch der Anteil der Verbindlichkeiten am Geschäftsvolumen zunimmt.

Die Aufnahme kurz-, mittel- und langfristiger Kredite richtet sich - unabhängig vom Warengeschäft - nach der Liquiditätssituation und dem langfristigen Geldbedarf einer Kreditgenossenschaft. Weitere Faktoren, die die Höhe der Nostroverpflichtungen und der langfristigen aufgenommenen Darlehen bestimmen, sind die Kreditnachfrage, die Notenbankpolitik und die Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Die Veränderungen der Anteile von kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten am Geschäftsvolumen lassen sich demnach auf verschiedene Ursachen zurückführen.

Faßt man einmal die kurz- und mittelfristigen und zum anderen die langfristigen Verbindlichkeiten der betrachteten Kreditgenossenschaften zusammen und mißt deren Anteile am Geschäftsvolumen, dann hat der Anteil der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten von 1958 bis 1962 an Bedeutung verloren (Anteile 1958 = 5,8 v.H., 1960 = 5,0 v.H., 1962 = 4,9 v.H.). Aus der wenig veränderten Höhe des Anteils der langfristigen Verbindlichkeiten (Anteile 1958 = 5,8 v.H., 1960 = 5,2 v.H., 1962 = 5,6 v.H.)

¹ Vgl. Tabelle 6 auf S. 102.

kann gefolgert werden, daß die Nachfrage nach langfristigen Krediten aus dem Zuwachs an Einlagen, insbesondere an Spareinlagen, voll befriedigt werden konnte.

Der Einlagenbestand der erfaßten Raiffeisenkassen entwickelte sich von 76,05 Prozent des Geschäftsvolumens (1958) über 78,74 Prozent (1959), 78,76 Prozent (1960) und 79,20 Prozent (1961) auf 79,36 Prozent (1962). Der anhaltende Anstieg ist eine Folge der überproportionalen Zunahme der Einlagen im Vergleich zum Geschäftsvolumen ¹. Am Jahresende 1958 belief sich bei 29 der 156 betrachteten Genossenschaften der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen auf 90 Prozent und mehr; 13 Raiffeisenbanken hatten einen Anteil von weniger als 50 Prozent. Am Jahresende 1962 kamen 41 Genossenschaften auf 90 Prozent und darüber, davon acht auf 95 Prozent und mehr. Ebenfalls acht Institute hatten einen Einlagenanteil von weniger als 50 Prozent.

Der Anteil des Eigenkapitals (Geschäftsguthaben und Rücklagen) am Geschäftsvolumen soll im nächsten Kapitel untersucht werden. An dieser Stelle sei nur für alle erfaßten Genossenschaften festgestellt, daß sich der Anteil des Eigenkapitals von 6,48 Prozent am 31.12.1958 über 6,36 Prozent, 6,30 Prozent und 6,42 Prozent auf 6,45 Prozent am 31.12.1962 nur wenig veränderte. Das Eigenkapital hat damit annähernd im gleichen Verhältnis zugenommen wie das Geschäftsvolumen. Gemessen am Fremdkapital hat es an Gewicht verloren. Ausschlaggebend hierfür ist der gestiegene Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen.

Auf die Sammelwertberichtigungen braucht im einzelnen nicht eingegangen zu werden. Sie werden nach bestimmten Sätzen als Wertkorrekturen für diejenigen Forderungen eingesetzt, für die Einzelwertberichtigungen nicht gebildet sind, und haben - verglichen mit dem Geschäftsvolumen - während der Vergleichszeit leicht abgenommen. Ihre absolute Höhe ist abhängig von der Summe der am Bilanzstichtag gewährten Kredite, gegliedert nach Arten.

¹ Vgl. die Indexentwicklung der Bilanzsumme auf S. 91 f. und die der Einlagen in Tabelle 5 auf S. 100.

Die Eventualverbindlichkeiten hängen von dem Ausmaß ab, in dem einzelne Raiffeisenkassen ihren Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen in Umlauf setzen bzw. überhaupt Wechsel indossieren. Einige Genossenschaften refinanzieren sich sehr stark über die Weitergabe von Wechseln, andere dagegen gar nicht. Den Gruppenkennziffern ist aus diesem Grunde nur ein geringer Aussagewert beizumessen. Tendenziell läßt sich jedoch feststellen, daß der Anteil der Eventualverbindlichkeiten am Geschäftsvolumen innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen bei den Genossenschaften besonders hoch ist, die ein umfangreiches Warengeschäft betreiben. In den Gruppen der Kreditgenossenschaften mit hohen Warenumsätzen (Gruppen VII, IX, XI, XII) liegen die Anteile der Eventualverbindlichkeiten am Geschäftsvolumen allgemein zwischen zwei und sechs Prozent, während sie sich in den übrigen Gruppen zwischen 0,5 und 1,5 Prozent bewegen. Die größte Bedeutung haben die Eventualverbindlichkeiten für die Kassen, die vornehmlich in Weinbauorten an der Mosel tätig sind. Durch die Gewährung von Wechselkrediten soll die Weinwirtschaft an der Mosel gefördert werden. In Anbetracht der zu erwartenden Ernteerlöse erscheint eine Wechselkreditgewährung relativ gefahrlos. Zu den zehn Genossenschaften, bei denen die Eventualverbindlichkeiten in allen Jahren des Vergleichszeitraums mehr als zehn Prozent des Geschäftsvolumens erreichten, zählen die Raiffeisenkassen XIV/e, XIII/b, X/h, X/g, VIII/b, VIII/g, VIII/c, VI/b, VI/g und V/g.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Art der Mittelbeschaffung der Kreditgenossenschaften entscheidend durch die Einlagen bestimmt wird. Den aufgenommenen Geldern kommt bei Liquiditätsanspannungen und auch im Zusammenhang mit Investitionen eine besondere Bedeutung zu. Alle anderen Formen der Geldbeschaffung spielen eine untergeordnete Rolle.

b. Das Eigenkapital ¹

Das Eigenkapital einer Kreditgenossenschaft setzt sich aus Geschäftsguthaben, Rücklagen und Gewinngutschriften zusammen. Bei der Gründung erfüllen die Einzahlungen auf die übernommenen Geschäftsanteile (= Geschäftsguthaben) die Funktion der Errichtungsgrundlage. Je mehr eine Unternehmung mit Eigenkapital finanziert wird, desto mehr kann sie auf die Aufnahme fremder Mittel verzichten und sich Möglichkeiten für künftige Kreditaufnahmen offenhalten (Vorsorgefunktion des Eigenkapitals). Die wichtigste Aufgabe des Eigenkapitals besteht darin, Garantie- und Haftungsgrundlage zu sein (Garantie- oder Haftungsfunktion), um eventuell eintretende Verluste aufzufangen, das Gläubigerkapital zu garantieren und Risiken abzusichern, die in der Marktentwicklung liegen. Durch Bildung und Auflösung von stillen Reserven kann ein intertemporärer Gewinn- und Verlustausgleich erreicht werden (Funktion des intertemporären Verlustausgleichs). Viele Genossenschaftsbanken schütten eine Dividende auf die Geschäftsguthaben aus, so daß das Eigenkapital die Funktion der Gewinnverteilungsbasis erfüllt. Die weiteren Aufgaben des Eigenkapitals, z.B. die Werbe- und akquisitorische Wirkung, die Stärkung der Unabhängigkeit und Dispositionsfreiheit der Geschäftsleitung oder die Ausübung von Macht (Herrschaftsfunktion), sind für Kreditgenossenschaften ohne Bedeutung.

Im Gesetz über das Kreditwesen finden sich Vorschriften, die auf die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute Bezug nehmen. In § 12 KWG ist festgelegt, daß die dauernden Anlagen eines Kreditinstituts das haftende Eigenkapital ² nicht übersteigen dürfen. KWG und Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes binden das Kreditvolumen an das Eigenkapital, so daß diesem eine weitere Funktion

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 14 und 18.

² Vgl. dessen Berechnung für Kreditgenossenschaften auf S. 56.

zukommt: die Begrenzung des Kreditvolumens ¹.

Das Genossenschaftsgesetz (§ 65 ff.) sieht die Möglichkeit des Ausscheidens von Genossen vor, denen ihre Geschäftsguthaben ausgezahlt werden müssen, so daß diese Art des Eigenkapitals variabel ist. Um sich gegen Konkurrenz zu sichern, um einer dabei möglichen Nachschußpflicht² der Genossen zu entgehen und um die Vorschrift einer angemessenen Eigenkapitalausstattung zu erfüllen (§ 10 KWG), haben die Kreditgenossenschaften ein besonderes Interesse an der Stärkung des nicht variablen Teiles ihres Eigenkapitals, nämlich der Rücklagen.

Auf die Veränderungen des Eigenkapitalanteils am Geschäftsvolumen aller errichteten Raiffeisenkassen wurde schon hingewiesen ³. Zwischen den Vergleichsgruppen lassen sich folgende Unterschiede feststellen:

- 1) Der Anteil des Eigenkapitals am Geschäftsvolumen ist bei den Genossenschaften mit hoher Bilanzsumme größer als bei den Genossenschaften mit niedrigerer Bilanzsumme.
- 2) Der Eigenkapitalanteil ist bei den Genossenschaften größer, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen höhere Warenumsätze tätigen.

Ob zwischen einer steigenden Bilanzsumme und einem zunehmenden Eigenkapitalanteil ein Funktionalzusammenhang besteht, ist nicht sicher zu bestimmen. Eine solche Tendenz, die sich bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XV) deutlich abzeichnet, kann sich zufällig ergeben haben. In der Statistik spricht man von stochastischen oder zufallsbedingten Einflüssen, die von den zu

¹ Grundsatz I: Begrenzung der Kredite einschließlich der Beteiligungen abzüglich der Sammelwertberichtigung auf das 18fache des haftenden Eigenkapitals.- Grundsatz II: Begrenzung der umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und Debitorenziehungen auf das 1,5fache des haftenden Eigenkapitals.- § 13 Abs. 3 KWG: Begrenzung des einzelnen Großkredits auf die Hälfte des Betrages aller Kredite. - § 13 Abs. 4 KWG: Begrenzung des einzelnen Großkredits auf die Summe des haftenden Eigenkapitals.

² Wenn die Konkursmasse zur Befriedigung der Gläubiger nicht ausreicht, sind die Genossen verpflichtet, Nachschüsse zu leisten (§ 105 GenG), die bei der EGmbH unbeschränkt, bei der EGmbH auf die Haftsummen beschränkt sind (§ 141 GenG).

³ Vgl. S. 118.

untersuchenden Gesetzmäßigkeiten zu trennen sind. Im vorliegenden Fall könnte ein stochastischer Zusammenhang bestehen. Der mit steigender Bilanzsumme zunehmende Eigenkapitalanteil kann aber auch damit erklärt werden, daß große Kreditgenossenschaften in stärkerem Maße als kleine die Möglichkeiten der Gewinnthesaurierung nutzen und relativ hohe Beträge den Rücklagenkonten zuweisen.

Der mit wachsendem Warenumsatz zunehmende Anteil des Eigenkapitals am Geschäftsvolumen läßt sich gut am Beispiel der Gruppen I bis V verfolgen. Entsprechend der Gruppeneinteilung nach steigenden Warenumsätzen wurde in allen Vergleichsjahren ein zunehmender Eigenkapitalanteil festgestellt. Mit wachsender Bilanzsumme schwächen sich die Unterschiede zwischen den Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen und den Raiffeisenkassen mit kleinerem Warengeschäft immer mehr ab, was auf die in stärkerem Maße betriebene Selbstfinanzierung der größeren Kreditgenossenschaften zurückzuführen ist. Der hohe Eigenkapitalanteil der kleineren gemischtwirtschaftlichen Kassen mit starkem Warenverkehr (Gruppen IV, V, VII, IX) läßt sich mit dem durch das Warengeschäft bedingten, relativ umfangreichen Anlagevermögen und seiner teilweisen Finanzierung mit Eigenkapital begründen. Eigenkapitalanteile, die in einem oder in mehreren Vergleichsjahren weit unter dem Gruppendurchschnitt lagen, lassen sich in der Mehrzahl der Fälle mit Verlusten erklären, die hauptsächlich durch Auflösung von Rücklagen gedeckt wurden. Am 31.12.1962 war der Anteil des Eigenkapitals am Geschäftsvolumen insbesondere bei den Raiffeisenkassen XVI/f, XVI/b, XV/a, XV/o, XIV/i, XII/i, XI/a, XI/h, XI/m, XI/p, X/r, X/l, VIII/a, VII/h, VI/f, V/b und IV/c außerordentlich gering.

Die offenen Rücklagen sind Ausdruck der Stärke und Widerstandskraft einer Bank. Der Anteil der Rücklagen am Eigenkapital stieg im Durchschnitt der 131 gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen von 50 Prozent am 31.12.1958 auf 51 Prozent am 31.12.1962. Bei den 25 reinen Kreditgenossenschaften erhöhte sich der Anteil von durchschnittlich 55 Prozent auf 63 Prozent. Das Bestreben, einen Großteil der Gewinne zu thesaurieren, ist bei den

reinen Kreditgenossenschaften allgemein größer als bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr erzielten Gewinne werden z.T. in Form von Warenrückvergütungen ausgeschüttet, für die vor dem Jahresabschluß Rückstellungen gebildet werden, so daß der ausgewiesene Reingewinn um diese Beträge zu niedrig bemessen ist. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen werden auch häufig Gewinne als Dividenden verteilt, die jedoch nicht ausgeschüttet, sondern den Geschäftsanteilkonten gutgeschrieben werden. In diesen Fällen der Gewinnverwendung werden wenig oder gar keine Zuweisungen an die Rücklagen vorgenommen, so daß deren Anteil am Eigenkapital geringer ist als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Dieser Zusammenhang wird auch aus einem Vergleich der Gruppen I bis XII und aus einer Gegenüberstellung der gruppendurchschnittlichen Anteile der Rücklagen am Eigenkapital deutlich. Je größer die Warenumsätze sind, die die Bemessungsgrundlage für die Warenrückvergütungen darstellen, desto kleiner ist innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen der Anteil der Rücklagen am Eigenkapital. Sowohl im Anfangs- als auch im Endjahr der Vergleichszeit sinkt dieser Anteil von der Gruppe I bis zur Gruppe V stufenweise ab; er ist in der Gruppe VII geringer als in der Gruppe VI, fällt von der Gruppe VIII zur Gruppe IX ab und ist in der Gruppe XI geringer als in der Gruppe X. Die Warenrückvergütungen der Kreditgenossenschaften mit hohen Warenumsätzen, für die vor dem Jahresabschluß Rückstellungen gebildet sind, verringern den ausgewiesenen Reingewinn und verhindern eine Rücklagenbildung in größerem Umfang.

Im Jahre 1962 lag der Anteil der offenen Rücklagen am Eigenkapital in den Gruppen der reinen Kreditgenossenschaften durchweg bei 60 Prozent, in der Gruppe XV sogar über 70 Prozent. Der Anteil der Geschäftsguthaben betrug entsprechend 40 bzw. weniger als 50 Prozent. Von den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr kamen nur die Raiffeisenkassen der Gruppen VIII und XII auf einen durchschnittlichen Rücklagenanteil von mehr als 60 Prozent bzw. einen Geschäftsguthabenanteil von weniger als 40 Prozent.

Im Jahre 1958 waren bei 56 der 131 Raiffeisenkassen mit Warenverkehr die offenen Rücklagen größer als die Geschäftsguthaben. Infolge neuer Einzahlungen auf die Geschäftsanteile, Gutschriften von Dividenden auf Geschäftsguthabenkonto und Erhöhungen der Geschäftsanteile verringerte sich diese Anzahl auf 46 Genossenschaften im Jahre 1962. Die Zahl der reinen Kreditgenossenschaften, deren Reserven die Geschäftsguthaben übertrafen, erhöhte sich von 16 im Jahre 1958 auf 19 im Jahre 1962. Einen Anteil der Rücklagen von 75 Prozent und mehr hatten am Ende der Vergleichszeit 17 der 156 errichteten Raiffeisenkassen. Demgegenüber hatten 31 Kreditgenossenschaften einen Rücklagenanteil von weniger als 30 Prozent.

Das Verhältnis der Geschäftsguthaben zu den Rücklagen wird auch durch die Zahl der Genossenschaftsmitglieder bestimmt. Bei einer Reihe von Raiffeisenbanken ist der hohe Anteil der Geschäftsguthaben am Eigenkapital auf den beträchtlichen Mitgliederbestand, Höhe und Zahl der übernommenen Geschäftsanteile und die hierauf erfolgten Einzahlungen zurückzuführen. Um den nicht variablen Teil des Eigenkapitals zu stärken, sollten die Rücklagen erhöht werden. Das gilt insbesondere für die Raiffeisenkassen XV/a, XIV/f, XIV/i, XIII/c, XIII/h, XIII/p, XII/g, XII/e, XII/f, XI/a, XI/k, VI/c und VI/f, deren Rücklagen im Jahre 1962 nur 20 Prozent des Eigenkapitals oder weniger ausmachten.

c. Das Einlagengeschäft

Der Zufluß von Einlagen ist eine wichtige Voraussetzung für die Ausweitung des Aktivgeschäftes. Das aus Einlagen stammende Geld versetzt die Kreditinstitute ceteris paribus in die Lage, zusätzliche Kredite zu gewähren. Die Banken sind daher bemüht, neue Einlagen an sich zu ziehen. Bei den mittelhessischen Raiffeisenkassen sind die Einlagen während der Vergleichszeit stärker gestiegen als alle anderen die Geschäftstätigkeit kennzeichnenden Größen.

ca. Art und Zusammensetzung der Einlagen ¹

Mit dem Einlagengeschäft soll der satzungsmäßige Auftrag zur Förderung des Sparsinns erfüllt werden. Die Raiffeisenbanken versuchen, durch verschiedene Spareinrichtungen der Bevölkerung den Spargedanken nahezubringen. Die Struktur des Kundenkreises ist in erster Linie dafür verantwortlich, daß die Spareinlagen den Hauptanteil an den gesamten Einlagen stellen.

Tabelle 12 - Die Einlagenstruktur der Raiffeisenkassen im Gruppendurchschnitt des Jahres 1962 ²

Gruppen	Einlagearten in v.H. der gesamten Einlagen			
	Sichteinlagen	Termineinlagen	Spareinlagen mit gesetzl. Kündig.frist	Spareinlagen mit vereinb. Kündig.frist
I	17,30	0,05	68,32	14,33
II	16,44	0,16	63,51	19,89
III	20,02	0,11	58,82	21,05
IV	18,93	-	61,22	19,85
V	24,91	0,99	52,30	21,80
VI	16,21	0,12	59,63	24,04
VII	22,46	-	55,93	21,61
VIII	20,86	1,40	59,10	18,64
IX	18,49	11,44	48,80	21,27
X	17,74	1,27	61,37	19,62
XI	21,98	4,60	43,87	29,55
XII	21,14	1,58	57,42	40,06
XIII	19,70	1,19	65,74	15,57
XIV	20,58	0,74	52,78	25,90
XV	20,27	5,40	45,21	29,12
XVI	26,96	7,66	28,45	36,93

Der Anteil der Spareinlagen an den gesamten Einlagen ist bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr durchweg höher als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Demgegenüber haben Sicht- und Termineinlagen bei den reinen Kreditgenossenschaften ein relativ stärkeres Gewicht. Die für fünf Jahre vorliegenden Ergebnisse des Betriebsvergleichs zeigen, daß der Anteil der Sicht- und Termineinlagen bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen durchschnittlich 21 Prozent und bei den reinen Kredit-

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 14 bis 18.

² Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 18.

genossenschaften 28 Prozent der gesamten Einlagen beträgt. Der Anteil der Spareinlagen beträgt entsprechend 79 Prozent bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten und 72 Prozent bei den reinen Kreditgenossenschaften. Diese Durchschnittssätze veränderten sich in der Vergleichszeit nicht wesentlich. Allerdings war der Anteil der Spareinlagen an den gesamten Einlagen sowohl bei den reinen als auch bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften in den Jahren 1960 und 1961 etwas höher als in den Jahren 1958, 1959 und 1962. Hierin kann eine gewisse Zinsempfindlichkeit der Einleger gesehen werden, denn von Juli 1960 bis April 1961 wurden in der Untersuchungsperiode die höchsten Zinsen für Spareinlagen gewährt. Es ist nicht auszuschließen, daß auch Sondereinflüsse zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die gruppendurchschnittlichen Anteile der Sichteinlagen an den gesamten Einlagen haben sich von 1958 bis 1962 nur wenig verändert. Die Veränderungen können nicht allein aus der Entwicklung der Sichteinlagen erklärt werden, da sie ebenfalls von einer unter- oder überproportionalen Zu- oder Abnahme der Spareinlagen abhängen. Die in Tabelle 12 für die Sichteinlagen errechneten Prozentwerte spiegeln typische Gruppendurchschnitte wider, deren Veränderungen gegenüber 1958 nicht so wesentlich sind, daß daraus Rückschlüsse auf Entwicklungsunterschiede gezogen werden könnten.

Hinsichtlich der Höhe der Sichteinlagenanteile bestehen Unterschiede zwischen den Gruppen. Einmal nimmt der Anteil der Sichteinlagen an den gesamten Einlagen mit wachsender Bilanzsumme zu und zum anderen ist er innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen bei denjenigen Genossenschaften tendenziell größer, welche die höheren Warenumsätze erzielen. Zu einer ähnlichen Erkenntnis führte bereits ein Vergleich der für jede Gruppe ermittelten durchschnittlichen Summen an Sicht- und Termineinlagen je Genossenschaft ¹. Der mit wachsender Bilanzsumme zunehmende Anteil der Sichteinlagen, der an den

¹ Vgl. S. 100 f.

Gruppen XIII bis XVI (reine Kreditgenossenschaften) gut verfolgt werden kann, weist auf die mit dem Geschäftsumfang steigende Bedeutung des Zahlungsverkehrs hin. Die im Rahmen von Warenbezugs- und Warenabsatzgeschäften anfallenden Zahlungen verändern sich in der Regel mit der Warenumsatzhöhe, eine Tatsache, die bei Genossenschaften mit großem Warengeschäft den vergleichsweise höheren Sichteinlagenanteil erklärt.

Befristete Einlagen fallen erst bei Genossenschaften mit einem Bilanzvolumen von mehr als 2 Millionen DM ins Gewicht. Vereinzelt sind sie schon bei kleineren Kassen anzutreffen. Die in den Gruppen IX, X und XII für das Jahr 1962 und in der Gruppe XI für die Jahre 1958 bis 1962 festgestellten hohen Anteile der Termineinlagen beruhen auf Einlagen, die allein bei den Raiffeisenkassen VIII/e, VII/c, V/b, VI/d, VI/b und VI/c vorübergehend angelegt wurden. Die reinen Kreditgenossenschaften der Gruppen XIV bis XVI weisen ständig Termineinlagen aus, doch machen diese - von Einzelfällen abgesehen - im Jahresdurchschnitt nie mehr als zehn Prozent der gesamten Einlagen aus.

Die Entwicklung der Gruppenkennziffern bezüglich des Anteils der Spareinlagen an den gesamten Einlagen weist keine Besonderheiten auf. Die in Tabelle 12 angegebenen Anteile der Spareinlagen können als typische Gruppendurchschnitte gewertet werden.

Die Vergleichsergebnisse zeigen, daß der Anteil der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist mit wachsendem Geschäftsvolumen an Bedeutung verliert, während der Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist zunimmt.¹ Außerdem ist der Anteil der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen bei den Genossenschaften mit hohem Warenumsatz geringer als bei den Raiffeisenkassen mit kleinem Warengeschäft. Diese Feststellung entspricht den Erkenntnissen, die beim Vergleich der

¹ Vgl. insbesondere: Gruppen XIII bis XVI in Tabelle 12.

durchschnittlichen Summen der Spareinlagen je Genossenschaft gewonnen wurden ¹.

Der Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist scheint mit zunehmendem Warenumsatz an Bedeutung zu gewinnen. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Warengeschäft und den Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist ist jedoch mit den vorliegenden Zahlen nicht nachzuweisen.

Der Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist ist in der Gruppe XVI größer als der der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Ein extremes Beispiel gibt die Genossenschaft I/a, bei welcher der Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an vier Vergleichsstichtagen mehr als 50 Prozent aller Einlagen ausmachte und im Jahre 1962 noch 47 Prozent betrug gegenüber einem Anteil der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist von 31 Prozent.

Ein geringer Anteil einer Einlageart muß kein Zeichen von wenig genutzten Geschäftsmöglichkeiten sein; er sollte jedoch zum Anlaß für eine Expansion genommen werden. Die Kreditinstitute können bei den Sichteinlagen mit einem bestimmten Bodensatz rechnen, über den sie je nach Bedarf verfügen können, ohne daß Liquiditätsprobleme entstehen. Prinzipiell ist es jedoch vorteilhafter, langfristige Einlagen an sich zu ziehen. Der Bodensatz an befristeten Einlagen und an Spareinlagen ist in normalen Zeiten ² höher als der an Sichteinlagen, weil befristete Einlagen und Spareinlagen den Banken von vornherein für längere Fristen zur Verfügung gestellt werden bzw. der Vermögensanlage dienen.

¹ Vgl. S. 102.

² In Krisenzeiten oder in Zeiten finanzieller Anspannung, z.B. bei steigenden Zinssätzen, ist damit zu rechnen, daß Spareinlagen früher als erwartet abgerufen werden, was eine entsprechende Liquiditätsvorsorge nötig macht.

cb. Die Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen¹

Das Problem der zeitlichen Bindung von Spareinlagen läßt sich durch Berechnungen der Umschlagshäufigkeit klären. Die angestellten Untersuchungen über die Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen lassen erkennen, inwieweit der durchschnittliche Spareinlagenbestand eines Jahres im gleichen Jahr umgeschlagen wird, die Spareinlagen also abgehoben werden. Um exakte Angaben über die Abhebungsgewohnheiten der Sparer zu gewinnen, müßten die Spareinlagen in solche mit gesetzlicher Kündigungsfrist und in solche mit vereinbarter Kündigungsfrist unterteilt werden. Die Unterscheidung ist deshalb notwendig, weil die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist eine geringere Umschlagshäufigkeit haben. Im Betriebsvergleich konnte eine Trennung nicht durchgeführt werden, da in den Jahresabschlüssen vieler Raiffeisenkassen die Sollumsätze (Auszahlungen) der Spareinlagen nur insgesamt und nicht unterteilt nach Spareinlagen mit gesetzlicher und vereinbarter Kündigungsfrist ausgewiesen sind.

Der durchschnittliche Jahresbestand an Spareinlagen der errichteten Kreditgenossenschaften wurde 1958 zu 57 Prozent, 1959 zu 56 Prozent, 1960 und 1961 zu je 58 Prozent und 1962 zu 57 Prozent umgeschlagen. Zeitlich gesehen wurden die Spareinlagen von 1958 nach 637 Tagen, 1959 nach 647 Tagen, 1960 nach 632 Tagen, 1961 nach 628 Tagen und 1962 nach 642 Tagen wieder voll zurückgezahlt. Die Umschlagsdauer der Spareinlagen hat sich also nicht wesentlich verschoben, was auf unveränderte Abhebungsgewohnheiten der Sparer schließen läßt. Es nahmen weder politische Ereignisse, wie die Berlinkrise im Sommer 1961 oder die Kubakrise im Herbst 1962, noch wirtschaftliche Änderungen nennenswerten Einfluß auf die Abhebungsgewohnheiten der Sparer.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 34 und 35.

Tabelle 13 - Die Umschlagshäufigkeit und Umschlagsdauer der Spareinlagen bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958 bis 1962)¹

Jahr	Kennziffer für die Umschlagshäufigkeit		Umsätze im Sparverkehr (Auszahlungen) in v.H. der Spareinlagen im Jahresmittel		Umschlagsdauer in Tagen (365 : Kennziffer f.d. Umschlagshäufigkeit)	
	a	b	a	b	a	b
1958	0,527	0,599	52,68	59,94	693	609
1959	0,525	0,587	52,48	58,66	695	622
1960	0,525	0,608	52,46	60,76	696	601
1961	0,556	0,596	55,60	59,58	657	613
1962	0,545	0,584	54,46	58,36	670	625

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.

Die Kennziffern für die Umschlagshäufigkeit bzw. die Prozentanteile der am jahresdurchschnittlichen Spareinlagenbestand gemessenen Sollumsätze im Sparverkehr (= Kennziffern für die Umschlagshäufigkeit multipliziert mit 100) liegen in allen Vergleichsjahren bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen höher als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Entsprechend ist die Umschlagsdauer der Spareinlagen bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr geringer als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Das deutet darauf hin, daß einige Kunden ihr Waren(bezugs)geschäft zum Teil mit Sparbeträgen finanzieren. Diese Tendenz wird auch dadurch bestätigt, daß die Spareinlagen bei den Genossenschaften mit umfangreichem Warenverkehr eine höhere Umschlagshäufigkeit haben als die bei den Raiffeisenkassen entsprechender Größenklasse mit kleinerem Warengeschäft.

Eine einzelne Kreditgenossenschaft hat nur geringe Möglichkeiten, die Abhebungsgewohnheiten der Sparer zu beeinflussen. Für manche geschäftlichen Dispositionen ist es vorteilhaft, über die Höhe der jährlichen Rückzahlungen von Spareinlagen unterrichtet zu sein. Nach den Ergebnissen des Betriebsvergleichs müssen einige Raiff-

¹ Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 34 und 35 sowie aus den einzelbetrieblichen Kennziffern über die Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen.

eisenkassen regelmäßig relativ hohe Rückzahlungen leisten. Zu den extremen Fällen zählen die Raiffeisenkassen XVI/e, XIV/d, XII/c, XII/d, X/g, X/h, VIII/g und V/g, die größtenteils in Moselweinbaugebieten tätig sind ¹. Bei einer Reihe von Raiffeisenbanken sind die Spareinlagen für eine verhältnismäßig lange Zeit gebunden. Im Jahre 1958 hatten 55 Genossenschaften eine Umschlagsdauer der Spareinlagen von zwei Jahren und mehr. Bis 1962 erhöhte sich die Zahl dieser Institute auf 62. An den Umsätzen und Beständen von 1962 gemessen, können die Raiffeisenkassen XV/n, XV/u, XIII/m, XII/g, XII/f, X/f und V/a mit einer Umschlagsdauer der Spareinlagen von drei Jahren und mehr rechnen.

Ein- und Auszahlungen von Spareinlagen fallen innerhalb eines Jahres in unterschiedlicher Stärke an. Entsprechende Untersuchungen des Raiffeisenverbandes Mittelrhein ² ergaben, daß die Sollumsätze (Abhebungen) der Spareinlagen in den Monaten Dezember und Januar am stärksten sind. Es folgen die Monate November und Juli. Die geringsten Abhebungen weisen die Monate Februar, September und Juni auf. Als Gründe für die umfangreichen Abhebungen können u.a. die Urlaubszeit im Juli, die Weihnachtseinkäufe im November und Dezember sowie die Winter- bzw. Sommerschlußverkäufe in den Monaten Januar und Juli angesehen werden.

cc. Die durchschnittliche Höhe der Sparguthaben je Konto

Bei der Untersuchung der durchschnittlichen Beträge je Sparkonto wurden die Spareinlagen ebenfalls insgesamt betrachtet. Während eine Genossenschaft die Umschlagshäufigkeit kaum beeinflussen kann, hat sie die begrenzte Möglichkeit, durch Werbung und Gewährung des Zinsvoraus unmittelbar auf die Höhe der Sparguthaben je Konto einzuwirken.

¹ Die durchschnittliche Umschlagsdauer der Spareinlagen beträgt hier jeweils weniger als 1 Jahr.

² Vgl. Raiffeisen-Nachrichten, Mitteilungsblatt des Raiffeisenverbandes Mittelrhein e.V. Koblenz, Jg. 14, Nr. 10 (1964), S. 214 f.

Die Entwicklung des durchschnittlichen Sparguthabens pro Konto bestätigt die Feststellung, daß äußere Ereignisse während der Vergleichszeit die Einzahlungs- und Abhebungsgewohnheiten der Sparer nicht nennenswert beeinflußt haben. Von 1958 bis 1962 wuchsen die Guthaben je Sparkonto bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr von durchschnittlich 890 DM (1958) über 1 040 DM (1959), 1 150 DM (1960), 1 220 DM (1961) auf 1 320 DM (1962) und bei den reinen Kreditgenossenschaften von 1 130 DM (1958) über 1 260 DM (1959), 1 420 DM (1960), 1 540 DM (1961) auf 1 660 DM (1962). Unterschiede zwischen den Vergleichsgruppen bestehen weniger in der Entwicklung als vielmehr in der durchschnittlichen Höhe der Sparguthaben je Konto.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) wachsen die durchschnittlich pro Sparkonto eingezahlten Beträge mit steigender Bilanzsumme. Zu Beginn der Vergleichsperiode wurden für die Raiffeisenkassen in der Gruppe XIII 690 DM, in der Gruppe XIV 1 020 DM, in der Gruppe XV 1 230 DM und in der Gruppe XVI 1 380 DM als durchschnittliche Sparguthaben je Konto ermittelt. Am 31.12.1962 beliefen sich in den gleichen Gruppen die Guthaben auf 1 060 DM, 1 480 DM, 1 790 DM und 1 990 DM.

Von den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr weisen die Raiffeisenkassen der Gruppe XII die höchsten durchschnittlichen Sparbeträge pro Konto auf. Die Sparsummen wuchsen hier von durchschnittlich 1 240 DM im Jahre 1958 auf 1 890 DM im Jahre 1962. Zwischen den übrigen Gruppen der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (Gruppen I bis XI) bestehen keine wesentlichen Unterschiede. Bei den meisten gemischtwirtschaftlichen Kassen betrugen die durchschnittlichen Sparguthaben je Konto im Jahre 1958 zwischen 700 und 1 000 DM. Bis 1962 erhöhten sich die Summen auf 1 100 bis 1 400 DM.

cd. Die Berufsgruppengliederung der Einleger

Über die Berufsgruppengliederung der Einleger werden weder vom Deutschen Raiffeisenverband noch vom Raiffeisenverband Mittelrhein regelmäßige Untersuchungen angestellt. Im vorliegenden Betriebsvergleich wurde auf eine

eigene Erhebung verzichtet, da die Vergleichszeit zu kurz bemessen ist, um charakteristische Veränderungen aufzeigen zu können. Der Raiffeisenverband Mittelrhein hat im Frühjahr 1963 in seinem Betreuungsgebiet eine Repräsentativerhebung durchgeführt, deren Ergebnisse einen Einblick in die derzeitige Einlegerstruktur geben und somit geeignet ist, die oben ¹ gegebene Darstellung über die Mitgliederstruktur zu ergänzen.

<u>Berufszweig</u>	<u>Prozentanteil</u>
Arbeiter, Angestellte,	
Beamte, Rentner	34,88
Bauern, Landwirte, Winzer	34,67
Handel- und sonstige	
Gewerbetreibende	10,84
Selbständige Handwerker	10,39
Körperschaften des öffentlichen Rechts	2,67
Sonstige	6,55

Es ist Tradition der Raiffeisenkassen, daß die Einleger sich zum großen Teil aus landwirtschaftlichen Berufen rekrutieren. Mehr als früher stammen die Einlagen heute von anderen Berufsgruppen, vor allem von den Arbeitnehmern. Es zeigt sich, daß die Einleger sich in weit stärkerem Maße als die Mitglieder ¹ aus Arbeitern, Angestellten, Beamten und Rentnern zusammensetzen. Die Umstrukturierung des Einlegerkreises ist die Folge einer fortschreitenden Durchdringung des Dorfes mit kleinindustriellen Betrieben, des Wachstums kleinerer Gemeinden zu Städten und des Zusammenrückens von Stadt und Land durch die Entwicklung des Verkehrs ². Die Verlagerung des Schwergewichtes von den aus der Landwirtschaft stammenden Einlegern zu den Gewerbetreibenden und den Unselbständigen wird von den ländlichen Kreditgenossenschaften bewußt angestrebt, weil Raiffeisenkassen, welche die Aufgaben

¹ Vgl. S. 79.

² K l u s a k, G., Struktur und Bedeutung der Raiffeisenkreditgenossenschaften und ihrer Zentralgeschäftsanstalten. "Raiffeisen-Rundschau", Bonn, Jg. 14 (1962), Nr. 7, S. 210.

lösen wollen, die ihnen eine künftige Agrarpolitik stellen wird, einen breiten Zufluß von Mitteln aus nicht-landwirtschaftlichen Kreisen brauchen¹. Die Berufsgruppen-gliederung der Einleger bei den Kreditgenossenschaften im Mittelrheingebiet beweist, daß dieser Forderung Rechnung getragen wird. Eine Fortführung dieses Umstellungsprozesses wird dazu beitragen, daß künftig Liquiditätsanspannungen, die aus strukturellen Ursachen herrühren, vermieden werden können.

d. Die aufgenommenen Gelder

Liquiditätsanspannungen, die aus Schwankungen im Aktiv- und insbesondere im Passivgeschäft resultieren, können durch die Aufnahme von Darlehen ausgeglichen werden. Die Frage, ob und in welchem Ausmaß sich ein Kreditinstitut verschulden soll, ist nach der jeweiligen betrieblichen Situation zu beantworten. Dabei müssen Kosten- und Ertragsüberlegungen angestellt werden, die "ihrerseits wiederum von den Erwartungen der Bank bezüglich der künftigen Entwicklung ihrer eigenen Liquidität und derjenigen des Geldmarktes abhängen"². Bei den Raiffeisen-Kreditgenossenschaften vollzieht sich der Liquiditätsausgleich innerhalb der Raiffeisen-Organisation. Die einzelne Genossenschaftsbank stellt ihre nicht benötigten liquiden Mittel über die Zentralkasse den Instituten zur Verfügung, die Geldbedarf haben.

Zwischen reinen Kreditgenossenschaften und gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen bestehen Unterschiede in der Zusammensetzung der fremden Mittel. Während bei den reinen Kreditgenossenschaften der Anteil der langfristig aufgenommenen Darlehen an den insgesamt aufgenommenen Geldern in allen Vergleichsjahren größer war als der Anteil der kurz- und mittelfristig aufgenommenen Mittel (Nostroverpflichtungen), zeigt sich bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen das umgekehrte Bild. Der ver-

¹ K ö n n e k e r, W., Die ländlichen Kreditgenossenschaften im Wandel der Konjunktur. "Raiffeisen-Rundschau", Bonn, Jg. 14 (1962), Nr. 9 und 10, S. 354.

² M ü l h a u p t, Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, a.a.O., S. 54.

gleichsweise höhere Anteil der Nostroverpflichtungen bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenbanken ist auf die zusätzlichen Verpflichtungen aus Warenbezugsgeschäften zurückzuführen.

Der Anteil der aus Warengeschäft resultierenden Verbindlichkeiten an den gesamten Nostroverpflichtungen ist zwischen 1958 und 1962 laufend zurückgegangen, was mit der rückläufigen Entwicklung der Agrarwirtschaft in einigen Gebieten und der Stagnation bzw. der Schrumpfung des Warengeschäftes bei vielen Genossenschaften zu erklären ist ¹. Er betrug 1962 im Durchschnitt der gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften etwas mehr als vier Prozent. Dieser Satz wird in den Gruppen II, III, IV und VII weit übertroffen. Bei einigen der Bilanzsumme nach kleinen Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr sind Anteile bis zu 50 Prozent anzutreffen. Sie weisen auf die Bedeutung des Waren(bezugs)geschäftes und den Umfang seiner Finanzierung mit kurzfristig aufgenommenen Geldern hin.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften veränderte sich der Anteil der Nostroverpflichtungen an den gesamten Verbindlichkeiten im Untersuchungszeitraum nur wenig ². In den meisten Fällen, in denen Nostroverpflichtungen eingegangen wurden, waren Laufzeiten oder Kündigungsfristen von weniger als drei Monaten ausgemacht. Nur in Ausnahmefällen wurden längere Fristen vereinbart, wobei es sich meist um höhere Beträge handelte.

Die tendenzielle Abnahme des Anteils der Nostroverpflichtungen zugunsten eines höheren Anteils der langfristig aufgenommenen Darlehen kennzeichnet den zunehmenden Trend zum langfristigen Geschäft. Es wurde bereits nachgewiesen, daß das langfristige Kreditgeschäft der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen gegenüber dem der reinen Kreditgenossenschaft ungleich stärker zugenom-

¹ Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 84 und S. 98.

² Der durchschnittliche Anteil belief sich auf 57 v.H. (1958), 42 v.H. (1959), 56 v.H. (1960), 50 v.H. (1961) und 51 v.H. (1962).

men hat ¹. Dabei überrascht es nicht, daß gemischtwirtschaftliche Genossenschaften auch verhältnismäßig mehr langfristige Darlehen aufgenommen haben. Die langfristige Kreditaufnahme trug wesentlich dazu bei, daß das langfristige Aktivgeschäft ausgeweitet werden konnte. Daneben waren Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen der Kreditgenossenschaften ein weiterer Grund, um langfristige Mittel aufzunehmen.

Bedingt durch die Verpflichtungen aus Warenbezugsgeschäften nimmt der Anteil der kurzfristig aufgenommenen Gelder an den gesamten Verbindlichkeiten innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen mit steigendem Warenumsatz zu. Der Anteil der langfristig aufgenommenen Darlehen geht entsprechend zurück. Eine Ausnahme von dieser Tendenz zeigt sich im Jahre 1962. Im Durchschnitt der Gruppen I bis IV sowie der Gruppen VIII und IX machten die aufgenommenen langfristigen Darlehen mehr als die Hälfte der gesamten Verbindlichkeiten aus. Hierin kann ein Indiz dafür gesehen werden, daß der Zustrom an langfristigen Einlagen und die Entwicklung des Eigenkapitals bei einigen gemischtwirtschaftlichen Kassen nicht ausgereicht haben, den Bedarf an langfristigen Mitteln für die Befriedigung der Kreditnachfrage und für die Durchführung der notwendigen Investitionen zu decken.

Die reinen Kreditgenossenschaften wiesen in den Jahren des Vergleichszeitraums einen Anteil der langfristig aufgenommenen Darlehen an der Summe der aufgenommenen Gelder von durchschnittlich 60 bis 70 Prozent auf ². Der hohe Anteil ist vor allem mit dem langfristigen Aktivkreditgeschäft der reinen Kreditgenossenschaften zu erklären. Mehrere Raiffeisenkassen versuchen regelmäßig, einen Teil der Nachfrage nach langfristigen Krediten dadurch zu befriedigen, daß sie fristenkongruente langfristige Darlehen aufnehmen und in der gewünschten Form weiterleiten.

¹ Vgl. Tabelle 7 auf S. 104.

² Der Anteil betrug durchschnittlich 64 v.H. (1958), 63 v.H. (1959), 69 v.H. (1960), 59 v.H. (1961) und 64 v.H. (1962).

Es sind Ausnahmen, wenn Raiffeisenkassen kurzfristige Kredite bei anderen Stellen als den genossenschaftlichen Zentralinstituten nachfragen. Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr nehmen zwar Lieferanten- oder sonstige Warenkredite auf, doch erreichen diese selten einen Anteil von 10 und mehr Prozent der gesamten Nostroverpflichtungen.

Für die meisten untersuchten Genossenschaftsbanken ist die Raiffeisen-Zentralbank in Koblenz die einzige Kreditgeberin. Sie gewährte dem Betrag nach mehr als 90 Prozent aller von den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften nachgefragten Kredite. Ihre besondere Stellung zeigt sich darin, daß sie 1962 von 115 der 125 kreditnachfragenden Raiffeisenkassen mit Warenverkehr in Anspruch genommen wurde. Neben der Zentralkasse kamen noch die Warenzentrale (Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft Koblenz) oder private Gläubiger für eine Kreditgewährung in Betracht. Dem Betrag nach entfiel der Hauptteil der aufgenommenen Kredite auf private Geldgeber, der Stückzahl nach dagegen auf die Warenzentrale. Von den 125 gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften, die 1962 Kredite aufnahmen, hatten 58 Verpflichtungen gegenüber der Warenzentrale. Diesen Verpflichtungen lagen in der Regel Warengeschäfte mit der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zugrunde.

Alle 25 reinen Kreditgenossenschaften, die im Jahre 1962 Kredite aufnahmen, hatten Verpflichtungen gegenüber der Zentralkasse. Diese gewährte dem Betrag nach rd. 80 Prozent der nachgefragten Kredite. Der Restbetrag, der in den Jahren vor 1962 teilweise mehr als 50 Prozent ausmachte, wurde bei anderen Stellen aufgenommen. Größere reine Kreditgenossenschaften wenden sich im Bedarfsfall an die Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG, die Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenkassen, oder an die Raiffeisen- und Volksbanken-Versicherungsgruppe bzw. an andere Banken außerhalb der genossenschaftlichen Organisation.

Die Zentralkasse wird gern in Anspruch genommen, weil sie für die Gewährung von langfristigen Darlehen gewöhnlich keine dinglichen Sicherheiten fordert. Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr hatten zwischen 1959 und 1962 nur für durchschnittlich 10 Prozent der langfristig aufgenommenen Darlehen Grundpfandrechte zu bestellen. Im Jahre 1958 lag der Prozentsatz etwas höher. Es ist anzunehmen, daß die Besicherung nur für solche Kredite gefordert wird, die für eigene Investitionen bestimmt sind. Reine Kreditgenossenschaften, die selten Investitionen durchführen, mußten ihre langfristig aufgenommenen Darlehen 1958 nur noch zu einem geringen Teil, 1961 und 1962 praktisch überhaupt nicht mehr durch Bestellung von Grundpfandrechten absichern.

Die Verschuldung der Kreditgenossenschaften durch eigene Akzepte, Solawechsel und Anweisungen im Umlauf spielt praktisch keine Rolle. Am Ende der Vergleichsperiode hatten nur vier Genossenschaften unter den entsprechenden Bilanzpositionen Beträge ausgewiesen.

Die Eventualverbindlichkeiten, auf deren Bedeutung bereits eingegangen wurde ¹, haben nicht überall das gleiche Gewicht. In allen Vergleichsjahren betrug ihr Anteil an den gesamten Verbindlichkeiten bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr durchschnittlich 20 Prozent. Bei den reinen Kreditgenossenschaften hat der Anteil von 1958 bis 1962 tendenziell abgenommen. Am Ende der Vergleichszeit machte er durchschnittlich 30 Prozent aus. Rd. ein Sechstel der untersuchten Kreditgenossenschaften wies Eventualverbindlichkeiten in einer Höhe von 100 000 DM und mehr aus.

2. Die Ergebnisse der Vermögensstrukturanalyse

Die Geschäftspolitik der Raiffeisenkassen hat das Ziel, den Kreditbedarf der Mitglieder möglichst umfassend und billig zu decken. Bestimmte Aktivgeschäfte, z.B. einige Geldmarktgeschäfte, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, Effktengeschäfte für eigene Rechnung, werden nur beiläufig oder gar nicht gepflegt. Sie liegen nicht im Interesse der Kunden; zum Teil fehlt den Genossenschaften auch die Erfahrung, solche Geschäfte zu betrei-

¹ Vgl. S. 119.

ben. Der Erwerb von Beteiligungen läßt sich überdies mit dem genossenschaftlichen Auftrag, die Mitgliederwirtschaften zu fördern, nur schwer in Einklang bringen.

In der Vermögensstruktur der Genossenschaftsbanken dominieren die Forderungen, vor allem die Debitoren, denn Raiffeisen-Kreditgenossenschaften gewähren traditionsgemäß den kurzfristigen Betriebskredit. Die Tatsache, daß die Mehrzahl der Kassen neben dem Bankgeschäft ein Warengeschäft betreibt, findet in der Position Warenbestand und in einem relativ hohen Anlagevermögen ihren Niederschlag.

a. Die Vermögensstruktur ¹

Für die erfaßten Kreditgenossenschaften ergab sich am Ende der Vergleichszeit folgender Vermögensaufbau:

Tabelle 14 - Die Vermögensstruktur der Raiffeisenkassen im Gruppendurchschnitt des Jahres 1962 ²

Gruppen	Aktivpositionen in v.H. der bereinigten Bilanzsumme							
	Flüssige Mittel	Wertpapiere	Ausgl.u. Deck. Ford.	Kurz- u. mit- telfr. Ford.	Lang- frist. Aus- leih.	Waren- be- stand	Anlage- ver- mög.	Son- stige Ak- tiva
I	22,01	4,40	7,64	36,74	22,85	0,98	5,03	0,35
II	20,31	2,57	6,44	39,44	21,00	4,25	5,62	0,37
III	13,67	2,20	6,06	40,62	20,51	8,35	8,37	0,22
IV	17,36	2,11	5,50	41,42	15,65	7,08	10,71	0,17
V	10,59	0,92	4,26	44,91	16,23	10,78	12,20	0,11
VI	14,52	1,64	6,50	43,20	22,18	3,36	8,40	0,20
VII	11,84	3,37	5,38	46,08	12,42	1,76	11,58	0,57
VIII	13,56	3,13	5,78	43,81	23,55	2,79	7,28	0,10
IX	12,11	0,01	4,36	48,82	17,13	5,71	11,58	0,28
X	15,51	4,30	6,08	46,93	20,38	1,34	4,90	0,56
XI	6,18	0,54	5,40	46,74	23,80	6,39	10,73	0,22
XII	14,84	10,20	6,74	44,57	15,50	2,55	5,23	0,37
XIII	14,59	1,45	4,48	45,93	29,71	0,01	3,57	0,26
XIV	15,14	16,54	5,19	40,74	18,23	-	3,69	0,47
XV	11,36	4,33	3,87	47,38	29,32	-	2,96	0,78
XVI	15,54	5,58	2,42	49,52	22,68	-	3,02	0,21
Kg.m.Wv.	14,79	2,64	5,86	43,17	19,40	5,34	8,51	0,29
Kg.o.Wv.	14,12	7,03	4,37	45,40	25,28	0,00	3,37	0,43
Kg.m.Wv. = Kreditgenossenschaft ^a mit Warenverkehr (Gruppen I bis XII).								
Kg.o.Wv. = Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr (Gruppen XIII bis XVI).								

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 9 bis 13.

² Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 13.

Den größten Anteil am Geschäftsvolumen weisen in allen Gruppen und Vergleichsjahren die kurz- und mittelfristigen Kredite, d.h. die Debitoren und die Wechselkredite, auf. Der Anteil dieser Aktivpositionen ist bei den reinen Kreditgenossenschaften kontinuierlich von 50,94 Prozent (1958) über 49,30 Prozent (1959), 47,42 Prozent (1960) und 46,99 Prozent (1961) auf 45,40 Prozent (1962) gesunken. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen läßt die entsprechende Reihe (1958 = 44,42 Prozent, 1959 = 42,86 Prozent, 1960 = 44,12 Prozent, 1961 = 43,53 Prozent, 1962 = 43,17 Prozent) ein dauerndes Auf und Ab erkennen, obwohl die Veränderungen nicht sonderlich groß sind. Das deutet darauf hin, daß das kurz- und mittelfristige Aktivkreditgeschäft der Raiffeisenkassen mit Warenverkehr einen verhältnismäßig stabilen Anteil am Geschäftsvolumen hat, der auch dann nicht abnimmt, wenn der Anteil der langfristigen Ausleihungen - wie in der Vergleichszeit zu beobachten ist - stark zunimmt. Ein Vergleich der Gruppenkennziffern bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften (Gruppen I bis XII) führt zum gleichen Ergebnis. Abgesehen von den Gruppen III, VI und XII, bei denen der durchschnittliche Anteil von 1958 auf 1959 etwas stärker zurückgegangen ist, hat sich der Anteil der kurz- und mittelfristigen Forderungen am Geschäftsvolumen in keinem anderen Vergleichsjahr in einer Gruppe stark verringert. Vielfach ist er sogar größer geworden, wie für die Gruppen I, V, VII, VIII, X und XI aus einem Vergleich der Kennziffern von 1962 mit denen von 1958 hervorgeht. Der relativ stabile Anteil der kurz- und mittelfristigen Forderungen ist z.T. auf die kurzfristigen Warenkredite zurückzuführen, die von der Mehrzahl der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr Jahr für Jahr in annähernd gleicher Höhe gewährt werden. Außerdem fällt ins Gewicht, daß sich eine Reihe von gemischtwirtschaftlichen Kassen dem Zug zur Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes nicht angeschlossen hat.

Ein Vergleich der Gruppenkennziffern bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen offenbart, daß innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen der Anteil der

kurz- und mittelfristigen Forderungen mit wachsendem Warenumsatz zunimmt. So steigt der Anteil von der Gruppe I bis zur Gruppe V an, ist in der Gruppe VII größer als in der Gruppe VI, in der Gruppe IX größer als in der Gruppe VIII und* - mit Ausnahme von 1962 - in der Gruppe XI größer als in der Gruppe X. Auch hierfür sind wiederum die kurzfristigen Warenkredite bestimmend, die von den Raiffeisenkassen mit hohen Warenumsätzen in stärkerem Maße gewährt werden als von Instituten mit geringem Warenumsatz.

Abgesehen von der Wirkung des Warengeschäftes auf die Höhe der kurz- und mittelfristigen Kredite ist ein von unterschiedlichen Bilanzsummen ausgehender Einfluß nicht zu erkennen. Die Gruppenkennziffern erlauben keine generelle Aussage, ob der Anteil der Debitoren und Wechselkredite mit wachsender Bilanzsumme zunimmt.

1958 und 1962 erreichten bei 46 der 131 Raiffeisenkassen mit Warenverkehr die kurz- und mittelfristigen Forderungen einen Anteil von 50 Prozent und mehr des Geschäftsvolumens. Bei den reinen Kreditgenossenschaften verminderte sich die Zahl der Institute, bei denen die Debitoren und Wechselkredite 50 und mehr Prozent ausmachten, von zwölf (1958) auf neun (1962).

Die Abnahme des Anteils der kurz- und mittelfristigen Kredite ist bei einigen Instituten die Folge der Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes, das bei den reinen Kreditgenossenschaften von 15,13 Prozent (1958) über 18,61 Prozent (1959), 21,48 Prozent (1960) und 23,27 Prozent (1961) auf 25,28 Prozent (1962), bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen von 10,62 Prozent (1958) über 12,84 Prozent (1959), 14,48 Prozent (1960) und 16,74 Prozent (1961) auf 19,40 Prozent (1962) zugenommen hat. Die reinen Kreditgenossenschaften weisen wegen des fehlenden Warenbestandes und des relativ geringen Anlagevermögens sowohl bei den kurz- und mittelfristigen Krediten als auch bei den langfristigen Ausleihungen höhere Anteile am Geschäftsvolumen auf als gemischtwirtschaftliche Institute.

Die langfristigen Ausleihungen haben auf Grund der verstärkten Nachfrage nach Investitionskrediten in allen Vergleichsgruppen zugenommen. Bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen unter 2 Millionen DM Bilanzsumme (Gruppen I bis IX) ist ihr Anteil in den Gruppen besonders hoch, in denen Genossenschaften mit relativ kleinem Warengeschäft errfaßt sind. Die in der Gruppe XI zusammengefaßten Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen (500 000 DM und mehr) haben ein so gut entwickeltes Bankgeschäft, daß der Anteil der langfristigen Ausleihungen durchschnittlich größer ist als in der Gruppe X, die Genossenschaften mit geringeren Warenumsätzen (unter 500 000 DM) errfaßt.

Die Höhe der Bilanzsumme hat keinen erkennbaren Einfluß auf die langfristigen Ausleihungen. Diese Feststellung gilt analog für die kurz- und mittelfristigen Kredite. Die relative Zunahme der langfristigen Ausleihungen war in den Gruppen XII und XVI, in denen die größten gemischtwirtschaftlichen und reinen Kreditgenossenschaften zusammengefaßt sind, schwacher als in den übrigen Gruppen. Das beweist, daß vor allem die kleinen und mittelgroßen Raiffeisenkassen in das langfristige Kreditgeschäft vordrungen sind. Auch in den Gruppen IV, V, VII und XIV vergrößerte sich der Anteil der langfristigen Ausleihungen nur geringfügig. Am Ende der Vergleichszeit beliefen sich bei 22 Genossenschaften die langfristigen Ausleihungen auf weniger als 10 Prozent des Geschäftsvolumens; 1958 waren es noch 79 Institute. 26 Kreditgenossenschaften hatten 1962 einen Anteil der langfristigen Ausleihungen von 30 Prozent und mehr (1958 = 2 Genossenschaften), davon 14 Institute von 35 Prozent und darüber.

Die flüssigen Mittel setzen sich in erster Linie aus dem Kassenbestand, den Guthaben bei der Zentralkasse und aus Postscheckguthaben zusammen. Die übrigen Arten der flüssigen Mittel (Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks, Schatzwechsel und Kassenobligationen) fallen demgegenüber bei den Raiffeisenkassen weniger stark ins Gewicht. Die bei der Bundesbank bzw. von kleineren Instituten bei der Zentralkasse unterhaltenen Guthaben betreffen zum Teil die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve.

Infolge des gestiegenen Anteils der langfristigen Ausleihungen bei gleichgebliebenem Verhältnis der kurz- und mittelfristigen Forderungen hat der Anteil der flüssigen Mittel bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften kontinuierlich abgenommen. Ausnahmen, die in einigen Gruppenkennziffern deutlich werden, erklären sich aus einer unterschiedlichen Kredit- und Liquiditätspolitik einzelner Genossenschaftsbanken.

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen weisen die Genossenschaften mit vergleichsweise geringem Warenumsatz höhere flüssige Mittel aus. Je mehr sich eine gemischtwirtschaftliche Kasse auf das reine Bankgeschäft konzentriert, desto größer wird der Anteil der flüssigen Mittel am Geschäftsvolumen. Meist sind die Genossenschaften mit kleinem Warengeschäft in Städten oder in deren Umgebung tätig. In diesen Gebieten, in denen Handel und Industrie stärker beheimatet sind, unterhalten die Gewerbebetriebe relativ hohe Sichteinlagen als Transaktionskasse und die privaten Haushalte in größerer Zahl Lohn- und Gehaltskonten bei einer Raiffeisenbank. Wegen der zu unterhaltenden Mindestreserve sind die Guthaben der betreffenden Kreditinstitute bei der Landeszentralbank bzw. bei der Zentralkasse relativ hoch. Unabhängig von diesem Gesichtspunkt lassen sich die verhältnismäßig geringen flüssigen Mittel der Kreditgenossenschaften mit umfangreichem Warengeschäft mit den höheren Anteilen der kurz- und mittelfristigen Forderungen, der Warenvorräte und des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen erklären. Von der Höhe der Bilanzsumme gehen keine erkennbaren Wirkungen auf die flüssigen Mittel aus.

Eine dispositionsbestimmte Anlage von verfügbaren Geldern in Wertpapieren hat unter Abwägung der Gesichtspunkte Liquidität, Rentabilität und Sicherheit zu erfolgen. Für Raiffeisen-Kreditgenossenschaften bestehen keine statutarischen Auflagen, die - wie bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen - eine Anlage in bestimmten Wertpapieren vorschreiben. Im Kreditgeschäft und zur Liquiditätsvorsorge nicht benötigte Mittel werden in der Regel in festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Vereinzelt sind auch

Anlagen in Dividendenpapieren oder in Investmentzertifikaten anzutreffen. Ende 1962 hatten 59 der 156 Kreditgenossenschaften einen Teil ihrer Mittel in Wertpapieren angelegt gegenüber 39 bzw. 50 Instituten in den Jahren 1958 bzw. 1960.

Die für Wertpapiere ermittelten Anteile am Geschäftsvolumen spiegeln nicht immer typische Werte wider. Sie hängen von der unterschiedlich großen Zahl der Genossenschaften ab, die in einer Gruppe Wertpapiereigengeschäfte betreiben. Der Gruppenvergleich läßt keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Bilanzsumme und dem Bestand an Wertpapieren erkennen. Bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften scheint die Fähigkeit, Wertpapiere zu kaufen, mit zunehmendem Warenumsatz kleiner zu werden. Mit Ausnahme der Gruppe VII weisen nämlich innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen die Gruppen der Genossenschaften mit geringem Warenumsatz einen höheren Wertpapieranteil aus. Dieser Nachweis entspricht den Feststellungen bezüglich des Anteils der flüssigen Mittel. Die überwiegend bankgeschäftlich orientierten Raiffeisenkassen können sich deshalb liquider halten und mehr Wertpapiere kaufen, weil ihre Mittel durch das Warengeschäft nicht so stark gebunden werden.

Die Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand stellen eine liquiditäts- und rentabilitätsmäßige Belastung dar, weil sie vom Bund nur allmählich getilgt und niedrig verzinst werden. Ihr Anteil am Geschäftsvolumen ist bei den Kreditgenossenschaften während der Vergleichszeit um knapp die Hälfte zurückgegangen. Machten 1958 noch bei 85 der 156 Raiffeisenkassen die Ausgleichs- und Deckungsforderungen mehr als 10 Prozent des Geschäftsvolumens aus, so verringerte sich diese Zahl auf 17 Genossenschaften im Jahre 1962. Der Anteil wird innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen mit wachsendem Warenumsatz zwangsläufig kleiner, weil Raiffeisenkassen mit großem Warengeschäft relativ höhere Warenbestände und ein größeres Anlagevermögen aufweisen als Kreditgenossenschaften mit kleinem Warengeschäft.

Die für die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr errechneten Anteile des Warenbestandes am Bilanzvolumen stellen Stichtagswerte zum Jahresende dar, die für die Verhältnisse während des Jahres nicht typisch zu sein brauchen. Das Warengeschäft der Genossenschaften ist stark saisongebunden. Die Bestände sind im Frühjahr und Herbst am größten ¹.

Der Anteil des Warenbestandes nimmt mit wachsendem Geschäftsvolumen, also mit steigender Bedeutung des Bankgeschäftes, tendenziell ab. Seine Höhe bestimmt sich im Einzelfall einmal nach dem vorherrschenden Warengeschäftszweig (Bezugs- oder Absatzgeschäft) und zum anderen nach der Art der Waren ². Je mehr das Absatzgeschäft überwiegt, desto größer werden in der Regel die Warenbestände ³. Ihr Anteil am Bilanzvolumen kann je nach Verhältnissen zwischen weniger als einem und mehr als 15 Prozent schwanken.

Die Höhe des Warenbestandes ist auch von Art und Höhe des Anlagevermögens abhängig. Silos, Lagerräume, Reinigungs- und Trocknungseinrichtungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte ermöglichen vielfach erst die Durchführung der Warengeschäfte und die Aufbewahrung der Waren. Daher ist das Anlagevermögen der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen relativ größer als das der reinen Kreditgenossenschaften. Bei den Kreditinstituten mit Warenverkehr liegt der Anteil des Anlagevermögens am Bilanzvolumen in den Gruppen besonders hoch, in denen bei gleicher oder unterschiedlicher Bilanzsumme Genossenschaften mit hohem Warenumsatz zusammengefaßt sind.

¹Frühbezüge von Mineraldünger beeinflussen den Warenbestand am Jahresende und können diesen dem Jahresdurchschnittsbestand annähern.

² Im Bezugsgeschäft übernehmen die Genossenschaften u.a. Saatgut, Düng- und Futtermittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Brenn- und Baustoffe, Maschinen und Geräte; im Absatzgeschäft dominieren Getreide, Karbiffeln, Obst und Gemüse.

³ Die von den Mitgliederwirtschaften angelieferten Produkte werden in Trocknungs-, Reinigungs-, Sortier- und Abpackanlagen marktgerecht zubereitet und häufig für eine bestimmte Zeit gelagert, um eine Konzentration des Angebots zu erreichen.

b. Das Anlagevermögen¹

Aus einer Gruppenbilanz lassen sich nur ungenaue Angaben über das Anlagevermögen gewinnen. Einerseits gibt es Kreditgenossenschaften, die nur über ein geringes Anlagevermögen verfügen. Andererseits werden von einer Reihe von Instituten Investitionen durchgeführt, die den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen erhöhen und die Liquidität und die Erfolgssituation beeinflussen.

Das Anlagevermögens setzt sich aus den Grundstücken und Gebäuden, der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie aus den Beteiligungen zusammen. Letztere spielen allgemein keine große Rolle, da sie meist nur die von den Raiffeisenkassen pflichtgemäß übernommenen Geschäftsanteile bei der Raiffeisen-Zentralbank und bei der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Koblenz betreffen.

Von den 25 reinen Kreditgenossenschaften expandierten nur die Genossenschaften IV/c, III/d und III/g im Jahre 1959 und die Raiffeisenkassen IV/d und II/c im Jahre 1962 in solchem Umfang, daß der Anteil des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen in einem Jahr um mehr als vier Prozent zunahm.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften machte das Anlagevermögen im Jahre 1962 durchschnittlich zwischen drei und vier Prozent des Geschäftsvolumens aus. In jeder der vier Gruppen XIII bis XVI liegt der Anteil von 1962 geringfügig über dem von 1958. Ein zwischenzeitlicher Rückgang ist größtenteils darauf zurückzuführen, daß die Abschreibungen die Neuanschaffungen überstiegen.

Bei der Mehrzahl (86 von 131 oder 66 v.H.) der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr hat der Anteil des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen von 1958 bis 1962 abgenommen, insbesondere in den Gruppen I bis VI, X und XII. Der Rückgang verläuft wegen zwischenzeitlicher Neuanschaffungen nicht immer kontinuierlich. Er kann nicht nur auf die Abschreibungen zurückgeführt werden, sondern auch auf einer überproportionalen Zunahme des übrigen

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 9 bis 13.

Vermögens (z.B. der langfristigen Ausleihungen) beruhen. Aus der retardierenden Entwicklung des Anlagevermögens bei der Mehrzahl der gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften kann gefolgert werden, daß die zu Beginn der Vergleichszeit vorhandenen Anlagen im wesentlichen ausgereicht haben, den größer gewordenen Geschäftsverkehr zu bewältigen. Lediglich bei einem Drittel der beobachteten Raiffeisenkassen mit Warenverkehr wurden die Anlagen zwischen 1958 und 1962 stärker ausgeweitet und den gestiegenen Bedürfnissen im Bank- und Warengeschäft angepaßt. Nur wenige Genossenschaften haben ihre Investitionen über mehrere Jahre verteilt. Den meisten Kassen standen - z.T. auf Grund der Bildung von Rücklagen in den Jahren zuvor - ausreichende Mittel zur Verfügung, um ihre Anlagen innerhalb eines Jahres zu erweitern und den Anteil des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen sprunghaft zu erhöhen¹. Zu den Genossenschaften, deren Anlagenintensität nach dem 31.12.1958 besonders stark zugenommen hat, zählen die Raiffeisenkassen XVI/a, XV/a, XIV/d, XIV/f, XIII/b, XIII/e, XIII/h, XI/b, XI/k, X/m, X/k, VIII/g, VIII/f, VI/c, VI/h, VI/f und V/e.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften (Gruppen I bis XII) nimmt der Anteil des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen mit wachsender Bilanzsumme tendenziell ab. Diese Feststellung deutet - wie schon mehrfach nachgewiesen wurde - auf die überproportionale Bedeutung des Warengeschäftes bei den der Bilanzsumme nach kleinen gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz hin, welche die für das Warengeschäft benötigten Anlagen in ausreichender Zahl unterhalten.

c. Das Kreditgeschäft

Raiffeisen-Kreditgenossenschaften bemühen sich, "den im Kreis der Mitglieder auftretenden Kreditbedarf möglichst umfassend und so billig wie möglich zu decken"².

¹ Hierbei können allerdings auch buchungstechnische Manipulationen eine Rolle gespielt haben.

² K l u s a k, Die Raiffeisen-Kreditgenossenschaften, a.a.O., S. 45.

Bei der Verwirklichung dieser Zielsetzung haben sie den bankbetrieblichen Erfordernissen, nämlich der Erzielung einer angemessenen Rentabilität bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer ausreichenden Liquidität und Sicherheit, Rechnung zu tragen. Außerdem müssen sie ihr Kreditgeschäft laufend den sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Besondere betriebliche Situationen erschweren mitunter den Gruppenvergleich, der gleichwohl erkennen läßt, wie sich unterschiedliche Bilanzsummen- und Warenumsatzhöhen auf das Kreditgeschäft auswirken.

ca. Die Struktur des Kreditvolumens ¹

Die Analyse der Kreditstruktur soll erkennen lassen, wie sich das gesamte Kreditvolumen nach Kontokorrentkrediten, Wechselkrediten ², kurz- und mittelfristigen Darlehen, Warenforderungen, langfristigen Ausleihungen und sonstigen Krediten (Teilzahlungskredite, Bürgschaften) zusammensetzt. Die folgenden Angaben veranschaulichen die Struktur des Kreditvolumens und zeigen, welche Kreditart bevorzugt gewährt wird.

Tabelle 15 - Die Struktur des Kreditvolumens im Gruppendurchschnitt des Jahres 1962 ³

Gruppen	Kreditarten in v.H. des Gesamtkreditvolumens					
	Kontokorrentkredite	Darlehen (unter 4 Jahre)	Wechselkredite	Langfrist. Ausleih.	Warenforderungen	Sonstige Kredite
I	34,39	18,46	3,51	37,35	1,90	4,39
II	37,08	14,12	4,76	32,90	9,23	1,91
III	26,06	10,69	4,02	33,75	23,61	1,87
IV	26,24	14,85	4,96	27,70	24,86	1,39
V	19,85	7,04	2,29	26,59	42,23	2,00
VI	38,89	12,51	3,05	32,93	9,84	2,78
VII	27,11	12,70	8,61	22,28	27,70	1,60
VIII	29,86	24,04	3,04	35,37	4,15	3,54
IX	30,17	10,70	12,30	24,98	19,84	2,01
X	36,23	20,65	9,04	28,79	2,18	3,11
XI	31,89	14,59	7,26	31,18	12,11	2,97
XII	45,67	8,24	10,91	26,69	6,59	1,90
XIII	33,54	20,79	6,09	37,33	0,12	2,13
XIV	41,75	14,22	9,29	30,62	-	4,12
XV	35,53	10,90	10,47	37,22	-	5,88
XVI	38,96	8,19	16,39	29,27	-	7,19

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 14 bis 18.

² Einschließlich der den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen im Umlauf und Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln.

³ Zusammengestellt aus den Angaben im Zahlenanhang Blatt 18.

Die Gruppendurchschnitte lassen erkennen, daß im genossenschaftlichen Kreditsektor keine bestimmte Kreditart besondere Präferenz genießt. Kontokorrentkredite, langfristige Ausleihungen und Warenkredite stehen im Vordergrund der gesamten Ausleihungen, wobei die Bedeutung der Kreditarten zwischen den Institutsgruppen stark variiert. Die Gruppenkennziffern sind nur annähernd in der Lage, die Unterschiede auszudrücken. Sie stellen Mittelwerte dar, in denen divergierende Kreditstrukturen z.T. nivelliert sind. Dennoch lassen sie gewisse Tendenzen erkennen, die auch einzelbetriebliche Unterschiede widerspiegeln, wie sie für Raiffeisenkassen verschiedener Größenklassen kennzeichnend sind.

Interessant ist, z.B. die Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes während der Vergleichszeit. Am Gesamtkreditvolumen gemessen, erhöhte sich der Anteil der langfristigen Ausleihungen bei den reinen Kreditgenossenschaften von durchschnittlich 23,75 Prozent (1958) über 27,31 Prozent (1959), 28,93 Prozent (1960) und 30,49 Prozent (1961) auf 33,83 Prozent (1962) und bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr von durchschnittlich 19,07 Prozent (1958) über 23,35 Prozent (1959), 24,69 Prozent (1960) und 27,90 Prozent (1961) auf 30,29 Prozent (1962). Der Anteil der kurz- und mittelfristigen Forderungen ist entsprechend zurückgegangen. Die gestiegene Nachfrage nach langfristigen Krediten hat folgende Ursachen:

- 1) Der Zinssatz für Darlehen mit einer Laufzeit von vier Jahren und darüber ist in der Regel niedriger als der für Debitoren.
- 2) Die lange Laufzeit der Darlehen ermöglicht den kreditnehmenden Gewerbebetrieben die Finanzierung entsprechend langfristiger Investitionen, z.B. von Gebäuden und Maschinen.
- 3) Die langfristigen Kredite ermöglichen Privatpersonen, ihren Wohnungsbau zu finanzieren.

Obwohl sich eine Reihe von Genossenschaften dem Trend zur Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäfts nicht angeschlossen hat - vgl. die Raiffeisenkassen XVI/f,

XV/c, XV/i, XIV/e, XIII/d, XII/a, XII/d, XII/h, XI/f, VIII/e, VII/l, VI/b und III/a, deren langfristige Ausleihungen sich Ende 1962 auf weniger als 10 Prozent des Gesamtkreditvolumens beliefen -, sind die Anteile der langfristigen Kredite in allen Gruppen während der Vergleichszeit kontinuierlich gestiegen. Den genannten Genossenschaften mit relativ geringem Bestand an langfristigen Ausleihungen standen 1958 noch drei, 1962 jedoch schon 16 Institute gegenüber, deren langfristige Kredite mehr als die Hälfte des gesamten Kreditvolumens ausmachten.

Zwischen der Höhe der Bilanzsumme und den langfristigen Ausleihungen läßt sich keine Beziehung nachweisen. Bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften ist der Anteil der langfristigen Kredite mit wachsendem Warenumsatz rückläufig, was darauf zurückzuführen ist, daß mehr Mittel im Warengeschäft gebunden werden. Eine Ausnahme machen die Gruppen IV und XI in den Jahren 1958, 1959 und 1962, die im Falle der Gruppe XI auf dem umfangreichen Bankgeschäft der in dieser Gruppe erfaßten gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften beruhen dürfte.

Von 1958 bis 1962 hat der Anteil der Kontokorrentkredite am Gesamtkreditvolumen infolge der gestiegenen langfristigen Ausleihungen bei 14 der 16 Vergleichsgruppen bzw. bei 102 der 156 Raiffeisenbanken abgenommen. Die Abnahme ist bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) ziemlich kontinuierlich. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (Gruppen I bis XII) wird sie von zwischenzeitlichen Steigerungen des Anteils unterbrochen. Charakteristische Merkmale des Kontokorrentkredits sind seine formale Kurzfristigkeit und die schwankende Höhe seiner Inanspruchnahme. Auf Grund dieser Eigenschaften sind die in der Bilanz ausgewiesenen Kontokorrentkredite für die Verhältnisse während des Jahres nicht unbedingt typisch ¹, was bei der Entwicklung des Anteils zu berücksichtigen ist.

¹ Die monatliche Bilanzstatistik zeigt jedoch, daß der Debitorenbestand am Jahresende dem Jahresdurchschnittsbestand nahekommt.

Aus den vorliegenden Zahlen lassen sich keine Anhaltspunkte dafür gewinnen, daß die Höhe der Bilanzsumme auf die Kontokorrentkredite Einfluß hat. Ein vom Warenumsatz ausgehender Einfluß ist ebenfalls nicht eindeutig festzustellen. Allenfalls läßt sich sagen, daß die Bedeutung der Kontokorrentkredite mit abnehmendem Warenumsatz zunimmt. Ein relativ hohes Kontokorrentkreditvolumen weisen in der Regel diejenigen Kreditgenossenschaften aus, die mehr bank- als warenwirtschaftlich orientiert sind und in gewerblich-städtischen Gegenden, in Weinbaugebieten oder an anderen Orten mit wenig Landwirtschaft arbeiten. Am Ende der Vergleichszeit hatten 22 der 156 Raiffeisenkassen Kontokorrentkredite gewährt, die mehr als die Hälfte, bei den Kassen XVI/r, XV/c, XIV/e, XI/g, XI/f, XI/i, X/b, VII/l, VI/b, V/c und III/a sogar mehr als 60 Prozent aller Ausleihungen ausmachten. 1958 waren es 51 und 1960 37 Genossenschaften, bei denen die Kontokorrentkredite auf 50 Prozent und mehr kamen. Anteile von weniger als 10 Prozent wurden 1958 bei 15, 1960 bei 12 und 1962 bei 13 Kreditgenossenschaften festgestellt.

Die kurz- und mittelfristigen Darlehen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren machten 1962 bei 11 Genossenschaftsbanken mehr als 30 Prozent des Gesamtkreditvolumens aus (1958 bei 15, 1960 bei 11 Raiffeisenkassen). Für die Mehrzahl der Institute ist in allen Jahren des Vergleichszeitraums ein Anteil zwischen 10 und 20 Prozent typisch. Einige Kreditgenossenschaften gewähren überhaupt keine kurz- und mittelfristigen Darlehen. In den Gruppen VII sowie IX bis XVI lagen die Anteile dieser Darlehen im Jahre 1962 über denen von 1958. Das spricht dafür, daß die Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes bei der Mehrzahl der reinen Kreditgenossenschaften und bei vielen größeren Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr nicht zu Lasten der kurz- und mittelfristigen Kredite gegangen ist. Der in den Gruppen VI und VIII nur geringfügig, in den Gruppen II, III, IV und V jedoch erheblich reduzierte Anteil der kurz- und mittelfristigen Darlehen zeigt bei gleichzeitig stark gestiegenem Anteil der langfristigen Ausleihungen, daß bei vielen kleineren Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr die Ausweitung des langfristi-

gen Kreditgeschäften nur auf Kosten der kurz- und mittelfristigen Ausleihungen möglich war.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften nimmt der Anteil der kurz- und mittelfristigen Darlehen mit wachsender Bilanzsumme zugunsten der Wechselkredite und der Sonstigen Kredite tendenziell ab (vgl. Tabelle 15). Die gewerbliche Kundschaft arbeitet deshalb gern mit Wechselkrediten, weil diese in der Regel billiger sind als andere Kreditformen ¹. Die Bankleitung entspricht den Kreditwünschen ihrer Kunden und gewährt in verstärktem Maße Wechsel- und Teilzahlungskredite bzw. übernimmt Bürgschaften und Gewährleistungen.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen liegt der Anteil der kurz- und mittelfristigen Darlehen in den Gruppen besonders hoch, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen Genossenschaften mit geringem Warenumsatz zusammenfassen ². Der mehr bankgeschäftliche Charakter der Kreditgenossenschaften mit kleinem Warengeschäft kommt also in einer vergleichsweise stärkeren Gewährung von kurz- und mittelfristigen Darlehen, ferner von Kontokorrentkrediten und von langfristigen Ausleihungen zum Ausdruck.

Zahlreiche Genossenschaftsbanken unterscheiden sich hinsichtlich des Ausmaßes, in dem sie Wechselkredite gewähren. Von den untersuchten Raiffeisenkassen mit Warenverkehr hatten 23 im Jahre 1958, 21 im Jahre 1960 und 22 im Jahre 1962, d.h. jede sechste Raiffeisenbank, überhaupt kein Wechselkreditgeschäft. In vielen Fällen sind Unsicherheit und Scheu vor möglichen Risiken der Grund für eine fehlende Betätigung in dieser Sparte des Kreditgeschäfts. Wechselkredite werden z.T. auch deshalb nicht gewährt, weil die entsprechende Nachfrage fehlt. Oft werden die Vorteile nicht erkannt, die der Wechsel-

¹ Der Wechselkredit ist beispielsweise um rd. 1,5 Prozent billiger als der Kontokorrentkredit.

² In den Gruppen IV und VII (vgl. Tabelle 15) sind die Gruppenanteile der kurz- und mittelfristigen Darlehen auf Grund extremer Einzelfälle (Raiffeisenkassen XIII/a, XIII/i, X/c, X/d, X/f) etwas überhöht.

kredit sowohl für die Bank als auch für den Kreditnehmer mit sich bringt. Das Wechselkreditgeschäft ist wegen der Wechselstrenge und der Gesamthaftung aller Mitverpflichteten für die Bank verhältnismäßig sicher. Es wirkt sich außerdem günstig auf den Ertrag aus. Mit dem Ankauf zentralbankfähiger Wechsel erwirbt die Bank zudem monetisierbare Aktiva, die für die Liquiditätssicherung und Liquiditätsplanung von besonderer Bedeutung sind.

Der Anteil der Wechselkredite (am gesamten Kreditvolumen) nimmt bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kassen mit steigender Bilanzsumme tendenziell zu. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr ist mit einem erhöhten Warenumsatz auch ein stärkeres Wechselkreditgeschäft verbunden. Viele Mitglieder finanzieren ihren Warenbezug mit Wechselkrediten. Auf einen Anteil der Wechselkredite von 15 Prozent und mehr kamen 1962 folgende Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr: XV/m, XIV/e, XIII/b, X/a, X/g, X/e, X/h, X/i, VIII/c, VIII/b, VIII/g, VIII/e, VII/l, VI/b, VI/g und V/g. Viele dieser Institute sind in Weinbauorten an der Mosel tätig und finanzieren durch die Gewährung von Wechselkrediten die heimische Weinwirtschaft.

In allen Gruppen der gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften hat die Bedeutung der Warenkredite infolge der Zunahme der langfristigen Ausleihungen kontinuierlich abgenommen.¹ Der Rückgang des Anteils der Warenkredite ist außerdem mit der rückläufigen Entwicklung der Agrarwirtschaft in einigen Gebieten und der Stagnation des Warengeschäftes bei vielen Genossenschaften zu erklären. Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen weisen die Gruppen der Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft immer noch ein relativ hohes Warenkreditvolumen aus. Ende 1962 machten die Warenkredite bei den Raiffeisenkassen XIII/g, XII/d, XII/e, XII/h, X/g und X/f mehr als die Hälfte des gesamten Kreditvolumens aus (1958 bei neun, 1960 bei acht Genossenschaften).

¹ Eine Ausnahme macht die nicht so bedeutende Gruppe I.

Die Position Sonstige Kredite, welche die Avalkredite (Bürgschaften und Garantien) und die Teilzahlungskredite umfaßt, nimmt mit wachsender Bilanzsumme an Bedeutung zu. Bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen zeigt sich in bezug auf den Warenumsatz die umgekehrte Tendenz. Der mehr bankgeschäftliche Charakter der Raiffeisenkassen mit kleinem Warengeschäft äußert sich darin, daß mehr Bürgschaften und Gewährleistungen übernommen und mehr Teilzahlungskredite gewährt werden. Die höchsten Anteile (über 10 Prozent) erreichten die Sonstigen Kredite am Ende der Vergleichsperiode bei den Raiffeisenkassen XVI/h, XII/d, VII/e, III/d, II/b und I/b.

cb. Die Größengliederung der gewährten Kredite¹

Die Aufgabe der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften, den Kreditbedarf ihrer Mitglieder zu decken, bedeutet, daß die Bereitstellung hoher Einzelkredite hinter der Gewährung einer größeren Anzahl kleinerer Kredite zurückzustehen hat. Kleinere Kredite in einer Größenordnung bis zu 5 000 DM werden von den Raiffeisenkassen schon immer mit Vorrang gewährt. Zwischen den kleinen Krediten der Raiffeisenkassen und den im Kleinkreditgeschäft der Geschäftsbanken und Sparkassen üblichen Ausleihungen bis zu einer Höhe von 2 000 DM bzw. bis zu 6 000 und 10 000 DM (Anschaffungsdarlehen) bestehen zum Teil erhebliche Unterschiede, denn im Kleinkreditgeschäft der Banken werden in der Regel Konsumkredite gewährt, während die kleinen Kredite der Raiffeisenkassen erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 19 und 20.

Tabelle 16 - Die Größengliederung der Kredite im Durchschnitt der 156 reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958 und 1962)¹

Größenklassen	1958			1962		
	Stückzahl (v.H.)	Betrag in Mill. DM	Betrag in v.H.	Stückzahl (v.H.)	Betrag in Mill. DM	Betrag in v.H.
1 000 DM und weniger	61,5	7,9	5,8	50,7	7,9	2,8
über 1 000 DM bis 5 000 DM	25,5	27,4	19,9	27,8	36,8	13,5
über 5 000 DM bis 10 000 DM	7,0	22,1	16,0	9,7	36,8	13,5
üb. 10 000 DM bis 20 000 DM	3,5	22,0	16,0	6,6	48,9	17,7
üb. 20 000 DM bis 50 000 DM	1,8	24,8	18,0	5,8	61,1	22,1
üb. 50 000 DM bis 100 000 DM	0,4	12,4	9,0	0,9	34,5	12,4
üb. 100 000 DM	0,5	21,1	15,5	0,5	51,1	18,4
	100,0	157,7	100,0	100,0	277,1	100,0

Am Ende der Vergleichsperiode machten die Kredite von 1 000 DM und weniger der Zahl nach immer noch mehr als die Hälfte aller Kredite aus. Allerdings hat der Anteil der Kredite bis 1 000 DM gegenüber 1958 infolge der Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes und der damit verbundenen Gewährung höherer Kreditbeträge stark abgenommen.

Dem Betrag nach liegen die Anteile der in den Größenklassen bis 1 000 DM, über 1 000 DM bis 5 000 DM und über 5 000 DM bis 10 000 DM gewährten Kredite im Jahre 1962 niedriger als 1958, während die Kredite in den Größenklassen über 10 000 DM höhere Anteile erreichten. Der Trend zu größeren Krediten zeigt sich auch darin, daß vom Gesamtbetrag aller Kredite der größte Anteil im Jahre 1958 auf Kredite über 1 000 DM bis 5 000 DM entfiel, im Jahre 1962 jedoch auf Kredite über 20 000 DM bis 50 000 DM. Die gewachsene Bereitschaft, große Kredite zu gewäh-

¹ Zusammengestellt aus den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften in den Anlagen zur Jahresbilanz über die Größenklassen der Kredite; vgl. hierzu: Zahlenanhang Blatt 19 und 20.

ren, ist vor allem der gewerblichen Wirtschaft zugute gekommen. Große Kredite über 100 000 DM machten am Ende der Vergleichszeit mehr als 18 Prozent, Kredite über 50 000 DM rd. 31 v.H. und solche über 20 000 DM rd. 53 v.H. des Gesamtbetrags aller Kredite aus.

Reine Kreditgenossenschaften gewähren der Zahl nach relativ weniger Kredite in einer Größenordnung bis zu 1 000 DM als gemischtwirtschaftliche Kassen. In den Größenklassen über 1 000 DM liegen die Verhältnisse umgekehrt. Eine größere Anzahl kleinerer Kredite dürfte somit ausschließlich der Finanzierung der Warengeschäfte dienen. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß der Anteil der Kredite bis 1 000 DM im Jahre 1962 bei den Genossenschaften größer ist, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen die höheren Warenumsätze tätigen. Während Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr der Zahl nach überwiegend Kredite von 1 000 DM und weniger gewähren, werden von den reinen Kreditgenossenschaften vor allem Kredite über 1 000 DM bis 5 000 DM bewilligt. Die bankgeschäftliche Funktion der reinen Kreditgenossenschaften kommt in einer größeren Stückzahl höherer Kreditbeträge zum Ausdruck.

Ein Vergleich der Gruppenkennziffern, insbesondere bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI), zeigt, daß der Anteil am Gesamtbetrag, welcher auf Kredite in einer Größenordnung bis zu 5 000 DM entfällt, mit wachsendem Geschäftsvolumen abnimmt. Mit der Größe der Institute wächst die Nachfrage der Kunden nach größeren Krediten. Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen ist der Anteil am Gesamtbetrag der in einer Höhe bis zu 5 000 DM gewährten Kredite in den Gruppen der Genossenschaften mit hohem Warenumsatz größer als in den Gruppen der Genossenschaften mit kleinerem Warengeschäft. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Warengeschäfte hauptsächlich mit Krediten bis zu 5 000 DM finanziert werden. Dem Betrag nach sind die Anteile der in den Größenklassen über 10 000 DM gewährten Kredite bei den Kreditgenossenschaften mit kleinem Warengeschäft dagegen größer als bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen mit hohem Waren-

umsatz. Der mehr bankwirtschaftliche Charakter der Genossenschaften mit kleinem Warengeschäft äußert sich somit ebenfalls in der Bereitstellung höherer Kreditbeträge.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) nehmen die Anteile am Gesamtbetrag der in den beiden Größenklassen über 5 000 DM bis 10 000 DM und über 10 000 DM bis 20 000 DM gewährten Kredite mit wachsender Bilanzsumme ab. Entsprechend vergrößern sich die Anteile am Gesamtbetrag der in den Größenklassen über 20 000 DM bis 50 000 DM, über 50 000 DM bis 100 000 DM und über 100 000 DM gewährten Kredite. Sowohl reine als auch gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften mit Bilanzsummen von 2 Millionen DM und weniger stellen den größten Teil ihrer gesamten Kreditsumme in Krediten bis 20 000 DM bereit, während Genossenschaften mit Bilanzsummen über 2 Millionen DM den überwiegenden Teil der Kreditsumme in Krediten über 20 000 DM zur Verfügung stellen. Extreme Verhältnisse lagen am Ende des Vergleichszeitraums bei den Raiffeisenkassen XI/f, III/h, II/c, II/a, II/d, II/b und I/d vor, bei denen die Kredite über 100 000 DM mehr als 35 Prozent, bei den Raiffeisenkassen V/e und I/b sogar mehr als 50 Prozent der Summe aller Kredite ausmachten.

Im Gegensatz zu den wenigen Instituten, die auf Grund ihres Geschäftsumfanges besonders hohe Kredite gewähren, können viele Genossenschaftsbanken Kredite nur in kleineren Beträgen zur Verfügung stellen. Bei den Raiffeisenkassen XV/e, XV/k, XV/n, XV/t, XIV/d, XIV/f, XII/a, XII/d, XII/e, XII/h, XII/l, XII/i und VII/e entfielen am Jahresende 1962 vom Gesamtbetrag aller Ausleihungen mehr als 40 Prozent auf Kredite in einer Größenordnung bis zu 5 000 DM. Bei diesen sowie weiteren 88 Banken lagen auch mehr als dreiviertel aller der Zahl nach gewährten Kredite in der Größenordnung von 5 000 DM und darunter.

cc. Die Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer¹

Raiffeisen-Kreditgenossenschaften betrachten sich als Banken für Jedermann. Geschäftsbeziehungen werden mit

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 21.

dem Mittelstand in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gepflegt. In zunehmendem Maße wird der Geschäftsbereich auch auf die mittelständische Industrie und die Arbeitnehmer ausgedehnt. Ebenso wie bei den Einlegern hat sich auch bei den Kreditnehmern, die gemäß § 8 GenG Mitglieder sein müssen, im Laufe der letzten Jahre eine erhebliche Umschichtung in der Berufsgruppenstruktur vollzogen.

Tabelle 17 - Die Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer in den Jahren 1958 und 1962 (Anteile in v.H. der Gesamtzahl aller Kreditnehmer)¹

Berufsgruppen	Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr		Reine Kreditgenossenschaften	
	1958	1962	1958	1962
Bauern, Landwirte, Winzer	56,5	44,5	18,5	11,5
Selbständige Handwerker	5,3	4,8	13,7	10,0
Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende	9,8	9,9	32,7	25,3
Sonstige (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Genossenschaften)	28,4	40,8	35,1	53,2
Kreditnehmer insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Der Anteil der landwirtschaftlichen Berufe (Bauern, Landwirte, Winzer) an der Gesamtzahl der Kreditnehmer ist sowohl bei den reinen Kreditgenossenschaften als auch bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr von 1958 bis 1962 beträchtlich gesunken. Bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften bilden die Bauern, Landwirte und Winzer zwar immer noch die größte Gruppe, doch ist bereits abzu-
sehen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten ² - wie schon bei den reinen Kreditgenossenschaften - in wenigen

¹ Zusammengestellt aus den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften über die Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer in den Anlagen zum Geschäftsbericht; vgl. hierzu: Zahlenanhang Blatt 21.

² Die in der Tabelle 17 als sonstige Kreditnehmer mit erfaßten Genossenschaften sind ohne große Bedeutung.

Jahren am stärksten vertreten sein werden. Der Anteil der selbständigen Handwerker ist bei beiden Institutsgruppen ebenso rückläufig wie der Anteil der kaufmännischen Berufe bei den reinen Kreditgenossenschaften.

Zwischen den reinen Kreditgenossenschaften und den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Anteile am Gesamtkreditvolumen, welche auf die verschiedenen Berufsgruppen entfallen:

Tabelle 18 - Die Aufteilung des Kreditvolumens auf die Berufsgruppen in den Jahren 1958 und 1962
(Anteile in v.H. der gesamten Kreditsumme) ¹

Berufsgruppen	Aufteilung des Kreditvolumens (v.H.)			
	Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr		Reine Kreditgenossenschaften	
	1958	1962	1958	1962
Bauern, Landwirte, Winzer	43,1	32,1	7,8	7,2
Selbständige Handwerker	9,0	8,6	11,9	10,3
Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende	32,3	34,5	65,6	61,0
Sonstige (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Genossenschaften)	15,6	24,8	14,7	21,5
Kreditsumme insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Im Jahre 1962 entfiel der größte Teil der gesamten Kreditsumme bei beiden Institutsgruppen auf die kaufmännischen Berufe. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr hatten noch 1958 die landwirtschaftlichen Berufe den größten Anteil. Die zunehmende Bedeutung der unselbständigen Berufe äußert sich nicht nur in einem gewachsenen Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Gesamtzahl der Kreditnehmer (Tabelle 17), sondern auch in einem höheren Anteil der auf diese Berufe entfallenden

¹ Zusammengestellt aus den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften über die Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer in den Anlagen zum Geschäftsbericht; vgl. hierzu: Zahlenanhang Blatt 21.

Kreditsumme. Demgegenüber hat der Anteil des auf die landwirtschaftlichen und die handwerklichen Berufe entfallenden Kreditvolumens gegenüber 1958 bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften abgenommen.

Die Anteile der einzelnen Berufsgruppen an der Gesamtzahl der Kreditnehmer weichen in ihren Gruppenschnitten nicht so stark voneinander ab, daß daraus Schlußfolgerungen gezogen werden könnten. Allerdings dominiert der Anteil der landwirtschaftlichen Berufe in den Gruppen, in denen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz erfaßt sind. Im Gegensatz dazu sind die Anteile der selbstständigen Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Arbeitnehmer in den Gruppen der Genossenschaften mit verhältnismäßig geringem Warenumsatz außerordentlich hoch.

Bei einer Vielzahl von Genossenschaften kamen am Ende der Vergleichsperiode noch dreiviertel aller Kreditnehmer aus landwirtschaftlichen Berufen, während bei einigen anderen mehr als die Hälfte Arbeitnehmer waren. Da manche Kreditnehmer mehrere Berufe ausüben (Handwerk/Gewerbe/Handel) und die Abgrenzung nicht immer exakt durchgeführt ist, sind die festgestellten Anteile nicht in allen Fällen typisch. Dieser Fehler beeinträchtigt den Aussagewert der Vergleichsergebnisse jedoch nur wenig.

3. Die Beziehungen zwischen Kapital- und Vermögensgrößen (Deckungsverhältnisse)

In den folgenden Kapiteln werden Kennziffern interpretiert, die das Verhältnis von Aktiv- zu Passivpositionen ausdrücken. Ihr Aussagewert ist verhältnismäßig gering, da Passiv- und Aktivpositionen in der Regel einander nicht zugeordnet werden können. Eine zwangsläufige Beziehung zwischen bestimmten Passiv- und Aktivpositionen kann nach Hagenmüller¹ nicht bestehen, da zwischen Mittelbeschaffung und Mitteleinsatz die dispositive Entscheidung der Bankgeschäftsführung steht. Im gleichen Sinne äußert sich Deutsch²: "Wenn es (= das Kapital)

¹ H a g e n m ü l l e r , Der Bankbetrieb, Bd. III, a.a.O., S. 256.

² D e u t s c h , P., Grundfragen der Finanzierung im Rahmen der betrieblichen Finanzwirtschaft. Wiesbaden 1962. S. 21 u. 24.

sich manchmal unmittelbar auf bestimmte Vermögenswerte beziehen läßt, berechtigt dies jedoch nicht zur Annahme einer Wesensidentität von Kapital und Vermögen.*** Wenn sich trotz der Wesensverschiedenheit von Vermögen und Kapital beim buchhalterischen Abschluß rein rechnerisch ihre Summengleichheit ergibt, so entsprechen dieser keineswegs absolut gültige Teilgleichungen zwischen dem Anlage- und Umlaufvermögen einerseits und automatisch korrespondierenden Kapitalgrößen mit der Wirkung von rezeptartigen, starren Finanzregeln andererseits." Nach Mülhaupt¹ kennt die Geschäftsführung nur eine Kasse, "in die alle dem Unternehmungszweck gewidmeten Mittel fließen und über die diese Mittel ohne Rücksicht auf ihre Herkunft dorthin geleitet werden, wo sie den größten Nutzen versprechen". Unterstellt man diese Auffassung als richtig, dann kann man z.B. zwischen dem Eigenkapital und dem Anlagevermögen keinen Kausalzusammenhang, sondern lediglich eine rein bilanzielle Gegenüberstellung sehen. Obwohl Krümmel² auch in einer solchen Gegenüberstellung eine "unzulässige Spezialzurechnung einer einzelnen Finanzierungsquelle zu einem bestimmten einzelnen Finanzierungsobjekt" erblickt, werden in der Praxis immer wieder Relationen zwischen Kapital- und Vermögensgrößen gebildet. Auch in einem Teil der wissenschaftlichen Literatur³ wird die Aufstellung solcher Kennziffern, die "der Kennzeichnung der finanziellen Stabilität" dienen, weiterhin befürwortet. Im genossenschaftlichen Kreditsektor herrscht die Ansicht vor,

¹ M ü l h a u p t , Der Bindungsgedanke, a.a.O., S. 55.

² K r ü m m e l , Bankzinsen, a.a.O., S. 206.

³ S c h n e t t l e r , Betriebsvergleich, a.a.O., S. 141 ff.

S c h o t t , G., Kennzahlen, Kompaß des Unternehmens. Stuttgart 1965. S. 169 ff.

S c h u l z - M e h r i n , O., Betriebswirtschaftliche Kennzahlen als Mittel zur Betriebskontrolle und Betriebsführung. Berlin 1960. S. 46.

S c h ä f e r , E., Die Unternehmung. 4. neubearb. u. erw. Aufl. Köln und Opladen 1961. S. 157 ff.

G u t e n b e r g , Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 116 ff.

daß zwischen dem Anlagevermögen und dem ausgewiesenen Eigenkapital ein möglichst hoher Grad an Deckung bestehen müsse. Im Betriebsvergleich wurden der Auffassung der Praxis Rechnung getragen und einige Deckungsverhältnisse untersucht.

a. Die Deckung des Anlagevermögens
durch Eigenkapital¹

Ein Vergleich der Gruppenkennziffern, die das Verhältnis von Anlagevermögen zu Eigenkapital betreffen, läßt keine Regelmäßigkeiten erkennen. Dies Ergebnis überrascht nicht, wenn man bedenkt, daß die Entwicklung des Eigenkapitals nicht unbedingt parallel zu der des Anlagevermögens verlaufen muß, das sich durch Großinvestitionen, z.B. Errichtung von Geschäftsgebäuden, Lagerhallen usw., abrupt verändern kann. Sollten die Investitionen allerdings - wie es die Praxis oft fordert - mittels Eigenkapital finanziert werden, müßte sich dessen Höhe gleichfalls ändern. Jede Anlagenerweiterung, die nicht oder nur geringfügig mit eigenen Mitteln finanziert wird, hat eine Änderung der Relation von Eigenkapital zu Anlagevermögen zur Folge. Bei gut einem Drittel der beobachteten Raiffeisenbanken wurden in einem der Jahre zwischen 1959 und 1962 Investitionen in einer Größenordnung von 40 000 DM und darüber durchgeführt. Da nur ein Teil der Genossenschaften überhaupt Investitionen vornahm und sich Finanzierungsmittel aus verschiedenen Quellen beschaffte, konnten typische Gruppenkennziffern nicht errechnet werden. Immerhin zeigt der Vergleich, daß die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital mit zunehmender Bilanzsumme günstiger wird. Dies kann einmal damit erklärt werden, daß der Anteil des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen ceteris paribus mit wachsender Bilanzsumme tendenziell abnimmt². Infolge höherer Mitgliederzahlen und der stärkeren Gewinnthesaurierung ist außerdem das Eigenkapital (Geschäftsguthaben und Rücklagen) der Genossenschaften mit hohen Bilanzsummen relativ größer als das der kleinen Raiffeisenkassen.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 22 bis 26.

² Vgl. S. 147.

Bei gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften der gleichen Bilanzsummenklasse wird die Deckung von Anlagevermögen plus Warenbestand ¹ durch Eigenkapital mit zunehmendem Warenumsatz ungünstiger. Maßgebend hierfür sind der vergleichsweise größere Anteil des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen bei den Raiffeisenkassen mit hohen Warenumsätzen ² sowie der Sachverhalt, daß diese in geringerem Maße als die Raiffeisenkassen mit kleinem Warengeschäft die Möglichkeiten der Gewinnthesaurierung nutzen und dadurch das Eigenkapital nicht im gleichen Verhältnis erhöhen ³.

Tabelle 19 - Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital in den Jahren 1958, 1960 und 1962
(Anzahl der Genossenschaften mit verschiedenen Deckungsverhältnissen) ⁴

Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (insgesamt = 151)			Reine Kreditgenossenschaften (insgesamt = 25)		
	1958	1960	1962	1958	1960	1962
Deckung zwischen 0 und 75 v.H.	76	78	67	1	2	2
Deckung zwischen 75 und 100 v.H.	15	28	28	1	1	1
Deckung über 100 v.H.	40	25	36	23	22	22

Bei fast allen reinen Kreditgenossenschaften war während der gesamten Vergleichszeit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt. Die meisten gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen weisen demgegenüber eine Unterdeckung des Anlagevermögens durch das Eigenkapital aus. Die in einigen Fällen vorliegende Überdeckung ist in der Regel auf ein außergewöhnlich geringes Anlagevermögen zurückzuführen. Die Wachstumsprobleme werden deutlich;

¹ Die Warenbestände der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen am Jahresende können als eiserne Bestände angesehen werden; vgl. hierzu die Erklärungen auf S. 55.

² Vgl. S. 145.

³ Raiffeisenkassen mit hohem Warenumsatz behalten deshalb relativ weniger Gewinne ein, weil sie oft Warenrückvergütungen gewähren, die eine Form der Gewinnverwendung darstellen; vgl. hierzu die Anmerkungen auf S. 191.

⁴ Zusammengestellt aus den einzelbetrieblichen Kennziffern über die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital.

wenn man die Summe aus Anlagevermögen und Warenbestand in Beziehung zum Eigenkapital setzt. Von den beobachteten Raiffeisenkassen mit Warenverkehr konnten am Ende der Vergleichsperiode nur 14 (1958 = 19, 1960 = 15) Anlagevermögen und Warenbestand voll durch Eigenkapital decken. Bei 12 Genossenschaften (1958 bei 9, 1960 bei 7) betrug die Deckung zwischen 75 und 100 Prozent, bei 105 Instituten (1958 bei 103, 1960 bei 109) wurde nicht einmal der Deckungssatz von 75 Prozent, bei 73 (1958 bis 76, 1960 bei 83) nicht einmal 50 Prozent erreicht.

Extrem niedrige Deckungsverhältnisse hatten am Jahresende 1962 die Raiffeisenkassen XVI/b, XV/a, XV/o, XIV/f, XIV/i, XIII/d, XIII/e, XII/m, XII/b, XII/g, XII/f, XI/h, XI/m, XI/k, X/f, X/l, VI/c, VI/h und VI/f. Bei einigen¹ sind vorausgegangene größere Investitionen der Grund für die starke Unterdeckung. Da die Raiffeisenkassen XVI/b, XV/a, XV/o, XIV/f, XIV/i, XII/g, XII/f, XI/h, XI/m, X/f und X/l nach 1959 keine größeren Anlagenerweiterungen oder -erneuerungen durchgeführt haben, ist die Unterdeckung wahrscheinlich auf eine von vornherein zu geringe Eigenkapitalausstattung zurückzuführen. Diese Vermutung wird dadurch gestärkt, daß die bezeichneten Institute auch einen extrem niedrigen Anteil des Eigenkapitals am Geschäftsvolumen aufweisen.

Der § 12 KWG schreibt vor, daß die dauernden Anlagen eines Kreditinstituts in Grundstücken, Gebäuden und Beteiligungen das haftende Eigenkapital² nicht übersteigen dürfen. Damit ist ein weiteres Maß gegeben, um zu prüfen, ob - an dieser Norm gemessen - das Eigenkapital ausreichend ist. Die entsprechenden Berechnungen ergaben, daß im Jahre 1958 34 und im Jahre 1962 37 der untersuchten Raiffeisenkassen gegen den § 12 KWG verstoßen haben. Bis auf eine Ausnahme sind es gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften, bei denen das haftende Eigenkapital die dauernden Anlagen nicht deckt. Die Unterdeckung kann

¹ Insbesondere bei den Raiffeisenkassen XIII/e, XI/k, VI/e, VI/h und VI/f.

² Vgl. die Berechnung des haftenden Eigenkapitals auf S. 56.

nicht immer auf Investitionen zurückgeführt werden. Bei einer Reihe von Genossenschaften wurden überhaupt keine Investitionen durchgeführt, so daß die Unterdeckung Ausdruck einer grundsätzlich zu knappen Eigenkapitaldecke ist. Ein nicht angemessenes hartendes Eigenkapital ist fast ausnahmslos bei den gleichen Instituten anzutreffen, die schon als Beispiele für eine Unterdeckung des (gesamten) Anlagevermögens durch (bilanzmäßiges) Eigenkapital genannt wurden.

b. Die Investitionspolitik einiger ausgesuchter Kreditgenossenschaften

Investition ist die Überführung von mittel- und langfristigem Geldkapital in Real- oder Sachvermögen. Gut ein Drittel der erfaßten Raiffeisenkassen investierte zwischen 1959 und 1962 in einer Größenordnung von 40 000 DM und darüber. Rd. ein Sechstel aller Genossenschaften führte sogar in einem Jahr Investitionen von 100 000 DM und mehr durch. Diese Institute wurden im Hinblick auf Investitionsobjekte und Finanzierung der Investitionen näher untersucht.

Die Investitionen galten überwiegend dem Erwerb von Grundstücken zum Bau von Bank- oder Lagergebäuden, der Errichtung der genannten Gebäude, der Erstellung von Getreidesilos und Kartoffellagerhallen sowie Anbauten, Modernisierungsbauten usw. Gegenüber diesen Investitionen fielen Anschaffungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung weniger stark ins Gewicht. Maschinen, Büroeinrichtung, Sparschränke usw. wurden hauptsächlich bei der Errichtung oder Erweiterung von Geschäfts- und Lagergebäuden angeschafft. Es konnten keine Regelmäßigkeiten bezüglich des Verhältnisses ermittelt werden, in dem Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude einerseits und Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung andererseits zueinander stehen. An den jeweiligen Beständen am Jahresende gemessen, ergaben sich verschiedene Verhältnismerte in einer Schwankungsbreite zwischen 10 : 1 und 1 : 1. In Extremfällen fanden sich auch Werte, die in einem noch krasserem Verhältnis als 10 : 1 standen bzw. die anzeigten, daß

- vor allem bei den kleinen Raiffeisenkassen - der Buchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung den der Grundstücke und Gebäude übertraf. Für das Verhältnis der Buchwerte von Grundstücken und Gebäuden zu denen der Betriebs- und Geschäftsausstattung konnten als statistische Mittelwerte die häufigsten Werte von 4 : 1 und 5 : 1 ermittelt werden.

Die Mittel für die Investitionen können im Wege der Beteiligungsfinanzierung (im weitesten Sinne), der Finanzierung aus vorübergehend oder endgültig freigesetzten Mitteln, der Gewinnfinanzierung (Selbstfinanzierung) oder der Gläubigerfinanzierung aufgebracht werden. Welche Finanzierungsformen im Einzelfall gewählt wurden, konnte wegen der Unmöglichkeit der Zurechnung bestimmter Bilanzpositionen nicht sicher bestimmt werden. Die folgenden Angaben haben also einen beschränkten Aussagewert. Es sollen nur einige grundsätzliche Tendenzen der Investitionsfinanzierung aufgezeigt werden, soweit sie aus Änderungen der Bilanzdaten von einem Rechnungsjahr zum anderen ersichtlich bzw. aus den Geschäfts- und Prüfungsberichten deutlich wurden.

Eine Finanzierung aus vorübergehend oder endgültig freigesetzten Mitteln liegt vor, wenn entweder Aufwandsgegenwerte (= die Gegenwerte des Lohn-, Material-, Rückstellungs-, Abschreibungsaufwands) oder Vermögensgegenwerte (= die Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens) zur Finanzierung verwendet werden. Bei einem Drittel der untersuchten Kreditgenossenschaften wurden die durch Reduzierung von Vermögenswerten, insbesondere von Bankguthaben und Wertpapieren, freigesetzten Mittel wieder investiert.

Selbstfinanzierung findet statt, wenn Teile des Gewinns nicht ausgeschüttet werden. Inwieweit auf dem Wege über die Schaffung von stillen Reserven Selbstfinanzierung betrieben wurde, konnte nicht festgestellt werden. Demgegenüber haben einige große reine Kreditgenossenschaften im Hinblick auf beabsichtigte Anlagenerweiterungen umfangreiche offene Rücklagen gebildet. Bemerkenswert ist, daß regelmäßig im Jahr vor der Investition ein er-

heblicher Teil des Gewinns thesauriert wurde. Im Endresultat konnten mehr als die Hälfte der benötigten Mittel durch Gewinnfinanzierung aufgebracht werden. Den Erläuterungen in den Geschäfts- und Prüfungsberichten zufolge spielt die Selbstfinanzierung durch Investition nicht ausgeschütteter, in liquider Form angefallener Gewinne - ausser bei den großen reinen Kreditgenossenschaften - allgemein keine große Rolle.

Die Einlagenfinanzierung, bei der die Mittel aus Einzahlungen der Genossen auf die übernommenen Geschäftsanteile stammen, hat im großen und ganzen auch nur geringe Bedeutung. Soweit die Einzahlungen auf das Geschäftsanteilkonto in relativ kurzer Zeit vor der beabsichtigten Investition eingehen, ist anzunehmen, daß sie auch der Investitionsfinanzierung dienen. So haben sich mehrere Genossenschaften verschiedener Größenklassen in den Jahren vor der Investition sehr um neue Mitglieder bemüht. Vielfach wurde der einzelne Geschäftsanteil (z.B. von 200 DM auf 300 DM) erhöht. Den Bemühungen lag weniger die Absicht zugrunde, das Risikokapital zu erhöhen, als vielmehr der Wunsch, zusätzliche Finanzierungsmittel zu gewinnen. Die Einzahlungen der Genossen auf die Geschäftsanteile trugen bei einigen Kassen dazu bei, bis zu einem Drittel der Investitionssumme aufzubringen.

Wie aus den zur Untersuchung herangezogenen Quellen hervorgeht, finanzierten die meisten Kreditgenossenschaften ihre Anlagen in erster Linie mit Krediten (Gläubigerfinanzierung). Bei der Zentralkasse in Koblenz können die Genossenschaftsbanken zu günstigen Bedingungen Investitionskredite aufnehmen. Diese Finanzierungsform wird deshalb gern gewählt, weil auf diese Weise das aus Einlagen der Kunden stammende Geld dem Kreditgeschäft vorbehalten bleibt und Liquiditätsanspannungen vermieden werden. Eine Untersuchung der Investitionskredite zeigt, daß die fremden Mittel in der Regel langfristig aufgenommen wurden. Einige Raiffeisenkassen haben ihre Bauprojekte auch mit kurzfristigen Fremdgeldern realisiert. Derartigen Praktiken lagen wohl Erwartungen im Hinblick auf eine günstige Liquiditätsentwicklung zugrunde.

Es müssen auch die Finanzierungsmittel erwähnt werden, die als zweckgebundene Zuschüsse aus Mitteln des Grünen Planes oder aus Sonderprogrammen von Bund und Land unter bestimmten Voraussetzungen an gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften gewährt werden. Diese Investitionsbeihilfen werden nur für die Anschaffung von technischen Anlagen gewährt, z.B. für Anlagen zur Getreideannahme, Saatgutreinigung, Obstlagerung, Hühnerschlachtung, Sortierung von Eiern, Kartoffeln u.a.m., nicht dagegen für die Errichtung von Gebäuden.

c. Der Eigenkapitalgrundsatz I
des Bundesaufsichtsamtes¹

Die vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank gemäß § 10, Abs. 1 Satz 2 KWG erlassenen Grundsätze I und I a sollen ein angemessenes Eigenkapital gewährleisten, indem sie das Gesamtkreditvolumen (Grundsatz I) und die umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und Debitorenziehungen (Grundsatz Ia) auf ein bestimmtes Vielfaches des haftenden Eigenkapitals begrenzen². Da das Volumen der umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und Debitorenziehungen bei den Raiffeisenbanken allgemein klein ist, wurde auf Berechnungen hinsichtlich Grundsatz Ia verzichtet und nur geprüft, ob gemäß Grundsatz I die Kredite an Wirtschaftsunternehmen, Private und Kreditinstitute sowie die Beteiligungen abzüglich der Sammelwertberichtigung das 18fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen.

Legt man der Analyse die 1962 gültige Berechnungsform für das haftende Eigenkapital zugrunde³, dann ergibt sich, daß am Jahresende 1958 keine der erfaßten Raiffeisenkassen gegen den Grundsatz I verstoßen hatte. Im Jahre 1962 waren es die Kassen XVI/b, XV/a, XI/a und XI/p, die den Grundsatz nicht einhalten konnten. Bei den

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 22 und 26.

² Vgl. "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Frankfurt a.M., Jg. 14 (1962), H. 3, S. 3 ff.

³ Vgl. S. 56.

Genossenschaften XVI/b und XV/a war ein durch Verluste stark reduziertes haftendes Eigenkapital der Grund für die Nichteinhaltung.

Nach Grundsatz I bildet das 18fache des haftenden Eigenkapitals die Obergrenze für das Kreditvolumen (einschließlich der Beteiligungen, abzüglich der Sammelwertberichtigung). Je weniger dieser Spielraum ausgenutzt ist, desto gesicherter ist eine Bank vor den Risiken aus dem Kreditgeschäft. Ein größerer, auf das ausgewiesene Eigenkapital durchschlagender Verlust konnte u.U. die Bank zwingen, das Kreditvolumen zu verringern, um die im Grundsatz I geforderte Relation wiederherzustellen.

Im Vergleichszeitraum hat sich die Relation von Kreditvolumen zu haftendem Eigenkapital im Durchschnitt der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen etwas verschlechtert und bei den reinen Kreditgenossenschaften geringfügig verbessert. Während bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen das Kreditvolumen im Jahre 1958 durchschnittlich das 5,6fache des haftenden Eigenkapitals ausmachte, war es im Jahre 1962 bereits das 7,0fache. Bei den reinen Kreditgenossenschaften betrug die entsprechende Relation 7,2 : 1 im Jahre 1958 bzw. 6,8 : 1 im Jahre 1962. Bei 111 Genossenschaften verschlechterte sich die Relation, während sie sich bei 45 Instituten verbesserte. Die Verbesserung ist bei einigen größeren Instituten auf deren Politik der Gewinnthesaurierung zurückzuführen, die ein überproportionales Wachstum des Eigenkapitals zur Folge hatte.

Kreditgenossenschaften, bei denen am Jahresende 1962 das Kreditvolumen das 12fache des haftenden Eigenkapitals überschritt, sind bereits Ausnahmefälle. Die Verschlechterung der Relation kann in vielen Fällen mit vorausgegangenen Verlusten erklärt werden. Eine extreme Position hatten die Raiffeisenkassen XI/m, X/f, VII/r, VII/e, VI/f und IV/c, deren Kreditvolumen mehr als das 15fache des haftenden Eigenkapitals betrug.

d. Das Verhältnis von Krediten zu Einlagen
und aufgenommenen Geldern¹

Die Gesamtausleihungen der untersuchten Raiffeisenkassen machten während des Vergleichszeitraums durchweg zwischen 65 und 95 Prozent der Gesamteinlagen aus. Abweichungen von Jahr zu Jahr und Unterschiede zwischen den Gruppen, die möglicherweise auf verschieden hohe Bilanzsummen oder Warenumsätze hätten zurückgeführt werden können, wurden nicht festgestellt. In den Gruppendurchschnitten sind nur statistische Mittelwerte zu sehen, die den Genossenschaften zur Orientierung, nicht jedoch als Richtschnur für eine künftige, an den Einlagen orientierte Kreditpolitik dienen können².

Bei der Relation Gesamtausleihungen zu Einlagen einschließlich der aufgenommenen Gelder handelt es sich um ein Deckungsverhältnis, das zeigen soll, wie sich die Ausleihungen zu den fremden Geldern verhalten und wie sich diese Relation im Zeitablauf verändert. Aus den Veränderungen lassen sich Anhaltspunkte für die Entwicklung der Kreditnachfrage und den Zustrom fremder Mittel gewinnen. In den Veränderungen der Kennziffer spiegeln sich außerdem die Kreditrückzahlungen der Kunden, die Verfügungen der Einleger, die Tilgung aufgenommenen Gelder und die Investitionen wider. Letztere haben auf die Kennziffer nur dann einen Einfluß, wenn sie mittels Investitionskredit finanziert wurden. Da eine Abgrenzung der verschiedenen Einflüsse oft nicht möglich ist, lassen sich die Veränderungen der Relation selten exakt begründen.

Aus einem Vergleich der für die einzelnen Gruppen ermittelten Verhältniswerte ist zu ersehen, daß die Gesamtausleihungen bei den reinen Kreditgenossenschaften einen größeren v.H.-Satz der Einlagen und aufgenommenen

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 22 bis 26.

² Für die Entwicklung des Kreditgeschäftes ist der Zustrom von Einlagen nicht die allein entscheidende Voraussetzung. Nach Mülhaupt (Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, a.a.O., S. 15 bzw. Ansatzpunkte für eine Theorie der Kreditbank, a.a.O., S. 134 ff.) hängt die maximal in einer bestimmten Periode anzubietende Kreditmenge ab von der Höhe der Überschußkasse, dem Bestand an Sekundärliquidität und den Kreditreserven am Geldmarkt.

Gelder erreichen als bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenbanken, ein Umstand, der sich - wie noch darzustellen sein wird - auf die Rentabilität der Institute auswirkt.

Bei 118 Raiffeisenkassen haben die Gesamtausleihungen verglichen mit den Einlagen und aufgenommenen Geldern zwischen 1958 und 1962 zugenommen. Die Gewährung von Kredit ist also stärker gestiegen als die Aufnahme von Kredit. Am Jahresende 1962 beliefen sich die Gesamtausleihungen allgemein auf 60 bis 80 Prozent der Einlagen und aufgenommenen Gelder, gegenüber 50 bis 70 Prozent im Jahre 1958.

Der Bildung der Relationen "Langfristige Ausleihungen in v.H. der Spareinlagen und langfristig aufgenommenen Darlehen" sowie "Debitoren und Wechselkredite in v.H. der Sicht- und Termineinlagen einschließlich der kurz- und mittelfristig aufgenommenen Gelder" liegt die Annahme zugrunde, daß die Spareinlagen in ihrer Gesamtheit langfristig zur Verrückung stehen und daher das aus Spareinlagen aufkommende Geld auch langfristig Verwendung finden kann, während die Sicht- und Termineinlagen kurz- und mittelfristigen Charakter haben und ihr geldlicher Gegenwert nur kurz- und mittelfristig verwertet werden kann¹. Unter dieser Prämisse könnte mit den beiden Relationen nachgewiesen werden, ob und inwieweit die Verwirklichung der goldenen Bankregel² noch als geschäftspolitische Maxime anzusehen ist. Hätte der Bindungsgedanke noch volle Gültigkeit, dann müßten beide Kennzahlen 100 betragen, bzw. sie müßten aus Gründen der Liquidität diesen Satz etwas unterschreiten. Die Vergleichsergebnisse beweisen, daß eine Kongruenz der Kreditfristen zwischen Aktiv- und Passivkrediten kaum noch besteht. Die langfristigen Aus-

¹ Diese Annahme entspricht nur selten der Wirklichkeit. In normalen Zeiten ist jedoch der Bodensatz an Einlagen, der einem Kreditinstitut ständig zur Verfügung steht, bei den Spareinlagen größer als bei den Sichteinlagen.

² Als Prinzip für die Liquiditätssicherung eines Kreditinstituts wurde von Otto H ü b n e r (Die Banken. Leipzig 1854. S. 28 u. 59) die goldene Bankregel formuliert, nach der die Höhe und Fristigkeit der Forderungen einer Bank der Höhe und Fristigkeit ihrer Verbindlichkeiten entsprechen sollen.

leihungen machen nur einen geringen Teil der Spareinlagen einschließlich der langfristig aufgenommenen Darlehen aus. Insoweit wäre die goldene Bankregel mehr als erfüllt. Demgegenüber betragen die kurz- und mittelfristigen Kredite ein Vielfaches der Sicht- und Termineinlagen (einschließlich der Nostroverpflichtungen). Von einer Abstimmung der Kreditfristen kann keine Rede mehr sein. Ein großer Teil des in Form von Spareinlagen zugeflossenen Zentralbankgeldes findet im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft Verwendung, denn bei den Raiffeisen-Kreditgenossenschaften (vor allem bei den kleineren) werden von der mittelständischen Kundschaft in erster Linie kurz- und mittelfristige Betriebskredite, meist in Form des Personalkredits, nachgefragt ¹.

Entsprechend der Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes ist der Anteil der langfristigen Ausleihungen an den Spareinlagen einschließlich der langfristig aufgenommenen Darlehen stetig gestiegen. Während die Relation bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften 1958 noch 16,48 Prozent betrug, veränderte sie sich über 19,20 Prozent (1959), 21,55 Prozent (1960) und 25,09 Prozent (1961) auf 28,65 Prozent im Jahre 1962. Die vermehrte Nachfrage nach langfristigen Krediten führte dazu, daß sich die Kreditfristen zwischen Aktiv- und Passivkrediten in diesem Geschäftsbereich stärker angeglichen haben. Bei den reinen Kreditgenossenschaften stieg der Anteil der langfristigen Kredite an den Spareinlagen einschließlich der langfristig aufgenommenen Gelder von 28,24 Prozent (1958) über 31,78 Prozent (1959), 32,31 Prozent (1960) und 34,35 Prozent (1961) auf 38,28 Prozent (1962). Die Verhältniszahlen verdeutlichen, daß die reinen Kreditgenossenschaften einen größeren Teil des ihnen in Form von langfristigen Einlagen und Krediten zugeflossenen Zentralbankgeldes in ähnlicher Fristigkeit wieder verwendet haben als die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Eine genaue Abstimmung der Kreditfristen wurde nur in einigen Fällen bei der Aufnahme und Gewährung langfristi-

¹ Vgl. Text und Tabelle 14 auf S. 139 f.

ger Darlehen festgestellt. Einen mehr als 50prozentigen Anteil der langfristigen Ausleihungen an den Spareinlagen (einschließlich der langfristig aufgenommenen Darlehen) hatten 1958, 1959 und 1960 jeweils eine, 1961 neun und 1962 dreizehn der beobachteten Genossenschaften.

Die aus längerfristigen Einlagen zugeflossenen Gelder, die nur zum Teil im langfristigen Kreditgeschäft Verwendung fanden, haben die Kapazität für die Gewährung von kurz- und mittelfristigen Krediten erhöht. Sowohl bei den reinen als auch bei den gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften ist der Anteil der Debitoren und der Wechselkredite, gemessen an den Sicht- und Termineinlagen (einschließlich der Nostroverpflichtungen), während der Vergleichszeit mit durchschnittlich 200 Prozent konstant geblieben. Lediglich für das Jahr 1962 wurde ein etwas geringerer Wert ermittelt. Bemerkenswert ist diese Feststellung in zweierlei Hinsicht. Einmal bestehen zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften keine grundsätzlichen Unterschiede, wie sie beispielsweise für das Verhältnis der langfristigen Ausleihungen zu den Spareinlagen (einschließlich der langfristig aufgenommenen Darlehen) ermittelt wurden. Außerdem bestätigt die konstant gebliebene Relation, daß die Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes nicht zu Lasten der kurz- und mittelfristigen Ausleihungen erfolgt ist.

Die Gruppen-Unterschiede in der Relation "Debitoren und Wechselkredite zu Sicht- und Termineinlagen einschließlich der kurz- und mittelfristig aufgenommenen Gelder" sind erheblich. Sie lassen sich darauf zurückführen, daß eine Reihe von genossenschaftlichen Kreditinstituten das langfristige Kreditgeschäft in extremer Weise fördert, während sich eine andere Gruppe in dieser Geschäftsart stark zurückhält¹. Den Gruppenkennziffern zufolge nehmen die Debitoren und Wechselkredite im Verhältnis zu den Sicht- und Termineinlagen (einschließlich der Nostroverpflichtungen) innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen mit steigendem Warenumsatz ab. Diese Beobach-

¹ Vgl. S. 142 und S. 149 f.

tung deckt sich mit der Tatsache, daß die Anteile der Kontokorrentkredite und der kurz- und mittelfristigen Darlehen am Gesamtkreditvolumen innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen mit steigendem Warenumsatz abnehmen, während der Anteil der Sicht- und Termineinlagen an den gesamten Einlagen mit wachsendem Warenumsatz zunimmt ¹.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich der Anteil der Gesamtausleihungen an der Summe der Einlagen und aufgenommenen Gelder während der Vergleichszeit vergrößert hat. Im großen und ganzen ist das Verhältnis "Debitoren plus Wechselkredite zu Sicht- und Termineinlagen einschließlich der kurz- und mittelfristig aufgenommenen Gelder" konstant geblieben, während sich der Anteil der langfristigen Ausleihungen an der Summe der Spareinlagen und langfristig aufgenommenen Darlehen ebenfalls erhöht hat.

e. Liquide Mittel im Verhältnis zu fremden Geldern ²

Ob das langfristige Kreditgeschäft während des Vergleichszeitraums auf Kosten der flüssigen Mittel ausgedehnt wurde, läßt sich an Hand der Relation "Liquide Mittel ³ einschließlich Wertpapiere ⁴ zu Gesamteinlagen und aufgenommenen Geldern" nachprüfen. Die Entwicklung der Gruppenkennziffern ist nicht einheitlich, was mit der unterschiedlichen Kredit- und Liquiditätspolitik der einzelnen Kassen zu erklären ist. Bei der Mehrzahl der erfaßten Genossenschaften hat sich der Anteil der flüssigen Mittel einschließlich der Wertpapiere an den gesamten

¹ Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 126 i.V.m. Tabelle 12 sowie S. 151, ferner S. 152 i.V.m. Tabelle 15.

² Vgl. Zahlenanhang Blatt 22 bis 26.

³ Als flüssige Mittel gelten hier: Kassenbestand, Postscheckguthaben, Guthaben bei der Zentralkasse, bei der Bundesbank oder bei sonstigen Kreditinstituten, Schecks, Schatzwechsel, Kassenobligationen.

⁴ Die Wertpapiere wurden zu den flüssigen Mitteln gerechnet, weil sie in ihrem überwiegenden Teil Sekundärliquidität darstellen (Geldmarkttitel, lombardfähige Wertpapiere) und somit Ausdruck der Liquiditätsvorsorge sind.

Einlagen und aufgenommenen Geldern stark verringert. Bei mehreren Instituten, deren Anteil sich 1962 gegenüber 1958 geringfügig verbesserte, war er 1958 außerordentlich niedrig. Grundsätzlich kann daher die Aussage gemacht werden, daß sich das (langfristige) Kreditgeschäft zu Lasten der Liquidität ausgeweitet hat ¹.

Extreme Verhältnisse lagen 1962 bei den Raiffeisenkassen XVI/f, XV/e, XV/k, XV/p, VII/h, V/b und III/a vor, für die ein Anteil der flüssigen Mittel von mehr als 50 Prozent des Gesamtbestands an Einlagen und aufgenommenen Geldern errechnet wurde. Unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität ist eine so starke Liquiditätsvorsorge un- zweckmäßig. Das andere Extrem zeigt sich bei 55 Kreditge- nossenschaften, deren flüssige Mittel ² weniger als 10 Prozent, bei den Raiffeisenkassen XIII/m, XII/g, XII/f, XI/g, X/g, X/f, VII/f und VI/h sogar weniger als 5 Pro- zent der Einlagen und aufgenommenen Gelder ausmachten. Bei einem solchen Verhältnis spricht der Anschein dafür, daß die Zahlungsbereitschaft nicht mehr gewährleistet ist. Im Einzelfall können allerdings Umstände vorliegen, die einen extremen Anteil der flüssigen Mittel erklären ².

IV. Aussagen über die Liquidität

1. Grundsätzliche Erwägungen zu Problemen der Liquidität bei Kreditinstituten

Nach traditioneller Auffassung wird das finanzielle Gleichgewicht (Liquidität) einer Unternehmung dadurch er- halten, daß sich Aktiva und Passiva hinsichtlich ihrer Fristigkeiten möglichst vollkommen entsprechen. Auf dem

¹ Vgl. entsprechende Feststellungen bezüglich des Anteils der flüssigen Mittel am Geschäftsvolumen auf S. 143.

² In den flüssigen Mitteln sind grundsätzlich auch die Mindestreserven (als Guthaben bei der Bundesbank bzw. bei der Zentralkasse) einbegriffen. Extrem niedrige Anteile der flüssigen Mittel lassen sich z.T. auf eine vorüber- gehende Unterschreitung der Mindestreserven am Ver- gleichsstichtag zurückführen, was gesetzlich zulässig ist, denn der Pflicht zur Unterhaltung der Mindestreser- ve ist genügt, wenn die Ist-Reserve im Monatsdurch- schnitt das Reserve-Soll auf Grund der Verbindlichkeiten erreicht.

Kongruenzprinzip basiert die goldene Bankregel von Otto Hübner. Der in dieser Regel erstmals 1854 zum Ausdruck gebrachte Bindungsgedanke spielt in der Praxis und auch in der heutigen Finanzierungslehre noch eine bedeutende Rolle. So unterscheidet z.B. Mey¹ die partielle und die totale Betrachtungsweise, die vermögensbezogen sind und entweder auf ein einzelnes Investitionsobjekt, eine Gruppe von Objekten (= partielle Betrachtungsweise) oder das Gesamtvermögen einer Unternehmung (= totale Betrachtungsweise) abstellen. Die Liquidität der Unternehmung ist dann gesichert, wenn die Finanzierung der Dauer der Kapitalbindung im einzelnen Investitionsobjekt, in einer Vermögensgruppe oder im Gesamtvermögen angepaßt wird.

Die kumulativ-pagatorische Betrachtungsweise ist nicht mehr vermögens-, sondern unternehmensbezogen. Sie stellt auf den Ausgleich der kumulierten Ein- und Auszahlungen der gesamten Unternehmung ab. Für die Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit ist entscheidend, daß "der gesamte Einnahmenstrom aus allen Investitionsobjekten eines jährlichen Investitionsbudgets über dem gesamten Ausgabestrom dieser Investitionsobjekte in jeder Periode liegt"². Das Liquiditätsproblem wird damit zu einem Gleichgewichtsproblem zwischen den Auszahlungs- und Einzahlungsströmen³. Gegen die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit sichert nur eine Planung, die alle Ein- und Auszahlungen so ordnet, daß die Liquidität jederzeit gesichert ist⁴. Deppe⁵ hat ein Modell zur Liquiditätsplanung von Kreditinstituten konzipiert. Seine Überlegungen gehen davon aus, daß eine Bank nach Gewinnmaximierung strebt.

¹ M e y , J.L., Kritische Bemerkungen zur Finanzierungslehre. "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", N.F., 9. Jg. (1957), S. 521 ff.

² A l b a c h , H., Investition und Liquidität. - Die Planung des optimalen Investitionsbudgets. Wiesbaden 1962. S. 154.

³ F i s c h e r , O., Bankbilanzanalyse. Meisenheim a.G. 1956. S. 119.

⁴ M ü l h a u p t , Der Bindungsgedanke, a.a.O., S. 65 f. u. S. 67.

⁵ D e p p e , H.D., Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten. "Weltwirtschaftliches Archiv", Hamburg, Bd. 86 (1961), S. 305 ff.

In einem algebraisch formulierten, interdependenten Gleichungssystem hat er die Zielfunktion (Gewinnfunktion) aufgezeigt und die Nebenbedingungen zusammengestellt, die dem Gewinnstreben entgegenstehen. Das Planungsmodell versucht, die Ein- und Auszahlungsströme eines Planungszeitraumes so zu ordnen, daß bei dem Streben nach maximalem Gewinn (Zielfunktion) gleichzeitig den restriktiven Nebenbedingungen (Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Sicherheitsreservebedingungen, Grundsätzen des Bundesaufsichtsamtes, Kreditnachfragestruktur) Rechnung getragen wird. Die Funktionsgleichungen des Modells erfassen die wichtigsten Geschäftsvorfälle einer Bank mit ihren Wirkungen auf Liquidität und Rentabilität. Durch die Einbeziehung der Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes und der zu unterhaltenden Sicherheitsreserven werden auch die Sicherheitserfordernisse bedacht. Kritisch ist anzumerken, daß die Dienstleistungsgeschäfte und die Leistungen des technisch-organisatorischen Bankbereichs nicht erfaßt werden. Der Zeitfaktor bleibt weitgehend unberücksichtigt. Nicht eingeplant sind die Laufzeiten der Kredite und die Liquiditätserwartungen für kommende Planungsperioden. Um diese zu berücksichtigen, müßte ein dynamisches Modell entwickelt werden. Das dargestellte statische Modell bietet die theoretischen Ansatzpunkte, die "einen Eindruck von den anwendbaren analytischen Instrumenten vermitteln und gleichzeitig die Richtung zeigen, in die eine wissenschaftliche Erforschung der Probleme zu zielen hat"¹.

Das Modell von Deppe zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, das mit dem Rechenverfahren der linearen Programmierung arbeitet, ist in der Praxis noch nicht eingeführt. Selbst wenn man es wird realisieren können, ist das Halten von finanziellen Reserven im Interesse der Aufrechterhaltung der Liquidität bzw. als Vorbeugemaßnahme gegen die unsicheren Erwartungen erforderlich. Die Liquiditätsreserven bestehen aus Kassenbeständen, LZB-, Bank- und Postscheckguthaben, aus leicht monetisierbaren Wertpapieren, aus rediskont- bzw.

¹ M ü l h a u p t - D e p p e , Gedanken zu Problemen der Liquiditätsplanung von Kreditinstituten, a.a.O., S. 87.

lombardfähigen Wechselbeständen oder aus Verschuldungsmöglichkeiten am Geldmarkt. Die Erträge dieser Positionen sind allgemein wegen ihrer Nähe zum Geld gering. Eine Kreditgewährung zu Lasten der Liquiditätsreserven würde "die Umwandlung niedrig verzinslicher Forderungen mit hohem Liquiditätsgrad in höher verzinsliche Forderungen mit niedrigem Liquiditätsgrad bewirken" ¹.

In Ermangelung eines Maßes für die optimale Liquidität stehen der bankbetrieblichen Praxis mehrere Möglichkeiten offen, um die Zahlungsfähigkeit zu überprüfen. Eine Möglichkeit der Kontrolle ist z.B. die zeitpunktbezogene Aufgliederung des Vermögens und der Schulden einer Bankunternehmung, geordnet nach den Gesichtspunkten von Liquidierbarkeit und Fälligkeit. Die Liquidität im Sinne einer Aufgliederung des Vermögens nach primär, sekundär und tertiär liquiden Aktiva bezeichnet Schäfer ² als absolute Liquidität. Die Auswertung von Kennzahlen der Kapital- und Vermögensstruktur sowie der Deckungsverhältnisse wird als weitere Möglichkeit der Liquiditätskontrolle anerkannt ³. Verschiedene statutarische oder gesetzliche Auflagen, wie beispielsweise die auf dem § 11 KWG basierenden und von der Bankenaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank erlassenen Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute, dienen ebenfalls der Finanzkontrolle. Am meisten gebräuchlich sind Kennzahlen, die über die verschiedenen Liquiditätsgrade einer Unternehmung Auskunft geben, so z.B.:

die Liquidität 1. Grades =

$$\frac{\text{sofort verfügbare Mittel}}{\text{sofort fällige Verbindlichkeiten}} \times 100,$$

die Liquidität 2. Grades =

$$\frac{\text{sofort + kurzfristig verfügbare Mittel}}{\text{kurzfristig fällige Verbindlichkeiten}} \times 100.$$

¹ M ü l h a u p t , Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank, a.a.O., S. 15 f.

² S c h ä f e r , Die Unternehmung, a.a.O., S. 149.

³ G u t e n b e r g , Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 116 ff.

Diese Verhältniszahlen, die einen Maßstab für die Zahlungsfähigkeit abgeben sollen, werden von Le Coutre¹ als relative Liquidität, von Mülhaupt² als bilanzmäßig-summarische Liquidität bezeichnet. Allgemein gilt, daß mit dem Größerwerden des Quotienten die Zahlungsfähigkeit zunimmt.

Den Liquiditätskennziffern liegt eine statische Betrachtungsweise zugrunde. Sie können "die eigentliche Zahlungsbereitschaft des Unternehmens im Zeitablauf nicht sichtbar machen"³. Es werden Daten in Beziehung gesetzt, die bereits rechtlich fixiert bzw. als Bestände ausgewiesen sind. Unter dynamischem Aspekt müßten in der Liquiditätsanalyse alle voraussichtlichen Ein- und Auszahlungen berücksichtigt werden, z.B. die erwarteten Rückzahlungen der Debitoren, die erwarteten Neueinlagen, die Umsatzerlöse, die erwarteten Verfügungen der Einleger, die Auszahlungen auf Grund zugesagter Kredite, die laufenden Ausgaben wie Löhne, Steuern, sachliche Verwaltungskosten usw.

Ein weiterer Nachteil der Liquiditätskennziffern ist, daß die Deckung der Verbindlichkeiten en bloc gesehen wird. Sowohl die kurzfristig verfügbaren Mittel als auch die kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten "sind aber in sich zeitlich durchgestaffelt, und es bleibt völlig offen, inwieweit die Staffelung auf beiden Seiten übereinstimmt"⁴. Zähler- und Nennergrößen können beispielsweise am Ende von drei Monaten kongruent sein; das bedeutet jedoch nicht, daß sie auch an jedem Zeitpunkt innerhalb der drei Monate betragsmäßig übereinstimmen. Den liquiden Mitteln 2. Grades ist nicht anzusehen, innerhalb welcher Frist und bis zu welcher Höhe sie zwecks Begleichung fälliger Verbindlichkeiten monetisiert werden können. Ebenso kann nicht präzise bestimmt werden, was sofort oder kurzfristig fällige Verbindlichkeiten bei den Banken sind und welcher Teil der Sichteinlagen bzw. der Spareinlagen im einzelnen dazu zu rechnen ist.

¹ Le Coutre, W., Grundzüge der Bilanzkunde. II. Teil. Wolfenbüttel 1949, S. 284 f.

² Mülhaupt, L., Vorlesung "Betriebswirtschaftslehre der Banken, Teil I".

³ Schäfer, Die Unternehmung, a.a.O., S. 160.

⁴ Derselbe, a.a.O., S. 159.

In der Liquiditätsbeurteilung nach Liquiditätskennziffern wird außerdem die Möglichkeit der Banken nicht berücksichtigt, am Geldmarkt Kredite aufzunehmen. Unberücksichtigt bleiben auch die Zahlungen, die sich aus Eventualverbindlichkeiten ergeben können. Für Raiffeisen-Kreditgenossenschaften mit umfangreichem Warenverkehr kommt das Problem hinzu, daß Liquiditätskennziffern, die auf den 31.12. abgestellt sind, oft atypische Werte darstellen. Das Warengeschäft wirkt nämlich insofern auf die Liquidität, als diese zu Beginn und im Höhepunkt der Saison auf Grund zahlreicher Außenstände und hoher Lagerbestände häufig angespannter ist als zum Bilanzstichtag am Ende des Jahres.

Die kritischen Einwendungen gegen die bilanzmäßig-summarischen Liquiditätskennziffern gelten auch für die vom Deutschen Raiffeisenverband ausgearbeiteten Kennziffern für die Liquidität 1. und 2. Ordnung. So berechtigt die Einwendungen gegen derartige Liquiditätskennzahlen auch sind, so liefern sie doch wertvolle Anhaltspunkte für die Kontrolle der Liquidität im Zeitablauf. Sie vermitteln einen Eindruck von den Änderungen der Finanzstruktur und der finanziellen Verhältnisse der Genossenschaften zwischen verschiedenen Zeitpunkten.

2. Die Liquiditätsgrundsätze des Bundesaufsichtsamtes ¹

Die Grundsätze II und III, die gemäß § 11 KWG vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank aufgestellt und erstmalig im April 1962 angewendet wurden, erlauben für den Regelfall eine Beurteilung, ob die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet ist. Der Grundsatz II, "der an der goldenen Bankregel in ihrer heutigen, die Transformationsfunktion der Banken berücksichtigenden Fassung orientiert ist" ², statuiert eine bewährte Finanzierungsrichtlinie für das

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 27.

² Die Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen. "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Frankfurt a.M., Jg. 14 (1962), H. 3, S. 9.

langfristige Geschäft, wonach langfristige Aktiva (langfristige Ausleihungen, Konsortialbeteiligungen, Beteiligungen, nicht börsengängige Wertpapiere, Grundbesitz) auch langfristig finanziert sein sollen. "Der Grundsatz III begrenzt die Verwendung fremder Gelder eines Kreditinstituts bei der Finanzierung solcher kurz- und mittelfristiger Aktiva (Debitoren, Debitorenziehungen, börsengängige Dividendenpapiere, Sonstige Aktiva), die nicht jederzeit ohne weiteres mobilisiert werden können" ¹.

Im Betriebsvergleich wurden die 1962 in Kraft getretenen Grundsätze II und III auch als Maßstäbe für die Verhältnisse von 1958 zugrunde gelegt. Ein Verstoß gegen den Grundsatz II wurde 1958 bei keiner Genossenschaft und 1962 lediglich bei den Raiffeisenkassen XII/g, VII/d und II/e festgestellt. Damit wird der im vorletzten Kapitel erbrachte Nachweis bestätigt, daß die mittelhheinischen Raiffeisenkassen während des Vergleichszeitraums durchweg über mehr langfristige Gelder verfügten, als sie im langfristigen Aktivgeschäft benötigten.

Der Finanzierungsüberschuß aus Grundsatz II darf in den Grundsatz III als zusätzlicher Finanzierungsbetrag einbezogen werden. Entsprechend ist ein Finanzierungsfehlbetrag abzuziehen. Die Finanzierungsmittel gemäß Grundsatz III, denen 1958 und 1962 - bis auf die drei Ausnahmen - bei allen Kreditgenossenschaften noch die Finanzierungsüberschüsse aus Grundsatz II hinzugerechnet wurden, reichten 1958 in 33 und 1962 in 57 Fällen nicht aus, den Grundsatz III zu erfüllen. Diese Zahlen überraschen. Die Nichteinhaltung des Grundsatzes III offenbart eine strukturelle Schwäche des genossenschaftlichen Kreditsektors und stellt für ein Drittel aller mittelhheinischen Raiffeisenkassen Jahr für Jahr ein Problem dar. Die von 1958 bis 1962 gestiegene Anzahl der Fälle, in denen der Grundsatz III nicht eingehalten wurde, kann als Indiz für eine Liquiditätsverknappung infolge der starken

¹ "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Frankfurt a.M., Jg. 14 (1962), H. 3, S. 12.

Kreditnachfrage während des Vergleichszeitraums gewertet werden. In Relation zu den entsprechenden Finanzierungsmitteln haben die langfristigen Aktiva gemäß Grundsatz II bei 121 und die kurz- und mittelfristigen Aktiva gemäß Grundsatz III bei 97 Genossenschaften in der Zeit von 1958 bis 1962 zugenommen, eine Tatsache, die ebenfalls auf die Ausweitung des Kreditgeschäftes und die Abnahme der Liquidität hinweist.

Die langfristigen Aktiva nach Grundsatz II machten 1958 in der Regel zwischen 35 und 45 Prozent (allgemeiner Durchschnitt: 38 Prozent) der langfristigen Finanzierungsmittel aus, 1962 zwischen 45 und 65 Prozent (allgemeiner Durchschnitt: 53 Prozent). In dieser Entwicklung spiegeln sich die während des Vergleichszeitraums eingetretene außerordentliche Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes und die teilweise beträchtlichen Erweiterungen der dauernden Anlagen wider. Die kurz- und mittelfristigen Aktiva nach Grundsatz III erhöhten sich von durchschnittlich 77 (1958) auf 89 Prozent (1962) der entsprechenden Finanzierungsmittel. Das überproportionale Anwachsen der in Grundsatz III genannten Vermögenswerte betrifft in erster Linie die Debitoren und z.T. auch die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Werden von einem Kreditinstitut die in den Grundsätzen festgelegten Obergrenzen "nicht nur geringfügig oder wiederholt" ¹ überschritten, so wird in der Regel vom Bundesaufsichtsamt vermutet, daß "die Liquidität zu wünschen übrig läßt" ¹. Bei den Raiffeisenkassen XVI/e, XV/w, XIV/i, XIII/m, XII/c, XII/e, XII/f, XII/m, XI/g, XI/m, X/g, X/f, IX/a, VIII/a, VIII/b, VII/f, VI/b, VI/g, V/g, IV/b, II/c und I/b kann ein solcher Tatbestand vorliegen. Sie haben an beiden Stichtagen 1958 und 1962 den Grundsatz III nicht eingehalten. Eine sorgfältige Überprüfung der Finanzierungsverhältnisse wird jedoch erst dann unumgänglich sein, wenn feststeht, daß die Überschreitung

¹ Die Grundsätze über 'das Eigenkapital und die Liquidität, a.a.O., S. 15 f.

weder geringfügig und einmalig noch auf Sonderverhältnisse (z.B. einmalige größere Investitionen) zurückzuführen ist. Zur Kontrolle des Liquiditätsstatus empfiehlt sich eine laufende interne Überwachung entsprechend den Anforderungen des Bundesaufsichtsamtes. Die im Betriebsvergleich durchgeführte Kontrolle ist zu ungenau, weil sie auf zwei weit auseinanderliegende Zeitpunkte abgestellt ist. Mit der Verwendung der Grundsätze II und III im vorliegenden Vergleich sollte nur die Anregung zur Überprüfung der laufenden Zahlungsbereitschaft jeder Kreditgenossenschaft gegeben werden.

3. Liquiditätsmessungen nach der Praxis des Deutschen Raiffeisenverbandes¹

Besser als die nur auf zwei Stichtage abgestellten Berechnungen der Grundsätze II und III erlauben die für fünf Jahre vorliegenden, nach dem Schema des Deutschen Raiffeisenverbandes errechneten Kennziffern der Liquidität 1. und 2. Ordnung Aussagen über die Zahlungsfähigkeit der Kreditgenossenschaften. Sowohl die Kennzahl der Liquidität 1. Ordnung als auch die der Liquidität 2. Ordnung drückt das Verhältnis der sofort + kurzfristig verfügbaren Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten aus². In den liquiden Mitteln der Liquidität 1. Ordnung sind die Guthaben bei Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von drei Monaten und mehr und die Wertpapiere nicht enthalten; dagegen sind diese Positionen bei den flüssigen Mitteln der Liquidität 2. Ordnung miterfaßt². Die Kennziffer der Liquidität 1. Ordnung zeigt die Barliquidität einer Kreditgenossenschaft. Sie erfaßt Mittel, die bar zur Verfügung stehen oder gewöhnlich sofort in Primärliquidität umgewandelt werden können. Die Kennziffer der Liquidität 2. Ordnung erfaßt darüber hinaus Aktiva, deren Monetisierung Zeit erfordert.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 28.

² Vgl. Einzelheiten der Verhältnisbildung auf S. 61 f.

Tabelle 20 - Die Entwicklung der Kennziffern für die Liquidität 1. und 2. Ordnung bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen (1958 bis 1962) ¹

Jahr	Reine Kreditgenossenschaften		Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr	
	Liquidität 1. Ordnung	Liquidität 2. Ordnung	Liquidität 1. Ordnung	Liquidität 2. Ordnung
1958	21,20	27,45	16,73	25,30
1959	20,51	29,56	15,94	26,32
1960	20,97	29,50	15,44	25,17
1961	18,60	28,53	14,51	24,70
1962	19,19	29,50	13,64	22,81

Auf den ersten Blick können keine einheitlichen Tendenzen gesehen werden. Das ist auf die differierenden und teilweise recht extremen Liquiditätsverhältnisse einzelner Genossenschaftsbanken zurückzuführen. Die Spannweite zwischen außerordentlich liquiden Instituten und solchen mit angespannter Liquidität ist sehr groß. Diese Erfahrung wurde auch anläßlich der Auswertung von Kennziffern gemacht, die den Anteil der flüssigen Mittel an der Bilanzsumme bzw. an den gesamten Einlagen plus aufgenommene Gelder ausdrücken ². Sieht man von den extremen Werten ab, so ist von 1958 bis 1962 ein allgemeines Absinken der Liquidität festzustellen. Eine Ausnahme scheint bei den reinen Kreditgenossenschaften bezüglich der Liquidität 2. Ordnung vorzuliegen. Der gestiegene Anteil der flüssigen Mittel 2. Ordnung kann im Zusammenhang mit der erhöhten Zahl derjenigen Genossenschaften erklärt werden, die zwischen 1958 und 1962 erstmals Mittel in Wertpapieren angelegt haben ³. Ein Überblick über den gesamten Vergleichszeitraum zeigt, daß bei 102 der 156 Kassen eine Abnahme der Liquidität 1. Ordnung und bei 82 Kreditinstituten eine Abnahme der Liquidität 2. Ordnung eingetreten ist. Die bei der Mehrzahl der Genossenschaften festgestellte Verringerung beider Liquiditätskennziffern ist

¹ Zusammengestellt aus den einzelbetrieblichen Kennziffern der Liquidität 1. und 2. Ordnung; vgl. hierzu: Zahlen-
anhang Blatt 28.

² Vgl. S. 143 und S. 174 f.

³ Vgl. S. 144.

wiederum als Folge der Ausweitung des (langfristigen) Kreditgeschäftes zu werten. Bei einer größeren Anzahl von Genossenschaften hat sich die Liquiditätsverknappung nur in der Kennziffer für die Liquidität 1. Ordnung ausgewirkt. Hieraus kann gefolgert werden, daß die Kreditgewährung - ceteris paribus - weniger aus den liquiden Mitteln 2. Ordnung als vielmehr aus den baren Mitteln (der Liquidität 1. Ordnung) finanziert wurde. Die Abnahme der Liquidität 1. Ordnung kann auch durch eine vorübergehende Unterschreitung der Mindestreserven an den Vergleichstichtagen bedingt sein (vgl. Fußnote 2 auf S. 175); sie kann darüber hinaus auf die mehrfache Herabsetzung der Mindestreservesätze im Jahre 1961, eine rationellere Kassenhaltung und/oder darauf zurückgeführt werden, daß der Bedarf an Kasse (Barreserve) ¹ nicht proportional mit dem Geschäftsvolumen steigt ².

Die Kennziffern der Liquidität 1. und 2. Ordnung sind bei den reinen Kreditgenossenschaften durchweg höher als bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten. Die Liquidität ist demnach bei den reinen Kreditgenossenschaften allgemein besser. Ausschlaggebend ist der vergleichsweise umfangreichere Zahlungsverkehr bei den Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr, der eine höhere Transaktionskasse und höhere Mindestreserven erfordert.

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen liegen die Liquiditätskennziffern in jenen Gruppen besonders hoch, in denen Genossenschaften mit verhältnismäßig geringem Warenumsatz erfaßt sind ³. Diese Feststellung entspricht den Ergebnissen bezüglich des Anteils der flüssigen Mittel am Bilanzvolumen ⁴.

¹ Der Bedarf an Kasse (Barreserve) ergibt sich als Summe von Transaktionskasse + (Mindestreserve ./ Transaktionskasse) + Sicherheitskasse + Überschußkasse; dabei ist unterstellt, daß die Transaktionskasse zwecks Einbeziehung in die Mindestreserve auf LZB- bzw. Zentralkassenkonto unterhalten wird.

² Hierfür ist ausschlaggebend, daß die internen Verrechnungen mit wachsendem Geschäftsvolumen zunehmen und daß die Ein- und Auszahlungen auf Grund der Wirkung des Gesetzes der großen Zahl stärker zum Ausgleich tendieren.

³ Ausnahmen sind mit extremen einzelbetrieblichen Liquiditätsverhältnissen zu erklären.

⁴ Vgl. S. 143.

Ob und inwieweit unterschiedlich hohe Bilanzsummen einen Einfluß auf die Liquidität ausüben, geht aus dem Zahlenmaterial nicht eindeutig hervor. Es scheint jedoch, daß die gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen mit Bilanzsummen unter 1 Million DM (vor allem in den Gruppen I bis IV) und wiederum diejenigen mit den höchsten Bilanzsummen (Gruppe XII) besonders hohe flüssige Mittel unterhalten, da sie in allen Vergleichsjahren extreme Liquiditätskennziffern (1. und 2. Ordnung) aufweisen. Die hohe Liquidität der kleineren gemischtwirtschaftlichen Kassen dürfte verschiedene Ursachen haben und u.U. mit der übertriebenen Vorsicht der relativ unkundigen Geschäftsleitung zusammenhängen. Demgegenüber ist die verhältnismäßig hohe Liquidität bei den größten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr auf deren umfangreichen Zahlungsverkehr, eine dadurch bedingte relativ hohe Transaktionskasse und Mindestreservehaltung bzw. ganz allgemein darauf zurückzuführen, daß das aus der Größe des Geschäftsvolumens resultierende Risiko abgesichert werden soll.

Von den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) weisen die in der Gruppe XIII erfaßten kleinsten Raiffeisenbanken in allen Vergleichsjahren die niedrigsten Liquiditätskennziffern (1. und 2. Ordnung) auf. Dem größeren Zahlungsverkehr und Geschäftsumfang entsprechend liegen die Kennziffern in den übrigen Gruppen der reinen Kreditgenossenschaften jeweils höher. Die Liquidität steigt jedoch nicht mit der Bilanzsumme. Sie ist in den Gruppen XV und XVI (Kreditgenossenschaften mit einem Bilanzvolumen von 4 Millionen DM und mehr ¹) sogar ungünstiger als in der Gruppe XIV (Genossenschaften mit einem Bilanzvolumen von 2 bis unter 4 Millionen DM ¹), was darauf hinweist, daß die liquiden Mittel von einer bestimmten Betriebsgröße an nicht entsprechend erhöht zu werden brauchen.

¹ Abgestellt auf den der Vergleichsgruppenbildung zugrunde liegenden Stichtag vom 31.12.1960.

Nimmt man die strenge Liquiditätsvorsorge der öffentlich-rechtlichen Sparkassen als Richtschnur ¹, dann müßte sich eine größere Anzahl von Raiffeisenkassen im Mittelrheingebiet um eine bessere Liquidität bemühen. Während die Sparkassen 50 v.H. der Spareinlagen und 50 v.H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anlegen müssen, betrugen am Ende der Vergleichsperiode bei 55 Raiffeisenkassen (1958 bei 41, 1960 bei 51) die flüssigen Mittel der Liquidität 1. Ordnung weniger als 10 Prozent der Einlagen und kurzfristig aufgenommenen Gelder. Selbst unter Hinzurechnung der Wertpapiere und der Guthaben bei Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von drei Monaten und mehr machten am Jahresende 1962 die flüssigen Mittel bei 65 Kreditgenossenschaften (1958 bei 57, 1960 bei 61) weniger als 15 Prozent der Einlagen und Nostroverpflichtungen aus.

Die große Zahl der Genossenschaften, die - an den kurzfristigen Verbindlichkeiten gemessen - eine zu geringe Reserve an flüssigen Mitteln unterhält, bestätigt die bereits im Hinblick auf den Liquiditätsgrundsatz III getroffene Feststellung, daß bei gut einem Drittel der Kreditgenossenschaften die Liquidität zu wünschen übrig läßt. Es ist bedenklich, wenn beispielsweise bei den Raiffeisenkassen XIII/m, XII/b, XII/g, XII/e, XII/f, XI/g, XI/m, X/g, X/f, X/l, IX/a, VIII/d, VII/f, VI/b, VI/h, VI/l und V/g an allen Vergleichsstichtagen sowohl die Liquidität 1. Ordnung als auch die Liquidität 2. Ordnung jeweils weniger als 10 Prozent beträgt. Wegen der hohen Kosten und der latenten Gefahr des nicht rechtzeitigen Geldanschlusses genügt es nicht, daß als Mittel der Liquiditätsvorsorge in vielen Fällen nur das Vertrauen auf den Kreditrückhalt bei der Raiffeisen-Zentralbank in Koblenz besteht. Entscheidend sind die eigenen Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung, z.B. Einzug fälliger Forderungen, Abbau von Kreditüberziehungen, Einlagenwerbung und Eigenkapitalbildung. Weitere Möglichkeiten bestehen darin, daß

¹ Vgl. die seit 1953 gültigen Sparkassenmustersatzungen (§ 24), ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. (ADSGG), bzw. § 30 der Satzung für die Stadtsparkasse Essen.

entweder kurzfristige Forderungen in rediskontfähige Wechselkredite oder eigene kurzfristige Schulden in langfristige Verbindlichkeiten umgewandelt werden.

Im Zusammenhang mit dem Hinweis, daß sich eine Reihe von Kreditgenossenschaften um eine bessere Liquidität bemühen muß, sei noch erwähnt, daß das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen nach § 45 KWG berechtigt ist, im Falle dauernd unzureichender Liquidität den betreffenden Instituten die Ausschüttung von Gewinnen oder die Gewährung von Krediten zu untersagen bzw. zu verbieten, daß verfügbare Mittel in Grundstücken, Gebäuden oder Beteiligungen angelegt werden.

V. Der Erfolg im Spiegel des Betriebsvergleichs

1. Allgemeine Überlegungen zum Problem der Rentabilität bei Kreditgenossenschaften

Erwerbswirtschaftlich orientierte Kreditinstitute streben wie andere private Unternehmungen auf lange Sicht nach Gewinnmaximierung. Ihr Gewinnstreben realisiert die Kreditbank dadurch, daß sie versucht, die Spanne zwischen den Zinsen, die sie für die aufgenommenen Zahlungsmittel zahlen muß (Habenzinsen), und den Zinsen, die sie für die Hingabe von Zahlungsmitteln fordert (Sollzinsen), so groß wie möglich zu machen.

Betriebswirtschaftlich wird der Gewinn als die Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen definiert, soweit sich als Saldo ein Ertragsüberschuß ergibt. Gewinnmaximierung läuft demnach auf Maximierung dieser Differenz hinaus.

Genossenschaftliche Kreditinstitute haben den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern. Die Probleme der Ertragssteigerung bzw. der Aufwandssenkung müssen im Zusammenhang mit diesem förderungswirtschaftlichen Prinzip gesehen werden. Infolgedessen sind "die anfallenden Kosten und Erträge eines genossenschaftlichen Betriebes nur in Verbindung mit den Einzelwirtschaften bzw. Betrieben der Mitglieder zu beurteilen" ¹. Die Förderungs-

¹ F i s c h e r, Theoretische Grundlagen und allgemeine Voraussetzungen des Betriebsvergleichs im Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 105.

aufgabe der Kreditgenossenschaften kommt in der Geschäftspolitik zum Ausdruck, die auf die Erfüllung der Kreditwünsche der Mitglieder ausgerichtet ist. Kreditgewährung im Sinne einer bestmöglichen Förderung der Mitgliederwirtschaften hat zur Voraussetzung, daß die Genossenschaft ihren Mitgliedern nur den tatsächlich entstandenen Aufwand bei der Bereitstellung des Kredits in Rechnung stellt und nur die durch ihr Tätigwerden entstandenen Kosten berechnet ¹. Einige Autoren ² sehen dementsprechend die Kreditgenossenschaft als Kostendeckungsbetrieb. Ein ausgewiesener Überschuß gilt nicht als Maßstab für die Leistung. Er soll letztlich ebenfalls der Förderung der Mitgliederwirtschaften zugute kommen. Die systematische Stärkung der eigenen Mittel durch Bildung von Rücklagen aus einem angemessenen Gewinn, so wird argumentiert ³, steigert auf lange Sicht die Leistungskraft der Genossenschaft und fördert unmittelbar auf diese Weise das einzelne Mitglied selbst.

Angesichts dieser Deutung des genossenschaftlichen Überschusses haben Rentabilitätsberechnungen und -vergleiche in der üblichen Form nicht die Aussagekraft wie bei den erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen. Die Erklärungen auf genossenschaftlicher Seite können jedoch nicht ganz unwidersprochen bleiben. Die Versicherung, der Zweck einer Genossenschaft bestehe nicht primär in der Erzielung eines Gewinns ⁴, ist nur im Prinzip richtig. Die Ergebnisse des Betriebsvergleichs zeigen nämlich, daß bei einem Teil der Institute eine Überschußpolitik betrieben wird, deren Ziel nicht nur die Bildung von Rücklagen ist, sondern die auch Mittel für Warenrückvergütungen und Dividenden zu gewinnen sucht. Im Zuge dieser Politik wird dem einzelnen Kreditnehmer nicht mehr der bei der Kreditgewährung tatsächlich entstandene Aufwand in Rechnung gestellt, sondern ein Preis gefordert, in dem ein Gewinn-

¹ F i s c h e r , Theoretische Grundlagen, a.a.O., S. 111.

² D e r s e l b e , a.a.O.

S p o o , Was steht dahinter? Informationen über das ländliche Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 11.

³ K l u s a k , Die Raiffeisen-Kreditgenossenschaften, a.a.O., S. 40.

⁴ F i s c h e r , a.a.O., S. 112.

aufschlag einkalkuliert ist. Bei dieser Praktik ist kein Unterschied mehr zwischen erwerbswirtschaftlich orientierten Kreditbanken und förderungswirtschaftlich ausgerichteten Kreditgenossenschaften zu erkennen.

Es gibt ein Argument, das die Erzielung größerer Ertragsüberschüsse rechtfertigen kann: die Stärkung des Eigenkapitals. Gewinne dürfen erzielt und als Warenrückvergütungen bzw. Dividenden verteilt werden. Sie sollten jedoch nicht ausgeschüttet, sondern zur Eigenkapitalbildung verwendet werden, indem die Geschäftsanteile aufgefüllt bzw. neue Geschäftsanteile gezeichnet werden. Mit dem Eigenkapital wächst die Widerstandskraft der Bank. Das Risiko des Verlustausweises wird gemindert. Dem gleichen Zweck dient die Bildung von Rücklagen aus dem Reingewinn. Die Erzielung von Überschüssen - auch jener, die nicht unbedingt notwendig sind - wirkt vorbeugend gegen die Auswirkungen unvermeidlicher Risiken. Dabei lassen sich auch steuerliche Vorteile nutzen. Ein genossenschaftliches Steuerprivileg besteht darin, daß Warenrückvergütungen unter bestimmten Voraussetzungen bei der Ermittlung des Gewinns abgesetzt werden dürfen ¹.

Ungeachtet aller Argumente, die eine gewinnbetonte Einstellung rechtfertigen, wäre einmal grundsätzlich zu überlegen, ob es einer förderungswirtschaftlichen Geschäftspolitik nicht eher entspricht, den einzelnen Kreditnehmern günstigere Konditionen oder sonstige Erleichterungen bei der Kreditgewährung einzuräumen, als die Mitglieder immer nur "in corpore" an den planmäßig erwirtschafteten Überschüssen zu beteiligen ².

¹ § 23 Körperschaftsteuergesetz i.V.m. § 35 Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung.

² Nach § 1 GenG besteht der Zweck einer Genossenschaft in der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder. Obwohl laut Gesetzestext *a l l e* Mitglieder zu fördern sind, sieht der Verfasser die wesentliche Aufgabe einer Kreditgenossenschaft darin, in erster Linie die Kreditnehmer zu fördern. Eine Geschäftspolitik, die auf die kreditwirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitglieder ausgerichtet sein will, muß beim einzelnen Kreditnehmer ansetzen. Die Förderung ist hier unmittelbarer, gezielter und zumeist dringlicher als die aller Genossenschaftsmitglieder. Sie entspricht auch am ehesten der Genossenschaftsidee und dem Leitwort der Raiffeisen-Organisation: Einer für Alle - Alle für Einen.

2. Die Überschuß- und Überschußverwendungspolitik der erfaßten Kreditgenossenschaften

Angesichts der Bedeutung, die dem Eigenkapital - insbesondere den Rücklagen der Kreditgenossenschaften - zukommt ¹, ist es durchaus folgerichtig, eine angemessene Gewinnerzielung anzustreben, die zur Stärkung der eigenen Mittel beitragen kann. Einige gemischtwirtschaftliche Raiffeisenkassen wollen neben der Erzielung eines angemessenen Gewinns noch Warenrückvergütungen denjenigen Mitgliedern gewähren, die über die Genossenschaft Waren-geschäfte abgewickelt haben. Die Höhe der Rückvergütung variiert mit den Warenumsätzen im Bezugs- und Absatzge-schäft. Oft können die Warenrückvergütungen aus den Mit-teln gezahlt werden, die eine Raiffeisenkasse beim Ein-kauf größerer Warenmengen durch empfangene Rabatte ein-spart. Eine Zurechnung ist größtenteils möglich. Es dürf-te aber auch Fälle geben, in denen die Mittel für Waren-rückvergütungen aus Überschüssen stammen, die im Rahmen des allgemeinen Geschäftsbetriebs erwirtschaftet wurden. Aus den Jahresabschlüssen können genaue Angaben hierüber nicht gewonnen werden. Warenrückvergütungen werden zwar in der Regel nicht unmittelbar zu Lasten des Reingewinns gewährt, sondern als Rückstellung verrechnet. Würden Rückvergütungen nicht gewährt, wie es bei knapp der Hälf-te der erfaßten gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossen-schaften der Fall ist, wäre der Reingewinn entsprechend größer. Somit kann die Gewährung von Warenrückvergütungen bei Genossenschaften, die mit einem entsprechenden Gewinn abschließen, als eine Form der Gewinnverwendung angesehen werden ².

Der Reingewinn, der von den reinen und gemischt-wirtschaftlichen Kreditgenossenschaften ausgewiesen wurde,

¹ Vgl. S. 120 f.

² Die Entscheidung darüber, ob Warenrückvergütungen ge-währt werden oder nicht, fällt der Vorstand beim Jahres-abschluß, wenn feststeht, daß ein Überschuß erwirtschaf-tet wurde. In Höhe der geplanten Warenrückvergütung wird eine Rückstellung gebildet, die in der Gewinn- und Ver-lustrechnung als "Aufwandsposten" erscheint und u.U. zur Folge hat, daß der ausgewiesene Gewinn kleiner ist als die verrechnete Rückstellung.

ist von 1958 bis 1962 ständig gewachsen. Er machte bei den reinen Kreditgenossenschaften am Ende der Vergleichsperiode 1,56 Millionen DM aus und hatte damit gegenüber dem Gewinn von 1958 um 133 Prozent zugenommen. Bei den 131 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr vergrößerte sich der Reingewinn um 111 Prozent auf 1,35 Millionen DM am Jahresende 1962. Rechnet man dem Reingewinn bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen die Warenrückvergütungen hinzu, dann erhöhte sich der Überschuß (Gewinn + Rückvergütung) von 1,31 Millionen DM im Jahre 1958 auf 2,18 Millionen DM im Jahre 1962. Der Gesamtbetrag der von den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen gewährten Warenrückvergütungen war 1958 höher als die Summe der ausgewiesenen Reingewinne. Im Jahre 1959 entsprachen die Warenrückvergütungen den ausgewiesenen Gewinnen. 1960 fiel der Betrag der Warenrückvergütungen gegenüber den Gewinnen erstmals merklich zurück. Im Jahre 1961 übertrafen die Reingewinne in ihrer absoluten Höhe die Warenrückvergütungen um rd. ein Viertel, 1962 bereits um rd. ein Drittel.

Die Zahl der Raiffeisenkassen, die Warenrückvergütungen gewähren, hat von 1958 bis 1962 leicht abgenommen. Während von den 131 gemischtwirtschaftlichen Kreditinstituten in den Jahren 1958 und 1959 noch je 70 Warenrückvergütungen gewährten, verringerte sich die Zahl in den folgenden Jahren auf 65, 63 und 61. Reingewinne konnten in den Jahren 1958 bis 1962 jeweils 125, 131, 126, 127 und 124 der 131 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr ausweisen. Sämtliche 25 reinen Kreditgenossenschaften hatten in allen Jahren Gewinne ausgewiesen.

Tabelle 21 - Die anteilmäßige Verwendung des Reingewinns bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958 bis 1962) 1

Jahr	Aufteilung des Reingewinns (v.H.)							
	Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr				Reine Kreditgenossenschaften			
	Ges. Reservefonds	Betriebsrücklage	Dividenden	Sonstiges	Ges. Reservefonds	Betr. rücklage	Dividenden	Sonstiges
1958	52	32	13	3	50	21	27	2
1959	49	34	15	2	43	29	25	3
1960	46	38	14	2	35	42	22	1
1961	42	39	15	4	37	41	21	1
1962	46	38	14	2	39	38	22	1

¹ Zusammengestellt aus den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften im Geschäftsbericht über die Gewinnverwendung.

Sowohl bei den reinen als auch bei den warenwirtschaftlich tätigen Raiffeisenkassen wird der Reingewinn durchweg bis zu drei Vierteln und mehr zur Rücklagenbildung verwendet. In vielen Fällen ist gegenüber 1958 mehr Wert auf Stärkung der statutarisch vorgeschriebenen Betriebsrücklage als auf Vergrößerung des gesetzlichen Reservefonds (gemäß § 7 Ziff. 4 GenG) gelegt worden. Während 1958 erst 103 der 156 Kassen Teile des Reingewinns der Betriebsrücklage zuführen, stieg diese Zahl auf 114 (1959), 129 (1960), 133 (1961) und 139 Institute im Jahre 1962. Sowohl die Betriebsrücklage als auch der gesetzliche Reservefonds zählen zu den Rücklagen im Sinne des § 10 Abs. 2 und 3 KWG. Während die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr einen größeren Teil des Reingewinns dem gesetzlichen Reservefonds zuweisen als die reinen Kreditgenossenschaften, verwenden letztere einen größeren Anteil des Reingewinns zur Dividendenausschüttung als die gemischtwirtschaftlichen Kassen.

Anzeichen dafür, daß die Ausschüttung von Dividenden in einer Beziehung zur Betriebsgröße steht, liegen nicht vor. Gemischtwirtschaftliche Kassen mit einem Bilanzvolumen von weniger als 2 Millionen DM scheinen jedoch mit dem Größerwerden des Warengeschäftes weniger Dividenden auf die Geschäftsguthaben und mehr Rückvergütungen auf die Warenumsätze, insbesondere auf solche im Bezugsgeschäft, zu gewähren. Im großen und ganzen hatte die Bereitschaft der gemischtwirtschaftlichen Institute, Dividenden zu gewähren, in den letzten Jahren des Berichtszeitraums zugenommen. Maßgebend hierfür war die Stagnation bzw. die Schrumpfung des Warengeschäftes bei vielen Genossenschaften, die dazu übergingen, verstärkt das Bankgeschäft und erst in zweiter Linie das Warengeschäft zu betreiben. Waren es 1958 noch 34 der 131 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, die Dividenden auszahlten, so vergrößerte sich die Zahl auf 38 im Jahre 1960 und 53 im Jahre 1962. Damit hat sich einerseits die Zahl der Genossenschaften, die Warenrückvergütungen ge-

währen, von 1958 bis 1962 verringert, während andererseits die der Institute, die Dividenden verteilen, gestiegen ist. Im letzten Jahr der Vergleichsperiode schüttete ein Zehntel der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen neben der Warenrückvergütung gleichzeitig eine Dividende aus.

Das Verhältnis der Warenrückvergütungen und Dividenden zu den Reingewinnen plus Warenrückvergütungen zeigt, in welchem Umfang die von den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr insgesamt erwirtschafteten Überschüsse an die Mitglieder verteilt wurden. Vom Gesamtbetrag der Überschüsse (Reingewinn + Warenrückvergütung) wurden 1958 = 57 Prozent, 1959 = 57 Prozent, 1960 = 54 Prozent, 1961 = 51 Prozent und 1962 = 47 Prozent als Rückvergütungen oder Dividenden an die Mitglieder gemischtwirtschaftlicher Raiffeisenkassen ausbezahlt. Unter Berücksichtigung der Warenrückvergütungen schütteten die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr einen größeren Teil ihres Überschusses an die Mitglieder aus als die reinen Kreditgenossenschaften. Allerdings gewähren letztere höhere Dividenden als die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (vgl. Tabelle 21). Im Jahre 1962 lag der Dividendensatz bei den reinen Kreditgenossenschaften meist zwischen 8 und 10 Prozent, bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten in der Regel zwischen 6 und 8 Prozent. Warenrückvergütungen wurden in der Mehrzahl der Fälle bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr in einer Höhe zwischen 0,5 und 1,5 Prozent auf den Verkaufsumsatz und zwischen 1 und 3 Prozent, in Extremfällen bis zu 5 Prozent, auf den Bezugsumsatz gewährt.

Insgesamt gesehen entsprechen die mittelhheinischen Raiffeisenkassen in ihrer Überschuß- und Überschußverwendungspolitik noch weitgehend dem genossenschaftlichen Förderungsprinzip. Hierfür sprechen einmal die Warenrückvergütungen, die dem einzelnen Mitglied einen preisgünstigen Warenbezug oder Warenabsatz sichern, und zum

anderen die große Zahl der (kleineren) Genossenschaften, die ihren Einlegern und ihren Kreditnehmern Vorzugskonditionen einräumen und dabei nach einem angemessenen Gewinn streben, um die Rücklagen zu stärken. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, daß eine Begünstigung einzelner zu Lasten der Gesamtheit der Mitglieder dann vorliegt, wenn die Warenrückvergütungen nicht aus den im Warengeschäft erzielten Überschüssen gezahlt werden, z.B. aus empfangenen Rabatten, Skonti usw., sondern aus Gewinnen, die im Bankgeschäft erwirtschaftet wurden.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß einige wenige Genossenschaften ihre Geschäftspolitik, statt sie dem Förderungsprinzip unterzuordnen, mehr und mehr der Praxis der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Politik der privaten Kreditbanken angleichen. Beispiele hierfür sind eine bestimmte Anzahl von reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, die Jahr für Jahr einen Großteil ihres Reingewinns zur Ausschüttung als Dividende bestimmen, sowie die hohen Dividendensätze (10 Prozent und mehr), die bei einigen Kassen üblich sind.

3. Die Entwicklung von Aufwand und Ertrag im Vergleich zu Bilanzsumme und Gesamtumsatz

Aus der Entwicklung von Bilanzsumme und Gesamtumsatz im Vergleich zur Entwicklung von Aufwand und Ertrag lassen sich Rückschlüsse im Hinblick darauf ziehen, ob und inwieweit bei den Kreditgenossenschaften während der Vergleichszeit Leistungssteigerungen in dem Sinne eingetreten sind, daß ein bestimmtes Geschäftsvolumen mit geringeren Kosten oder ein größeres Geschäftsvolumen bei gleichen Kosten bewältigt wurde. Ein entsprechender Nachweis würde auf eine erfolgreiche Rationalisierung schließen lassen.

Tabelle 22 - Die Zunahme von Bilanzsumme, Gesamtumsatz, Aufwendungen und Erträgen¹ bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958 bis 1962)²

Im Vergleich	Jährliche Zunahme (v.H.)							
	Bilanzsumme		Gesamtumsatz		Gesamtaufwendungen		Gesamterträge	
	a	b	a	b	a	b	a	b
1959 gegenüber 1958	17,7	19,1	19,8	18,6	8,7	10,9	10,8	10,3
1960 gegenüber 1959	15,1	18,8	14,6	17,5	25,0	26,0	26,1	24,4
1961 gegenüber 1960	17,1	14,8	15,7	13,7	4,6	8,0	6,7	8,4
1962 gegenüber 1961	16,6	17,2	14,8	19,7	17,4	14,6	16,8	15,1
1962 gegenüber 1958	84,7	90,4	82,6	89,7	66,7	73,0	74,1	71,3

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.

Die Steigerung der Aufwendungen und Erträge ist in den meisten Fällen hinter dem allgemeinen Wachstum der Kreditgenossenschaften (Bilanzsummen, Umsätze) zurückgeblieben. Eine Ausnahme macht das Jahr 1960, in dem als Folge der hohen Soll- und Habenzinssätze die Gesamtaufwendungen und Gesamterträge bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften stärker gestiegen sind als die Bilanzsummen und Gesamtumsätze. Die gleiche Situation liegt bei den reinen Kreditgenossenschaften im Jahre 1962 vor. Die bedeutendere Zunahme der Gesamtaufwendungen gegenüber Bilanzsumme und Gesamtumsatz hat ihre Ursache in den persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten, die 1962 den stärksten Zuwachs während der Vergleichszeit erfuhren.

¹ Die in der Tabelle 22 dargestellten Gesamtaufwendungen und Gesamterträge sind echte Aufwands- bzw. Ertragsgrößen; sie sind nicht identisch mit der Summe der Gewinn- und Verlust-Rechnung. Die Gesamtaufwendungen wurden in der Weise ermittelt, daß von der Summe der Gewinn- und Verlust-Rechnung der Gewinn(saldo), Rückstellungen für Warenrückvergütung, sonstige Vorweg-Gewinnverwendungen und mögliche Verlustvorträge subtrahiert wurden.

² Zusammengestellt nach den entsprechenden Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften im Jahresabschluß.

Aus der Entwicklung der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten im Vergleich zur Entwicklung der Bilanzsumme lassen sich bessere Angaben über eine wirtschaftliche Arbeitsweise der Genossenschaften gewinnen als aus einem Vergleich der relativen Änderungen von Bilanzsumme und Gesamtaufwendungen. Die Verwaltungskosten sind ein besserer Maßstab für die Entwicklung der innerbetrieblichen Aufwendungen als die gesamten Aufwendungen, die zu stark durch die Änderungen marktabhängiger Größen, wie z.B. der Zinssätze, bestimmt werden.

Tabelle 23 - Die Entwicklung von Bilanzsumme und Verwaltungskosten bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958 bis 1962) ¹

	1959		1960		1961		1962	
	a	b	a	b	a	b	a	b
Erhöhung der BS (in v.H. z.Vorj.)	17,7	19,1	15,1	18,8	17,1	14,8	16,6	17,2
Erhöhung der Ver- waltungskosten (in v.H. z.Vorj.)	15,1	12,5	10,6	12,9	15,7	11,5	19,6	17,5
Verw.-Ko.in v.H. d.durchschn. BS	2,5	3,7	2,4	5,4	2,4	3,4	2,4	3,4
					a		b	
Zunahme der Bilanzsumme (1962 gegenüber 1958)					84,7		90,4	
Zunahme der Verwaltungskosten (1962 gegenüber 1958)					75,0		66,1	
a = Reine Kreditgenossenschaften.								
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.								

Die Bilanzsumme der reinen Kreditgenossenschaften hat sich von 1958 bis 1962 um 84,7 Prozent erhöht. Dem steht ein Zuwachs der Verwaltungskosten von 73,0 Prozent gegenüber. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr wuchs das Bilanzvolumen um 90,4 Prozent; die Verwaltungskosten nahmen um 66,1 Prozent zu. Während des gesamten Vergleichszeitraums sind die Kosten also weniger stark gestiegen als die Bilanzsummen und die Gesamtumsätze ². Diese Feststellung läßt auf eine rationellere

¹ Zusammengestellt nach den entsprechenden Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften im Jahresabschluß.

² Vgl. Tabellen 22 und 23.

Betriebsgestaltung schließen. Sie ist gleichbedeutend mit dem Nachweis, daß ein höheres Leistungsvolumen (Bilanzsummen, Umsätze) mit unterproportional gestiegenen bzw. mit gleichen Kosten bewältigt wurde (Kostendegression). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Bilanzsumme und der Gesamtumsatz nur jeweils unvollkommene Ausdrücke für das Leistungsvolumen eines Kreditinstituts sind, weil z.B. das Volumen der erbrachten Dienstleistungen in der Bilanzsumme keinen, im Gesamtumsatz keinen vollen Niederschlag findet.

Die sprunghafte Entwicklung der Verwaltungskosten hat verschiedene Ursachen. Eine Erhöhung ist in erster Linie auf Änderungen des Geschäftsvolumens zurückzuführen. Häufig führten die Eröffnung von Zweigstellen und die Fusion durch Aufnahme anderer Genossenschaften zu einer Vergrößerung des Geschäftsvolumens. Der Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes und das starke Vordringen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung in ländlichen Gebieten erforderten in vielen Fällen eine Ausweitung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs. Die Expansion des Warengeschäftes bei einem Teil der Genossenschaften und dessen Schrumpfung bei einem anderen Teil hatten äußerst unterschiedliche Auswirkungen auf die Kosten. Wie Tabelle 9 (Seite 108) zeigt, hat die Zahl der Beschäftigten insgesamt zugenommen. Neben der Einstellung neuen Personals hat auch die mehrfache Erhöhung der Löhne und Gehälter im Berichtszeitraum die Entwicklung der (persönlichen) Verwaltungskosten stark beeinflußt.

Im Jahre 1962 nahmen die Kosten bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften stärker zu als die Bilanzsummen. Bei den reinen Kreditgenossenschaften übertraf die Steigerung der Kosten sogar den Zuwachs des Gesamtumsatzes ¹. An der Relation zwischen Verwaltungskosten und (durchschnittlicher) Bilanzsumme hat sich gleichwohl nichts geändert ², so daß ein Schluß

¹ Vgl. Tabellen 22 und 23.

² Vgl. Tabelle 23.

auf eine unwirtschaftliche Betriebsgestaltung nicht gerechtfertigt ist. Die hohe Steigerung der Kosten im Jahre 1962 ist eine Folge der Ausweitung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs, die eine Voraussetzung für die Ausnutzung der finanziellen Kapazität (und die Erhöhung der Bilanzsummen) war.

Die erfaßten Kreditgenossenschaften haben während der Vergleichszeit eine Vergrößerung des Geschäftsvolumens erreicht, hinter der die Kostensteigerung relativ zurückgeblieben ist. Der Umsatzausweitung entsprach eine Ertragssteigerung, die allerdings bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr nur im Jahre 1960 und bei den reinen Kreditgenossenschaften nur in den Jahren 1960 und 1962 die Zuwachsrate des Gesamtumsatzes übertraf. Auf gruppenweise oder einzelbetriebliche Entwicklungsunterschiede hinsichtlich des Aufwandes und Ertrages im Vergleich zu Bilanzsumme und Gesamtumsatz konnte wegen zu umfangreicher Rechenarbeiten nicht eingegangen werden. Interessierte Genossenschaften mögen zu Vergleichszwecken die Untersuchungen entsprechend dem für reine und gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften in den Tabellen 22 und 23 gegebenen Beispiel selbst durchführen.

4. Die Zinsspannenrechnung

Die Zinsspannenrechnung wurde im Laufe der Zeit zu einem wichtigen Instrument der bankbetrieblichen Erfolgskontrolle entwickelt. Trotz mancher Kritik ¹ hat bisher weder die bankwissenschaftliche Forschung noch die bankbetriebliche Praxis neue Verfahren der Kontrolle entwickelt, die der veränderten Erfolgssituation der Kreditinstitute Rechnung tragen. Im Betriebsvergleich wurde daher die Rentabilitätskontrolle nach dem herkömmlichen Verfahren durchgeführt.

a. Die Gesamtzinsspanne ²

Über die Entwicklung der Gesamtzinsspanne, die die Differenz zwischen den Gesamtzinserträgen (in v.H. der

¹ Vgl. S. 65 f.

² Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

zinsbringenden Aktiva) und den Gesamtzinsaufwendungen (in v.H. der zinsfordernden Passiva) ausdrückt¹, informiert die folgende Tabelle, bei der nur reine und gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften unterschieden werden.

Tabelle 24 - Die Entwicklung der Gesamtzinsspanne bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen² Kreditgenossenschaften (1958 bis 1962)

Jahr	Gesamtzinserträge in v.H. der zinsbringenden Aktiva		Gesamtzinsaufwendungen in v.H. der zinsfordernden Passiva		Gesamtzinsspanne	
	a	b	a	b	a	b
1958	7,20	6,34	3,26	3,57	3,94	2,77
1959	6,91	6,24	3,07	3,36	3,84	2,88
1960	7,89	7,12	3,80	4,03	4,09	3,09
1961	7,50	6,61	3,38	3,59	3,92	3,02
1962	7,01	6,46	3,21	3,47	3,80	2,99

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr

Reine Kreditgenossenschaften weisen eine erheblich günstigere Gesamtzinsspanne auf als Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Allerdings haben sich die Unterschiede von 1958 bis 1962 fortlaufend verringert und die Spannen mehr und mehr angeglichen. Die günstigere Gesamtzinsspanne der reinen Kreditgenossenschaften, verglichen mit derjenigen der gemischtwirtschaftlichen Institute, erklärt sich sowohl aus den höheren (Gesamt-)Zinserträgen als auch aus den niedrigeren (Gesamt-)Zinsaufwendungen. Die höheren Gesamtzinserträge kommen deshalb zustande, weil die reinen Kreditgenossenschaften ein relativ größeres Kreditgeschäft pflegen. Auf der anderen Seite sind die Zinsaufwendungen der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr höher als die der reinen Kreditgenossenschaften, weil erstere stärker auf die Aufnahme von kurz-

¹ Provisionsaufwendungen und Provisionserträge bleiben in der Zinsspannenrechnung unberücksichtigt; sie werden - im Gegensatz zu einer früheren Gewohnheit - bei den Zinsaufwendungen bzw. Zinserträgen nicht miteinfaßt.

² Zusammengestellt aus den einzelbetrieblichen Kennziffern der Gesamtzinsspanne; vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

und langfristigen Krediten angewiesen sind ¹ und weil bei ihnen die teureren Spareinlagen einen größeren Prozentsatz der gesamten Einlagen ausmachen als bei den reinen Kreditgenossenschaften ². Der Zinsvoraus, den gemischtwirtschaftliche Raiffeisenkassen im allgemeinen häufiger gewähren als reine Kreditgenossenschaften, trägt ebenfalls zu den höheren Zinsaufwendungen bei.

Die Gesamtzinsspannen und die Gesamtzinserträge (in v.H. der zinsbringenden Aktiva) sind in den Gruppen der Genossenschaften mit einer Bilanzsumme von einer Million DM und mehr etwas höher als in den Gruppen der kleineren Raiffeisenkassen. Das hängt damit zusammen, daß sich die Kreditgenossenschaften mit wachsendem Geschäftsvolumen auch zunehmend im Kreditgeschäft betätigen.

Beiden Zinsaufwendungen zeigt sich eine ähnliche Tendenz wie bei den Zinserträgen. In Relation zu den zinsfordernden Passiva nehmen die Gesamtzinsaufwendungen mit wachsender Bilanzsumme zu. Die Ursachen des Anstiegs werden an Hand der Einlagenstruktur deutlich ². Bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) nehmen die Anteile der rentabilitätsmäßig ungünstigen Termineinlagen und der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an den Gesamteinlagen mit steigender Bilanzsumme zu, während der Anteil der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist entsprechend sinkt.

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen sind die Gesamtzinsaufwendungen (in v.H. der zinsfordernden Passiva) in den Gruppen besonders hoch, die Genossenschaften mit hohem Warenumsatz umfassen, denn diese Kassen weisen einen vergleichsweise höheren Anteil der kurz-, mittel- und langfristig aufgenommenen Gelder am Geschäftsvolumen aus ¹.

Ebenso wie sich die Unterschiede zwischen den Gruppen auf die Unterschiede in der Bilanzstruktur der Gruppen zurückführen lassen, sind differierende einzelbetriebliche Zinsspannen mit verschiedenen Bilanzstrukturen zu

¹ Vgl. Tabelle 11 auf S. 115.

² Vgl. Tabelle 12 auf S. 125.

erklären. Am Ende der Vergleichsperiode schwankten die Gesamtzinserträge zwischen 5,70 und 7,60 Prozent (der zinsbringenden Aktiva), die Gesamtzinsaufwendungen zwischen 3,00 und 3,80 Prozent (der zinsfordernden Passiva) und die Gesamtzinsspannen zwischen 2,50 und 4,25 Prozent. Gesamtzinsspannen unter 2,50 Prozent hatten einige gemischtwirtschaftliche Banken mit einem Bilanzvolumen von weniger als einer Million DM. Die Raiffeisenkassen XVI/d, XV/d, XV/e, XV/k, XV/p, XIII/a, XIII/e, XIII/m, XII/d, XII/e, XII/h und X/g wiesen im letzten Jahr der Vergleichsperiode und mehrmals in den Jahren zuvor Gesamtzinsspannen unter 2 Prozent aus. Die Ursache dieser geringen Spannen ist in den verhältnismäßig niedrigen Zinserträgen zu suchen, die ihrerseits die Folge relativ geringer Kreditgewährung bzw. relativ hoher geringverzinslicher Aktivbestände (Ausgleichs- und Deckungsforderungen, Bankguthaben) sind. Eine ungünstige Struktur des Kreditvolumens wurde in keinem Fall als Ursache einer extrem niedrigen Gesamtzinsspanne festgestellt. In den wenigen Fällen, in denen eine niedrige Spanne auf relativ hohe Zinsaufwendungen zurückzuführen war, ließen sich entweder ein überdurchschnittlicher Anteil der aufgenommenen Gelder am Geschäftsvolumen oder ein überdurchschnittlicher Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an den Gesamteinlagen als Ursachen ermitteln.

Zinsspannen über 4,50 Prozent wurden 1962 und meist auch in den Jahren zuvor bei den Raiffeisenkassen XV/t, XIV/h, XI/f, VI/d, IV/e, II/c, II/a und I/c festgestellt. Die hohen Spannen kamen weniger durch relativ niedrige Zinsaufwendungen als vielmehr durch relativ hohe Zinserträge zustande. Ursachen der relativ hohen Zinserträge waren in der Mehrzahl der Fälle unterdurchschnittliche Anteile der liquiden Mittel am Geschäftsvolumen, unterdurchschnittliche Belastungen in Form von niedrig verzinslichen Ausgleichs- und Deckungsforderungen und insbesondere ein Kreditgeschäft, bei dem die ertragreichen Kreditarten, wie z.B. die Kontokorrentkredite, die Wechselkredite und die mittelfristigen Darlehen, vorherrschten. In den Fällen, in denen hohe Gesamtzinsspannen aufgrund

relativ niedriger Zinsaufwendungen zustande kamen, waren eine fehlende oder geringe Fremdgeldaufnahme, ein überdurchschnittlicher Anteil der Sichteinlagen oder ein unterdurchschnittlicher Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an den Gesamteinlagen die Ursachen.

Stellt man den Gesamtzinsspannen die Kennziffern für die Liquidität gegenüber, dann zeigt sich erwartungsgemäß, daß nicht alle Genossenschaften mit hoher Zinsspanne auch hinreichend liquide sind. In vielen Fällen waren es gerade die Genossenschaften mit hohen Zinsspannen, die im letzten Jahr des Vergleichszeitraums den Liquiditäts-Grundsatz III nicht einhalten konnten bzw. die eine unterdurchschnittliche Liquidität 1. und 2. Ordnung zu verzeichnen hatten. Hieraus kann nicht generell geschlossen werden, daß hohe Zinsspannen mit geringer Liquidität einhergehen, doch ist dieser Schluß in rd. der Hälfte aller Fälle von extremen Zinsspannen berechtigt. Daß eine Verallgemeinerung nicht möglich ist, zeigt sich auch an den Genossenschaften mit besonders niedrigen Zinsspannen, die nicht immer eine hohe Liquidität aufweisen. Im Jahre 1962 hatten mehrere Kassen trotz niedriger Gesamtzinsspanne zugleich eine geringe Liquidität. Die Mehrzahl der Kreditinstitute mit unterdurchschnittlichen Zinsspannen war jedoch relativ liquide, so daß eine weitere Kreditgewährung möglich gewesen wäre.

Die Gesamtzinsspanne soll die sonstigen Kosten wie Verwaltungskosten, Abschreibungen und Steuern decken und darüber hinaus für einen angemessenen Gewinn Raum lassen. Nach den Ergebnissen des Betriebsvergleichs scheint die angemessene Höhe der Gesamtzinsspanne im Berichtszeitraum zwischen 2,50 und 3,50 Prozent bei den gemischtwirtschaftlichen und zwischen 3,50 und 4 Prozent bei den reinen Kreditgenossenschaften zu liegen.

b. Die Kredit-Einlagen-Zinsspanne ¹

Die Kredit-Einlagen-Zinsspanne gibt die Differenz zwischen den Zinserträgen aus Kreditgewährung (in v.H.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

der Aktivkredite ¹⁾ und den Zinsaufwendungen für Einlagen (in v.H. der Gesamteinlagen) an. Da sie im Gegensatz zur Gesamtzinsspanne lediglich einen Teil der Erträge und Aufwendungen berücksichtigt, wird sie als Teilzinsspanne bezeichnet.

Tabelle 25 - Die Entwicklung der Kredit-Einlagen-Zinsspanne bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958 bis 1962)²⁾

Jahr	Kreditzins- erträge in v.H. der Aktivkredite		Einlagenzins- aufwendungen in v.H. der Gesamteinlagen		Kredit- Einlagen- Zins- spanne	
	a	b	a	b	a	b
1958	8,55	7,45	3,00	3,09	5,35	4,36
1959	7,88	7,21	2,85	2,84	5,05	4,37
1960	8,74	8,07	3,43	3,50	5,31	4,57
1961	8,06	7,57	3,19	3,15	4,87	4,22
1962	7,68	7,12	3,04	3,07	4,64	4,05

a = Reine Kreditgenossenschaften.
b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.

Die Kreditzinserträge (in v.H. der Aktivkredite - vgl. Tabelle 25 -) sind erwartungsgemäß höher als die Gesamtzinserträge (in v.H. der zinsbringenden Aktiva - vgl. Tabelle 24 -). Dabei haben sich die Unterschiede zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kassen von 1958 bis 1962 ständig verringert. Im Jahre 1958 waren die Kreditzinserträge noch um mehr als 1,1 Prozent höher als die Zinserträge insgesamt; der Unterschied betrug 1962 allgemein weniger als 0,7 Prozent. Die Angleichung rührt daher, daß im Zuge der Expansion der Bankbilanzen die Kredite auf Kosten der übrigen, niedriger verzinslichen Aktivpositionen (Ausgleichs- und Deckungsforderungen, Bankguthaben) an Bedeutung zugenommen haben.

Erwartungsgemäß sind die Einlagenzinsaufwendungen (in v.H. der Gesamteinlagen - vgl. Tabelle 25 -) niedriger als die Gesamtzinsaufwendungen (in v.H. der zinsfordernden Passiva - vgl. Tabelle 24 -). Die Unterschiede

¹⁾ Zu den Aktivkrediten zählen die Wechselkredite (Bestandswechsel, weitergegebene Wechsel, abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf), die Debitoren und die langfristigen Ausleihungen.

²⁾ Zusammengestellt aus den einzelbetrieblichen Kennziffern der Kredit-Einlagen-Zinsspanne; vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

sind jedoch nicht erheblich. An den fünf Vergleichsstichtagen betrugen sie bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr kaum mehr als 0,5 Prozent, bei den reinen Kreditgenossenschaften kaum mehr als 0,3 Prozent. Die geringe Differenz ist damit zu erklären, daß sich der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen fortlaufend vergrößert, während derjenige der aufgenommenen Gelder an Bedeutung verliert ¹.

Durchweg ist die Kredit-Einlagen-Zinsspanne bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kassen um 1 bis 1,5 Prozent größer als die Gesamtzinsspanne. Allerdings hat die Differenz zwischen der Gesamtzinsspanne und der Kredit-Einlagen-Zinsspanne während des Vergleichszeitraums abgenommen. Bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten betrug sie im Jahre 1962 nur noch rd. 1 Prozent, bei den reinen Kreditgenossenschaften knapp 1 Prozent.

Die aus Tabelle 25 ersichtlichen Unterschiede zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften erklären sich aus einer unterschiedlichen Bilanzstruktur. Der an allen Vergleichsstichtagen höhere Prozentsatz der Kreditzinserträge der reinen Kreditgenossenschaften beruht vor allem auf dem höheren Anteil der langfristigen Ausleihungen am gesamten Kreditvolumen.

Tabelle 26 - Der Anteil der langfristigen Ausleihungen am Gesamtkreditvolumen im Durchschnitt der reinen und gemischtwirtschaftlichen Kassen (1958 bis 1962) ²

	Anteil der langfristigen Ausleihungen am Gesamtkreditvolumen (v.H.)				
	1958	1959	1960	1961	1962
Reine Kreditgenossenschaften	23,75	27,31	28,93	30,49	33,83
Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr	19,07	23,35	24,69	27,90	30,29

Hinzu kommt, daß die reinen Kreditgenossenschaften in der Regel mehr höherverzinsliche Kontokorrent- und Wechsel-

¹ Vgl. S. 117 f.

² Zusammengestellt aus den einzelbetrieblichen Anteilen der langfristigen Ausleihungen am Gesamtkreditvolumen.

kredite gewähren als die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, während die Warenkredite der letzteren oft einen geringeren Zinsertrag erbringen.

Was das Verhältnis der Einlagenzinsen zu den Gesamteinlagen betrifft, so bestehen zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen nur geringe Unterschiede (vgl. Tabelle 25), weil die unterschiedliche Einlagenstruktur¹ auf die Höhe der Einlagenzinsen nur wenig einwirkt. Entwicklung und Höhe der Kredit-Einlagen-Zinsspanne werden also - ähnlich wie bei der Gesamtzinsspanne - in erster Linie durch den Vermögensaufbau, insbesondere durch die Struktur des Kreditvolumens, bestimmt.

Wie die Gesamtzinsspanne nehmen auch die Kreditzinserträge (in v.H. der Aktivkredite) und die Kredit-Einlagen-Zinsspanne mit wachsender Bilanzsumme tendenziell zu. Das ist der Tatsache zuzuschreiben, daß mit der Expansion der Bankbilanzen das Gewicht der hochverzinslichen Aktivposition "Kredite" zunimmt, während das der niedriger verzinslichen Positionen abnimmt. So wachsen z.B. die Liquiditätsreserven (= die Positionen der flüssigen Mittel) nicht proportional zum Geschäftsvolumen, weil mit dessen Ausweitung die internen Verrechnungen zunehmen und die Ein- und Auszahlungen stärker zum Ausgleich tendieren. Die Zunahme der Einlagenzinsen (in v.H. der Gesamteinlagen) mit steigender Bilanzsumme rührt daher, daß der Anteil der hochverzinslichen Einlagearten an den Gesamteinlagen (Termineinlagen, Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist) mit steigender Bilanzsumme tendenziell wächst².

Hinsichtlich der Ergebnisse der Zinsspannenrechnung ist kritisch anzumerken, daß die Gruppenbildung von den einzelbetrieblichen Verhältnissen abstrahiert. Es würde jedoch im Rahmen dieser Untersuchung zu weit führen, über den Gruppenbereich hinaus auf besondere Einzelverhältnisse einzugehen.

¹ Vgl. S. 125 ff.

² Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 127.

Abschließend sind noch die Schwankungsbreiten anzugeben, in denen sich am Ende der Vergleichsperiode Kreditzinserträge, Einlagenzinsaufwendungen und Kredit-Einlagen-Zinsspannen bewegten. Die Verzinsung der Kredite schwankte zwischen 6,10 und 8,10 Prozent, die der Einlagen zwischen 2,90 und 3,20 Prozent; für die Kredit-Einlagen-Zinsspanne liegen die häufigsten Werte zwischen 3,70 und 4,80 Prozent.

Die überwiegende Mehrzahl der Genossenschaften mit besonders günstiger Kredit-Einlagen-Zinsspanne (5 Prozent und mehr im Jahre 1962) verfügte auch über eine gute Liquidität¹. Meist ist es die Art der Kreditgewährung, die das bewirkt. Hinzuweisen ist auf die Wechselkreditgewährung, die sich bei freiem Rediskontkontingent einerseits vorteilhaft auf die Sekundärliquidität auswirkt und anderseits - ceteris paribus - dazu beiträgt, den Kreditspielraum und damit die Rentabilität einer Bank zu vergrößern.

5. Die Ergebnisse der Erfolgsaufgliederung

a. Allgemeiner Überblick

In dem folgenden Auswertungsteil werden die Ergebnisse des Erfolgsvergleichs interpretiert. Bevor jedoch die ordentlichen Erträge, die ordentlichen Aufwendungen, der Betriebsgewinn, die außerordentlichen Erfolgselemente und der Reingewinn analysiert werden, soll zunächst an Hand einer allgemeinen Übersicht die Erfolgslage der reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in den Jahren 1958, 1960 und 1962 gekennzeichnet werden. Das der Erfolgsanalyse und der Erfolgsspaltung zugrunde gelegte Verfahren ist aus Tabelle 27 zu ersehen.

¹ Extreme Ausnahmen liegen bei den Raiffeisenkassen XII/g, XII/m, XI/m, X/l, VII/b und IV/e vor.

Tabelle 27 - Die Erfolgsstruktur und die Entwicklung einzelner Erfolgsdaten bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (1958, 1960 und 1962)¹

		Erfolgsdaten in v.H. der bereinigten Durchschnittsbilanzsumme					
		1958		1960		1962	
		a	b	a	b	a	b
	Zinsertrag	6,51	4,90	6,94	5,47	6,20	5,08
+	Provisions- ertrag	1,04	0,36	0,76	0,30	0,73	0,30
+	Bruttogewinn aus Warenverk.	0,08	4,13	0,02	3,62	0,00	3,46
+	Sonstige ord- entl. Erträge	0,20	0,68	0,22	0,52	0,21	0,39
=	Bruttoertrag	7,63	10,07	7,94	9,91	7,14	9,23
./.	Zinsaufwand	3,04	3,24	3,48	3,68	2,94	3,18
./.	Persönl. Ver- walt.-kosten	1,77	2,70	1,65	2,52	1,60	2,46
./.	Sachl. Ver- walt.-kosten	0,90	1,49	0,84	1,30	0,79	1,22
./.	Normalabschr. (einschl. Sam- melwertber.)	0,32	0,78	0,33	0,71	0,31	0,66
./.	Sonst. ordtl. Aufwendungen	0,56	0,98	0,49	0,91	0,47	0,82
	Summe d. ordtl. Aufwendungen	6,59	9,19	6,79	9,12	6,11	8,34
=	Betriebsgewinn	1,04	0,88	1,15	0,79	1,03	0,89
+	A.o. Erträge	0,32	0,42	0,18	0,27	0,12	0,21
./.	A.o. Aufwend.	0,32	0,17	0,29	0,14	0,18	0,16
=	Jahresgewinn	1,04	1,13	1,04	0,92	0,97	0,94
./.	Rückstlg. für Warenrück- vergütung	-	0,67	-	0,53	-	0,45
./.	Sonst. Vorweg- Gewinnverwend.	0,25	0,02	0,16	0,02	0,16	0,05
+./.	Gewinn- bzw. Verl.-vortrag	+0,02	+0,04	+0,01	+0,00	+0,01	+0,03
=	Reingewinn	0,81	0,40	0,89	0,37	0,82	0,41
a = Reine Kreditgenossenschaften. b = Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr.							

¹ Zusammengestellt aus den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften in der Gewinn- und Verlustrechnung; vgl. Zahlenanhang Blatt 29. bis 33.

Die Tabelle macht die Größenverhältnisse der am Geschäftsvolumen (bereinigte Durchschnittsbilanzsumme) gemessenen Aufwands- und Ertragskomponenten deutlich sichtbar. Die Differenz zwischen dem Zinsertrag und dem Zinsaufwand ergibt eine neue Gesamtzinsspanne, die im Unterschied zu den bisherigen Zinsspannen die Durchschnittsbilanzsumme als Bezugsgröße hat. Ein Vergleich der bislang untersuchten Gesamtzinsspanne mit der auf der Basis der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) ermittelten Zinsspanne, die z.B. dem Sparkassenvergleich zugrunde liegt, liefert keine neuen Erkenntnisse. Auf eine nähere Erläuterung kann daher verzichtet werden. Allerdings liegen die in Tabelle 24 dargestellten Gesamtzinsspannen¹ bei den reinen Kreditgenossenschaften im Durchschnitt um 0,5 Prozent und bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr um mehr als 1 Prozent höher als die Zinsspannen, die sich aus Tabelle 27 ergeben. Bei einem Vergleich der Zinsspannen der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften und der Sparkassen müßte die Besonderheit der verschiedenen Bezugsgrößen berücksichtigt werden.

Die Gegenüberstellung der Kennziffern für den Zins- und Provisionsrohertrag einerseits und für den Warenrohgewinn andererseits (Tabelle 27) läßt das Gewicht erkennen, das dem Geld- und Kreditgeschäft bzw. dem Warengeschäft für die Ertragsbildung zukommt. Den Kennziffern zufolge ist der Bruttogewinn aus Warenverkehr von 1958 bis 1962 gesunken, was angesichts der Schrumpfung bzw. der Stagnation des Warengeschäftes bei vielen Genossenschaften auch erklärlich ist. Verhielten sich die Gewinne aus dem Warenverkehr zu den Zins- und Provisionserträgen im Jahre 1958 noch wie 1 : 1,3, so verschlechterte sich das Verhältnis auf 1 : 1,6 im Jahre 1962.

Die Warenrohgewinne und die Zins- und Provisionserträge sind allerdings nicht ohne weiteres vergleichbar. Der Warenbruttogewinn spiegelt den Erfolg des Warengeschäftes annähernd richtig wider. Er ergibt sich als Dif-

¹ ... mit den zinsbringenden Aktiva und den zinsfordern- den Passiva als Bezugsgrößen für Zinserträge und Zinsaufwendungen.

ferenz zwischen dem Verkaufsumsatz und den Einstandskosten der gehandelten Waren und ist somit eine Nettogröße. Demgegenüber sind die Zins- und Provisionserträge eine Bruttogröße. Aus Gründen der Vergleichbarkeit müßten hiervon die Beschaffungskosten der gehandelten Gelder, die Habenzinsen, abgezogen werden. Den Erfolg des Geld- und Kreditgeschäftes zeigt erst die Differenz zwischen den Zins- und Provisionserträgen einerseits und den Zins- und Provisionsaufwendungen anderseits. Diese "Nettozinsspanne" ist dem Bruttogewinn aus Warenverkehr gegenüberzustellen. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften verhielten sich die Warenrohgewinne zur Nettozinsspanne im Jahre 1958 wie 1 : 0,53, 1960 wie 1 : 0,64 und 1962 wie 1 : 0,69. Diese Zahlen beweisen ebenfalls, daß der Bruttogewinn aus Warenverkehr gegenüber dem Gewinn aus Geld- und Kreditgeschäft an Gewicht verloren hat.

Bedingt durch die Gewinne aus dem Warengeschäft übertrifft der an der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) gemessene Bruttoertrag (Summe der ordentlichen Erträge) der Raiffeisenkassen mit Warenverkehr den der reinen Kreditgenossenschaften. Beim Betriebsgewinn (Summe der ordentlichen Erträge ./ Summe der ordentlichen Aufwendungen) liegen die Verhältnisse umgekehrt, da die anteiligen ordentlichen Aufwendungen bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen höher sind als bei den reinen Kreditgenossenschaften.

Die Kennzahl für den Provisionsertrag hat in den Jahren 1960 und 1962 gegenüber 1958 bei den reinen und gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen abgenommen, was in erster Linie auf die Bemühungen des Prüfungsverbandes in Koblenz zurückzuführen ist, der die Genossenschaften dazu anhielt, Provisionen mit Zinscharakter (z.B. Kreditbereitstellungsprovision, Auszahlungsprovision, Überziehungsprovision, Wechselprovision beim Ankauf) als Kreditzinsen zu deklarieren und auszuweisen.

Die sonstigen ordentlichen Erträge betreffen Erträge aus Beteiligungen, realisierte Kursgewinne und Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben. Die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben resultieren meist aus den Entgelten für

die Bereitstellung von Landmaschinen zur gemeinsamen Nutzung. Ihnen ist es zuzuschreiben, daß die sonstigen ordentlichen Erträge bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen höher sind als bei den reinen Kreditgenossenschaften.

Die Kennzahlen für jegliche Art ordentlicher Aufwendungen sind - wie Tabelle 27 zeigt - bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr höher als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Auf die Gründe, die beim Zinsaufwand die Unterschiede erklären, wurde im Zusammenhang mit den Zinsspannen bereits hingewiesen¹. Die Höhe der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten spiegelt die Auswirkungen der Betriebsorganisation wider. Das Warengeschäft der gemischtwirtschaftlichen Kassen verursacht zusätzliche Kosten. Exakte Angaben über die Kosten, die allein auf das Warengeschäft entfallen, sind wegen der fehlenden Kostenstellenrechnung der ländlichen Kreditgenossenschaften nicht zu gewinnen. Anhaltspunkte hierfür lassen sich jedoch aus Tabelle 27 und den Kennziffern der gesamten Verwaltungskosten (persönliche und sachliche) gewinnen. Es wird unterstellt - wenn auch mit Vorbehalten -, daß die relativ höheren Verwaltungskosten der gemischtwirtschaftlichen Kassen gegenüber denen der reinen Kreditgenossenschaften ihre Ursache im Warengeschäft haben. Drückt man den Kennziffernmehrwert der Verwaltungskosten im Verhältnis zum Hundert aus, dann hatten 1958 = 36 Prozent, 1960 = 35 Prozent und 1962 = 35 Prozent der gesamten Verwaltungskosten der gemischtwirtschaftlichen Institute ihre Ursache im Warengeschäft. Die Prozentsätze sind allerdings nur Durchschnittswerte, die auf die Verhältnisse im Einzelfall keinen Schluß zulassen.

Die Normalabschreibungen sind bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr höher als bei den reinen Kreditgenossenschaften (vgl. Tabelle 27). Sie umfassen die obligatorischen Abschreibungen auf Forderungen (Sammelwertberichtigungen) und die Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Die höheren Normalabschreibungen der

¹ Vgl. S. 200 f.

gemischtwirtschaftlichen Kassen sind auf die Abschreibungen des Anlagevermögens zurückzuführen, das infolge des Warengeschäftes größer ist als bei den reinen Kreditgenossenschaften ¹. Da Abschreibungen auf Anlagen und Abschreibungen auf Forderungen zusammengefaßt sind, kann nicht festgestellt werden, welcher Teil der Abschreibungen allein dem Warengeschäft zuzurechnen ist. Nimmt man jedoch die aus Tabelle 14 (Seite 139) ersichtlichen Anteile des Anlagevermögens am Geschäftsvolumen und die aus Tabelle 27 (Seite 208) erkennbaren Unterschiede bei den Normalabschreibungen zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen zum Maßstab, dann dürfte mehr als ein Drittel der Abschreibungen (einschließlich der Sammelwertberichtigungen) auf das Warengeschäft zurückzuführen sein.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind Kursverluste, Provisionsaufwendungen, Aufwendungen für die Altersversorgung und Steuern. Der stärkeren steuerlichen Belastung der gemischtwirtschaftlichen Kassen, insbesondere der Belastung der Warenumsätze mit der Umsatzsteuer, ist es zuzuschreiben, daß die Kennziffer für die sonstigen ordentlichen Aufwendungen bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr größer ist als bei den reinen Kreditgenossenschaften.

Die Aussage, daß mehr als ein Drittel der Verwaltungskosten und Abschreibungen bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten auf das Warengeschäft entfällt, stützt sich auf die Ergebnisse einer Näherungsrechnung unter Verwendung der Kennziffern aus Tabelle 27 ². Sie ist lediglich auf den Durchschnitt aller Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr bezogen. Je nach Struktur und Umfang des Warengeschäftes einer einzelnen Genossenschaft kann die Abweichung vom Durchschnitt unterschiedlich stark sein. Bei den Kreditgenossenschaften mit verhält-

¹ Vgl. S. 145 i.V.m. Tabelle 14 auf S. 139.

² Vergleiche: die überschlägliche Berechnung der Kosten und Erträge des Geld- und Warengeschäftes bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen (S. 287 ff.).

nismäßig niedrigen Warenumsätzen wird in der Regel weniger als $\frac{1}{3}$ der gesamten Verwaltungskosten seine Ursache im Warengeschäft haben, während dieser Satz bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten mit umfangreichem Warenverkehr meist höher liegt.

Den Kosten des Warengeschäftes stehen die Erträge aus dem Warenverkehr gegenüber, die bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen 1958 rd. 41 Prozent, 1960 und 1962 je 37 Prozent der gesamten ordentlichen Erträge ausmachten. Die Erträge aus dem Warenverkehr liegen damit verhältnismäßig höher als die Aufwendungen, die durch das Warengeschäft verursacht werden. Daraus folgt, daß das Warengeschäft im allgemeinen auch unabhängig vom Kreditgeschäft gewinnbringend ist.

Die Einträglichkeit des Warengeschäftes kann auch in anderer Weise nachgewiesen werden. Es wurde bereits festgestellt, daß rd. 50 bis 35 Prozent der gesamten Verwaltungskosten aller gemischtwirtschaftlichen Kassen ihre Ursache im Warengeschäft haben ¹. Die Kosten des Geldgeschäftes belaufen sich entsprechend auf 65 bis 70 Prozent der Verwaltungskosten. Demgegenüber lassen sich die anteiligen Erträge aus Geldgeschäft bzw. aus Warengeschäft an Hand der Tabelle 27 wie folgt bestimmen: Der Anteil des Zinsnettoertrags (Kennziffer für den Zinsertrag + Kennziffer für den Provisionsertrag ./ Kennziffer für den Zinsaufwand) an der Summe von Zinsnettoertrag + Warenertrag (Kennziffer für den Zinsnettoertrag + Kennziffer für den Warenertrag) betrug bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen 1958 = 53 Prozent, 1960 = 57 Prozent und 1962 = 39 Prozent. Entsprechend betrug der Anteil des Warenertrags 1958 = 67 Prozent, 1960 = 63 Prozent und 1962 = 61 Prozent. Der Vergleich der Anteilswerte auf der Aufwandsseite mit denen der Ertragsseite ergibt, daß das Geldgeschäft rd. $\frac{1}{3}$ (30 bis 40 v.H.) der Nettogesamterträge (Zinsnettoertrag + Warenertrag) einbrachte, jedoch rd. $\frac{2}{3}$ (65 bis 70 v.H.) der Verwaltungskosten verursachte. Das Warengeschäft brachte dagegen rd. $\frac{2}{3}$ der

¹ Vgl. S. 211.

Nettogesamterträge (60 bis 70 v.H.), verursachte jedoch nur rd. 1/3 der Verwaltungskosten (30 bis 35 v.H.). Die Angaben sind nicht ganz exakt, da die Abschreibungen, die hauptsächlich wegen des Warengeschäftes entstehen, nicht berücksichtigt sind. Werden die Abschreibungen mit erfaßt, dann sind im Durchschnitt der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr rd. 35 bis 40 Prozent der jährlichen Aufwendungen (gesamte Verwaltungskosten + Abschreibungen) dem Warengeschäft zuzuschreiben ¹.

Eine Gegenüberstellung einzelner Aufwandspositionen und einzelner Ertragspositionen (in Tabelle 27) ermöglicht nicht nur die Berechnung von Zinsspannen oder Aussagen über die Einträglichkeit des Warengeschäftes, sondern läßt auch interessante Deckungsverhältnisse zwischen Aufwand und Ertrag erkennen. Besonders aufschlußreich sind die Relationen: Zinsaufwendungen bzw. gesamte Verwaltungskosten zum Bruttoertrag (Summe der ordentlichen Erträge). Die Verwaltungskosten repräsentieren gewissermaßen die laufenden Kosten der Betriebsorganisation. Für ihre Deckung mußten bei den reinen Kreditgenossenschaften 35,0 Prozent (1958), 31,4 Prozent (1960) und 33,5 Prozent (1962) und bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr 41,6 Prozent (1958), 38,5 Prozent (1960) und 39,9 Prozent (1962) des Bruttoertrages aufgewendet werden. Der Zinsaufwand machte bei den reinen Kreditgenossenschaften 39,8 Prozent (1958), 43,8 Prozent (1960) und 41,2 Prozent (1962), bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten 32,2 Prozent (1958), 37,1 Prozent (1960) und 34,5 Prozent (1962) des Bruttoertrags aus. Der Vergleich der Prozentwerte bzw. der entsprechenden Kennzahlen in Tabelle 27 ergibt, daß die Verwaltungskosten bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr durchschnittlich höher sind als die Zinsaufwendungen. Reine Kreditgenossenschaften haben demgegenüber verhältnismäßig höhere Zinskosten.

¹ Vgl. die überschlägliche Berechnung der Kosten und Erträge des Geld- und Warengeschäftes bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen auf S. 287 ff.

In Tabelle 27 wird als Differenz zwischen den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen der Betriebsgewinn ausgewiesen. Auf Grund der vergleichsweise geringen ordentlichen Aufwendungen ist er bei den reinen Kreditgenossenschaften höher als bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen. Die Kennziffern für den Betriebsgewinn ermöglichen einen echten Gewinnvergleich zwischen den reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, da die Warenrückvergütungen und die sonstigen Vorweg-Gewinnverwendungen noch nicht abgezogen, sondern als Gewinne erfaßt sind. Die günstigere Gewinnspanne der reinen Kreditgenossenschaften liegt in der Natur des Bankgeschäftes begründet. Zum Teil ist sie auch auf eine stärkere Gewinnorientierung gegenüber den gemischtwirtschaftlichen Instituten zurückzuführen, die vor allem in der Gewährung von relativ hohen Dividenden zum Ausdruck kommt.

Der Einfluß der außerordentlichen Erfolgsfaktoren auf den Reingewinn wird aus einer Gegenüberstellung der Kennzahlen für den Betriebsgewinn und denen für den Reingewinn deutlich. Die niedrigere Kennzahl für den Reingewinn zeigt, daß die außerordentlichen Erfolgsfaktoren den Reingewinn mindern.

Die außerordentlichen Erträge resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen, Wertberichtigungen und anderen stillen Reserven, aus Verkäufen von Anlagevermögen und Wertpapieren, aus empfangenen Warenrückvergütungen und aus sonstigen außerordentlichen Zuwendungen. Auf Grund der erhaltenen Warenrückvergütungen und mitunter wegen der Verkäufe von Anlagevermögen ist bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen die Kennziffer für die außerordentlichen Erträge in allen Vergleichsjahren größer als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Umgekehrt ist es bei den außerordentlichen Aufwendungen. Häufig lassen sich die außerordentlichen Aufwendungen der reinen Kreditgenossenschaften mit höheren Zuweisungen zu Einzelwertberichtigungen und stärkeren Abschreibungen auf Forderungen erklären.

Die Kennziffer für den Jahresgewinn (Betriebsgewinn + a.o. Erträge ./ a.o. Aufwendungen) wurde gebildet, um die außerordentlichen Erträge und die außerordentlichen Aufwendungen gegenüber den Rückstellungen für Warenrückvergütung und den sonstigen Vorweg-Gewinnverwendungen abzugrenzen (vgl. Tabelle 27). Warenrückvergütungen und sonstige Vorweg-Gewinnverwendungen sind außerordentliche Erfolgselemente besonderer Art. Sie verkürzen den ausgewiesenen Reingewinn, da sie als Rückstellungen (für Warenrückvergütung) oder als Vorwegzuweisung an die Rücklagen in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand verbucht werden. An sich stellen sie eine Form der Gewinnverwendung dar, so daß es gerechtfertigt wäre, der Kennzahl für den Reingewinn in Tabelle 27 die Kennzahlen für Warenrückvergütung und Vorweg-Gewinnverwendung zuzurechnen. Auf eine solche Praktik wurde allerdings verzichtet, weil entsprechend zu den Buchungsgewohnheiten der Genossenschaften als Endergebnis der Erfolgsaufgliederung der ausgewiesene Reingewinn herausgestellt werden sollte. Dieser ist jedoch kein geeigneter Maßstab für einen Gewinnvergleich zwischen den reinen und den gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften. Der Betriebsgewinn und u.U. der Jahresgewinn sind hierfür die geeigneteren Größen.

Die Kennziffer für die Warenrückvergütung (vgl. Tabelle 27) drückt das Verhältnis der Rückvergütungen zur bereinigten Durchschnittsbilanzsumme aus. Die DBS wurde aus Gründen der Tabellensystematik als Bezugsgröße gewählt. Die Warenrückvergütungen stehen in keiner direkten Beziehung zur Bilanzsumme. Sie sind vom Warenumsatz bzw. von den Erträgen aus Warenverkehr abhängig. Da hier außerdem eine Strömungsgröße und eine Bestandsgröße in Beziehung gesetzt sind, lassen sich aus dieser Kennziffer und ihrer Entwicklung keine besonderen Schlüsse ziehen.

Sonstige Vorweg-Gewinnverwendungen, d.h. Vorwegzuweisungen an die Rücklagen, wurden in erster Linie von den reinen Kreditgenossenschaften vorgenommen. Mit dieser außerordentlichen Maßnahme zur Stärkung des Eigenkapitals soll den besonderen Risiken des Bankgeschäftes Rechnung

getragen und in einigen Fällen die in Grundsatz I vorgeschriebene Bindung des Kreditvolumens an das haftende Eigenkapital ¹ erreicht werden.

Die Kennziffer für den Reingewinn steht am Ende der Erfolgsaufgliederung, nachdem der Gewinn- oder Verlustvortrag zu- oder abgerechnet worden ist. Bei den reinen Kreditgenossenschaften liegen die Reingewinnkennziffern doppelt oder mehr als doppelt so hoch wie bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Werden jedoch die Warenrückvergütungen und die Vorweg-Gewinnverwendungen zum Reingewinn hinzugerechnet ², dann weichen die Jahresgewinne der gemischtwirtschaftlichen Institute nicht erheblich von denen der reinen Kreditgenossenschaften ab.

Abschließend sollen noch die Kennziffern für den Reingewinn (Reingewinn in v.H. der DBS) zwischen den Raiffeisen-Kreditgenossenschaften und den öffentlich-rechtlichen Sparkassen miteinander verglichen werden. Die Reingewinnkennziffern der Sparkassen lagen in den Jahren 1958 bis 1962 ³ jeweils niedriger als die entsprechenden Kennziffern der reinen Kreditgenossenschaften und der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr (unter Einbeziehung der Warenrückvergütungen und der Vorweg-Gewinnverwendungen). Die gemeinnützigen Sparkassen streben ebensowenig wie die förderungswirtschaftlichen Kreditgenossenschaften nach Maximierung des Umsatzgewinnes. Die höheren Gewinnkennziffern der Kreditgenossenschaften beweisen, daß diese relativ stärker auf Gewinnerzielung bedacht sind. Das stärkere Gewinnstreben der Kreditgenossenschaften ist dadurch gerechtfertigt, daß Genossenschaftsbanken laut Genossenschaftsgesetz, Kreditwesengesetz und Satzung zur Eigenkapitalbildung verpflichtet sind. Die Stärkung der Rücklagen ist nicht nur unter dem Aspekt der Sicherheit notwendig, sondern auch deshalb,

¹ Der Eigenkapital-Grundsatz I des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen begrenzt das Kreditvolumen einer Bank auf das 18fache des haftenden Eigenkapitals; vgl. S.168 f.

² Vgl. die Kennziffer für den Jahresgewinn in Tabelle 27.

³ Betriebswirtschaftliche Blätter für die Praxis der Sparkassen und Girozentralen, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. Bonn, Jg. 12, H. 5 (1963), S. 34.

weil die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaft gekündigt werden kann und daher die Geschäftsguthaben variables Eigenkapital darstellen. Sparkassen werden zwar durch KWG und Sparkassengesetze ebenfalls zur Rücklagenbildung angehalten, doch gibt die Haftung des Gewährträgers den Sparkassen einen Rückhalt, der es ihnen ermöglicht, ein geringeres Eigenkapital zu halten und sich mit niedrigeren Gewinnen zu begnügen.

b. Die ordentlichen Erträge¹

ba. Zinserträge

Aus einem Gruppen-Vergleich der Zinsertragskennzahlen (Zinsertrag in v.H. der DBS) geht hervor, daß diese bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen (Gruppen I bis XII) mit dem Ansteigen der Bilanzsumme tendenziell größer werden. Maßgebend dafür sind die Anteile der unverzinslichen Betriebsanlagen (Anlagevermögen) und der Warenbestände am Geschäftsvolumen, die mit steigender Bilanzsumme abnehmen, während der Anteil der ertragreichen kurz- und mittelfristigen Forderungen bei den kleineren gemischtwirtschaftlichen Kassen (bis 2 Millionen DM Bilanzsumme) tendenziell zunimmt². Außerdem ist von Bedeutung, daß gemischtwirtschaftliche Institute mit zunehmender Bilanzsumme mehr höherverzinsliche Kredite wie Wechsel- und Teilzahlungskredite gewähren können³.

Im Gegensatz zu den gemischtwirtschaftlichen Instituten nimmt der Zinsertrag (in v.H. der DBS) bei den reinen Kreditgenossenschaften mit wachsender Bilanzsumme nicht zu⁴. Die Zinsen und gleichzeitig auch der Bruttoertrag, der sich überwiegend aus Zinserträgen zusammensetzt, entwickeln sich meist proportional zum Geschäftsvolumen, was insofern verständlich ist, als zwischen der Bilanzsumme und den Zinsen eine enge Beziehung besteht,

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

² Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 147, S. 145 und S. 141.

³ Vgl. S. 153 f.

⁴ In einigen Fällen berechnen jedoch größere reine und gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften höhere Zinssätze als kleine Institute, die zumeist ihre Förderungsaufgabe noch darin sehen, den Kreditnehmern Vorzugskonditionen einzuräumen.

denn es sind die Aktiva und die Passiva, die Zinsen bringen bzw. kosten. Für die reinen Kreditgenossenschaften ist in den fünf Jahren des Vergleichszeitraums ein Zinsertrag von 5,50 bis 7 Prozent der DBS typisch, womit die Kosten gedeckt und ein bestimmter Reingewinn erzielt werden können.

Die Raiffeisenkassen IV/e, II/c, II/a und I/c weisen auf Grund eines überdurchschnittlichen Anteils der kurz- und mittelfristigen Forderungen an der Bilanzsumme und eines vergleichsweise hohen Anteils der ertragreichen Kontokorrent- und Wechselkredite sowie der mittelfristigen Darlehen am Kreditvolumen in mehreren Vergleichsjahren die höchsten anteiligen Zinserträge aller reinen Kreditgenossenschaften aus ¹. Extrem niedrige Zinserträge lassen sich demgegenüber meist auf relativ hohe Bestände an flüssigen Mitteln, an Wertpapieren und an Ausgleichs- und Deckungsforderungen bzw. auf niedrige Anteile der Kredite am Geschäftsvolumen zurückführen.

Zusammenhänge zwischen der Höhe des Zinsertrags und der Ausschüttung einer Dividende bzw. dem Dividendensatz wurden nicht festgestellt. Gegen eine solche Annahme spricht auch die große Zahl der reinen Kreditgenossenschaften, die trotz relativ niedriger Zinserträge in allen Vergleichsjahren hohe Dividenden gewährt haben ².

Verhältnismäßig hohe Zinsertragskennziffern weisen auch die Kreditinstitute aus, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen relativ geringe Warenumsätze tätigen, weil die Anteile der hochverzinslichen Kontokorrentkredite, der kurz- und mittelfristigen Darlehen sowie der langfristigen Ausleihungen am Gesamtkreditvolumen größer sind als bei den Genossenschaften entsprechender Bilanzsumme mit umfangreicherem Warengeschäft ³. Außerdem sind

¹ Vergleichsmaßstab für die einzelbetrieblichen Werte sind jeweils die Gruppendurchschnitte.

² Eine Ausnahme liegt bei den Raiffeisenkassen II/a und I/c vor.

³ Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 151, S. 152 und S. 150.

bei den Raiffeisenkassen mit geringem Warenverkehr weniger Mittel in Betriebsanlagen und Warenbeständen gebunden als bei den Instituten mit hohem Warenumsatz, so daß auch aus diesem Grund relativ mehr Mittel für das ertragreichere Kreditgeschäft zur Verfügung stehen.

Die Zinsertrags-Gruppenkennziffern der gemischtwirtschaftlichen Kassen (Gruppen I bis XII) schwankten an allen Vergleichsstichtagen zwischen 4,30 und 6 Prozent. Einzelbetriebliche Extremwerte, die von diesem Durchschnitt abweichen, sind in einer besonderen Bilanzstruktur begründet. Zinsertragskennzahlen unter 4 Prozent wurden bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten 1958 in 21, 1959 in 25, 1960 in 11, 1961 in 19 und 1962 in 14 Fällen festgestellt. Zinserträge von mehr als 6 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme hatten 16 (1958), 15 (1959), 38 (1960), 25 (1961) und 20 (1962) Genossenschaften. Die höchsten Zinserträge (in v.H. der DBS) erzielten 1962 die Institute VII/b, XV/m, VI/d, XI/m, XV/u, V/c, VII/f, IX/b, VI/e und IX/d.

Wie sehr hohe Zinserträge zu Lasten der Liquidität gehen, wird daraus ersichtlich, daß 12 der 20 Raiffeisenkassen mit Warenverkehr, die 1962 Zinsertragskennziffern von mehr als 6 Prozent auswiesen, den Liquiditätsgrundsatz III nicht einhalten konnten. Von den 20 Genossenschaften lagen auch 9 Institute mit der Kennziffer der Liquidität 1. Ordnung unter 10 Prozent, bei 13 Kassen machte die Liquidität 2. Ordnung weniger als 15 Prozent aus. Ähnlich ist es mit den 16 gemischtwirtschaftlichen Instituten, die 1958 Zinsertragskennzahlen von mehr als 6 Prozent auswiesen. Auch hier konnte mehr als die Hälfte den Liquiditätsgrundsatz III nicht einhalten bzw. hatte extreme Kennziffern der Liquidität 1. und 2. Ordnung. Im Jahre 1962 ging insbesondere bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen XV/c, XV/a, XV/m, XI/c, XI/m, IX/a, VIII/c, VIII/b, VII/b, VII/f, VI/d und VI/e sowie bei den reinen Kreditgenossenschaften IV/d, IV/e, IV/f, II/c und I/b der relativ hohe Zinsertrag zu Lasten der Liquidität.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen, die in mehreren Jahren hohe Warenrückvergütungen gewährten, wurden in keinem Fall überdurchschnittliche Zinsertragskennzahlen festgestellt. Eine besondere Überschuß- und Überschußverwendungspolitik einzelner Raiffeisenkassen mit Warenverkehr hat somit offensichtlich keine Rückwirkungen auf die Geschäfts- und Kreditpolitik dieser Institute.

bb. Provisionserträge

Provisionen sind Vergütungen für bestimmte bankübliche Leistungen, so z.B. die Kreditprovision, die (wirtschaftlich gesehen) ein Teil des Zinses ist, oder die Umsatzprovision, die ein Entgelt für die Kontenführung und die Bereitstellung der Bankeinrichtungen darstellt. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden unter der Position Provisionserträge sowohl Provisionen aus Kreditgeschäft als auch Provisionen aus kreditgenossenschaftlichem Dienstleistungsgeschäft zusammengefaßt.

Die Gruppen-Kennziffern für den Provisionsertrag (Provisionsertrag in v.H. der DBS) weisen ähnliche Regelmäßigkeiten auf wie die Zinsertragskennziffern. Allerdings drückt das Verhältnis der Provisionen zur Bilanzsumme keine echte Beziehung aus. Im weit stärkerem Maße als von der Bilanzsumme hängen die Provisionen vom Umsatz ab. Sie mußten gleichwohl in Tabelle 27 zur DBS ins Verhältnis gesetzt werden, wobei der geringere Aussagewert der Kennziffern in Kauf genommen wird.

Die Auswertung der Kennziffern ist deshalb besonders schwierig, weil unterschiedliche Verhältnisse die Gruppendurchschnitte stark beeinflusst haben. Es gibt Genossenschaften, die überhaupt keine Provisionen fordern, andere weisen diese - wenn es sich um versteckte Zinsen handelt - unter den Zinserträgen aus ¹. Es ist angebracht, Provisionen mit Zinscharakter nicht gesondert zu erheben, sondern soweit wie möglich in den Kreditzinssatz einzurechnen, weil auf diese Weise die Transparenz auf dem Kreditmarkt verbessert und dem Kreditnehmer ein klarer Überblick

¹ Der Raiffeisenverband Mittelrhein hat in solchen Fällen immer eine derartige Verbuchung empfohlen.

über die gesamten Kosten des aufzunehmenden Kredits ermöglicht wird.

Die Empfehlungen des Prüfungsverbandes wurden weitgehend befolgt und führten dazu, daß sich die anteiligen Provisionserträge bei der Mehrzahl der beobachteten Genossenschaften von 1958 bis 1962 verringert haben (vgl. Tabelle 27), und zwar in 108 Fällen, wenn man die Jahre 1960 gegenüber 1958 vergleicht, und in 94 Fällen beim Vergleich der Jahre 1962 gegenüber 1960. An jedem Stichtag war es ein Zehntel aller Kreditgenossenschaften, die überhaupt keine Provisionen einnahmen. Diesen standen einige Institute - vor allem reine Kreditgenossenschaften - gegenüber, bei denen die Provisionserträge ein beträchtliches Ausmaß erreichten. Bei 13 der 25, d.s. 52 v.H. der reinen Kreditgenossenschaften machten sie an mindestens einem der fünf Vergleichsstichtage mehr als 1 Prozent der DBS aus, während nur knapp 10 v.H. der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr ebenfalls diesen Wert erreichten.

Zu den Genossenschaften, die im Durchschnitt der Vergleichsjahre die höchsten anteiligen Provisionserträge erzielten, zählen die Raiffeisenkassen III/e, I/b, XVI/e, III/d, VII/b, IX/c, XVI/g, II/e, IV/a, III/g, XVI/f und XV/m. Fast bei allen sind die Provisionserträge rückläufig, was z.T. auf die geänderte Verbuchung, z.T. aber auch auf die abnehmende Bedeutung der Provisionen zurückzuführen ist.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften sind die Kennziffern für den Provisionsertrag in den Gruppen besonders hoch, in denen Genossenschaften mit Bilanzsummen über 2 Millionen DM zusammengefaßt sind. Bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen liegen die Kennziffern in den Gruppen höher, in denen Genossenschaften mit vergleichsweise geringem Warenumsatz erfaßt sind. Die Provisionserträge der gemischtwirtschaftlichen Kassen sind in erster Linie Vergütungen für Kreditgewährung und weniger ein Entgelt für Dienstleistungen.

bc. Erträge aus Warenverkehr

Die Erträge aus dem Warenverkehr aller gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen entwickelten sich vom 31.12.1958 = 100 auf 107 (1959), 124 (1960), 135 (1961) und 159 (1962). Im Durchschnitt der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr erhöhte sich der Warenrohgewinn je Genossenschaft von rd. 33 000 DM im Jahre 1958 auf knapp 53 000 DM im Jahre 1962.

Eine Kennziffer für den Warenertrag, bei der die Erträge aus Warenverkehr zur DBS in Beziehung gesetzt sind, ist ohne Aussagekraft. Eine Abhängigkeit besteht zwischen den beiden Größen schon deshalb nicht, weil in der Bilanzsumme die Kredite mit enthalten sind. Die eigentliche Bezugsgrundlage für die Erträge aus dem Warenverkehr ist wiederum der Warenumsatz.

Bei 15 der 131 gemischtwirtschaftlichen Kassen haben die Erträge aus dem Warenverkehr von 1958 bis 1962 absolut abgenommen. 23 Kreditgenossenschaften erlebten einen absoluten Rückgang der Warenumsätze. Demnach ist bei gut einem Zehntel der gemischtwirtschaftlichen Institute ein rückläufiges Warengeschäft die Ursache für geringere Warenerträge.

52 (1958), 41 (1959), 31 (1960), 33 (1961) und 35 (1962) Kreditgenossenschaften erzielten höhere Erträge aus Warenverkehr als Bruttozinserträge. Etwa zwei Drittel dieser Institute sind in den Vergleichsgruppen IV, V und VII zusammengefaßt, d.h. es sind vor allem die Raiffeisenkassen mit einer Bilanzsumme von weniger als 2 Millionen DM, die hohe Erträge im Warengeschäft erzielen..

Bei 101 (1958), 97 (1959), 92 (1960), 84 (1961) und 85 (1962) gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften übertrafen die Erträge aus Warenverkehr die Nettozinserträge (= Differenz zwischen den Bruttozinserträgen und den Zinsaufwendungen). Die abnehmende Zahl ist ein weiteres Indiz für die zunehmende Bedeutung des Geld- und Kreditgeschäftes. Dennoch überrascht die große Zahl der Kassen, die im Warengeschäft höhere Erträge erzielt haben als im Geld- und Kreditgeschäft. Maßgebend für die höhere

Ertragskraft ist das Volumen des Warengeschäfts, d.h. die Höhe des Warenumsatzes, die Art der gehandelten Waren und das Verhältnis zwischen dem genossenschaftlichen Bezugs- und Absatzgeschäft.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften mit einer Bilanzsumme von weniger als 1 Million DM scheint bei einem Warenumsatz von 200 000 DM eine kritische Grenze vorzuliegen. Bei einem geringeren Umsatz liegen die Nettozinserträge meist höher als die Warenerträge, während bei einem Warenumsatz von 200 000 DM und mehr in der Regel höhere Erträge aus Warenverkehr als Netto-Zinserträge erzielt werden. Bei den Raiffeisenkassen mit einer Bilanzsumme von 1 bis unter 2 Millionen DM liegt die kritische Warenumsatzgrenze um 400 000 DM, bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten mit Bilanzsummen von 2 bis unter 4 Millionen DM um 500 000 DM. Warenwirtschaftlich tätige Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von 4 Millionen DM und mehr hatten 1962 bis auf eine Ausnahme jeweils höhere Netto-Zinserträge als Warenerträge. Als Faustregel kann daher gelten, daß eine Genossenschaft das Vierfache des Warenumsatzes als Bilanzsumme haben muß, wenn sich warenerträge und Netto-Zinserträge entsprechen sollen. Gemischtwirtschaftliche Institute, die - aus welchen Gründen auch immer - abnehmende Zuwachsraten des Geschäftsvolumens (bereinigte Bilanzsumme) verzeichnen, können durch eine relativ geringe Ausweitung des Warengeschäftes (Steigerung der Warenumsätze) weiterhin überproportional wachsende Nettogesamterträge erzielen. Andererseits müssen sie bei rückläufigem Warengeschäft das Geschäftsvolumen um ein Vielfaches ausweiten, um Ertrags einbußen zu vermeiden.

Verglichen mit den Erträgen aus dem Geld- und Kreditgeschäft haben die Erträge aus Warenverkehr an Bedeutung verloren, doch hat die Ertragskraft des Warengeschäftes - für sich allein gesehen - bei neun Zehntel der beobachteten gemischtwirtschaftlichen Kassen während der Vergleichszeit zugenommen. Maßgebend hierfür sind die Vergrößerungen der Kapazität bei den Mitglieder-Betriebswirtschaften und außerdem im genossenschaftlichen Waren-

geschäft. Hinzuweisen ist auf die Investitionen mehrerer Genossenschaften zum Bau von Lagergebäuden (Getreidesilos, Kartoffellagerhallen), auf die Anschaffungen von arbeitssparenden Maschinen (z.B. Waschanlagen, Förderbänder, Anlagen zur Sortierung von Eiern, Kartoffeln, Obst) und auf die verbesserte Ausstattung der Genossenschaften mit landwirtschaftlichen Gemeinschaftsmaschinen, die an die Genossen ausgeliehen werden. Auch die Fusion (Aufnahme) mit kleineren gemischtwirtschaftlichen Instituten hat in einigen Fällen zur Konzentration und Ausweitung des Warengeschäftes beigetragen. Demgemäß hat sich das Verhältnis der Erträge aus Warenverkehr zum Warenumsatz von 1958 bis 1962 laufend verbessert ¹. Die entsprechende Kennziffer für alle Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr stieg trotz eines absoluten Rückgangs des Warengeschäftes bei einigen gemischtwirtschaftlichen Kassen von 8,58 (1958) über 8,71 (1959), 9,04 (1960) und 9,43 (1961) auf 9,74 Prozent (1962). Stark abweichende Werte sind in der Regel auf eine unterschiedliche Struktur des Warengeschäftes zurückzuführen. Besonders günstige Kennziffern weisen diejenigen Raiffeisenkassen aus, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen höhere Warenumsätze tätigen.

Die aus dem Warenverkehr resultierenden Erträge machten bei 39 (1958), 45 (1959), 46 (1960), 57 (1961) und 63 (1962) Instituten mehr als 10 Prozent des Warenumsatzes aus. Die Zahl der Genossenschaften, deren Erträge unter 5 Prozent lagen, war in allen Vergleichsjahren genauso groß wie die Zahl derer, die einen Ertrag von mehr als 15 Prozent auswiesen. Die höchsten Erträge (über 13 Prozent) erzielten 1962 die Institute VI/b, X/b, V/a, XIII/c, XV/u, XI/r, XV/e, XI/e, VII/f und VI/d. Außer bei den Raiffeisenkassen XIII/c und XI/r wurde in keinem Fall ein extrem hoher Warenumsatz oder ein extremes Verhältnis der Erträge aus Warenverkehr zur DBS festgestellt. Von größerem Einfluß als Betriebsgröße und Warenumsatz auf die Höhe der Erträge aus Warenverkehr sind offenbar die Art der Warengeschäfte (Bezugs-, Absatzgeschäfte) und die Art der gehandelten Waren.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 34 und 35.

Aus einer Gegenüberstellung der Kennziffern für den Warenrohgewinn mit denen für die Warenrückvergütung¹ ergeben sich Anhaltspunkte für einen Zusammenhang zwischen diesen Größen, denn von den 16 Genossenschaften, die im letzten Jahr der Vergleichsperiode besonders hohe Warenrückvergütungen gewährten (2,5 Prozent und mehr des Warenumsatzes), wiesen 13 gleichzeitig einen überdurchschnittlichen Bruttogewinn aus Warenverkehr aus (10 Prozent und mehr des Warenumsatzes). Allerdings ist bemerkenswert, daß die Mehrzahl der Institute mit den höchsten Warenbruttogewinnen (12 Prozent und mehr des Warenumsatzes), nämlich 14 von 22 Genossenschaften, überhaupt keine Warenrückvergütungen gewährten. Zu den gleichen Ergebnissen führt auch ein Vergleich der betreffenden Kennziffern für die Jahre 1958 bis 1961.

bd. Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind Erträge aus Beteiligungen (vor allem bei der Raiffeisenzentralbank und bei der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Koblenz), Kursgewinne (aus Wertpapiergeschäften sowie aus dem An- und Verkauf von Sorten, Devisen, Münzen), Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben und Einnahmen aus einer Reihe von Nebengeschäften, insbesondere aus Dienstleistungsgeschäften (Depotgebühren, Versicherungsabschlußprovisionen, Gebühren für Scheckherte, Kontoauszüge und z.T. auch Mieterträge).

Die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben stellen den Hauptteil der sonstigen ordentlichen Erträge. Im allgemeinen stehen die Hilfs- und Nebenbetriebe im Zusammenhang mit dem genossenschaftlichen Warengeschäft. Warenwirtschaftliche Hilfs- und Nebenbetriebe können z.B. landwirtschaftliche Gemeinschaftsmaschinen, Saatgutreinigungsanlagen, Strohpressen, Viehwaagen, Förderbänder, Wasch- und Gefrieranlagen, Hühnerschlachtanlagen oder Anlagen zur Sortierung von Eiern, Kartoffeln und Obst sein.

¹ Warenrohgewinn und Warenrückvergütung sind hier jeweils auf den Warenumsatz bezogen.

Den Erträgen aus Hilfs- und Nebenbetrieben ist es zuzuschreiben, daß die Kennziffer für die sonstigen ordentlichen Erträge (= sonstige Erträge in v.H. der DBS) innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen in den Gruppen besonders hoch ist, in denen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz zusammengefaßt sind. In allen Vergleichsgruppen streuen die Kennziffern entsprechend den einzelbetrieblichen Verhältnissen relativ stark. Der wechselnde Umfang der sonstigen Geschäfte bewirkt, daß die Erträge der einzelnen Kassen von Jahr zu Jahr schwanken.

Sonstige ordentliche Erträge, die mehr als 1 Prozent der DBS ausmachten, wurden bei den reinen Kreditgenossenschaften in keinem Fall, bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr in 28 (1958), 22 (1959), 19 (1960), 16 (1961) und 13 Fällen (1962) festgestellt. Bei den reinen Kreditgenossenschaften waren es in einem Jahr nie mehr als zwei Institute, deren Kennziffer höher lag als 0,5 Prozent. Die verhältnismäßig niedrigen Kennziffern der reinen Kreditgenossenschaften sind darauf zurückzuführen, daß Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben kaum vorhanden sind. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen XIV/b, XIII/b, XI/b, XI/l, XI/r, X/a, X/b und X/m machte die Kennziffer an allen Vergleichsstichtagen mehr als 1 Prozent aus. Mit Ausnahme von 1962 erreichten auch die Genossenschaften XII/b, XII/e, XI/g, XI/e, X/h und V/g diesen Wert. Fast alle genannten Institute weisen regelmäßig Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben aus. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die sonstigen Erträge teilweise bis zu 15 Prozent der gesamten ordentlichen Erträge erreichten. Insgesamt gesehen haben sie jedoch kein allzu großes Gewicht. Bei rd. einem Zehntel der gemischtwirtschaftlichen Kassen entfielen 5 bis 10 Prozent der gesamten ordentlichen Erträge auf Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben.

Die Zahl der Genossenschaften mit hohen sonstigen ordentlichen Erträgen (über 1 Prozent der DBS) hat von 1958 bis 1962 abgenommen (siehe oben!). Die entsprechende Kennziffer für alle Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr ist gesunken (vgl. Tabelle 27). Ursache ist wiederum der überproportionale Anstieg der Bilanzsumme, hinter

dem die Steigerung der sonstigen ordentlichen Erträge zurückgeblieben ist.

be. Der Bruttoertrag¹

Die Kennziffer für den Bruttoertrag spiegelt das Verhältnis der gesamten ordentlichen Erträge zur Durchschnittsbilanzsumme wider (vgl. Tabelle 2/). Stellt man die Kennziffern von 1962 denen von 1958 gegenüber, dann hat sich das Verhältnis in allen Vergleichsgruppen bzw. bei 112 der 156 Kreditgenossenschaften verringert. Der stärkere Anstieg des Geschäftsvolumens gegenüber den gesamten ordentlichen Erträgen hat verschiedene Ursachen. Die wichtigste ist die starke Kreditnachfrage während des Vergleichszeitraums, die zu einer Expansion der Bankbilanzen führte. Der Zinsertrag konnte nicht im gleichen Verhältnis mitsteigen, weil der Diskontsatz in den Jahren 1958 bis 1961 - ausgenommen die Zeit vom 4.9.1959 bis 10.11.1960 - mehrfach gesenkt wurde. Abnehmende Provisionserträge sowie sinkende Warenerträge infolge der Schrumpfung des Warengeschäftes bei einem Teil der Genossenschaften erklären ebenfalls den überproportionalen Anstieg des Geschäftsvolumens im Vergleich zum Bruttoertrag.

Den Erträgen aus Warenverkehr und auch den Erträgen aus Hilfs- und Nebenbetrieben ist es zuzuschreiben, daß der Bruttoertrag (in v.H. der DBS) bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen höher ist als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Da Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft relativ höhere Gewinne aus dem Warenverkehr erzielen als Genossenschaften entsprechender Größenklasse mit kleinem Warengeschäft, ist die Kennziffer für den Bruttoertrag in den Gruppen besonders hoch, in denen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz erfaßt sind.

Aus einem Vergleich der Gruppen I bis XII (gemischtwirtschaftliche Genossenschaften) geht hervor, daß die Kennziffer für den Bruttoertrag mit steigender Bilanzsumme tendenziell abnimmt, weil die Erträge aus dem Warenverkehr mit der Ausweitung des Geld- und Kreditgeschäftes relativ an Gewicht verlieren. Den anteilig höchsten Bruttoertrag verzeichnen die kleinen gemischtwirtschaftlichen Kassen, die hohe Warenumsätze erzielen.

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

Ein Bruttoertrag von mehr als 10 Prozent der DBS wurde bei den reinen Kreditgenossenschaften nur einmal während der Vergleichszeit, bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen dagegen in 58 (1958), 50 (1959), 55 (1960), 43 (1961) und 43 (1962) Fällen ermittelt. Zu den 15 Genossenschaften, die im letzten Jahr des Vergleichszeitraums die höchsten Kennziffern erreichten, zählen die Raiffeisenkassen XII/h, XII/e, VIII/f, XIII/c, VI/l, XII/i, X/k, X/m, XII/m, XII/b, XIV/b, XII/a, X/b, XIII/b und XIV/h. Dabei sind die ersten zehn Kassen fast identisch mit den Instituten, die 1962 prozentual die höchsten Erträge aus dem Warenverkehr erzielten. Hieraus folgt ebenfalls, daß ein außergewöhnlich hoher Bruttoertrag seine Ursache vor allem im Warengeschäft hat.

Bei den meisten reinen Kreditgenossenschaften machte das Verhältnis der gesamten ordentlichen Erträge zur DBS in allen Jahren zwischen 7 und 8 Prozent aus. Die höchsten Kennziffern hatten 1962 die Raiffeisenkassen II/c, II/a, IV/g, I/b und IV/e. Außer diesen erzielten auch die Kassen IV/a, IV/b, III/e, II/d und I/c im Durchschnitt aller Vergleichsjahre relativ hohe Bruttoerträge.

Vergleicht man die Kennziffern des Bruttoertrags mit der Anzahl der Beschäftigten je Genossenschaft, dann fällt eine parallel laufende Entwicklung auf. Relativ hohe Bruttoertragskennziffern sind üblicherweise in den Gruppen mit durchschnittlich hoher Beschäftigtenzahl anzutreffen. Umgekehrt fällt vielfach eine niedrige Kennziffer für den Bruttoertrag mit einer im Gruppendurchschnitt geringen Beschäftigtenzahl je Genossenschaft zusammen. Zwischen der Zahl der Beschäftigten und der Höhe des Bruttoertrags besteht offensichtlich ein Zusammenhang, der auch erwartet werden konnte, denn angesichts der Arbeitsintensität des Geld- und Kreditgeschäftes kann ein bestimmter Bruttoertrag nur durch einen entsprechenden Einsatz des Faktors Arbeit erwirtschaftet werden.

c. Die ordentlichen Aufwendungen¹
ca. Zinsaufwendungen

Aus Tabelle 27 ist abzulesen, daß der größte Teil der

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

ordentlichen Aufwendungen auf Zinsen für Einlagen und aufgenommene Gelder entfällt. Die gesamten Zinsaufwendungen einer Bank hängen nicht nur von den Habenzinssätzen, sondern auch von der Bilanzstruktur des betreffenden Instituts ab.

Ein Vergleich der Gruppenkennziffern zeigt, daß bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen der Zinsaufwand (in v.H. der DBS) mit steigender Bilanzsumme geringfügig zunimmt, weil sich der Anteil der hoch verzinslichen Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an den gesamten Einlagen erhöht ¹. Bei den reinen Kreditgenossenschaften ist eine solche Tendenz nicht zu erkennen. Der Nachweis, daß zwischen verschiedenen großen Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr kein Unterschied in der relativen Höhe der Zinsaufwendungen besteht, korrespondiert mit der Feststellung, daß von der Bilanzsumme keine Wirkung auf den Anteil der Einlagen bzw. der aufgenommenen Gelder am Geschäftsvolumen ausgeht ².

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen sind die Kennziffern für den Zinsaufwand in den Gruppen besonders hoch, in denen Raiffeisenkassen mit hohen Warenumsätzen erfaßt sind. Eine Erklärung gibt wiederum die Bilanzstruktur, denn der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen nimmt mit steigendem Warenumsatz ab, während die kurz-, mittel- und langfristig aufgenommenen Gelder sowie innerhalb der Einlagen die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist relativ zunehmen ³.

Die Kennziffern für den Zinsaufwand weichen in Einzelfällen stark voneinander ab. Die Unterschiede können verschiedene Ursachen haben, wie z.B. vorübergehende oder dauernde, in ihrer Höhe schwankende Kreditaufnahmen. Bei einigen Genossenschaften ist für die Höhe der Zinsaufwendungen mit entscheidend, ob ein Zinsvoraus gewährt wird oder nicht.

¹ Vgl. S. 127.

² Vgl. S. 116 f.

³ Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 116 und S. 128 i.V.m. Tabelle 12 auf S. 125.

Ohne auf Sonderfälle einzugehen und ohne die Auswirkungen von Änderungen der Zinssätze zu berücksichtigen, läßt sich für die Zinsaufwandskennziffer bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen eine Schwankungsbreite zwischen 3 und 4 Prozent, bei den reinen Kreditgenossenschaften eine solche zwischen 2,50 und 3,50 Prozent ermitteln. Zinsaufwendungen von weniger als 2,50 Prozent der DBS wurden 1958 lediglich bei 22, 1959 bei 30, 1960 bei 2, 1961 bei 9 und 1962 bei 12 der 156 Institute festgestellt. Relativ hohe Zinsaufwendungen (über 4 Prozent) hatten demgegenüber 18 (1958), 10 (1959), 36 (1960), 17 (1961) und 8 (1962) Raiffeisenkassen. Kennzeichnend für die Genossenschaften mit extrem niedrigen Kennziffern ist gewöhnlich ein weit über den Gruppendurchschnitt hinausgehender Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen, ein unterdurchschnittlicher Anteil der kurz- und mittelfristig aufgenommenen Gelder und in vielen Fällen ein geringer Anteil der langfristig aufgenommenen Darlehen. Einige große reine Kreditgenossenschaften hatten niedrige Kennziffern, obwohl der Anteil der langfristig aufgenommenen Darlehen überdurchschnittlich hoch war, weil der Zinsaufwand für diese Darlehen durch einen entsprechend niedrigen Zinsaufwand infolge überdurchschnittlicher Anteile der niedrig verzinslichen Sichteinlagen und der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist an den Gesamteinlagen kompensiert wurde.

Bei den meisten Kreditgenossenschaften mit relativ hohen Zinsaufwendungen liegt der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen erheblich unter dem Gruppendurchschnitt. In vielen Fällen ist der Anteil der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist an den Gesamteinlagen ungewöhnlich hoch. Im letzten Jahr des Vergleichszeitraums hatten die Raiffeisenkassen XV/d, XV/u, XII/c, XII/g, XII/f, XII/m, VIII/b, VI/g, VI/h, VI/b und II/c außerordentlich hohe Zinsaufwandskennziffern. Die meisten Institute arbeiten in ländlichen Gebieten. Einem hohen Kreditbedarf entspricht hier oft nur eine geringe Sparkraft, so daß die Aufnahme von Fremdgeldern unumgänglich ist.

Tabelle 28 - Die Zinsaufwendungen in v.H. der Gesamtaufwendungen und die Zinserträge in v.H. der Gesamterträge (Gruppendurchschnitte für 1958, 1960 und 1962)¹

Gruppen	Zinsaufwendungen in v.H. der Gesamtaufwendungen (a)					
	Zinserträge in v.H. der Gesamterträge (b)					
	1958		1960		1962	
	a	b	a	b	a	b
I	43,9	76,7	50,9	77,4	47,8	76,9
II	37,5	53,6	43,2	65,1	39,7	63,8
III	33,8	40,8	35,4	45,7	35,5	49,1
IV	31,5	35,3	36,0	42,0	33,2	41,2
V	29,1	29,6	33,2	35,5	29,3	32,5
VI	39,2	57,0	42,3	64,2	40,8	64,5
VII	27,9	37,7	32,3	40,1	31,5	42,9
VIII	39,5	59,0	48,0	71,6	43,8	70,0
IX	34,4	44,0	39,5	50,7	36,6	50,1
X	41,1	65,7	50,6	74,9	45,0	76,5
XI	35,2	49,1	37,9	55,3	37,8	54,7
XII	42,2	65,6	50,4	72,2	48,1	72,7
XIII	46,7	80,3	49,8	81,7	47,1	88,7
XIV	41,9	77,4	48,1	82,3	46,5	82,2
XV	44,9	81,5	51,2	85,2	47,2	85,6
XVI	40,1	75,4	46,7	84,8	44,7	83,4

Tabelle 28 läßt die Bedeutung der Zinskosten als Aufwandsfaktor und der Zinserträge als Einnahmequelle erkennen. Gruppenunterschiede hinsichtlich der Zinserträge sind gewöhnlich auf den Warenverkehr zurückzuführen. Erhebliche Gewinne im Warengeschäft bei den Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen (Gruppen IV, V, VII, IX, XI) haben zur Folge, daß die Bedeutung der Zinserträge relativ abnimmt.

Der im Vergleich zu reinen Kreditgenossenschaften niedrigere Anteil der Zinsaufwendungen bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen ist auf die höheren Verwaltungskosten zurückzuführen, die bei den letzteren ein verhältnismäßig stärkeres Gewicht haben als bei den ersteren. Aus dem gleichen Grund sind die Zinsaufwendungen innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen in den Gruppen der Genossenschaften mit hohem Warenumsatz (Gruppen IV, V, VII, IX, XI) vergleichsweise niedrig. Bei den gemischtwirt-

¹ Zusammengestellt nach den entsprechenden Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften in der Gewinn- und Verlustrechnung.

schaftlichen Kassen nimmt darüber hinaus der Anteil der Zinsaufwendungen mit wachsender Bilanzsumme tendenziell zu, weil offensichtlich mit der Expansion der Bankbilanzen das Geld- und Kreditgeschäft einen größeren Raum einnimmt als das Warengeschäft.

cb. Persönliche und sachliche
Verwaltungskosten

Unter der Sammelbezeichnung Persönliche Verwaltungskosten werden alle Löhne, Gehälter, gesetzliche soziale Abgaben und sonstige (freiwillige) Aufwendungen für die Beschäftigten zusammengefaßt. Die sachlichen Verwaltungskosten umfassen die laufenden Sachkosten bei der Abwicklung des Geschäftsbetriebes. u.a. Aufwendungen für Bürobedarf, Telefon, Miete, Versicherung, Werbung, Reinigung, Anlageninstandhaltung und Prüfungskosten.

Der Anteil der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten an den Gesamtaufwendungen machte im Durchschnitt der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr 43,4 Prozent (1958), 44,0 Prozent (1959), 39,4 Prozent (1960), 40,7 Prozent (1961) und 41,7 Prozent (1962) aus. Für die reinen Kreditgenossenschaften wurden Anteile von 36,5 Prozent (1958), 38,0 Prozent (1959), 33,6 Prozent (1960), 37,2 Prozent (1961) und 37,9 Prozent (1962) ermittelt.

Tabelle 29 - Die Verwaltungskosten je Genossenschaft
(Gruppendurchschnitte für 1958, 1960
und 1962) ¹

Gruppen und Bilanzsummen ^a	Verwaltungskosten je Genossenschaft (in DM)		
	1958	1960	1962
Gruppen I bis V (BS: bis 1 Mill. DM)	22 100	29 500	39 400
Gruppen VI bis IX (BS: 1 bis 2 Mill. DM)	41 000	50 000	63 600
Gruppen X bis XII (BS: über 2 Mill. DM)	69 000	87 100	115 100
Gruppe XIII (BS: bis 2 Mill. DM)	24 800	35 600	47 400
Gruppe XIV (BS: 2 bis 4 Mill. DM)	52 200	62 500	83 700
Gruppe XV (BS: 4 bis 6 Mill. DM)	73 600	96 600	133 100
Gruppe XVI (BS: über 11 Mill. DM)	251 800	303 800	429 500
^a Abgestellt auf den der Vergleichsgruppenbildung zugrunde liegenden Stichtag vom 31.12.1960.			

Mit wachsender Bilanzsumme steigen die (persönlichen und sachlichen) Verwaltungskosten je Genossenschaft. Sie steigen absolut, wie Tabelle 29 zeigt. In Relation zur Bilanzsumme nehmen sie jedoch ab ², d.h. es liegen degressive Kosten vor. Diese sind dadurch gekennzeichnet, daß die Verwaltungskosten mit der Expansion der Bankbilanz zwar steigen, daß aber die Steigung geringer ist als die Steigerung des Geschäftsvolumens. Die Bilanzsumme ist als Bezugsgröße der Verwaltungskosten sehr problematisch, weil die (arbeitsintensiven) Dienstleistungsgeschäfte in die Bilanz nicht eingehen. Trotz dieses Mangels, der einer einheitlichen Systematik bei der Erfolgsaufgliederung zuliebe in Kauf genommen wurde (vgl. Tabelle 27), lassen sich - wenn auch unter Vorbehalten - aus der Entwicklung der Kennziffern für die persönlichen Verwaltungskosten einerseits und für die sachlichen Verwaltungskosten andererseits Schlüsse ziehen.

¹ Zusammengestellt nach den Angaben der einzelnen Kreditgenossenschaften in der Gewinn- und Verlustrechnung.

² Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

Ein Vergleich der Gruppenkennziffern für die persönlichen Verwaltungskosten bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen führt zu dem Nachweis der Kostendegression. Da die persönlichen Verwaltungskosten (in v.H. der DBS) mit wachsender Bilanzsumme abnehmen, kann gefolgert werden, daß große gemischtwirtschaftliche Institute relativ kostengünstiger arbeiten als kleine. Die gleiche Tendenz findet sich auch bei den reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XV). Die Kostendegression läßt sich mit einer besseren Ausnutzung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs und einer stärkeren Rationalisierung der Betriebsorganisation bei den größeren Instituten begründen. Die in der Gruppe XVI erfaßten größten reinen Kreditgenossenschaften machen hier allerdings eine Ausnahme. Sie weisen außerordentlich hohe persönliche Verwaltungskosten (in v.H. der DBS) aus, weil das umfangreiche Geschäftsvolumen eine so starke arbeitsmäßige Belastung darstellt, daß ein qualifizierteres und entsprechend teureres Personal benötigt wird ¹.

Die Kennziffern für die persönlichen Verwaltungskosten sind innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen in den Gruppen besonders hoch, in denen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz zusammengefaßt sind. Ausschlaggebend ist die Zahl der Beschäftigten, die bei den Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft durchweg größer ist als bei den Genossenschaften mit kleinem Warengeschäft ². Entsprechend lassen sich die niedrigeren Kostenkennziffern der reinen Kreditgenossenschaften (Tabelle 27) mit dem fehlenden Warengeschäft dieser Institute erklären.

Der Einfluß des Warengeschäftes auf die persönlichen Verwaltungskosten läßt sich auch daran erkennen, daß die Relation zwischen dieser Kostenart und der DBS 1958 bei 44, 1959 bei 46, 1960 bei 36, 1961 bei 32 und 1962 bei 29 der 131 gemischtwirtschaftlichen Institute mehr als 3 Prozent betrug. Demgegenüber kamen 1958 und

¹ Vgl. S. 109 f.

² Vgl. Tabelle 9 auf S. 108.

1961 nur fünf, 1959, 1960 und 1962 nur vier von 25 reinen Kreditgenossenschaften auf einen höheren Wert als 2 Prozent. Im letzten Jahr des Vergleichszeitraums hatten die Raiffeisenkassen X/b, VI/1, XII/h, XIV/h, X/m, XIII/c, XII/m, VIII/h, XIII/b, X/1, XII/f, XII/e und VIII/a die höchsten Kennziffern (über 4 Prozent). Alle Institute betreiben ein umfangreiches Warengeschäft. Mit Ausnahme der Kassen XII/f und XII/m übertrafen ihre persönlichen Verwaltungskosten auch die Zinsaufwendungen. Bei den meisten Instituten mit extremen Kostenkennziffern (über 5 Prozent) lagen die persönlichen Verwaltungskosten an allen Stichtagen höher als die Zinsaufwendungen (1958 bei 56, 1959 bei 43, 1960 bei 21, 1961 bei 50, 1962 bei 52 Genossenschaften).

Im Gegensatz zu den Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft, die relativ hohe Kennziffern für die persönlichen Verwaltungskosten aufweisen, finden sich extrem niedrige Kennziffern im allgemeinen bei den reinen Kreditgenossenschaften und bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen mit kleinem Warengeschäft. Ein Anteil der persönlichen Verwaltungskosten von weniger als 1,50 Prozent der DBS, wie er bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen in 17 (1958), 16 (1959), 19 (1960), 25 (1961) und 19 (1962) Fällen und bei den reinen Kreditgenossenschaften in 6 (1958), 8 (1959), 9 (1960), 12 (1961) und 10 (1962) Fällen ermittelt wurde, ist bereits außergewöhnlich und läßt auf eine relativ kostengünstige Beschäftigungssituation schließen. Allerdings ist damit noch nichts über die Wirtschaftlichkeit¹ der betreffenden Genossenschaften gesagt. Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warenverkehr müssen ohnedies bei einer Beurteilung ausgeklammert werden, weil die Wirtschaftlichkeit des Warengeschäftes in seiner vielfältigen Erscheinungsform und oft wechselnden Struktur nur schwer zu messen ist.

Wie die Kennziffern für die persönlichen Verwaltungskosten nehmen auch die für die sachlichen Verwal-

¹ Unter Wirtschaftlichkeit versteht Gutenberg (Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 31) das Verhältnis von Istaufwand zu Sollaufwand bei gegebener Produktionsleistung.

tungskosten mit steigender Bilanzsumme ab. Die Kostendegression ist typisch sowohl für die gemischtwirtschaftlichen als auch für die reinen Kreditgenossenschaften (einschließlich der Genossenschaften der Gruppe XVI).

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen liegen die Kennziffern für die sachlichen Verwaltungskosten in den Gruppen besonders hoch, in denen Genossenschaften mit hohen Warenumsätzen erfaßt sind. Sachliche Verwaltungskosten, die durch das Warengeschäft verursacht werden, sind in erster Linie Anlageninstandhaltungskosten, Betriebskosten für Kraftfahrzeuge und Pachtaufwendungen. Aufwendungen für die Instandhaltung von Anlagen werden von Zeit zu Zeit in größerem Umfang getätigt. Diese sporadisch auftretenden Aufwendungen sind im wesentlichen der Grund dafür, daß 1958 bei neun, 1959 bei sieben, 1960 bei vier, 1961 bei vier und 1962 bei zwei der 156 Kreditgenossenschaften die sachlichen die persönlichen Verwaltungskosten und 1958 in zwei, 1959 in drei und 1962 wiederum in zwei Fällen die sachlichen Verwaltungskosten die Zinsaufwendungen übertrafen.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen schwankte die Kennziffer für die sachlichen Verwaltungskosten an allen Vergleichsstichtagen zwischen 0,80 und 2,00 Prozent, bei den reinen Kreditgenossenschaften zwischen 0,60 und 1,00 Prozent. Kennziffern außerhalb dieser Grenzen sind Extremwerte. Die höchsten sachlichen Verwaltungskosten (in v.H. der DBS) hatten 1962 die Raiffeisenkassen XII/i, XIII/c, XII/m, X/b, XIII/b, XV/t und XIV/b. Vor 1962 wiesen diese Kassen oft auch extrem hohe Kennziffern für die persönlichen Verwaltungskosten aus. Die genannten Institute sind offensichtlich in die Kapazität des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs noch nicht hineingewachsen und daher auch nicht voll in den Genuß der Kostendegression gekommen.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften lassen sich Fälle für eine auffallend ungünstige Kostensituation nicht finden. Die überdurchschnittlich hohen Kennziffern der Raiffeisenkassen IV/a, IV/b und IV/e sind durch Kostenremanenz bedingt, d.h. die Aufgabe des früher

betriebenen Warengeschäftes führte zu keinem entsprechenden Rückgang der Kosten. Die Kassen II/b und I/d hatten von allen reinen Kreditgenossenschaften während der Vergleichszeit die niedrigsten Kennziffern für sachliche Verwaltungskosten. Die Genossenschaft I/d wies jedoch - ebenso wie die im Aufbau befindlichen Kassen IV/a und III/d - in allen Jahren die höchsten persönlichen Verwaltungskosten (in v.H. der DBS) aus.

Von den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr hatten am Jahresende 1962 die Raiffeisenkassen V/a, VII/h, V/c, XVI/c, XV/k, V/b, IX/g, VII/l, VII/a, V/g, XI/b, X/c, XV/b, XV/d, V/d, IX/b, XIII/m, XV/p und XVI/d die relativ niedrigsten sachlichen Verwaltungskosten. Auch in den Jahren vor 1962 waren in allen Fällen die Relationen günstig. Bei der Mehrzahl dieser Genossenschaften war ein (am Gruppenmittelwert gemessener) unterdurchschnittlicher Gesamtumsatz der Grund für die relativ niedrigen sachlichen Verwaltungskosten und eine ebenfalls festgestellte geringe Zahl von Buchungsposten. Bis auf die Kassen V/c, V/g, V/d und XI/b hatten alle übrigen Institute in den Jahren 1958 bis 1962 auch verhältnismäßig niedrige persönliche Verwaltungskosten. Die Kostensituation der aufgeführten Banken war somit infolge der relativ niedrigen persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten in allen Jahren des Vergleichszeitraums außerordentlich günstig.

cc. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Wie alle bisher betrachteten Erfolgsdaten wurden auch die Normalabschreibungen einschließlich der Sammelwertberichtigungen und die Sonstigen ordentlichen Aufwendungen zur DBS ins Verhältnis gesetzt. Die Bilanzsumme ist als Bezugsgröße wiederum problematisch, weil sich die Abschreibungen nur auf das Anlagevermögen und ggf. auf die Wertpapiere beziehen. Der Begriff Normalabschreibungen umfaßt hier die ordentlichen Abschreibungen auf Anlagen und die gelegentlichen Abschreibungen auf Wert-

papiere¹. Die Sammelwertberichtigung betrifft die obligatorische Wertkorrektur solcher Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet worden sind.

Innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen sind die Abschreibungen in den Gruppen relativ hoch, in denen Genossenschaften mit hohem Warenumsatz erfaßt sind. Das liegt daran, daß diese Genossenschaften über ein höheres Anlagevermögen verfügen als Raiffeisenkassen ohne oder mit geringem Warengeschäft.

Im letzten Jahr der Vergleichsperiode wiesen die gemischtwirtschaftlichen Kassen VIII/f, XII/f, XIV/b, X/m, VIII/h, XIII/c, XII/e, XII/h und X/k die relativ höchsten Normalabschreibungen aus. Diese Genossenschaften sowie die Kassen XIII/h, XII/a, XII/b, XII/g, XII/m, XI/r, X/d, X/f, 4/l und VI/d hatten durchweg an allen Stichtagen die höchsten Abschreibungskennziffern. Alle diese Institute betreiben ein umfangreiches Warengeschäft und verfügen gleichzeitig über ein beachtliches Anlagevermögen. Nur in wenigen Fällen sind die relativ hohen Abschreibungen auf überdurchschnittliche Zuweisungen zur Sammelwertberichtigung zurückzuführen.

Verhältnismäßig niedrige Abschreibungen wurden entsprechend bei den Raiffeisenkassen festgestellt, die ein kleines Warengeschäft betreiben und deren Anlagevermögen eine unbedeutende Rolle spielt. Den Untersuchungen zufolge sind Kennziffern über 1 Prozent extrem hohe Werte, während Kennziffern unter 0,25 Prozent extrem niedrige Werte darstellen. Abschreibungskennziffern von mehr als 1 Prozent wurden 1958 bei 30, 1959 bei 21, 1960 bei 26, 1961 bei 21 und 1962 bei 21 gemischtwirtschaftlichen Kassen festgestellt, denen 10 (1958), 15 (1959), 15 (1960), 11 (1961) und 13 (1962) Genossenschaften mit Kennziffern unter 0,25 Prozent gegenüberstanden.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften kommt dem Anlagevermögen und folglich auch den Abschreibungen auf Anlagen nur geringe Bedeutung zu. Die Abschreibungskenn-

¹ Abschreibungen auf Wertpapiere werden vorgenommen, um dem Niederstwertprinzip Rechnung zu tragen; vgl. dazu § 33 c GenG.

ziffern liegen durchschnittlich niedriger als bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten (vgl. Tabelle 27) und bewegen sich zwischen 0,20 und 0,50 Prozent. Kennziffern unter 0,20 Prozent wurden 1958 bei vier, 1959 und 1960 bei je zwei sowie 1961 und 1962 bei je sieben der 25 reinen Kreditgenossenschaften registriert. Dieser Anzahl stehen durchweg in jedem Jahr drei bis vier reine Kreditgenossenschaften gegenüber, bei denen die Abschreibungen 0,50 Prozent der DBS übersteigen. Auch bei den reinen Kreditgenossenschaften bestimmen die Abschreibungen auf Anlagen mehr noch als die Sammelwertberichtigungen die Höhe der Abschreibungskennziffern. Die Sammelwertberichtigungen sind bisweilen allerdings relativ hoch. Sie sind abhängig von der Zusammensetzung des Kreditvolumens nach Wechselkrediten, sonstigen Debitoren, langfristigen Ausleihungen und Eventualforderungen, für die Wertberichtigungen nach vorgeschriebenen Mindestsätzen zu bilden sind.

Was die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betrifft, so bestehen diese zum größten Teil aus Steuern. Geringere Bedeutung haben Provisionsaufwendungen, Kursverluste, Beiträge zur Altersversorgung (auch Pensionsrückstellungen), sog. Sterbegelder und in einigen Fällen die Kosten der warenwirtschaftlichen Nebenbetriebe.

Raiffeisenkassen mit umfangreichem Warengeschäft weisen relativ höhere sonstige Aufwendungen aus als Genossenschaften entsprechender Bilanzsumme mit geringem Warenverkehr. Das ist z.T. auf die Kosten der Nebenbetriebe, z.T. auf die Steuern zurückzuführen, die mit dem Warengeschäft anfallen (Umsatzsteuer, Realsteuern, Kfz-Steuer). Etwa jede achte gemischtwirtschaftliche Kasse hatte in jedem Jahr eine höhere Kennziffer als 1,50 Prozent. Jede dritte bis vierte lag unter 0,50 Prozent. Die höchsten Kennziffern hatten an allen Stichtagen die gemischtwirtschaftlichen Institute XIV/1, XIII/a, XIII/g, XII/b, XII/e, XII/h, X/a, X/e, VIII/h, VIII/f, VIII/c, VI/b und VI/l. Da diese ein umfangreiches Warengeschäft betreiben, setzen sich ihre sonstigen ordentlichen Aufwendungen vor allem aus den Steuern und den Kosten der Hilfs- und Nebenbetriebe zusammen. Bei den reinen Kredit-

genossenschaften IV/c, IV/b, IV/g, III/c, II/c, II/a, II/d, II/b, I/d und I/b, die in mehreren Jahren die höchsten Kennziffern (über 0,50 Prozent) erreichten, haben demgegenüber Provisionsaufwendungen, Kursverluste und Beiträge zur Altersversorgung ein besonderes Gewicht.

d. Der Betriebsgewinn ¹

Der Betriebsgewinn ist der Überschuß der ordentlichen Erträge über die ordentlichen Aufwendungen. Übersteigen die ordentlichen Aufwendungen die entsprechenden Erträge, dann liegt ein Betriebsverlust vor. Die Verwaltungskosten der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften werden nur zu einem geringen Teil aus Provisionen oder sonstigen Einnahmen, die nicht Zins- oder Warenerträge sind, gedeckt, so daß der größte Teil der Verwaltungskosten aus dem Überschuß der Zinserträge über die Zinsaufwendungen bzw. aus den Erträgen aus Warenverkehr bestritten werden muß. Die wichtigsten Bestimmungsfaktoren des Betriebsgewinns sind daher die Nettozinserträge, der Bruttogewinn aus Warenverkehr und die Verwaltungskosten.

Leitmaxime der Kreditgenossenschaften ist die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder. Die Erzielung eines angemessenen Gewinns steht damit nicht in Widerspruch. Eine Genossenschaft muß sich wie jeder andere Betrieb durch die Bildung von Rücklagen gegen Verluste sichern. Ob ein Gewinn angemessen ist oder nicht, läßt sich aus der Bilanz nicht ablesen, sondern nur im Einzelfall beurteilen, wenn erwartete Verluste in ihrer Höhe bekannt sind und der Finanzbedarf der Unternehmung auf lange Sicht zu übersehen ist. In Relation zur DBS repräsentiert der Betriebsgewinn die aus dem eigentlichen Geschäftsbetrieb resultierende Gewinnspanne. Für diese lassen sich zwar häufigste Werte ermitteln, damit ist jedoch nichts über die Angemessenheit des einzelnen Betriebsgewinns ausgesagt.

Bei 45 Genossenschaftsbanken - in der Mehrzahl Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr - wurde an minde-

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

stens einem der fünf Stichtage ein Betriebsverlust festgestellt. Die Zahl dieser Institute hat allerdings abgenommen, und zwar von 22 (1958, über 18 (1959), 18 (1960) und 14 (1961) auf 11 (1962).

Die Zahl der gemischtwirtschaftlichen Genossenschaften mit einem Betriebsgewinn von mehr als 1 Prozent der DBS erhöhte sich von 42 (1958) über 43 (1959), 44 (1960) und 46 (1961) auf 51 (1962). Gleichzeitig hat auch die Zahl der Institute mit einem Betriebsgewinn zwischen 0,50 und 1 Prozent der DBS zugenommen. Insgesamt gesehen hat sich also bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr die Ertragslage verbessert. Eine ähnliche Tendenz konnte demgegenüber bei den reinen Kreditgenossenschaften nicht festgestellt werden. Die Betriebsgewinne sind hier bei unwesentlichen Abweichungen von Jahr zu Jahr ziemlich konstant.

Ein Überblick über die Entwicklung der einzelbetrieblichen Kennziffern ergibt, daß die Raiffeisenkassen in eine kritische Zone kommen, wenn der Betriebsgewinn 0,30 Prozent der DBS unterschreitet, weil u.U. auftretende außerordentliche Aufwendungen (z.B. außerordentliche Abschreibungen oder Einzelwertberichtigungen) durch den Ertrag nicht mehr gedeckt werden. Bei der Bestimmung dieser Grenze wurde in Betracht gezogen, daß außerordentliche Aufwendungen von mehr als 0,50 Prozent der DBS selten anfallen. Eine Sicherheitsmarge von 0,30 Prozent ist zu gering, wenn außerdem nennenswerte Warenrückvergütungen, Dividendenausschüttungen oder Zuweisungen an die Rücklagen geleistet werden sollen. Kreditgenossenschaften, die derartige Transaktionen planen, sollten einen Betriebsgewinn von mehr als 0,50 Prozent anstreben. Die kritische Grenze von 0,30 Prozent stellt annähernd das Ziel dar, das bei dem Streben nach Kostendeckung anvisiert werden muß.

Eine Gewinnspanne von mehr als 2 Prozent läßt vermuten, daß die betreffenden Institute eine mehr erwerbswirtschaftlich als förderungswirtschaftlich ausgerichtete Überschußpolitik betreiben. Den Ergebnissen des Betriebsvergleichs zufolge liegen die häufigsten Werte für die

ordentliche Gewinnspanne zwischen 0,50 und 1,50 Prozent. Innerhalb dieser Grenzen bewegten sich knapp zwei Drittel der beobachteten Fälle, und zwar an jedem der fünf Stichtage.

Mit wachsender Bilanzsumme nimmt - wie ein Vergleich der reinen Kreditgenossenschaften (Gruppen XIII bis XVI) erkennen läßt - die Kennziffer für den Betriebsgewinn tendenziell zu. Große reine Kreditgenossenschaften erzielen im Verhältnis höhere Betriebsgewinne als kleine Institute ¹. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen ist der Einfluß des Geschäftsvolumens nicht so deutlich, weil das Warengeschäft die Höhe der Gewinnspanne wesentlich beeinflußt.

Aus einem Vergleich der Gruppen I bis XII geht hervor, daß die Kennziffern für den Betriebsgewinn innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen in den Gruppen besonders hoch sind, in denen Raiffeisenkassen mit hohen Warenumsätzen zusammengefaßt sind. Obwohl Kreditgenossenschaften mit großem Warengeschäft relativ ² höhere Zinsaufwendungen, Verwaltungskosten und sonstige ordentliche Aufwendungen ausweisen, bewirken die höheren Erträge aus Warenverkehr, daß der Betriebsgewinn im Verhältnis ² größer ist als bei den Instituten mit niedrigen Warenumsätzen. So erzielten die Kassen XIV/1, XIII/1, XII/a, XII/e, XII/h, X/c, X/a, X/k, IX/b und VIII/f in jedem Jahr die höchsten Gewinnspannen aller Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Bei einigen Genossenschaften (IX/b, X/a und X/c) finden die extremen Spannen auch in relativ niedrigen Verwaltungskosten ihre Erklärung. Allgemein läßt sich jedoch ein hoher Betriebsgewinn weniger auf eine relativ günstige Kosten- oder Zinsertragslage als vielmehr auf verhältnismaßig hohe Bruttogewinne im Warengeschäft zurückführen. Mit Ausnahme der Raiffeisenkasse IX/b gewährten alle genannten Institute während der Vergleichszeit beträchtliche Warenrückvergütungen, so daß die hohen Erträge aus dem Warenverkehr z.T. wieder ausgeschüttet wurden.

¹ Vgl. entsprechende Feststellungen auf S. 122.

² Bezugsgrundlage ist hier die Durchschnittsbilanzsumme.

Im Jahre 1962 erreichten die Raiffeisenkassen II/c, IV/g, II/b, II/a und III/g die höchsten Gewinnspannen aller reinen Kreditgenossenschaften, die ganz verschiedene Ursachen haben: Bei der Raiffeisenkasse II/c führten überdurchschnittliche ¹ Zins- und Provisionserträge sowie unterdurchschnittliche ¹ persönliche Verwaltungskosten trotz relativ hoher Zinsaufwendungen zu einer günstigen Gewinnspanne. Die Raiffeisenkasse IV/g verdankt ihren Betriebsgewinn überdurchschnittlichen Zins- und Provisionserträgen und unterdurchschnittlichen persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten. Bei der Raiffeisenkasse II/b sind es unterdurchschnittliche persönliche und sachliche Verwaltungskosten sowie Abschreibungen einschließlich Sammelwertberichtigungen, die trotz ebenfalls unterdurchschnittlicher Zins- und Provisionserträge eine hohe Gewinnspanne bewirkten. Die Raiffeisenkasse II/a verdankt ihre günstige Spanne allein den relativ hohen Zinserträgen. Für die Raiffeisenkasse III/g sind schließlich überdurchschnittliche Zins- und Provisionserträge sowie unterdurchschnittliche persönliche Verwaltungskosten anzuführen.

Von Jahr zu Jahr stark schwankende oder in der kritischen Zone liegende Gewinnspannen sollten von den einzelnen Raiffeisenkassen auf ihre Ursachen hin untersucht werden. Durch den Vergleich der einbetrieblichen Kennziffern mit den gruppendurchschnittlichen Erfolgsdaten können die Gründe für unterschiedliche Gewinnspannen festgestellt werden. Aus der Kenntnis der Ursachen für die Abweichungen vom Durchschnitt ergeben sich meist schon die Ansatzpunkte für geschäftspolitische Maßnahmen, um einen Verlust zu beseitigen oder die Gewinnspanne aus der kritischen Zone herauszuführen. Insbesondere bei den reinen Kreditgenossenschaften IV/c und III/a sowie bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen XVI/b, XVI/d, XV/a, XV/l, XV/o, XV/i, XII/g, XII/i, XII/f, XII/m, XI/b, XI/h, XI/k, X/d, X/b, X/f, VIII/d, VII/e, VI/c und VI/f scheint die Einleitung solcher Maßnahmen angebracht zu sein.

¹ Maßstab für den Vergleich der einzelbetrieblichen Werte sind jeweils die Gruppendurchschnitte.

e. Außerordentliche Erfolgselemente¹

Für die außerordentlichen Erfolgselemente ist charakteristisch, daß sie außerhalb des normalen Geschäftsbetriebes und nicht regelmäßig anfallen. Daraus folgt bereits, daß Regelmäßigkeiten im Sinne von typischen Unterschieden zwischen reinen und gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften bzw. zwischen den nach unterschiedlichen Bilanzsummen und Warenumsätzen eingeteilten Kassen nicht zu erwarten sind.

Außerordentliche Erträge fallen z.B. an bei der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen, bei Verkäufen von abgeschriebenen Anlagen, Eingang abgeschriebener Forderungen, Steuererstattungen, Gutschriften von Warenrückvergütungen und bei sonstigen außerordentlichen Zuwendungen. Außerordentliche Aufwendungen betreffen u.a. außerordentliche Abschreibungen auf Anlagen, Abschreibungen auf Forderungen, Zuweisungen zur Einzelwertberichtigung und Rückstellungen für besondere Fälle.

Gegen die Bilanzsumme als Bezugsgröße für die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen lassen sich wiederum einige Argumente anführen, doch bietet sich andererseits eine geeignetere Bezugsgröße nicht an. Die außerordentlichen Erträge können im Verhältnis zur DBS einen hohen Wert erreichen. Kennziffern über 0,50 Prozent wurden 1958 in 37, 1959 in 22, 1960 in 16 sowie 1961 und 1962 in je 14 Fällen registriert. Die Zahlen deuten an, daß die außerordentlichen Erträge während der Vergleichszeit an Gewicht verloren haben (vgl. Tabelle 27), was vor allem auf die spärlicher eingehenden Warenrückvergütungen zurückzuführen ist. Im letzten Jahr des Vergleichszeitraums machten bei 80 der 156 Kreditgenossenschaften die außerordentlichen Erträge zwischen 0,10 und 0,50 Prozent der DBS aus. 62 Kassen erzielten überhaupt keine außerordentlichen Erträge oder nur bis zu einer Höhe von 0,10 Prozent der DBS.

Die meisten Kreditinstitute, die einen Betriebsverlust auswiesen, konnten diesen durch außerordentliche

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

Erträge kompensieren, so daß sich ein geringer bilanzieller Reingewinn ergab. 1958 galt dies für 18 der 22 Raiffeisenbanken mit Betriebsverlust, 1959 für alle 18 Genossenschaften, 1960 für 14 der 18, 1961 für 11 der 14 und 1962 für 6 der 11 Kreditgenossenschaften. Der Ausgleich von Betriebsverlusten durch außerordentliche Erträge war nicht immer zufällig. In einigen Fällen wurden stille Reserven bewußt aufgelöst, um einen Verlustausweis zu vermeiden. Drei Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr wurden nur durch außerordentliche Zuwendungen seitens der mittelhheinischen Raiffeisen-Organisation vor einem Verlustausweis bewahrt.

Da außerordentliche Erträge nicht immer anfallen, sollte von vornherein auf einen angemessenen Betriebsgewinn hingearbeitet werden. Gemischtwirtschaftliche Kassen haben im allgemeinen eher noch als reine Kreditgenossenschaften die Möglichkeit, außerordentliche Erträge zu erzielen. Der Warenverkehr mit der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft bringt nämlich in vielen Fällen Warenrückvergütungen ein. Auf Grund des relativ umfangreichen Anlagevermögens lassen sich stille Reserven wenigstens in gewissen Grenzen bilden und auflösen. Möglichkeiten zur Manipulation bestehen außerdem bei der Bewertung von abgeschrieben oder nicht betriebsnotwendigen Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Jahresabschluß.

Die außerordentlichen Aufwendungen haben in Relation zur DBS von 1958 bis 1962 allgemein abgenommen¹, was mit dem überproportionalen Anstieg der Bilanzsumme zu erklären ist. Die Zahl der Institute mit einer höheren Kennziffer als 0,50 Prozent ist von 22 im Jahre 1958 auf 9 im Jahre 1962 gesunken. An den fünf Vergleichsstichtagen hatte jeweils mehr als ein Drittel aller Kreditgenossenschaften überhaupt keine außerordentlichen Aufwendungen. Bei knapp einem Drittel machten sie weniger als 0,10 Prozent der DBS aus. Extreme Kennziffern hatten gewöhnlich in hohen Einzelwertberichtigungen bzw. beträchtlichen Abschreibungen von Forderungen ihre Ursache. Bilanzielle Reinverluste auf Grund außerordentlicher Aufwendungen

¹ Vgl. Tabelle 27 auf S. 208.

wurden nicht festgestellt. Bei den Raiffeisenkassen VI/f im Jahre 1960, X/f im Jahre 1961, XVI/b und XV/a im Jahre 1962 trugen die außerordentlichen Aufwendungen erheblich zum Verlustausweis bei.

f. Der Jahresgewinn ¹

Der um die außerordentlichen Erträge vermehrte und um die außerordentlichen Aufwendungen verminderte Betriebsgewinn wird in der Terminologie des Erfolgsvergleichs als Jahresgewinn bezeichnet. In einer Erfolgsaufgliederung gleich der Tabelle 27 ist es zweckmäßig, den Jahresgewinn als Zwischensumme auszuweisen, um außerordentliche Erträge und Aufwendungen von den Rückstellungen für Warenrückvergütung und den sonstigen Vorweg-Gewinnverwendungen abzugrenzen. Warenrückvergütungen und Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen sind eine Form der Gewinnverwendung. Da sie, noch bevor der Jahresabschluß erstellt wird, als Rückstellungen bzw. als Zuweisung an die Rücklagen verbucht werden, wirken sie wie Aufwendungen. In der Kennziffer für den Jahresgewinn (Jahresgewinn in v.H. des DBS) sind die Warenrückvergütungen und die Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen mit enthalten. Der Jahresgewinn repräsentiert mithin den Überschuß der gesamten Erträge über die gesamten Aufwendungen eines Jahres. Er wird damit Ausdruck des kreditgenossenschaftlichen Gewinnstrebens.

An Hand der Tabelle 27 wird deutlich, daß zwischen den reinen und den gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften hinsichtlich des Jahresgewinns keine großen Unterschiede bestehen. Im Jahre 1958 erzielten die Raiffeisenkassen mit Warenverkehr einen relativ höheren Jahresgewinn als die reinen Kreditgenossenschaften. In den Jahren 1960 und 1962 waren die Verhältnisse umgekehrt. Die Zahl der Institute mit einem Jahresgewinn bis 0,50 Prozent der DBS hat während der Vergleichszeit leicht abgenommen. Etwa jede dritte bis vierte Kasse hatte durchschnittlich in jedem Jahr einen Gewinn in der angegebenen Größenordnung. Ein knappes Drittel der Genossenschaften

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

verzeichnete konstant einen Jahresgewinn zwischen 0,50 und 1,00 Prozent. Einen Gewinn von mehr als 1 v.H. der DBS wiesen jede zweite bis dritte Raiffeisenkasse aus. Während der fünf Jahre des Vergleichszeitraums haben sich in den aufgezeigten Relationen größere Verschiebungen nicht ergeben. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Zahl der Institute mit einem höheren Jahresgewinn als 1,50 Prozent von 36 im Jahre 1958 auf 28 im Jahre 1962 gesunken ist.

Die höchsten anteiligen Jahresgewinne hatten an den fünf Vergleichsstichtagen die gemischtwirtschaftlichen Kassen XIV/1, XIII/1, XIII/p, XII/a, XII/d, XII/b, XII/e, XII/h, XII/l, X/c, X/a, X/g, X/e, X/k, VIII/f, VI/g, V/l und V/g zu verzeichnen. Alle Institute betreiben ein umfangreiches Warengeschäft und weisen dementsprechend beachtliche Erträge aus dem Warenverkehr aus. Die relativ hohen Jahresgewinne lassen sich also auf die Gewinne im Warengeschäft zurückführen, die ihrerseits den Instituten die Ausschüttung von hohen Warenrückvergütungen ermöglichen.

Zu den reinen Kreditgenossenschaften mit den relativ höchsten Jahresgewinnen zählen die Kassen IV/g, III/e, II/c, II/a, II/d und I/c. Das Gewinnstreben dieser Banken entspringt einer bestimmten geschäftspolitischen Zielsetzung. Die bei einigen Instituten mehrmals praktizierte Vorweg-Zuweisung an die Rücklagen deutet an, daß eine Aufstockung des Eigenkapitals erreicht werden soll. Vielfach liegt dem Gewinnstreben das Motiv zugrunde, die in den Grundsätzen I und Ia vorgeschriebenen Relationen zwischen dem Kreditvolumen bzw. zwischen den umlaufenden eigenen Akzepten, Solawechseln und Debitorenziehungen und dem haftenden Eigenkapital zu erreichen ¹, manchmal auch der Wunsch, relativ hohe Dividenden auszuschütten.

Jahresverluste wurden 1958 in 2, 1959 in 0, 1960 in 5, 1961 in 3 und 1962 in 4 Fällen registriert. Ohne Sauerungszuschüsse seitens der mittelhheinischen Raiffeisen-Organisation hätten 1959 und 1960 eine weitere,

¹ Vgl. S. 168.

1961 und 1962 zwei weitere Raiffeisenkassen einen Jahresverlust ausweisen müssen.

Ein Vergleich der Jahresgewinn-Gruppenkennziffern macht deutlich, daß die reinen Kreditgenossenschaften mit zunehmendem Geschäftsvolumen wachsende Gewinne erzielen. Die gleiche Tendenz ist bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten mit kleinem Warengeschäft ersichtlich. Mit der geschäftlichen Expansion wächst das Streben der Genossenschaften, höhere Gewinne zur Bildung von Rücklagen oder zur Ausschüttung von Dividenden zu erzielen.

Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr nimmt die Kennziffer für den Jahresgewinn mit steigendem Warenumsatz tendenziell zu, was auf die Warenrohgewinne zurückzuführen ist, die in den Jahren 1958 bis 1962 überproportional zum Geschäftsvolumen gewachsen sind. Die außergewöhnliche Steigerung der Erträge aus dem Warenverkehr hatte verschiedene Ursachen, auf die i.e. bereits hingewiesen wurde ¹.

g. Warenrückvergütung und sonstige Vorweg-Gewinnverwendung ²

Es wurde schon mehrfach erklärt, daß die Warenrückvergütungen und die Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen eine Form der Gewinnverwendung darstellen und daß der ausgewiesene Reingewinn um diese Beträge zu erhöhen ist. Im Erfolgsvergleich wurden die Warenrückvergütungen und die sonstigen Vorweg-Gewinnverwendungen vom Jahresgewinn bzw. von der Kennziffer für den Jahresgewinn abgesetzt (vgl. Tabelle 27), so daß sich am Schluß der Erfolgsaufgliederung der ausgewiesene Reingewinn ergab.

Warenrückvergütungen werden an die Mitglieder gewährt, die über die Genossenschaft Waren bezogen oder abgesetzt haben. Die Rückvergütung wird in einem bestimmten Verhältnis zum Bezugsumsatz bzw. zum Absatzumsatz festgelegt. Die auf den Bezugsumsatz ausgeschütteten Summen sind meist höher als die auf den Absatzumsatz gewähr-

¹ Vgl. S. 224 f.

² Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

ten Beträge. Im letzten Jahr der Vergleichsperiode wurde als höchster Satz 5 Prozent des Warenbezugsumsatzes und 1,5 Prozent des Absatzumsatzes ermittelt.

Die Bereitschaft, Warenrückvergütungen zu gewähren, ist gesunken. Während 1958 und 1959 noch je 70 der 131 gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Warenrückvergütungen gewährten, waren es in den Jahren 1961 und 1962 nur noch 61 bzw. 63 Institute. Der absolute Betrag der Rückvergütungen erhöhte sich von 670 000 DM (1958) über 753 000 DM (1960) auf 832 000 DM (1962). Die auf die einzelnen Kassen entfallenden Beträge schwankten 1962 zwischen 3 000 DM und 55 000 DM. Die Spitze hielt die Raiffeisenbank V/g mit 55 000 DM. Es folgten die Raiffeisenkassen XII/e mit 49 200 DM, VI/1 mit 47 800 DM, XII/h mit 40 900 DM, VIII/f mit 36 000 DM, X/k mit 33 500 DM und VI/g mit 29 500 DM.

Als Gewinnverwendung werden auch die Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen behandelt. Bei einigen gemischtwirtschaftlichen Kassen wurden auch andere Posten als Vorweg-Gewinnverwendung gewertet, die unter der Bezeichnung "Zuweisung an Rückstellungen und Rücklagen" bilanziert und nicht näher aufzugliedern waren. Im großen und ganzen handelte es sich dabei um kleinere Beträge, die - gemessen an den Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen - kaum Bedeutung haben.

Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen wurden vor allem bei den reinen Kreditgenossenschaften und nur in Einzelfällen bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen festgestellt (Raiffeisenkassen XVI/a, XV/p, XI/e, X/d, X/k, IX/e, VI/g und V/a). Regelmäßige Vorweg-Zuweisungen sind allgemein nicht üblich, doch gibt es mehrere reine Kreditgenossenschaften, die gelegentlich oder auch öfter diese Form der Gewinnverwendung praktizieren. Zu diesen Genossenschaften zählen die Kassen IV/d, IV/e, III/d, III/b, III/e, II/c, II/d, II/b, II/e, I/c, I/a, I/d und I/b.

Im Laufe der Vergleichsperiode haben sich immer mehr Kreditinstitute zu Vorweg-Zuweisungen entschlossen. Dennoch spricht nichts dafür, daß diese Form der Gewinn-

verwendung bei den betreffenden Instituten zu einer Gewohnheit werden soll. Es ist anzunehmen, daß die meisten Raiffeisenkassen Vorweg-Zuweisungen vornehmen, um den Eigenkapital-Grundsatz I des Bundesaufsichtsamtes einzuhalten. Dieser begrenzt die Summe der zu gewährenden Kredite auf das 18fache des haftenden Eigenkapitals. Durch Vorweg-Zuweisungen wird das Eigenkapital erhöht und die Ausweitung des Kreditvolumens ermöglicht. Die Höhe der Zuweisungen kann sehr unterschiedlich sein; sie schwankte zwischen 0,10 und 1,25 Prozent der DBS.

Vorweg-Zuweisungen sind nicht an die Zustimmung der Generalversammlung gebunden. § 48 GenG bestimmt, daß die Generalversammlung über den Jahresabschluß insgesamt und über den auf die Genossen entfallenden Betrag des Gewinns beschließt. Vorweg-Zuweisungen dürfen allerdings nur vorgenommen werden, wenn die Geschäftsführung laut Satzung dazu ermächtigt ist. Gemäß § 7 Ziff. 4 GenG müssen nämlich die Bildung eines Reservefonds sowie die **A r t** dieser Bildung im Statut vorgesehen sein.

h. Der Reingewinn¹

Der Reingewinn ist der Überschuß der gesamten Erträge über die gesamten Aufwendungen (einschließlich der Warenrückvergütungen und der sonstigen Vorweg-Gewinnverwendungen). Er kann als Dividende auf die Geschäftsguthaben verteilt, den Rücklagen zugeführt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der von einer Kreditgenossenschaft erwirtschaftete Jahresgewinn (vgl. Tabelle 27) ist nur dann gleich dem Reingewinn, wenn Warenrückvergütungen nicht gewährt und Vorweg-Zuweisungen nicht vorgenommen werden. Da dies jedoch häufig der Fall ist, ist der Jahresgewinn besser als der Reingewinn geeignet, um Unterschiede in der Intensität des kreditgenossenschaftlichen Gewinnstrebens aufzuzeigen.

Am Jahresende 1962 wiesen etwa 14 Prozent der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr einen Reingewinn aus, der mehr als 1 Prozent der DBS ausmachte; 1958 waren

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 29 bis 33.

es etwa 11 Prozent. Gewinne zwischen 0,50 und 1,00 Prozent der DBS erreichten 1958 = 18 und 1962 = 28 gemischt-wirtschaftliche Institute. Geringfügig erhöhte sich auch die Zahl der Kassen mit einem Gewinn zwischen 0,20 und 0,50 Prozent (1958 = 45, 1960 = 55, 1962 = 49), während die Zahl der Institute mit einem geringen Reingewinn (bis 0,20 Prozent) von 48 (1958) über 58 (1960) auf 29 (1962) zurückging. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr sind somit die Gewinne durchweg starker gestiegen als die Bilanzsummen¹. Das ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen, z.B. auf die Steigerung der Warenumsätze und der Warenbruttogewinne infolge der Erweiterung des Warengeschäftes bei mehreren Genossenschaften², auf die nachlassende Bereitschaft der Kassen, Warenrückvergütungen zu gewähren, auf die Kostendegression, die mit der Ausweitung des Geschäftsvolumens einhergeht und schließlich auf eine stärkere Rationalisierung der Betriebsorganisation bei den Genossenschaften mit gewachsenem Geschäftsvolumen. Von besonderer Bedeutung dürfte die Kostendegression sein, die auch aus Tabelle 27 deutlich wird, denn die Kennziffern für die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten, die Abschreibungen und die sonstigen Aufwendungen liegen 1962 jeweils niedriger als 1958 bzw. 1960.

Bei einem Fünftel der reinen Kreditgenossenschaften liegen die Reingewinnkennziffern in allen Vergleichsjahren unter 0,50 Prozent, bei drei Fünfteln zwischen 0,50 und 1,00 Prozent und bei einem Fünftel höher als 1,00 Prozent der DBS. Die anteiligen Gewinne der reinen Kreditgenossenschaften übertreffen damit die der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, so daß die ersteren auch höhere Dividenden ausschütten und höhere Zuweisungen an die Rücklagen vornehmen können. Legt man diesem Vergleich allerdings die Jahresgewinne zugrunde, dann liegen die reinen Kreditgenossenschaften nur noch geringfügig günstiger als die Raiffeisenkassen mit Warenverkehr.

¹ Vgl. entsprechende Feststellungen bezüglich des Betriebsgewinns auf S. 242.

² Vgl. S. 224 f.

Reinverluste wurden während der fünf Jahre des Vergleichszeitraums von den reinen Kreditgenossenschaften in keinem Fall, von den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr 1958 in sechs, 1959 in keinem, 1960 in fünf, 1961 in vier und 1962 in sieben Fällen ausgewiesen. Fast jedem Reinverlust lag ein Betriebsverlust zugrunde. Außerordentliche Aufwendungen führten in drei Fällen dazu, daß ein bereits vorhandener Betriebsverlust noch erhöht wurde. In einigen Fällen war der Reinverlust durch einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr bedingt.

Aus einem Vergleich der Reingewinn-Gruppenkennziffern lassen sich keine eindeutigen Tendenzen ablesen. Die Kennziffern variieren innerhalb einer jeden Gruppe sehr stark, je nachdem, ob nur nach Kostendeckung gestrebt wird, ob eine mehr oder weniger starke Aufstockung der Rücklagen erreicht werden soll, oder ob darüber hinaus Warenrückvergütungen und/oder Dividenden gewährt werden. Läßt man extreme Verhältnisse außer acht, dann haben die Reingewinnkennziffern der reinen Kreditgenossenschaften mit steigender Bilanzsumme die Tendenz, zuzunehmen. Es zeigt sich wiederum, daß insbesondere die großen reinen Kreditgenossenschaften relativ hohe Gewinne erzielen, die sie zum größten Teil einbehalten, zum Teil aber auch zur Dividendenausschüttung verwenden. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen läßt sich eine entsprechende Tendenz nur für die größeren Institute (Bilanzsummen ab 1,5 Millionen DM) mit niedrigen Warenumsätzen feststellen, weil die meisten dieser Banken weniger Warenrückvergütungen, sondern vielmehr lieber Dividenden auf die Geschäftsguthaben ausschütten bzw. häufiger Gewinne thesaurieren als die Genossenschaften mit umfangreichem Warengeschäft. Eine bestimmte Politik der Gewinnverwendung hängt u.U. nicht nur von den einzelnen Genossenschaften ab, sondern kann auch durch Konkurrenzverhältnisse, die Kreditnachfrage, die Zinsentwicklung usw. bedingt sein.

Zu den gemischtwirtschaftlichen Instituten, die in allen Jahren relativ hohe Reingewinne erzielten, zählen die Raiffeisenkassen XV/b, X/k, IX/b, VIII/e und VII/b. Die höchsten Reingewinne (in v.H. der DBS) hatten 1962

die gemischtwirtschaftlichen Kassen IX/b, XIV/b, X/m, VII/b, X/k, VIII/e, XV/w und VI/e zu verzeichnen. Bis auf die Raiffeisenkasse A/k zahlte keine der genannten Banken eine Warenrückvergütung. Die Raiffeisenkassen XV/b, XV/w, IX/b, VIII/e, VII/b und VI/e gewährten zugleich die höchsten Dividenden.

Die Genossenschaften IV/g, II/a, I/c, II/g, III/g und II/e hatten während der gesamten Vergleichszeit von allen reinen Kreditgenossenschaften die höchsten anteiligen Reingewinne. Bis auf die Raiffeisenkasse IV/g haben alle Institute in allen Jahren erhebliche Dividenden gewährt. Zwischen relativ hohen Reingewinnen und der Ausschüttung von hohen Dividenden besteht offensichtlich ein Zusammenhang, wobei jedoch nicht festzustellen ist, ob bewußt auf einen hohen Reingewinn hingearbeitet wurde, um hohe Dividenden ausschütten zu können. Der Entschluß, Dividenden zu gewähren und daher hohe Gewinne zu erzielen, hängt eben nicht nur von einer entsprechenden Bereitschaft der Genossenschaften, sondern manchmal auch von den erwähnten anderen Umständen ab.

6. Die Bedeutung der verschiedenen Erfolgsquellen

Der Erfolg der kreditgenossenschaftlichen Geschäftstätigkeit fließt aus verschiedenen Quellen: aus dem Kreditgeschäft, aus dem Warengeschäft, aus den Hilfs- und Nebenbetrieben, aus den Dienstleistungs- und aus außerordentlichen Geschäften. Gemischtwirtschaftliche Institute können entweder das Geld- und Kreditgeschäft oder das Warengeschäft mit Vorrang betreiben oder aber beide Geschäftssparten gleich intensiv pflegen. Bei den reinen Kreditgenossenschaften spielt das Kreditgeschäft die dominierende Rolle. Von den Gesamterträgen aller reinen Kreditgenossenschaften entfielen 1962 rd. 85 Prozent auf (Brutto-)Zinserträge (ohne Provisionen). In den Zinserträgen sind nicht nur die Zinsen aus dem Kreditgeschäft enthalten, sondern auch die Zinsen aus Bankguthaben, Wertpapieren, durchlaufenden Krediten sowie aus den Ausgleichs- und Deckungsforderungen. Gegenüber den Zinsen aus dem Kreditgeschäft fallen die übrigen Zinsen nicht

erheblich ins Gewicht. Nur in Ausnahmefällen machten sie mehr als ein Drittel der gesamten Zinserträge aus.

Neben dem Kreditgeschäft der reinen Kreditgenossenschaften ist das Dienstleistungsgeschäft ein weiterer wichtiger Geschäftszweig, der in der Bilanz jedoch keinen Niederschlag findet ¹. Es verursacht Kosten, denen bei den kleineren Genossenschaften vielfach keine oder nur geringe Erträge (z.B. Umsatzprovisionen) gegenüberstehen. Einige große reine Kreditgenossenschaften (über 2 Millionen DM Bilanzsumme) nehmen allerdings regelmäßig hohe Provisionen ein. Ein großer Teil dieser Provisionen ist ein Entgelt für Dienstleistungen.

Hilfs- und Nebenbetriebe finden sich bei den reinen Kreditgenossenschaften selten ², so daß regelmäßige Erträge aus diesen Quellen nicht anfallen. Ähnliches gilt für die außerordentlichen Geschäfte, z.B. den Verkauf von Anlagen.

Die Mehrzahl der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen betreibt mit Vorrang das Warengeschäft und erst in zweiter Linie das Geldgeschäft. Das Verhältnis, in dem diese beiden Arten von Geschäften betrieben werden, ist von erheblicher Tragweite für die steuerliche Behandlung der gemischtwirtschaftlichen Kassen. Nach § 33 KStDV ermäßigt sich die Körperschaftsteuer der Kreditgenossenschaften auf 19 v.H. des Einkommens, und bei der Gewerbesteuer ermäßigt sich die Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag (§ 11 II Ziff. 2 GewStG) auf ein Drittel, wenn Kredite ausschließlich an Mitglieder gewährt werden (§ 11 IV GewStG). Allerdings kommen nur solche gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen in den Genuß dieser Vergünstigungen, bei denen das Geld- und Kreditgeschäft den Hauptgeschäftszweig darstellt.

Um den Hauptgeschäftszweig einer Genossenschaft zu bestimmen, gibt es drei Berechnungsmöglichkeiten: den

¹ Hierauf gründet sich die Problematik einiger Relationen im Betriebsvergleich, bei denen Aufwendungen und Erträge auf die DBS bezogen wurden.

² Gelegentlich werden Adremamaschinen und Fotokopiergeräte für private Zwecke zur Verfügung gestellt.

Rohgewinnvergleich, den Reingewinnvergleich nach Richtsätzen und den Reingewinnvergleich nach Aufwands- und Ertragszurechnung ¹. Allgemein üblich ist der Rohgewinnvergleich, bei dem der Rohgewinn aus dem Geldgeschäft ² dem Rohgewinn aus bankfremden Geschäften ³ gegenübergestellt wird. Beim Reingewinnvergleich nach Richtsätzen, einem vereinfachten Schätzungsverfahren, wird der Reingewinn aus dem Warengeschäft durch Anwendung bestimmter v.H.-Sätze auf den Jahreswarenumsatz ermittelt. Am exaktesten ist der Reingewinnvergleich nach Aufwands- und Ertragszurechnung, der im Prinzip nichts anderes ist als eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge der beiden Geschäftszweige, die sich schematisch wie folgt darstellt:

Bruttoerträge aus dem Geldgeschäft		Bruttoerträge aus dem Warengeschäft	
./. Aufwendungen des Geldgeschäftes		./. Aufwendungen des Warengeschäftes	
=	Reingewinn aus dem Geldgeschäft	=	Reingewinn aus dem Warengeschäft

Problematisch ist die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge zu den beiden Geschäftszweigen. Vielfach lassen sich die Erträge und manchmal auch die Aufwendungen direkt zuordnen. Wegen der fehlenden Betriebsabrechnung im ländlichen Kreditgenossenschaftswesen ist die Zurechnung bei einem großen Teil der Aufwendungen (Zinsen, Abschreibungen, Steuern, persönliche und sachliche Verwaltungskosten) jedoch sehr schwierig und willkürlich. Die Steuerabteilung des Raiffeisenverbandes Mittelrhein hat ver-

¹ Prüferbrief Nr. 1/1965, Kapitel VIII. Steuer, Anwendung des § 33 KStDV, hrsg. für den internen Dienstgebrauch vom Raiffeisenverband Mittelrhein e.V. Koblenz (1965).

² Überschuß aus Zinsen und Provisionen ./. Warenforderungszinsen + Erträge aus Beteiligungen + Erträge aus Hilfgeschäften des Geldverkehrs (= Verkauf von Anlagen, die dem Geldgeschäft gedient haben).

³ Rohgewinn aus dem Warengeschäft und aus Nebenbetrieben + Warenforderungszinsen + Warenrückvergütung der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft + Erträge aus Hilfgeschäften der bankfremden Geschäfte (= Verkauf von Gegenständen, die dem Warenverkehr oder den Nebenbetrieben gedient haben).,

schiedene Schlüssel und Schätzungsverfahren entwickelt ¹, die eine Zurechnung der Aufwendungen und Erträge ermöglichen und einen annähernd genauen Reingewinnvergleich zulassen. Eine nähere Darstellung der Vorschläge würde jedoch zu weit führen.

Bei 85 von 131 gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen lagen im letzten Jahr des Vergleichszeitraums die Erträge aus dem Warengeschäft höher als die Nettozinserträge (einschließlich der Warenforderungszinsen ²). 1958 waren es noch 101 Kreditgenossenschaften. Der Rückgang ist mit der relativ stärkeren Zunahme des bankgeschäftlichen Volumens gegenüber dem des Warengeschäftes zu erklären. Erhöht man die Erträge aus Warenverkehr um die Zinsen aus Warenforderungen und um die in den Erträgen aus Warenverkehr ebenfalls nicht enthaltenen Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben und die Warenrückvergütungen von der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft (LHG) ³ und stellt sie den um die Warenforderungszinsen verringerten Zinserträgen gegenüber, dann ergibt sich, daß das Warengeschäft bei knapp drei Viertel der beobachteten gemischtwirtschaftlichen Kassen im Jahre 1962 Hauptgeschäftszweig und primäre Erfolgsquelle war. Bemerkenswert ist, daß die meisten Institute mit bevorzugtem Warengeschäft Bilanzsummen zwischen 1 und 2 Millionen DM aufweisen. Die Erträge, die aus den beiden Geschäftszweigen fließen (ohne Provisionen und Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben), machten 1962 im Durchschnitt der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr 90 und mehr Prozent der gesamten ordentlichen Erträge (Bruttoertrag) aus.

¹ Prüferbrief Nr. 1/1965.

² Es entspricht der kreditgenossenschaftlichen Praxis, daß in den bilanzierten Zinserträgen auch die Zinsen für gewährte Warenkredite erfaßt sind. Die Nettozinserträge sind der Saldo zwischen den bilanzierten Zinserträgen und den Zinsaufwendungen. Sie wurden im Betriebsvergleich den Erträgen aus dem Warenverkehr gegenübergestellt; vgl. hierzu die Anmerkungen auf S. 209 f.

³ Die Erträge aus den Hilfs- und Nebenbetrieben wurden im Erfolgsvergleich als sonstige ordentliche Erträge und die Warenrückvergütungen als außerordentliche Erträge erfaßt.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen stellen die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben eine dritte Erfolgsquelle dar. Verglichen mit den Erträgen aus dem Geld-, Kredit- und Warengeschäft ist die Bedeutung dieser Erträge jedoch gering. Pro Jahr dürften bei rd. einem Zehntel der gemischtwirtschaftlichen Kassen Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben in einer Höhe von 5 bis 10 Prozent der gesamten ordentlichen Erträge (Bruttoertrag) anfallen.

Dienstleistungen sind bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr kein besonders einträgliches Geschäft. Kleinere gemischtwirtschaftliche Institute pflegen deshalb auch nur einige der banküblichen Dienstleistungen. Sie beschränken sich z.B. auf die Abwicklung des Zahlungs- und Überweisungsverkehrs, auf Inkassogeschäfte und den Reisezahlungsverkehr, während Außenhandelsgeschäfte, Wertpapierhandel und Depotgeschäfte überhaupt nicht oder nur gelegentlich durchgeführt werden. Aufwandsmäßig schlagen die Dienstleistungsgeschäfte stark zu Buch; ein Entgelt (z.B. Umsatzprovisionen) fordern jedoch nicht alle Genossenschaften. Meist sind es nur die größeren gemischtwirtschaftlichen Kassen, die für ihre Dienstleistungen eine Vergütung fordern.

Abschließend sind noch die außerordentlichen Geschäfte zu erwähnen. Es wurde bereits gezeigt ¹, daß durch besondere Maßnahmen (z.B. Verkauf abgeschriebenener Anlagen, Auflösung von Wertberichtigungen, Rückstellungen und anderen stillen Reserven) ein Betriebsverlust ausgeglichen und ein Verlustausweis verhindert werden kann. Im großen und ganzen haben die außerordentlichen Geschäfte jedoch ein geringes Gewicht, was nicht ausschließt, daß sie in Einzelfällen eine größere Bedeutung erlangen können.

¹ Vgl. S. 245 f.

VI. Die Aussagekraft sonstiger betriebswirtschaftlicher Kennziffern

1. Die Dienstleistungsgeschäfte der Kreditgenossenschaften

Die bankbetrieblichen Dienstleistungsgeschäfte finden in der Bilanz keinen Niederschlag. Meist sind sie den Aktiv- und Passivgeschäften vor- oder nachgelagert. Sie verursachen Kosten, weil sie den Einsatz von geschultem Personal und die Bereitstellung betrieblicher Einrichtungen erfordern. Für manche Dienstleistungen, so z.B. die Information und Beratung der Kunden, wird ein Entgelt nicht gefordert. Für bestimmte Geschäfte werden in der Regel Provisionen verlangt, die jedoch meist die Kosten nicht decken. Dienstleistungsgeschäfte stellen für die Banken häufig ein Werbemittel dar, an dessen Einsatz sie die Hoffnung knüpfen, durch die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen auf lange Sicht den Aufwand durch Erträge mehr als auszugleichen.

Kreditgenossenschaften betreiben die banküblichen Dienstleistungsgeschäfte wie fast alle anderen Kreditinstitute. Allerdings konzentrieren sich zahlreiche kleine Genossenschaftsbanken auf einige Geschäftszweige, wie z.B. den Zahlungsverkehr und das Inkasso-, Devisen- und Wertpapiergeschäft, während sie bestimmte andere Tätigkeiten, u.a. die Abwicklung von Außenhandelsgeschäften, nur gelegentlich durchführen. Häufig fungieren sie als Vermittler für genossenschaftliche Spezialinstitute. So werden z.B. Bausparverträge für die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenkassen, und mancherorts auch für andere Bausparkassen abgeschlossen. Sie vermitteln Sach- und Lebensversicherungen für die Raiffeisen- und Volksbanken-Versicherungen, Wiesbaden. Anträge auf Gewährung von Hypothekarkrediten werden - soweit diese nicht unmittelbar von der Kasse oder mit Unterstützung der Zentralkasse gewährt werden können - an die Deutsche Genossenschafts- und Hypothekenbank AG, Hamburg, oder an die Bayerische Landwirthschaftsbank e.G.m.b.H., München, weitergeleitet.

Die wichtigsten Dienstleistungsgeschäfte der Kreditgenossenschaften sind die Führung von Kontokorrentkonten, die Abwicklung des baren und bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die Ausführung von Daueraufträgen und das Inkassogeschäft (Einzug von Schecks, Wechseln und Quittungen). Bei Fernüberweisungen bedienen sich die Kreditgenossenschaften des Deutschen Genossenschaftsrings, über den auch das Wechsel- und Scheckinkasso erfolgt. Dem Ring gehören nicht alle, insbesondere nicht die kleinen landlichen Kreditgenossenschaften als Mitglieder bzw. Ringstellen an, was zu Verzögerungen in der Abwicklung eines Überweisungsauftrags führen kann.

In neuerer Zeit wird viel Mühe auf die Einrichtung von Lohn- und Gehaltskonten verwendet, um die bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung zu fördern. Oft werden auch Rentenauszahlungen vorgenommen.

Eine wichtige Dienstleistung ist die Vermittlung von Wertpapiergeschäften an der Börse. Aus dem Handel mit Effekten ergibt sich die Notwendigkeit der Verwahrung und Verwaltung von Obligationen und Anleihen, Investmentzertifikaten, Aktien und Pfandbriefen sowie der Einlösung von Dividenden- und Zinsscheinen.

Raiffeisen-Kreditgenossenschaften vermitteln öffentliche Gelder zur Förderung der Landwirtschaft (z.B. Mittel aus dem Grünen Plan), des Gewerbes und des Wohnungsbaus. In vielen Fällen werden Treuhandgeschäfte (u.a. Weiterleitungskredite) für öffentliche Stellen durchgeführt.

Die Erledigung von Außenhandelsgeschäften (Außenhandelsfinanzierungen) und die Teilnahme am internationalen Zahlungsverkehr (z.B. Abwicklung von Akkreditiven) haben nur bei den größeren Kreditgenossenschaften Bedeutung. Eine Ausnahme stellt der Reisezahlungsverkehr dar. Die Bereitstellung und Einlösung von Sorten und Devisen sowie die Ausstellung von Reiseschecks (Travellerschecks) zählen zu den häufigsten Dienstleistungsgeschäften.

An sonstigen Dienstleistungen, die oft angeboten werden, sind noch der An- und Verkauf von Gold (Münzen, Barren) und Silber bemerkenswert. Schließlich ist die dem genossenschaftlichen Prinzip in besonderer Weise entsprechende und für Kreditgenossenschaften so bedeutsame Unterrichtung und Beratung der Kunden in allen kreditwirtschaftlichen, vermögensrechtlichen und zahlungstechnischen Fragen zu erwähnen, weil die meist aus der Landwirtschaft und aus Arbeitnehmerberufen kommenden Kunden in wirtschaftlichen Dingen wenig vorgebildet sind. Die Berater müssen nicht nur für die Beratung selbst, sondern auch für ihre Vorbereitung sehr viel Zeit aufwenden.

Die Dienstleistungsgeschäfte erfordern einen erheblichen Arbeitsaufwand, dem entsprechende Erträge nicht gegenüberstehen. Sieht man von wirtschaftlichkeits- und Rentabilitätsgesichtspunkten ab, dann stiften sie einen unmittelbaren ideellen Nutzen: Sie schaffen ein Vertrauensverhältnis zwischen der Bank und ihren Kunden.

2. Die Auswirkungen der Dienstleistungsgeschäfte auf den Erfolg am Beispiel ausgesuchter Raiffeisenbanken

Nachweise über die Auswirkungen der Dienstleistungsgeschäfte auf den Erfolg werden in den Jahresabschlüssen der Kreditgenossenschaften nicht geführt. In vielen Fällen lassen sich Angaben gar nicht machen, weil eine exakte Betriebsabrechnung fehlt. Die Schwierigkeiten bestehen vor allem in der Messung des Aufwands, der durch einzelne Dienstleistungsgeschäfte verursacht wird. Die kreditgenossenschaftliche Praxis hat eine Faustregel aufgestellt, nach der alle durch Dienstleistungsgeschäfte verursachten Aufwendungen ein Drittel der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten nicht überschreiten sollen.

Die Erträge aus den Dienstleistungsgeschäften werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Provisionen oder als sonstige Erträge ausgewiesen. Um genauere Angaben über die einzelnen Dienstleistungsgeschäfte zu erhalten, die im letzten Jahr der Vergleichsperiode Ertragszuflüsse brachten, wurden an die größten reinen und gemischt-

wirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Fragebogen verschickt. Von 40 Banken gingen Antworten ein, die den Ausgangspunkt für die folgenden Ausführungen bilden.

Zunächst fallen die Unterschiede zwischen den einzelnen Genossenschaften auf. Eine Reihe von Kreditinstituten verlangt Provisionen nur für wenige bestimmte Dienstleistungen, während sich andere die verschiedensten Geschäfte honorieren lassen. Allgemein läßt sich sagen, daß mit steigendem Geschäftsvolumen die Neigung der Genossenschaftsleitungen wächst, mehr Provisionen und Gebühren für verschiedene Dienstleistungen zu fordern. Die 40 untersuchten Raiffeisenkassen erzielten 1962 Erträge aus Dienstleistungsgeschäften in Höhe von rd. 1,5 Millionen DM, d.s. knapp 10 Prozent der Bruttogesamterträge. Dabei ergibt sich für die reinen Kreditgenossenschaften ein Anteil von rd. 14 Prozent und für die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr ein solcher von rd. 5 Prozent. Die einzelbetrieblichen Werte schwankten zwischen weniger als 1 und 20 Prozent.

Diese Zahlen sind wahrscheinlich zu hoch. In den Fragebogen wurden nämlich Bereitstellungsprovisionen für Kredite in laufender Rechnung, Auszahlungsprovisionen für Darlehensgewährung und Wechselprovisionen als Erträge aus Dienstleistungsgeschäften deklariert. Zum Teil handelt es sich dabei jedoch um versteckte Zinsen. Der Raiffeisenverband Mittelrhein hat zwar immer darauf gedrängt, Provisionen mit Zinscharakter als Zinserträge zu erfassen, doch scheint nicht immer so verfahren worden zu sein. Sollte man die Empfehlungen beachtet haben, müßten die erwähnten Provisionen Dienstleistungserträge sein ¹. Unterstellt man jedoch, daß ein Teil von ihnen versteckte Zinsen sind, dann kann der Anteil der echten Dienstleistungserträge an den Gesamterträgen im Durchschnitt mit 8 Prozent angenommen werden. Bei den reinen Kreditgenossenschaften dürfte er um 11 Prozent und bei den gemischt-

¹ Denkbar z.B. als Gebühren für Grundbucheinsicht, Domizilprovisionen bei Zahlbarstellung von Wechseln, Mahngebühren bei Protestwechseln.

wirtschaftlichen Kassen um 4 Prozent betragen ¹.

Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr weisen relativ höhere Provisionserträge aus als gemischtwirtschaftliche Kassen. In erster Linie sind es große reine Kreditgenossenschaften, die sich ihre Dienstleistungen bezahlen lassen. Was das Verhältnis der echten Dienstleistungserträge ¹ zu den Gesamterträgen betrifft, so lagen 1962 die Raiffeisenkassen IV/b, III/c, II/g, II/e, I/c, I/d und I/b an der Spitze der reinen Kreditgenossenschaften. Von den berichtenden Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr erzielten IX/c, IX/a, VII/a, VII/f, V/c, V/a, V/d und V/b relativ die höchsten Erträge. In keinem Fall dürften die Dienstleistungserträge mehr als 15 Prozent der Gesamterträge erreicht haben.

Mehr als drei Viertel aller berichtenden Kreditgenossenschaften vereinnahmten 1962 Umsatzprovisionen, also ein echtes Dienstleistungsentgelt für die mit der Kontenführung verbundenen Grundleistungen. Von den 40 Genossenschaften führten sechs die Kontokorrentkonten (auch die debitorischen) generell in provisionsfreier Rechnung. Bei zwei Instituten konnten die Kontokorrentkonten nur in provisionspflichtiger Rechnung unterhalten werden, während die übrigen Kassen die Konten je nach Kontostand entweder in provisionspflichtiger oder in provisionsfreier Rechnung führten. Rd. 40 v.H. der gesamten Dienstleistungserträge entfielen 1962 auf die Umsatzprovision. Berücksichtigt man wiederum, daß ein Teil der Dienstleistungserträge versteckte Zinsen sind und ein Teil der Gebühren nur der Erstattung von Auslagen dient (Scheckhefte, Kontoauszüge, Auskunftsgebühren), dann erhöht sich der Anteil der Umsatzprovisionen an der Summe der echten Dienstleistungserträge auf knapp 60 Prozent.

Hinter der Umsatzprovision folgen als wichtigste Dienstleistungserträge die Provisionen für den Einzug bzw. die Zahlbarstellung von Wechseln (Inkassoprovision,

¹ Errechnet auf Grund eines Abschlags bei den Provisionen, in denen versteckte Zinsen vermutet wurden.

Domizilprovision). Im allgemeinen machten diese Provisionen zwischen 10 und 12 Prozent der gesamten Dienstleistungserträge aus. Im Jahre 1962 erzielten mehr als drei Viertel der untersuchten Genossenschaften derartige Erträge.

34 der 40 Genossenschaften gaben an, im Jahre 1962 Provisionen für Treuhandgeschäfte, vorzugsweise für durchlaufende Kredite, erhalten zu haben, doch machten diese Erträge im Durchschnitt nur 3 Prozent der echten Dienstleistungserträge aus.

Jede fünfte der beobachteten Genossenschaften berechnete Abschlußgebühren als Entgelt für den Abschluß von Kundenkonten (Kredit-, Einlagenkonten) am Jahresende, für die Berechnung von Zinsgut- oder Zinslastschriften und die Versendung der Kontoauszüge. Am Gesamtbetrag der Dienstleistungserträge erreichten die Abschlußgebühren einen durchschnittlichen Anteil von 6 Prozent.

Im übrigen wurden nennenswerte Erträge lediglich noch im Reisezahlungsverkehr erzielt. Drei Fünftel der berichtenden Raiffeisenkassen betätigten sich in diesem Dienstleistungsbereich. Die Erträge erreichten im Durchschnitt 4 Prozent der gesamten Dienstleistungserträge.

Bei der Abwicklung von Dienstleistungsgeschäften und bei der Bereitstellung von Bankeinrichtungen haben die Kreditinstitute oft Auslagen, die sie sich von ihren Kunden erstatten lassen (Gebühren für Scheckhefte und Kontoauszüge, Überweisungsgebühren, Auskunftsgebühren und andere Auslagenerstattungen). Die Einnahmen hieraus sind an sich keine Dienstleistungserträge. Rechnet man sie diesen jedoch hinzu, dann beträgt ihr Anteil durchschnittlich 6 Prozent. Zwei Drittel der beobachteten Kassen hatten 1962 derartige Einnahmen.

22 der 40 Genossenschaftsbanken, die Angaben über ihre Dienstleistungsgeschäfte machten, kassierten Provisionen für Wertpapieran- und -verkauf sowie Wertpapierverwahrung, die allerdings nur wenig mehr als 1 Prozent der echten Dienstleistungserträge ausmachten.

Provisionen für die Abwicklung von Außenhandelsaufträgen (Akkreditivverkehr, Dokumenteninkasso, Auslandsgarantien) empfangen acht der 40 Genossenschaften. Den höchsten Ertrag erzielte die Raiffeisenkasse V/a mit über 8 000 DM. Bei den übrigen Genossenschaften lagen die Erträge jeweils unter 1 500 DM.

Für die Vermittlung von Versicherungen (für die Raiffeisen- und Volksbankenversicherung), Hypotheken (an die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG) und Bausparverträgen (für die Bausparkasse Schwäbisch Hall) erhielten vier der 40 Genossenschaften Provisionen, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wurden. Auch andere Raiffeisenkassen fungierten als Vermittler und empfangen Provisionen. Die Vergütungen wurden jedoch dem Geschäftsführer oder Rendanten bzw. demjenigen zur persönlichen Verfügung gestellt, der die Versicherungs- oder Bausparverträge vermittelt hatte. In den Fällen, in denen die Provisionen der Genossenschaft zufließen, machten sie zwischen 2 und 20 Prozent der gesamten Dienstleistungserträge aus.

Schließlich sind noch solche Provisionen anzuführen, die im Zusammenhang mit der Kreditgewährung stehen und als Kreditbearbeitungsgebühren oder als Kreditbereitstellungsprovisionen eingenommen wurden. Soweit diese tatsächlich Dienstleistungsentgelte sind, machten sie im Einzelfall nie mehr als 5 Prozent der gesamten echten Dienstleistungserträge aus.

Mißt man die Avalprovisionen, die von 14 der 40 Raiffeisenkassen berechnet wurden, am Gesamtertrag aus Dienstleistungsgeschäften, dann ist deren Anteil im Durchschnitt mit 3 Prozent anzusetzen. Die Avalprovisionen sind ebenso wie die Akzeptprovisionen nicht zu den Zins-, sondern zu den Dienstleistungserträgen zu rechnen. Eine Bank, die eine Bürgschaft übernimmt oder ihr Akzept gibt, gewährt keinen Kredit im üblichen Sinne (Überlassung von Zahlungsmitteln); sie übernimmt eine Eventualverpflichtung. Indem sie ihr Renommee für einen guten Kunden einsetzt, verrichtet sie eine Dienstleistung.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Umsatzprovisionen den Hauptanteil an den Dienstleistungserträgen stellen und daß alle sonstigen Entgelte - mit Ausnahme der Domizil- und Inkassoprovisionen - nur geringe Bedeutung haben. Im Einzelfall kann natürlich ein anderer Sachverhalt vorliegen. Die hier angegebenen Prozentwerte sind jeweils Durchschnittsziffern für die befragten 40 Raiffeisenkassen. Vergleichsgrundlage ist die Summe der echten Dienstleistungserträge. Nicht berücksichtigt sind die versteckten Zinsen, d.h. solche Provisionen, die - wirtschaftlich gesehen - ein Teil des Zinses sind.

Im Betriebsvergleich wurden zum Schluß zwei Kennziffern aufgestellt¹, die die Umsatzprovision für Kontoführung betreffen. Diese ist einmal in v.H. der Umsätze im Kontokorrentverkehr und einmal je Buchungsposten im Kontokorrentverkehr ausgedrückt. Der Anteil der Umsatzprovision für Kontoführung an den Soll- und Habenumsätzen auf den Kontokorrentkonten ist verschwindend gering und beträgt durchweg zwischen 0,01 und 0,06 Prozent. Wichtiger als dieser geringe meßbare Erfolg ist der (unsichtbare) Ertrag, den die Banken aus dem Bodensatz der Gelder erzielen, die ihnen als Sichteinlagen auf den Kontokorrentkonten zur Verfügung gestellt werden.

Das Verhältnis von Umsatzprovision für Kontoführung je Buchungsposten im Kontokorrentverkehr sagt ebenfalls nicht viel aus, weil die Umsatzprovision nicht nur das Entgelt für die Durchführung einer Buchung ist. Es geht hier lediglich darum, ein ungefähres Maß für den Ertrag einer Buchung im Kontokorrentverkehr zu gewinnen. Für die berichtenden Genossenschaften wurden 1962 Beträge zwischen 0,02 und 0,47 DM ermittelt. Dabei zeigte sich die Tendenz, daß auf eine Buchung eine um so höhere Provision entfällt, je größer das Geschäftsvolumen einer Genossenschaft ist. Von den beobachteten reinen Kreditgenossenschaften erzielten die Raiffeisenkassen I/d, I/b, I/c, III/b und II/b die höchsten Umsatzprovisionen je Buchung im Kontokorrentverkehr (0,25 bis 0,39 DM). Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr lagen die Raiffeisenkassen IX/c, V/b, V/e, VII/f, V/c, VI/d, VII/a und VII/h am günstigsten (0,20 bis 0,47 DM).

¹ Vgl. Zahlenanhang Blatt 34 und 35.

Vierter Teil:

Ergebnis und kritische Würdigung

I. Auswertung der Ergebnisse

Im Verlauf der Arbeit wurden zahlreiche Tendenzen aufgezeigt, die an Hand der Gruppenkennziffern bzw. der Gruppendurchschnitte deutlich wurden. Es liegt nunmehr an den einzelnen Betrieben selbst, durch Vergleiche ihrer Kennziffern mit den entsprechenden Gruppendurchschnitten den eigenen Standort zu erkennen, Unwirtschaftlichkeiten aufzudecken, die Ursachen für Mißstände zu finden und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu treffen.

In einzelnen Fällen wurden diejenigen Raiffeisenkassen genannt, bei denen bestimmte geschäftspolitische Maßnahmen unerläßlich sind. Oft wurden spezielle Sachverhalte als besonders günstig oder unvorteilhaft herausgestellt. Die Ansatzpunkte für ein geschäftspolitisches Vorgehen wurden mehrfach aufgezeigt. Die Vergleichsergebnisse sollen helfen, die Entscheidungen der Genossenschaftsleitungen besser zu fundieren. Im Einzelfall werden allerdings noch genauere Untersuchungen erforderlich sein. Bei der großen Zahl der erfaßten Kassen konnte nicht auf jede einzelne ausführlich eingegangen werden. Mit Hilfe der für jede Kreditgenossenschaft errechneten (einzelbetrieblichen) Kennziffern, der Gruppenkennziffern für jedes Vergleichsgebiet (vgl. Zahlenanhang) und des vorliegenden Auswertungsberichtes ¹ lassen sich in gesonderten Analysen die Stärken und Schwächen einer Bank erkennen. Die Systematik, mit der das Zahlenmaterial dieser Arbeit ausgewertet wurde, enthält zwar manchen Fehler ² (z.B. die Wahl der Durchschnittsbilanzsumme als Bezugsgröße für alle Erfolgsdaten in Tabelle 27); sie zeigt jedoch, wie die Betriebsanalysen und Vergleiche mit anderen Genossenschaften der gleichen Größen-

¹ Diese drei Unterlagen werden jeder Genossenschaft zur Verfügung gestellt.

² Einige Fehler werden in ihrem Gewicht dadurch gemindert, daß sie beim Vergleich von 156 Genossenschaften gemacht und an fünf Stichtagen wiederholt wurden.

klasse durchgeführt werden können. Den Analysen einzelner Kassen in bezug auf die Entwicklung allgemeiner Strukturdaten, Personal- und Beschäftigungsverhältnisse, Bilanzstruktur, Liquidität und Erfolg sollten die jeweiligen Gruppendurchschnitte gegenübergestellt werden. In einem weiteren Arbeitsgang wäre dann nach den Gründen für mögliche Abweichungen der einzelbetrieblichen Kennziffern vom Durchschnitt zu forschen. Diese lassen sich in der Regel auf besondere betriebliche Verhältnisse im Vergleich zu denen der übrigen Genossenschaften in der Vergleichsgruppe zurückführen, z.B. auf Unterschiede in

- 1) der Wirtschaftsstruktur der Geschäftsbezirke,
- 2) der Zahl der Zweigstellen,
- 3) der Konkurrenzsituation,
- 4) der Zahl der Beschäftigten,
- 5) Alterszusammensetzung und Ausbildungsstand des Personals,
- 6) der Bilanzstruktur,
- 7) dem Einlegerkundenkreis,
- 8) der Zusammensetzung der Einlagen nach Zahl und Höhe,
- 9) der Struktur des Kreditvolumens,
- 10) der Größengliederung der Kredite,
- 11) der Berufsgruppengliederung der Kreditnehmer,
- 12) der Bewilligung von Konditionen (Vorzugskonditionen, Zinsvoraus),
- 13) der Struktur des Warengeschäftes und der Nebenbetriebe,
- 14) der Anlagenintensität,
- 15) der Ausstattung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs,
- 16) dem Rationalisierungsgrad der Betriebsorganisation.

Schließlich ist zu prüfen, ob die festgestellten Mißstände, z.B. Unwirtschaftlichkeiten, auf beeinflussbare Umstände zurückzuführen oder zwangsläufig sind.

Geschäftspolitische Maßnahmen, die auf den Ergebnissen des Betriebsvergleichs basieren, können im Hinblick auf die laufende Betriebsführung oder auf einmalige

größere Vorhaben (z.B. bei strukturellen Veränderungen) getroffen werden. Im einzelnen sind z.B. folgende Möglichkeiten denkbar:

- a) Leistungsverbesserung durch Änderung der Betriebsorganisation. Einsatz von Maschinen, die den Arbeitsablauf rationeller gestalten und die Verwaltungskosten senken.
- b) Änderung des Arbeitsverhältnisses. Nebenberuflich Tätige werden durch hauptamtlich Beschäftigte ersetzt, um die Arbeitsintensität und damit die Leistung auf breiter Basis zu verbessern.
- c) Umorientierung im Kreditgeschäft. Umgestaltung der Kreditstruktur in einer rentabilitätsmäßig günstigeren Weise.
- d) Genauere Disposition in der Kassen-, Bankguthaben- und Mindestreserverhaltung, um nicht zu hohe Bestände an flüssigen Mitteln zu unterhalten, die einer ertragreicheren Anlage entzogen werden.
- e) Überprüfung der sachlichen Verwaltungskosten im Hinblick auf Einsparungsmöglichkeiten.

Die Beispiele lassen bereits erkennen, daß die Auswertung der Vergleichsergebnisse und die Umsetzung der Erkenntnisse in betriebspolitische Entscheidungen nur von Fachkundigen durchgeführt werden können, die Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Betriebsgeschehens haben. Die Vergleichsergebnisse können zutreffend nur bei Berücksichtigung sämtlicher verursachender Faktoren beurteilt werden. Es könnte verhängnisvoll sein, Entscheidungen zu treffen, die auf zusammenhanglos herausgegriffenen Einzelergebnissen beruhen.

Außer den einzelnen Kreditinstituten kann auch der Prüfungsverband in Koblenz aus den Ergebnissen des Betriebsvergleichs Erkenntnisse gewinnen und darauf Entscheidungen gründen. Diese Möglichkeiten umfassen alle Maßnahmen (beratender und organisatorischer Art), die darauf abzielen, ungünstig liegenden Genossenschaften zu helfen und gut arbeitende Institute zu bestärken, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

Der Verband könnte ferner durch Bekanntgabe der Chiffrennummern und der Anschriften einzelne Kauffeiskassen bewegen, ihre Erfahrungen auszutauschen. Durch Betriebsbesichtigungen könnten von Fall zu Fall Mißstände aufgeklärt und die Ursachen für Abweichungen vom Gruppendurchschnitt erkannt werden. In erster Linie wären solche Institute zusammenzubringen, deren Bilanzvolumina und Geschäftsstrukturen sich entsprechen. Oft arbeitet eine Bank rationeller und kostengünstiger als eine andere, weil sie besser organisiert ist. Ein Erfahrungsaustausch würde der unwirtschaftlicheren Bank die Möglichkeit geben, sich umfassend zu informieren, indem sie z.B. Erkenntnisse sammelt über die Lage und Ausstattung der dem Geldgeschäft dienenden Geschäftsräume, über die Organisation der Buchführung, die Auslastung des Personals, den Ausbau des Zahlungsverkehrs, die Praxis der Geschäftsführung, die Grundsätze der Kalkulation, den Einsatz geeigneter Werbemittel, die Zweckmäßigkeit des Wareneinkaufs, die Übersichtlichkeit und Zweckmäßigkeit der Lagerung (Problem der schwerverkäuflichen Bestände, Ladenhüter), die Organisation des Verkaufs usw.

Die Ergebnisse des Betriebsvergleichs lassen sich nicht zuletzt auch bei künftigen Kennziffernvergleichen verwerten. Es wäre zu überlegen, ob die mit dieser Arbeit eingeleiteten Vergleiche nicht systematisch fortgeführt werden sollten. Bei einer sachgemäßen Auswertung würde eine laufende Kontrolle der Geschäftsleitungen erreicht. Zeitnahe Ergebnisse können als Richtgrößen bei strukturellen Änderungen, für Planungsrechnungen und Begutachtungen in mancher Hinsicht wertvoll sein.

II. Der begrenzte Erkenntniswert des Betriebsvergleichs

Der Aussagewert eines jeden Betriebsvergleichs wird dadurch eingeschränkt, daß qualitative betriebliche Unterschiede kaum berücksichtigt und fast immer nur quantitative Merkmale einander gegenübergestellt werden. Der Vergleich quantitativer Merkmale hat ebenfalls Mängel, die den Erkenntniswert mindern und bei der Auswertung des Zahlenmaterials in Betracht zu ziehen sind.

Einem exakten Vergleich quantitativer Merkmale steht zunächst entgegen, daß trotz der Formblätter und Gliedungsvorschriften beim Jahresabschluß der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften noch immer Kompensationen und Zusammenfassungen möglich sind. Die für die Genossenschaften geltenden gesetzlichen Bestimmungen¹ lassen darüber hinaus differierende Bewertungsansätze zu, so daß aus diesen formalen Gründen die Bilanzpositionen nicht immer vergleichbar und die Vergleichsergebnisse nicht immer typisch sind. Dieser Mangel beeinträchtigt den Aussagewert des Vergleichs im großen und ganzen jedoch nur wenig.

Eine bedeutsame Einschränkung erfährt die Vergleichsaussage dadurch, daß Aufwendungen und Erträge zwar weitgehend nach der Art, jedoch kaum nach der Verursachung aufgegliedert sind. Die fehlende Betriebsabrechnung der ländlichen Kreditgenossenschaften verhindert exakte Aussagen darüber, welche Kosten dem genossenschaftlichen Geld- und Kreditgeschäft, welche dem Waren- und Dienstleistungsgeschäft zuzurechnen sind. Infolge der unzulänglichen Betriebsabrechnung ist auch nicht zu ermitteln, inwieweit die Erfolge eines Geschäftsbereiches durch Verluste eines anderen gemindert werden.

Einwendungen sind auch gegen die Bildung von (Gruppen-)Durchschnittswerten möglich, weil sie eine Nivellierung der einzelbetrieblichen Verhältnisse bewirkt. Jeder Betrieb hat seine Besonderheiten, die - wenn sie stark vom Durchschnitt abweichen - die (Durchschnitts-)Kennzahlen beeinflussen und die Bildung typischer Gruppen-Mittelwerte verhindern. Durchschnittswerte stellen somit keine unbedingt wünschenswerte bzw. anzustrebende Norm dar. Ein Betrieb, der mit seinen Einzelwerten extrem vom Durchschnitt abweicht, muß daher nicht von vornherein besonders gut oder schlecht arbeiten. Gruppenkennziffern können nur dann ein Maßstab für die eigene Geschäftspolitik sein, wenn im Vergleich zu ihnen die Einzeldaten tatsächlich verbesserungsbedürftig erscheinen, und zwar bei Würdigung aller Umstände, also der besonderen betrieblichen und der allgemeinen im Geschäftsbezirk herr-

¹ § 40 HGB sowie § 33 c GenG.

schenden Verhältnisse. Ferner sind die im Betriebsvergleich lediglich aus den Jahresanfangs- und Jahres-schlußbilanzen errechneten Durchschnittsbilanzsummen nur mit Vorbehalt als echte Durchschnitte zu werten.

Bei der Auswertung der Vergleichsergebnisse wurden die Probleme ausgeklammert, die mit der Führung von Zweigstellen zusammenhängen, weil nur relativ wenig Raiffeisenkassen Zweigstellen unterhalten¹. Da diese örtlich nicht weit auseinanderliegen und außerdem zentral organisiert sind, war ihre uneingeschränkte Zusammenfassung mit der Hauptstelle gerechtfertigt. Die Zahl der Zweigstellen kann in dem einen oder anderen Fall zur Erklärung bestimmter Sachverhalte (z.B. extrem hoher Verwaltungskosten) herangezogen werden. Die Nichtberücksichtigung der Zweigstellen mindert den Wert der Vergleichsaussage nur wenig.

Betriebsvergleiche von Kreditgenossenschaften kranken daran, daß nicht immer zum Ausdruck kommt, in welcher Weise und in welchem Umfang die Vorteile der genossenschaftlichen Arbeit an die Mitglieder weitergegeben werden. Es kann nicht beurteilt werden, ob z.B. ein relativ niedriger Gewinn, den eine Genossenschaft erzielt, Ausdruck ihrer genossenschaftlichen Einstellung ist, indem sie ihren Kunden in den Kreditkonditionen oder bei den Warenpreisen (Gewährung von Bezugsrabatten) entgegenkommt, oder ob er eine Folge nicht ausreichend genutzter Marktchancen bzw. unwirtschaftlicher Arbeitsweise ist². Ähnlich verhält es sich mit dem Zinsvoraus. Aus den Jahresabschlüssen geht nicht hervor, ob ein Zinsvoraus eingeräumt wird oder nicht.

Der Aussagewert des Vergleichs wird ferner dadurch eingeschränkt, daß qualitative Unterschiede, z.B. die

¹ Im Jahre 1962 hatte nur jede vierte Kreditgenossenschaft im Betriebsvergleich eine oder mehrere Zweigstellen.

² Der Erfolg ist mithin kein Maßstab dafür, ob eine Genossenschaft dem genossenschaftlichen Prinzip entspricht. Entscheidend hierfür ist ihr Verhalten am Markt, d.h. ihren Einlegern und ihren Kreditnehmern gegenüber.

standortbedingten Eigenheiten der einzelnen Geschäftsbezirke, nicht meß- und vergleichbar sind. Die Wirtschaftsstruktur des Einzugsgebietes hat großen Einfluß auf Art und Umfang der Geschäfte. Sie wirkt über die Betriebsgröße auf die Verwaltungskosten und den Ertrag. Der Standort bestimmt letztlich den Aufgabenkreis und die Entwicklung des Kreditinstituts. Im Betriebsvergleich konnte hierauf nicht eingegangen werden, da eine unter wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten vorgenommene Zusammenfassung von Kreditgenossenschaften unterschiedlicher Größenverhältnisse zu atypischen Gruppendurchschnitten geführt hätte.

Eine Beeinträchtigung erfährt die Vergleichsaussage auch dadurch, daß die Qualität und Altersschichtung des Personals nicht berücksichtigt sind. Die Personalstruktur wirkt sich in erster Linie auf die persönlichen Verwaltungskosten und teilweise auch auf den Ertrag aus. Die Vereinheitlichung dessen, was als Beschäftigter im Rahmen des Betriebsvergleichs anzusehen ist ¹, dürfte nicht in jedem Fall die Vergleichbarkeit verbessert haben.

Die Unterschiede in der Organisation der Buchhaltung, in der Geschäftsausstattung, im Aufbau der Verwaltung, in der Struktur des Warengeschäftes (Bezug, Absatz) haben ebenfalls Einfluß auf die Höhe der Kosten. Genaue Abgrenzungen lassen sich jedoch nicht durchführen.

Die verschiedenen Fakten, die bei der Auswertung der Kennziffern unberücksichtigt bleiben mußten, dürfen nicht dazu verleiten, die Aussagekraft des Betriebsvergleichs überhaupt in Frage zu stellen. Mit Hilfe der Kennziffern können die kreditgenossenschaftlichen Leistungen gemessen, verglichen und in ihrer Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Die einzelnen Raiffeisenkassen können also durchaus von den Informationen profitieren, die der Einblick in Struktur und wirtschaftliche Verhältnisse bei anderen Instituten ermöglicht.

¹ Vgl. S. 48.

III. Zusammenfassung der Ergebnisse

Für die Vergleichszeit vom 1.1.1958 bis 31.12.1962 sind vier Sachverhalte besonders typisch:

1. eine starke Expansion der Bankbilanzen,
2. die aus einer rückläufigen Entwicklung der Landwirtschaft in einigen Gebieten resultierende Stagnation bzw. Schrumpfung des Warengeschäftes bei vielen Genossenschaften,
3. der Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes und
4. eine Umschichtung in der Berufsstruktur der Einleger und Kreditnehmer.

Die rückläufige Entwicklung der Landwirtschaft in einigen Gebieten hatte zur Folge, daß am Ende der Vergleichsperiode bei 18 v.H. der gemischtwirtschaftlichen Kassen die Warenumsätze und bei 11 v.H. die Bruttogewinne aus dem Warenverkehr gegenüber 1958 absolut abgenommen haben.

Die Schrumpfung des Warengeschäftes äußerte sich auch in einem Rückgang der Zahl der Warenförderungskonten, insbesondere bei den größeren gemischtwirtschaftlichen Kassen, sowie in einer Abnahme des Anteils der aus dem Warengeschäft resultierenden Verbindlichkeiten an den gesamten Nostroverpflichtungen. Die meisten Kreditgenossenschaften mit rückläufigem Warengeschäft arbeiten in Vororten bzw. in naher Umgebung von größeren Städten. Sie gingen dazu über, verstärkt das Bankgeschäft und erst in zweiter Linie das Warengeschäft zu betreiben. Entsprechend wuchs ihre Bereitschaft, mehr Dividenden zu gewähren, andererseits jedoch weniger Warenrückvergütungen auszuschütten.

In der Berufsstruktur der Einleger und Kreditnehmer ist die Tendenz einer Verlagerung von den landwirtschaftlichen Berufen zu den Arbeitnehmerberufen unverkennbar. Die Umstrukturierung ist die Folge einer fortschreitenden Durchdringung des Dorfes mit kleinindustriellen Betrieben, des Wachstums kleinerer Gemeinden zu Städten und des Zusammenrückens von Stadt und Land durch die Entwicklung des Verkehrs. Bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr stammen die Kreditnehmer in erster Linie noch immer aus landwirtschaftlichen Berufen, dann aus

Arbeitnehmer- und schließlich aus kaufmännischen Berufen. Bei den reinen Kreditgenossenschaften überwiegen die Arbeitnehmerberufe vor den Kaufleuten und den landwirtschaftlichen Berufen.

Der Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes wurde vor allem bei den kleineren Kreditgenossenschaften vorangetrieben. Der bargeldlose Zahlungsverkehr weitete sich vornehmlich in ländlichen Bereichen stark aus. Das bewirkte einen außerordentlichen Zuwachs an Kontokorrentkonten sowie einen umfangreichen Zustrom von Depositen bei den in landwirtschaftlichen Gebieten tätigen Raiffeisenkassen. Für die Durchführung des Zahlungsverkehrs und für ihre sonstigen Dienstleistungen forderten die ländlichen Kreditgenossenschaften unterschiedliche Provisionen. Der größte Teil der Dienstleistungserträge entfällt auf die Umsatzprovision, doch wurde diese nur von rd. drei Vierteln aller Kreditgenossenschaften überhaupt in Rechnung gestellt.

Die Expansion der Bankbilanzen ist auf die lebhaftere Kreditnachfrage, insbesondere der Nachfrage nach langfristigen Krediten, und den starken Einlagenzustrom während der Jahre des Vergleichszeitraums zurückzuführen. Die Steigerung der langfristigen Ausleihungen entspringt dem Bestreben der Mitglieder, ihre Investitionen mehr und mehr mit langfristigen Mitteln zu finanzieren. Bei den Raiffeisenkassen mit Warenverkehr nahmen die kurz-, mittel- und langfristigen Kredite relativ stärker zu als bei den reinen Kreditgenossenschaften. Das erklärt sich daraus, daß die in den ländlichen Gebieten gelegenen Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr das Geld- und Kreditgeschäft offensichtlich durch Gewinnung neuer Kundenkreise relativ starker ausbauen konnten als die überwiegend in Städten domizilierenden reinen Kreditgenossenschaften, die im Geldgeschäft schon immer ihre Hauptaufgabe sahen.

Die Kreditgenossenschaften vergrößerten das Volumen der langfristigen Ausleihungen hauptsächlich zu Lasten der flüssigen Mittel. Innerhalb des Kreditvolumens stieg der Anteil der langfristigen Ausleihungen bei den reinen Kreditgenossenschaften von durchschnittlich 23,15 Prozent (1958) auf 33,83 Prozent (1962) und bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr von 19,07 Prozent (1958) auf 30,29 Prozent (1962). Entsprechend sanken die Anteile der kurz- und mittelfristigen Kredite, insbesondere der Kontokorrentkredite und bei vielen gemischtwirtschaftlichen Instituten der Warenkredite. In das langfristige Kreditgeschäft drangen vor allem die kleinen und mittelgroßen Kreditgenossenschaften (bis 3 Millionen DM Bilanzsumme) vor. Von den größeren Genossenschaften hat sich ein Teil dem Trend zur Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes nicht angeschlossen. Die Kredite in einer Größenordnung bis zu 1 000 DM haben infolge der Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes und der damit verbundenen Gewährung größerer Kredite gegenüber 1958 stark abgenommen.

Trotz der Expansion des langfristigen Kreditgeschäftes dominieren bei den meisten Raiffeisen-Kreditgenossenschaften noch immer die kurz- und mittelfristigen Kredite, die schon von jeher als Betriebskredite bevorzugt gewährt werden. Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen veränderte sich ihr Anteil an der Bilanzsumme während der Vergleichszeit nur wenig, was beweist, daß das kurz- und mittelfristige Aktivkreditgeschäft einen verhältnismäßig stabilen Anteil am Geschäftsvolumen hat. Die ländlichen Kreditgenossenschaften gewähren traditionsgemäß in erster Linie den kleineren Personalkredit. Auch 1962 machten die Kredite von 5 000 DM und weniger der Zahl nach mehr als drei Viertel aller gewährten Kredite aus.

Die Ausweitung der Kreditgeschäfte wirkte sich nachteilig auf die Liquidität aus. Der Liquiditätsgrundsatz II des Bundesaufsichtsamtes wurde zwar meist eingehalten, doch ist infolge der außerordentlichen Zunahme der langfristigen Ausleihungen, und der teilweise beträchtlichen Erweiterungen der dauernden Anlagen eine allgemeine Ver-

knappung der Liquidität (= zahlenmäßige Zunahme der Kennziffern für den Grundsatz II) zwischen 1958 und 1962 eingetreten. Diese kommt auch in einem generellen Absinken der Kennziffern für die Liquidität 1. und 2. Ordnung zum Ausdruck. Die Einhaltung des Grundsatzes II bedeutet, daß die Raiffeisenkassen während der Vergleichszeit in der Lage waren, ihre langfristigen Anlagen durch langfristige Mittel zu decken. Ein Finanzierungsüberschuß an langfristigen Mitteln wurde im kurz- und mittelfristigen Geschäft verwendet. Die Liquidität gemäß Grundsatz III hat sich infolge der überproportionalen Zunahme der in Grundsatz III erfaßten Vermögenswerte gegenüber den entsprechenden Finanzierungsmitteln ebenfalls verschlechtert. Der Grundsatz wurde 1958 in 33 und 1962 in 57 Fällen nicht eingehalten. Hierin liegt für ein Drittel aller Kreditgenossenschaften ein ständiges Problem. Die Spannweite zwischen außerordentlich liquiden Instituten und solchen mit angespannter Liquidität ist sehr groß. Im allgemeinen ist die Liquidität bei den reinen Kreditgenossenschaften jedoch besser als bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen. Von den letzteren waren die kleineren Institute (um 1 Million DM Bilanzsumme) und die größten Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr besonders liquide. Die hohe Liquidität der größten gemischtwirtschaftlichen Kassen ist auf deren umfangreichen Zahlungsverkehr und eine dadurch bedingte relativ hohe Transaktionskasse sowie Mindestreservehaltung zurückzuführen.

Die Ergebnisse des Betriebsvergleichs spiegeln nicht nur die für den Berichtszeitraum typischen Entwicklungstendenzen wider, sie lassen auch andere bemerkenswerte Zusammenhänge erkennen, so z.B. die Wirkungen, die von einer unterschiedlichen Betriebsgröße¹ und von einem im Umfang variierenden Warengeschäft auf die verschiedenen Bereiche der Geschäftstätigkeit ausgehen. Es konnte u.a. nachgewiesen werden, daß die Betriebsgröße und das Waren-

¹ Die Betriebsgröße wird durch die Bilanzsumme ausgedrückt, in der allerdings das Volumen der erbrachten Dienstleistungen keinen Niederschlag findet.

geschäft auf die Zahl der Beschäftigten, die Bilanzstruktur, die Einlagenstruktur, die Zusammensetzung des Kreditvolumens und den Erfolg Einfluß haben. So nimmt z.B. die Zahl der Arbeiter und Angestellten je Genossenschaft mit wachsender Bilanzsumme tendenziell zu. Der Anteil des Eigenkapitals am Geschäftsvolumen vergrößert sich ebenfalls, weil große Kreditgenossenschaften in stärkerem Maße als kleine die Möglichkeiten der Gewinnthesaurierung nutzen und hohe Beträge den Rücklagenkonten zuweisen. Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital wird entsprechend günstiger. Der mit wachsender Betriebsgröße zunehmende Anteil der Sichteinlagen an den Gesamteinlagen weist auf die mit dem Geschäftsumfang steigende Bedeutung des Zahlungsverkehrs hin. Gleichzeitig zeigt der Anteil der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist zugunsten der Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist eine rückläufige Tendenz. Innerhalb der Kreditstruktur nehmen die kurz- und mittelfristigen Darlehen mit wachsender Bilanzsumme relativ ab. Mit der Erhöhung des Geschäftsvolumens wächst vielfach die Neigung der Genossenschaftsleitungen, anstelle von kurz- und mittelfristigen Darlehen in verstärktem Maße Wechselkredite zu gewähren oder Bürgschaften und Gewährleistungen zu übernehmen.

Der Einfluß des Warengeschäftes zeigt sich an der Zahl der Beschäftigten je Genossenschaft, die bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten gleicher Größenklasse mit dem Volumen des Warengeschäftes zunimmt. Das Warengeschäft erfordert nicht nur zusätzliche Arbeitskräfte, sondern auch umfangreiche Anlagen, z.B. Silos, Lagerräume, Reinigungs- und Trocknungseinrichtungen. Daher ist das Anlagevermögen in den Gruppen relativ hoch, in denen bei gleicher oder unterschiedlicher Bilanzsumme Genossenschaften mit hohem Warenumsatz zusammengefaßt sind. Da das Anlagevermögen zum großen Teil mit Eigenkapital finanziert wird, nimmt dessen Anteil am Geschäftsvolumen mit wachsendem Warenumsatz tendenziell zu. Bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten gleicher Bilanzsummenklassen ist der Anteil der Einlagen am Geschäftsvolumen mit steigendem Warenumsatz rückläufig, während die An-

teile der kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten entsprechend zunehmen. In den kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sind die bei der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft aufgenommenen Warenkredite und die sonstigen Verpflichtungen aus Warenbezugsgeschäften (aufgenommene Lieferantenkredite) enthalten, die mit wachsendem Warengeschäft zunehmen. Mit der Ausweitung des Warenverkehrs vergrößert sich bei einer gemischtwirtschaftlichen Kasse gewöhnlich auch der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamteinlagen, weil die Mitglieder eine höhere Transaktionskasse zur Abwicklung ihrer Warenbezugs- und Warenabsatzgeschäfte unterhalten. Innerhalb der Kreditstruktur nimmt der Anteil der kurz- und mittelfristigen Forderungen mit wachsendem Warenumsatz zu. Maßgebend hierfür sind die kurzfristigen Warenkredite, die von den Raiffeisenkassen mit hohem Warenumsatz in stärkerem Maße gewährt werden als von den Instituten mit kleinem Warengeschäft.

Der Erfolgsentwicklung der Kreditgenossenschaften wurde im Betriebsvergleich besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie spiegelt sich in den Veränderungen der Zinsspannen wider. Keine Kreditgenossenschaften weisen im allgemeinen eine höhere Gesamtzinsspanne auf als Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, doch gleichen sich die Unterschiede immer mehr an. Die Entwicklung der Gesamtzinsspanne wird im wesentlichen durch die Veränderungen der Zinserträge und weniger durch die Veränderungen der Zinsaufwendungen bestimmt. Extremen Zinsspannen und ihren Komponenten, den Zinsaufwendungen und Zinserträgen, lagen besondere Bilanzstrukturen zugrunde. Niedrige Gesamtzinsspannen ließen sich in der Regel auf relativ geringe Zinserträge zurückführen, die ihrerseits in unterdurchschnittlichen ¹ Anteilen der Kredite am Geschäftsvolumen und überdurchschnittlichen ¹ Anteilen der niedrig verzinslichen Aktiva (Ausgleichs- und Deckungsforderungen, Bankguthaben) ihre Ursache hatten. Hohe Gesamtzinsspannen konnten gewöhnlich auf relativ hohe Zinserträge insbesondere auf Grund ertragreicher Kontokorrentkredite,

¹ Vergleichsmaßstab sind jeweils die Gruppenschnitte.

Wechselkredite und mittelfristiger Darlehen sowie unterdurchschnittlicher Anteile der liquiden Mittel und der Ausgleichs- und Deckungsforderungen am Geschäftsvolumen zurückgeführt werden.

Sowohl die Gesamtzinsspannen als auch deren Komponenten, die Gesamtzinserträge und die Gesamtzinsaufwendungen, nehmen mit steigender Bilanzsumme relativ zu. Ausschlaggebend hierfür sowie dafür, daß die Gesamtzinsaufwendungen innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen mit zunehmendem Warenumsatz steigen, sind wiederum bestimmte Bilanzstrukturen. Bemerkenswert ist, daß ein großer Teil der Genossenschaften mit hohen Zinsspannen den Liquiditäts-Grundsatz III nicht einhalten konnte bzw. unterdurchschnittliche Kennziffern der Liquidität 1. und 2. Ordnung zu verzeichnen hatte.

Was für die Gesamtzinsspanne festgestellt wurde, trifft im wesentlichen auch für die Kredit-Einlagen-Zinsspanne zu, deren Entwicklung vor allem durch die Zinserträge aus dem Kreditgeschäft bestimmt wird. Die Höhe der Kreditzinserträge hängt in erster Linie von der Struktur des Kreditvolumens ab. Die fortschreitende relative Angleichung der Zinserträge aus dem Kreditgeschäft (in v.H. der Kredite) und der Zinserträge insgesamt (in v.H. der zinsbringenden Aktiva) konnte mit der relativen Zunahme der Kredite bei gleichzeitig abnehmender Bedeutung der übrigen, gering verzinslichen Aktiva (Bankguthaben, Ausgleichs- und Deckungsforderungen) erklärt werden.

Einzelne Erfolgsdaten wurden näher untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß der Zinsertrag (in v.H. der DBS) bei den gemischtwirtschaftlichen Instituten mit steigender Bilanzsumme tendenziell größer wird, weil die Anteile der unverzinslichen Betriebsanlagen (Anlagevermögen) und der Warenbestände am Geschäftsvolumen mit steigender Bilanzsumme zugunsten der ertragreichen kurz- und mittelfristigen Forderungen abnehmen. Außerdem können gemischtwirtschaftliche Raiffeisenkassen mit wachsender Betriebsgröße mehr höherverzinsliche Kredite wie Wechsel- und Teilzahlungskredite gewähren. Die Zinser-

tragssituation ist um so günstiger, je weniger eine Kreditgenossenschaft das Warengeschäft betreibt, weil die Anteile der hochverzinslichen Kontokorrentkredite, der kurz- und mittelfristigen Darlehen sowie der langfristigen Ausleihungen am Gesamtkreditvolumen bei den Genossenschaften größer sind, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen geringe Warenumsätze erzielen. Darüber hinaus sind bei den Kreditgenossenschaften mit geringem Warenverkehr weniger Mittel in Betriebsanlagen und Warenbeständen gebunden, so daß entsprechend mehr Mittel für Kredite zur Verfügung stehen. Hohe anteilige Zinserträge einzelner Kreditinstitute konnten in der Regel auf überdurchschnittliche Bestände an kurz- und mittelfristigen Forderungen bzw. an ertragreichen Kontokorrentkrediten, Wechselkrediten und an mittelfristigen Darlehen zurückgeführt werden. Extrem niedrige Zinserträge hatten selten in der Struktur des Kreditvolumens ihre Ursache. Entscheidend waren relativ hohe Bestände an flüssigen Mitteln, an Ausgleichs- und Deckungsforderungen bzw. niedrige Anteile der Kredite am Geschäftsvolumen.

Reine Kreditgenossenschaften erzielten höhere Provisionserträge als Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr. Ausschlaggebend sind die Provisionen aus Dienstleistungsgeschäften, die von den reinen Kreditgenossenschaften in stärkerem Maße gepflegt werden. Die abnehmende Bedeutung der Provisionserträge beruht z.T. darauf, daß Provisionen mit Zinscharakter zunehmend unter den Zinserträgen ausgewiesen werden.

Die Erträge aus dem Warenverkehr haben gegenüber den Erträgen aus dem Geld- und Kreditgeschäft an Gewicht verloren. Dennoch hat die Ertragskraft des Warengeschäftes zugenommen, wie das Verhältnis der Erträge aus Warenverkehr zum Warenumsatz erkennen läßt. Ende 1962 waren bei knapp einem Viertel der gemischtwirtschaftlichen Institute die Erträge aus dem Warengeschäft größer als die Bruttozinserträge. Eine Gegenüberstellung mit den Nettozinserträgen (Differenz zwischen den Bruttozinserträgen und den Zinsaufwendungen) ergibt, daß bei 85 Kassen die Erträge aus dem Warenverkehr die Zinserträge übertrafen,

also ein Warengeschäft betrieben wurde, das ertragreicher war als das Bankgeschäft. Vor allem die Raiffeisenkassen mit einer Bilanzsumme von weniger als 2 Millionen DM erzielten höhere Erträge aus dem Warengeschäft als aus dem Bankgeschäft. Überdurchschnittliche Warenrohgewinne versetzten die Genossenschaften in die Lage, hohe Warenrückvergütungen zu gewähren.

Den Erträgen aus dem Warenverkehr und auch den Erträgen aus den Hilfs- und Nebenbetrieben ist es zuzuschreiben, daß der Bruttoertrag (Summe der ordentlichen Erträge) einmal bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr relativ größer ist als bei den reinen Kreditgenossenschaften und zum anderen bei solchen Genossenschaften relativ hoch ist, die innerhalb gleicher Bilanzsummenklassen die höheren Warenumsätze erzielen. Die kleinen gemischtwirtschaftlichen Kassen mit hohem Warenumsatz erzielen die höchsten anteiligen Bruttoerträge. Bei den reinen Kreditgenossenschaften hängt der Bruttoertrag entscheidend von den Zinserträgen ab.

Bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen wächst mit zunehmendem Geschäftsvolumen der Zinsaufwand überproportional, weil der Anteil der höher verzinslichen Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist auf Kosten der niedrig verzinslichen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist zunimmt. Kreditgenossenschaften, die ein umfangreiches Warengeschäft betreiben, haben relativ höhere Zinsaufwendungen als Raiffeisenkassen entsprechender Bilanzsumme mit geringem Warenverkehr, weil mit steigendem Warenumsatz der Anteil der Einlagen an der Bilanzsumme abnimmt, während die kurz-, mittel- und langfristig aufgenommenen Gelder sowie innerhalb der Einlagen die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist relativ zunehmen.

Die Verwaltungskosten sind während des Berichtszeitraums im allgemeinen weniger stark gestiegen als die Bilanzsummen. Die Kostendegression ist sowohl für reine als auch für gemischtwirtschaftliche Kreditgenossenschaften typisch. Sie betrifft die persönlichen und die sachlichen Verwaltungskosten und läßt sich auf eine bessere Ausnutzung des technisch-organisatorischen Geschäftsbereichs und eine stärkere Rationalisierung der Betriebsorganisa-

tion bei den Genossenschaften mit gewachsenem Geschäftsvolumen zurückführen. Raiffeisenkassen mit hohem Warenumsatz weisen relativ höhere Verwaltungskosten aus als Genossenschaften entsprechender Bilanzsumme mit geringem Warenverkehr. Maßgebend hierfür sind die Kosten des Warengeschäftes, insbesondere Anlageninstandhaltungskosten, Betriebskosten für Kraftfahrzeuge und Pachtaufwendungen. Etwa 35 bis 40 Prozent der gesamten Verwaltungskosten einschließlich der Abschreibungen der gemischtwirtschaftlichen Kassen haben ihre Ursache im Warengeschäft. Je nach Struktur und Umfang der einzelnen Warengeschäfte sind Abweichungen von diesem Durchschnitt möglich. Das gilt auch für die Feststellung, daß im Durchschnitt der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr die Verwaltungskosten die Zinsaufwendungen übertreffen. Reine Kreditgenossenschaften weisen demgegenüber verhältnismäßig höhere Zinskosten aus.

Relativ hohe Abschreibungen wurden von solchen Kreditgenossenschaften vorgenommen, die ein umfangreiches Warengeschäft betreiben, weil diese Institute gewöhnlich ein größeres Anlagevermögen ausweisen als Raiffeisenkassen mit kleinem oder fehlendem Warengeschäft. Die ersteren weisen auch relativ höhere sonstige Aufwendungen aus, was z.T. auf die Kosten der Nebenbetriebe, z.T. auf die Steuern zurückzuführen ist, die mit dem Warengeschäft anfallen (Umsatzsteuer, Realsteuern).

Ein Betriebsgewinn von 0,30 Prozent der DBS kann als kritische Grenze bezeichnet werden, bei der die Kostendeckung einer Kreditgenossenschaft realisiert wird. Der Betriebsgewinn der reinen Kreditgenossenschaften übertrifft den der Kassen mit Warenverkehr, weil die ordentlichen Aufwendungen der letzteren relativ größer sind. Dank der Erträge aus dem Warenverkehr ist der Betriebsgewinn der Genossenschaften mit hohem Warenumsatz im allgemeinen größer als der der Institute entsprechender Bilanzsumme mit niedrigen Warenumsätzen. Für einen hohen Betriebsgewinn sind verschiedene Gründe bestimmend, z.B. den Gruppendurch-

schnitt übersteigende Anteile der Zins- und Provisionserträge an den Gesamterträgen oder unterdurchschnittliche Anteile der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten an den Gesamtaufwendungen.

Den außerordentlichen Erträgen kommt besonders dann Bedeutung zu, wenn die ordentlichen Erträge nicht ausreichen, die Aufwendungen zu decken. In allen Jahren des Vergleichszeitraums konnten mehrere Kassen einen Betriebsverlust durch außerordentliche Erträge überkompensieren, so daß sich ein geringer bilanzieller Reingewinn ergab. Was die relative Höhe des Jahresgewinnes (Betriebsgewinn + a.o. Erträge ./ a.o. Aufwendungen) betrifft, so konnten zwischen den reinen und den gemischtwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften keine großen Unterschiede festgestellt werden.

Warenrückvergütungen werden in der Regel von solchen Kassen gewährt, die hohe Warenumsätze erzielen. Die Zahl der Institute, die Warenrückvergütungen ausschütten, ist von 70 (1958) auf 63 (1962) zurückgegangen. Die Beträge der einzelnen Kassen schwankten 1962 zwischen 3 000 DM und 55 000 DM.

Zu Vorweg-Zuweisungen an die Rücklagen haben sich erst im Laufe der Vergleichsperiode immer mehr Genossenschaftsbanken entschlossen. Es wurden keine Anzeichen dafür festgestellt, daß diese Form der Gewinnverwendung bei den betreffenden Instituten zu einer Gewohnheit werden soll.

Die Kennziffern für den Reingewinn beweisen ebenso wie die Kennziffern für den Betriebsgewinn, daß sich bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr die Gewinnerzielung verbessert hat. Bei den reinen Kreditgenossenschaften hat der Reingewinn von 1962 gegenüber 1958 um 133 Prozent und bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr um 111 Prozent zugenommen. Die Überschußverwendung hat sich insofern geändert, als die Zahl der Institute, die Warenrückvergütungen gewähren, von 1958 bis 1962 zurückgegangen ist, während die Zahl der gemischtwirtschaftlichen Kassen, die Dividenden ausschütten, zu-

nahm. Unter Berücksichtigung der Warenrückvergütungen schütteten die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr einen relativ größeren Teil des Gewinns an die Mitglieder aus als die reinen Kreditgenossenschaften.

Sowohl bei den reinen als auch bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen wird der Reingewinn durchweg zu drei Vierteln und mehr zur Rücklagenbildung verwendet. Während des Berichtszeitraums ist mehr Wert auf eine Stärkung der Betriebsrücklage als auf eine Vergrößerung des gesetzlichen Reservefonds gelegt worden. Während die Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr einen größeren Teil des Reingewinns dem gesetzlichen Reservefonds zuweisen als die reinen Kreditgenossenschaften, schütteten die letzteren einen größeren Anteil des Reingewinns als Dividende aus.

Bei den reinen Kreditgenossenschaften hängt der Erfolg der Geschäftstätigkeit in erster Linie vom Bankgeschäft ab. Bei knapp drei Viertel der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr ist der Warenhandel wichtigster Geschäftszweig, da er größere Nettoerträge einbringt als das Bankgeschäft. Die Zahl der Institute, bei denen die Erträge aus dem Warenverkehr die Nettozinserträge übertrafen, hat während der Vergleichszeit abgenommen, weil das Bankgeschäft - am Bilanzvolumen gemessen - stärker expandiert hat als das ebenfalls am Bilanzvolumen gemessene Warengeschäft. Unabhängig vom Bank- und Warengeschäft erzielen die Kreditgenossenschaften aus Hilfs- und Nebenbetrieben sowie aus außerordentlichen Geschäften weitere Erträge.

Am Schluß der Zusammenfassung soll ein kurzer Blick auf die Probleme geworfen werden, denen die Kreditgenossenschaften in Zukunft gegenüberstehen werden. Diese zeichnen sich schon heute ab und zwingen zu betriebspolitischen Entscheidungen. Einmal wird der Wettbewerb auf dem Lande immer schärfer, und zum anderen birgt die Abwanderung aus der Landwirtschaft und die zunehmende Hinwendung der ländlichen Bevölkerung zu industriellen und administrativen Tätigkeiten die Gefahr in sich, daß bisherige Kunden der Kreditgenossenschaften in Kontakt mit anderen Bankengruppen kommen und möglicherweise den Ge-

nossenschaftsbanken als Kunden verlorengehen. Dieser Entwicklung können die Kreditgenossenschaften durch Geschäftseröffnungen in den Städten, Erweiterung der Arbeitsbereiche, Werbung, Umgestaltung der Organisation sowie durch Modernisierung der Anlagen und der Ausstattung Rechnung tragen. Ein bedeutsamer Schritt wäre die Zusammenfassung von ländlichen Kreditgenossenschaften des Deutschen Raiffeisenverbandes und gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) in einer einheitlichen Organisation. Durch eine Konzentration ihrer Kräfte stärken die Kreditgenossenschaften ihre Position für den Fall der endgültigen Integration der nationalen Märkte in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Überschlägliche Berechnung der Kosten und Erträge des Bank- und Warengeschäftes bei den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen (Kennziffern aus Tabelle 27 für das Jahr 1962):

a) Aufwandsseite

Reine Kreditgenossenschaften:

1,60 Kennziffer für die persönlichen Verwaltungskosten
+ 0,79 Kennziffer für die sachlichen Verwaltungskosten
+ 0,51 Kennziffer für die Abschreibungen
= 2,70

Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr:

2,46 Kennziffer für die persönlichen Verwaltungskosten
+ 1,22 Kennziffer für die sachlichen Verwaltungskosten
+ 0,66 Kennziffer für die Abschreibungen
= 4,34

Die Differenz aus 4,34 $\cdot$ 2,70 = 1,64 (Kennziffernmehrwert bei den gemischtwirtschaftlichen Kassen gegenüber den reinen Kreditgenossenschaften) läßt sich auf das Warengeschäft zurückführen (= Kostenfaktor des Warengeschäftes).

1,64 = Kennziffernwert (für die pers. + sachl. Verwaltungskosten + Abschreibungen) bei den Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr, allein durch das Warengeschäft verursacht.

2,70 = Kennziffernwert (für die pers. + sachl. Verwaltungskosten + Abschreibungen) bei den reinen Kreditgenossenschaften, durch das Bankgeschäft verursacht.

4,34 = 100 v.H., darin:

1,64 = 38 v.H. der Verwaltungskosten und Abschreibungen der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen haben ihre Ursache im Warengeschäft, und

2,70 = 62 v.H. der Verwaltungskosten und Abschreibungen der gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen haben ihre Ursache im Bankgeschäft.

(Prämisse: Die Kosten des Bankgeschäftes sind bei den reinen und den gemischtwirtschaftlichen Raiffeisenkassen im Verhältnis gleich hoch ¹.)

b) Ertragseite

Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr:

5,08 Kennziffer für den Zinsertrag

+ 0,30 Kennziffer für den Provisionsertrag

./. 3,18 Kennziffer für den Zinsaufwand

= 2,20 Kennziffer für den Zinsnettoertrag aus Bankgeschäft. Demgegenüber steht in Höhe von

3,46 die Kennziffer für den Warenertrag.

5,66 = 100 v.H., darin:

3,46 = 61 v.H. der Nettogesamterträge (Zinsnettoertrag + Warenertrag) wurden im Warengeschäft erzielt, und

2,20 = 39 v.H. der Nettogesamterträge wurden im Bankgeschäft erzielt.

c) Ergebnis

Im Jahre 1962 wurden im Durchschnitt der Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr 38 v.H. der gesamten Verwaltungskosten einschließlich der Abschreibungen durch das Warengeschäft verursacht, während 61 v.H. der Nettogesamterträge im Warengeschäft erzielt wurden. Das Bankgeschäft verursachte 62 v.H. der Verwaltungskosten und Abschreibungen. 39 v.H. der Nettogesamterträge wurden im Bankgeschäft erzielt. Die Prozentwerte zeigen, daß das Warengeschäft im Vergleich zum Bankgeschäft bei geringeren Aufwendungen höhere Erträge einbringt.

Das angeführte Rechenbeispiel kann als Versuch gesehen werden, die Kosten und Erträge des Warengeschäftes im Vergleich zum Geldgeschäft überschläglich zu ermitteln. Wegen der fehlenden Betriebsabrechnung im ländlichen Genossenschaftswesen können nur Näherungsrechnungen durchgeführt werden, die zu keinen exakten Ergebnissen führen. Die einzelne gemischt-

¹ Ob diese Annahme der Wirklichkeit entspricht, ist durch Untersuchungen bisher nicht bestätigt worden; die Prämisse ist deshalb als Hypothese aufzufassen.

wirtschaftliche Kasse kann sich jedoch mit einer eigenen Erfolgsaufgliederung gleich der Tabelle 27 unter Berücksichtigung der Gruppenkennziffern für reine Kreditgenossenschaften entsprechender Bilanzsumme (siehe Zahlenanhang - Blatt 29 bis 33) durch eine Näherungsrechnung einen Überblick über die Aufwands- und Ertragsverhältnisse ihres Bank- und Warengeschäftes verschaffen.

Gemischtwirtschaftliche Raiffeisenkassen, die sich Gewisheit darüber verschaffen wollen, ob das Bankgeschäft oder das Warengeschäft den Hauptgeschäftszweig darstellt, können Berechnungen nach dem unten angegebenen Schema durchführen. Zur Beurteilung, welcher Geschäftszweig überwiegt, werden die jeweiligen Rohgewinne gegenübergestellt. Das Schema bietet im Unterschied zu dem Reingewinnvergleich nach Richtsätzen und dem Reingewinnvergleich bei Aufwands- und Ertragszurechnung (vgl. die Anmerkungen auf S. 255 f.) eine gute Möglichkeit, um den vorherrschenden Geschäftszweig schnell zu ermitteln. Es wurde von der Steuerabteilung des Raiffeisenverbandes Mittelrhein ausgearbeitet und wird neute für verbandsinterne Erhebungen angewendet.

Rohgewinnvergleich

<u>a) Geldgeschäft</u>	DM
Zins- und Provisionserträge	
<u>./. Zins- u. Provisionsaufwendungen</u>	
= Zinsspanne	
<u>./. Warenforderungszinsen</u>	
= Zwischensumme	
+ Erträge aus Beteiligungen	
+ Erträge aus Hilfgeschäften des Geldverkehrs (= Verkäufe von Mobilien und Immobilien, die dem Geldgeschäft gedient haben)	
<u>Summe</u>	DM = ... %

Übertrag: Summe: DM = ... %

b) Warengeschäft DM

ba) Rohgewinn aus Bezugsgeschäft

+ Warenforderungszinsen

+ Warenrückvergütung LHG

+ Erträge aus Hilfsgeschäften des
Warenverkehrs (= Verkäufe von
Gegenständen, die dem Waren-
geschäft gedient haben)

Summe: DM = ... %

bb) Rohgewinn aus Absatzgeschäft

Summe: DM = ... %

c) Nebenbetriebe DM

Rohgewinn aus Nebenbetrieben

+ Erträge aus Hilfsgeschäften
der Nebenbetriebe

Summe: DM = ... %

d) Überschuß Gesamtsumme: DM = 100 %

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

I. Einzelwerke

=====

- A l b a c h , H., Investition und Liquidität - Die Planung des optimalen Investitionsbudgets. Wiesbaden 1962.
- B i n d e w a l t , H.G., und K o l b e c k , H., Der Betriebsvergleich bei Sparkassen. Berlin 1959.
- B u s s m a n n , K., Betreuung und Prüfung der Unternehmungen. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. Gutenberg. Wiesbaden 1960.
- D e u t s c h , P., Grundfragen der Finanzierung im Rahmen der betrieblichen Finanzwirtschaft. Wiesbaden 1962.
- F i s c h e r , O., Bankbilanzanalyse. Meisenheim am Glan 1956.
- G u t e n b e r g , E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. Gutenberg. Wiesbaden 1958.
- G u t e n b e r g , E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Bd. 1, Die Produktion. 8./9. Aufl. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963.
- H a g e n m ü l l e r , K.F., Bankbetrieb und Bankpolitik. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. Gutenberg. Wiesbaden 1959.
- H a g e n m ü l l e r , K.F., Der Bankbetrieb, Bd. III: Rechnungswesen - Bankpolitik. Wiesbaden 1964.
- H e n z l e r , R., Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens. In: Die Wirtschaftswissenschaften. Hrsg. von E. Gutenberg. Wiesbaden 1962.
- H ü b n e r , O., Die Banken. Leipzig 1854.
- K a l v e r a m , W., und G ü n t h e r , H., Bankbetriebslehre. 3. völlig neu bearb. Aufl. Wiesbaden 1961.

- K e l l e r e r , H., Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben. (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, H. 103/104) Reinbeck bei Hamburg 1960.
- K l u s a k , G., Die Raiffeisen-Kreditgenossenschaften. In: Taschenbücher für Geld, Bank und Börse. Hrsg. von Ph. Möhring und H. Rittershausen. Frankfurt a.M. 1964.
- K r ü m m e l , H.J., Bankzinsen. Köln, Berlin, Bonn, München 1964.
- L e C o u t r e , W., Grundzüge der Bilanzkunde. II. Teil. Wolfenbüttel 1949.
- L i n h a r d t , H., Bankbetriebslehre. Bd. 2, Bankbilanzen. Köln u. Opladen 1960.
- M e l l e r o w i c z , K., Unternehmenspolitik, Bd. 1. Freiburg 1963.
- M ü l h a u p t , L., Der Bindungsgedanke in der Finanzierungslehre unter besonderer Berücksichtigung der holländischen Finanzierungs-literatur. Wiesbaden 1966.
- N a g e l , W., Der Betriebsvergleich der Sparkassen. Sparkassenhefte Nr. 17, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Stuttgart 1958.
- N i c k l i s c h , H., Die Betriebswirtschaft. 7. Aufl. der Wirtschaftlichen Betriebslehre. Stuttgart 1932.
- O b s t , G., und H i n t n e r , O., Geld-, Bank- und Börsenwesen. 33. Aufl. Stuttgart 1951.
- S c h ä f e r , E., Die Unternehmung. 4. neubearb. u. erw. Aufl. Köln und Opladen 1961.
- S c h m a l e n b a c h , E., Dynamische Bilanz. 4. Aufl. Leipzig 1926.
- S c h n e i d e r , E., Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung. 8. verb. Aufl. Tübingen 1964.
- S c h n e t t l e r , A., Betriebsvergleich. 3. völlig neu bearb. Aufl. Stuttgart 1961.

- S c h o t t , G., Kennzahlen, Kompaß des Unternehmens. Stuttgart 1965.
- S c h o t t , G., Die Praxis des Betriebsvergleichs. Düsseldorf 1956.
- S c h u l z - M e h r i n , O., Betriebswirtschaftliche Kennzahlen als Mittel zur Betriebskontrolle und Betriebsführung. Berlin 1960.
- V a i h , W., Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Geschäfts bei den Sparkassen. Erlangen - Nürnberger Dissertation 1964.

II. Aufsätze und Vorträge

=====

- D e p p e , H.D., Zur Rentabilitäts- und Liquiditätsplanung von Kreditinstituten. "Weltwirtschaftliches Archiv", Hamburg, Bd. 86 (1961).
- D o e r k , K., Kennziffern und Vergleichszahlen als Hilfsmittel bei der Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse. "Vierter Vortragszyklus für gehobene Kräfte aus dem Prüfungsdienst in Bad Kreuznach", hrsg. vom Deutschen Raiffeisenverband e.V., Bonn (1963).
- F i s c h e r , H.J., Theoretische Grundlagen und allgemeine Voraussetzungen des Betriebsvergleichs im Genossenschaftswesen. "Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen", Göttingen, Bd. 3, H. 2 (1953).
- K l u s a k , G., Struktur und Bedeutung der Raiffeisenkreditgenossenschaften und ihrer Zentralgeschäftsanstalten. "Raiffeisen-Rundschau", Bonn, Jg. 14, Nr. 7 (1962).
- K ö n n e k e r , W., Die ländlichen Kreditgenossenschaften im Wandel der Konjunktur. "Raiffeisen-Rundschau", Bonn, Jg. 14, Nr. 9 und 10 (1962).
- M e y , J.L., Kritische Bemerkungen zur Finanzierungslehre. "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", N. F., Jg. 9, Köln u. Opladen (1957).

M ü l h a u p t , L., Ansatzpunkte für eine Theorie der Kreditbank. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, hrsg. von Jürgensen, Predöhl, Seraphim, Voigt. Bd. 12. Göttingen 1961.

M ü l h a u p t , L., Umsatz-, Kosten- und Gewinnplanung einer Kreditbank. "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", h.f., Jg. 8, Köln u. Opladen (1956).

M ü l h a u p t , L., und D e p p e , H.D., Gedanken zu Problemen der Liquiditätsplanung von Kreditinstituten. "Die Sparkasse", Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Bonn, Jg. 80, H. 6 (1963).

R u m m e l , K., Die Möglichkeiten des Betriebsvergleichs. "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung". Leipzig 1938.

S c h n e t t l e r , A., Art. Betriebsvergleich. Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, 5. Aufl. Wiesbaden 1962.

S p o o , D., Was steht dahinter? - Informationen über das ländliche Genossenschaftswesen, hrsg. vom Raiffeisenverband Mittelrhein e.V., Koblenz (1963).

S ü c h t i n g , J., Kalkulation und Preisbildung der Kreditinstitute. Bd. XIV der Veröffentlichungen des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, Frankfurt 1963.

III. Sonstige Quellen

=====

B e r i c h t über Kennzahlenerhebungen bei den Kredit- und Warengenossenschaften des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., hrsg. für den internen Dienstgebrauch vom Deutschen Raiffeisenverband e.V., Bonn (1960).

B e t r i e b s w i r t s c h a f t l i c h e Blätter für die Praxis der Sparkassen und Girozentralen, hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn, Sept. 1952 bis Mai 1963.

- B e t r i e b s w i r t s c h a f t l i c h e Blätter
für die Praxis der Sparkassen und Girozentralen,
hrsg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V.,
Bonn, Jg. 12, H. 5 (1963).
- D i e Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen. "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Frankfurt a.M., Jg. 14, H. 3 (1962).
- G e s c h ä f t s b e r i c h t e für die Jahre 1959 und 1960, 1961 und 1962, hrsg. vom Raiffeisenverband Mittelrhein e.V., Koblenz (1961, 1963).
- K a u f k r a f t k a r t e 1964 der GrK, Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V., Nürnberg (mit Erläuterungsheft).
- M o n a t s b e r i c h t e der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M., Jg. 15, H. 12 (1963).
- P r ü f e r b r i e f Nr. 1/1965, Kapitel VIII: Steuer, Anwendung des § 33 KStDV, hrsg. für den internen Dienstgebrauch vom Raiffeisenverband Mittelrhein e.V., Koblenz (1965).
- R a i f f e i s e n - Nachrichten, Mitteilungsblatt des Raiffeisenverbandes Mittelrhein e.V., Koblenz, Jg. 14, Nr. 10 (1964) und Nr. 12 (1964).
- S a t z u n g für die Stadtparkasse Essen.
- S p a r k a s s e n m u s t e r s a t z u n g von 1953, ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. (ADSGG).

IV. Rechtliche Unterlagen

=====

- G e s e t z betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-
genossenschaften vom 1. Mai 1889 (RGBl. S. 55) mit
den seither ergangenen Änderungen.

- G e s e t z über das Kreditwesen vom 25. Sept. 1939
(RGBI. I S. 1955) in der Fassung vom 16. Juli 1961.
- G e w e r b e s t e u e r g e s e t z (BGBl. I S. 459)
in der Fassung vom 25. Mai 1965.
- H a n d e l s g e s e t z b u c h vom 10. Mai 1897
(RGBI. S. 219) mit allen späteren Änderungen.
- K ö r p e r s c h a f t s t e u e r g e s e t z (BGBl. I
S. 1722, BStBl. I S. 655) in der Fassung vom
13. September 1961.
- K ö r p e r s c h a f t s t e u e r - D u r c h f ü h r u n g s -
v e r o r d n u n g (BGBl. I S. 412) in der Fassung vom
6. Juni 1962.
- V e r f a s s u n g e n der Länder Nordrhein-Westfalen,
Rheinland-Pfalz und Hessen.

A n l a g e n



Verband

Land

Regierungsbezirk

Kreis

Jahresabschluß 19

de

(Firma und Sitz der Genossenschaft)

Aktiva

Bilanz zum

	Sal	H	Sal	H
1. Kassenbestand				
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				
3. Postscheckguthaben				
4. Guthaben bei Kreditinstituten (Notroguthaben)				
a) täglich fällig				
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten				
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr				
darunter: bei genossenschaftl. Zentralkreditinstituten				
5. Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine				
6. Schecks				
7. Wechsel				
darunter:				
a) bundesbankfähige Wechsel, soweit die Deutsche Bundesbank sie nicht allgemein vom Ankauf ausgeschlossen hat				
b) eigene Ziehungen				
8. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
darunter: des Bundes und der Länder				
9. Kassenobligationen				
darunter: des Bundes und der Länder				
10. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder				
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere				
c) börsengängige Dividendenwerte				
d) sonstige Wertpapiere				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
11. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand				
a) Ausgleichsforderungen				
b) Deckungsforderungen				
12. Debitoren				
a) Kreditinstitute				
b) sonstige				
darunter: Warenforderungen				
13. Langfristige Ausleihungen				
a) gegen Grundpfandrechte				
b) gegen Kommunaldeckung				
c) sonstige				
14. Warenbestand				
15. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				
darunter: Spar-Prämien-Fordr. nach dem SparPG				
16. Beteiligungen				
darunter: an Kreditinstituten				
17. Grundstücke und Gebäude				
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende				
b) sonstige				
18. Betriebs- und Geschäftsausstattung				
19. Sonstige Aktiva				
20. Rechnungsabgrenzungsposten				
21. Reinverlust				
Gewinn-/Verlust-Vortrag aus dem Vorjahr				
Gewinn — Verlust 19				
Summe der Aktiva				
22. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den Passiven 14 a, 15, 16 sind enthalten:				
a) Forderungen an Konzernunternehmen				
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 u. 3 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäftsleiter oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstituts Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist				
darunter: Durchlaufende Kredite				
c) Forderungen an Mitglieder				
darunter: Durchlaufende Kredite				

	DM	DM	DM	DM	DM
1. Einlagen					
a) Sichteinlagen von					
aa) Kreditinstituten					
bb) sonstigen Einlegern					
b) Befristete Einlagen von					
aa) Kreditinstituten					
bb) sonstigen Einlegern					
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM					
c) Spareinlagen					
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist					
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist					
2. Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)					
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM					
b) bei genoss. Zentralkreditinstituten DM					
c) Verpflichtungen aus Warenbezugs geschäften u. aufgenommenen Warenkrediten DM					
3. Eigene Akzepte und Solawechsel					
abzüglich eigener Bestand					
3a. Anweisungen im Umlauf					
4. Aufgenommene langfristige Darlehen					
a) gegen Grundpfandrechte					
b) sonstige					
5. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)					
darunter: Spar-Prämien-Gutschriften nach dem SparPG DM					
6. Geschäftsguthaben					
a) der verbleibenden Mitglieder					
b) der ausscheidenden Mitglieder					
7. Rücklagen nach § 11 KWG					
a) gesetzliche Rücklagen					
b) sonstige					
8. Sonstige Rücklagen					
9. Rückstellungen					
10. Wertberichtigungen					
davon Sammelwertberichtigung DM					
11. Sonstige Passiva					
12. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus Teilzahlungsfinanzierungsgeschäften					
b) sonstige					
13. Reingewinn					
Gewinn-/Verlust-Vortrag aus dem Vorjahr					
Gewinn — Verlust 19					
Summe der Passiva					
14. Eigene Ziehungen im Umlauf					
a) darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM					
15. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen					
16. Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln					
16a. Dem Kreditnehmer nicht abgerechnete, weitergegebene Wechsel (außer eigenen Ziehungen)					
17. In den Passiven sind enthalten:					
a) Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschl. der Verbindlichkeiten unter Passiva 14 a, 15, 16)					
b) von Arbeitern und Angestellten gegebene Pfandgelder (Kautionen)					
18. Mitgliederbewegung 19	Anfang	Zugang	Abgang	Ende	
Zahl der Mitglieder					
Anzahl der Geschäftsanteile					
Hafsumme DM					
19. Die Geschäftsguthaben haben sich im Geschäftsjahr vermehrt — vermindert um DM					
20. Die rückständigen und fälligen Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile betragen DM					
21. Die Hafsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt — vermindert um DM					
22. Höhe des einzelnen Geschäftsanteils DM					
23. Höhe der Hafsumme je Geschäftsanteil DM					
24. Lastenausgleichsvermögensabgabe: Gegenwartswert DM					
Vierteljahresbetrag DM					

Aufwendungen

Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge

	DM	9	DM	9		DM	9	DM	9
1. Verlustvortrag aus dem Vorjahr . . .					1. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr . . .				
2. Zinsen und Provisionen					2. Zinsen und Provisionen				
a) Zinsen					a) Zinsen				
b) Provisionen					b) Provisionen				
3. Persönliche Aufwendungen					3. Erträge aus Beteiligungen				
a) Löhne und Gehälter					4. Kursgewinne				
b) gesetzliche soziale Abgaben					5. Bruttogewinn aus Warenverkehr und Erzeugung				
c) sonstige persönliche Aufwendungen					6. Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben				
4. Sachl. Aufwendungen					7. Sonstige Erträge				
5. Abschreibungen auf Anlagen					8.				
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva					9. Außerordentliche Erträge				
7. Steuern					10. Außerordentliche Zuwendungen				
a) Besitzsteuern					11. Reinverlust				
b) sonstige Steuern					a) Gewinn-/Verlust-Vortrag aus dem Vorjahr				
c) Vermögensabgabe					b) Gewinn/Verlust 19				
8. Kursverluste									
9.									
10.									
11. Reingewinn									
a) Gewinn-/Verlust-Vortrag aus dem Vorjahr									
b) Gewinn/Verlust 19									

(Ort und Datum)

(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand*)

*) Der Jahresabschluss ist von allen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. Für die Beurteilung an das Registergericht genügt die Abschrift der Vorstandsunterschriften.

Anlage

zur Jahresbilanz zum

der
(Name des Kreditinstituts)

I. Erläuterungen zur Jahresbilanz (bezogen auf das vorgeschriebene Formblatt 2)

A. Aktiva:

T.-DM

zu Pos. 4: darunter:

- a) Guthaben bei ausländischen Banken¹⁾
- b) Guthaben mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist
von mehr als 12 Monaten

zu Pos. 11 a: zugeteilte eigene Ausgleichsforderungen
abzüglich:

- a) verkaufte Ausgleichsforderungen
- b) geteilte Ausgleichsforderungen

Bestand an eigenen Ausgleichsforderungen

zuzüglich angekaufte fremde Ausgleichsforderungen

Bestand an Ausgleichsforderungen (Pos. 11 a)

darunter verpfändet

zu Pos. 12: darunter:

- a) Akzeptkredite
von diesen Akzepten sind vom Aussteller angekauft
- b) Kredite aus hereingenommenen zweckgebundenen Mitteln²⁾

zu Pos. 13: darunter:

Ausleihungen von hereingenommenen zweckgebundenen
Mitteln³⁾

- a) gegen Grundpfandrechte
- b) gegen Kommunaldeckung
- c) sonstige

B. Passiva:

zu Pos. 1a: aa) Zahl der Konten
bb) Zahl der Konten

zu Pos. 1b: aa) Zahl der Konten
bb) Zahl der Konten

zu Pos. 1c: aa) Zahl der Konten
bb) Zahl der Konten

T.-DM

zu Pos. 1a: darunter:
Einlagen ausländischer Banken^{*)}

zu Pos. 1b: darunter:
Einlagen ausländischer Banken^{*)}

zu Pos. 2: darunter:
a) Verpflichtungen gegenüber ausländischen Banken
b) Verpflichtungen aus der Hereinnahme zweckgebundener Mittel^{*)}
c) Verpflichtungen aus weitergegebenen eigenen Ziehungen, die dem Kreditnehmer nicht abgerechnet sind

zu Pos. 3: vom eigenen Bestand sind für Nostroverpflichtungen verpfändet

zu Pos. 4: darunter:
a) Verpflichtungen aus der Hereinnahme zweckgebundener Mittel^{*)}
b) gegen Sicherheitsleistung durch eigene Aktiva oder Weitergabe eigener Sicherheiten

zu Pos. 16: darunter:
Verbindlichkeiten aus
a) weitergegebenen Bankakzepten
b) eigenen Wechseln der Kunden an die Order der Bank
c) Wechseln nach § 12 Abs. 4 KWG
außerdem durch Tausch (ohne Giro) begebene Bankakzepte

zu Pos. 22: der Geschäftsanteil von DM
a) soll lt. Satzung bzw. Generalversammlungsbeschluß voll
— mit % — eingezahlt werden^{*)}
b) die Pflichteinzahlung beträgt DM

zu Pos. 13: der Reingewinn wird verwendet
a) zur Stärkung der Rücklagen nach § 11 KWG
b) zur Ausschüttung von % Dividende
hiervon werden DM zur Gutschrift auf
Geschäftsguthaben verwendet.

^{*)} Nichtzutreffendes streichen

C. 1. In den Aktiven sind enthalten:

T.-DM

- a) Anlagen nach § 17 Abs. 2 KWG (Akt. 16 und 17)

2. In den Passiven sind enthalten:

- a) Gesamtverbindungen nach § 11 Abs. 1 KWG
(Passiva 1 bis 4 und 14a)

- b) Gesamtverbindungen nach § 16 KWG
(Passiva 1a und b, 2 bis 4 und 14a)

3. Gesamtes haftendes Eigenkapital nach § 11 Abs. 2 KWG

- a) tatsächlich vorhandenes Eigenkapital
(Pass. 6a, 7 und 13 — soweit die Zuführung zu
den Rücklagen nach § 11 KWG beschlossen
worden ist — abzügl. Akt. 21)

- b) Haftsummenzuschlag

D. In der Bilanz nicht enthaltene in fremdem Namen und für fremde Rechnung zu verwaltende Kredite betragen

darunter:

Hypothekengewinnabgabe

II. Gliederung der Kredite¹⁾

Die Höchstkreditgrenze nach § 12 Abs. 1 KWG bzw. die Meldegrenze nach Artikel 11 Abs. 3 der Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden über Anzeigen nach §§ 8, 9, 12 und 14 KWG von 1952 beträgt Ende des Berichtsjahres DM Dieser Betrag ist — sofern er nicht einer der bereits aufgeführten Größenklassen entspricht — als zusätzliche Größenklasse in die Gliederung aufzunehmen, und zwar zwischen der nächst niedrigeren und nächst höheren Größenklasse einzuordnen. Die satzungsmäßige Höchstgrenze gem. § 49 Abs. 2 Gen.Ges. beträgt Ende des Berichtsjahres DM

Größenklassen	Kredite				In nebenstehenden Krediten sind enthalten					
in DM	Stck.	‰	Betrag in 1000 DM	‰	Forderungen an:					
					Hauptamtliche Vorstandsmitglieder (einschl. Rechner) ²⁾		Ehren- und nebenamtlich tätige Vorstandsmitglieder ³⁾		Aufsichtsratsmitglieder ⁴⁾ und sonstige im § 14 Abs. 1 u. 3 KWG genannte Personen (Beamte, Angestellte usw.)	
					Stck.	Betrag in 1000 DM	Stck.	Betrag in 1000 DM	Stck.	Betrag in 1000 DM
bis 1 000										
über 1 000 „ 5 000										
„ 5 000 „ 10 000										
„ 10 000 „ 20 000										
„ 20 000 „ 50 000										
„ 50 000 „ 100 000										
„ 100 000 „ 200 000										
„ 200 000										
Insgesamt		100		100						

III. 1. Bei der Gliederung der Kredite nach Ziffer II sind herangezogen die Bilanzpositionen

T.-DM

Aktiva Pos. 7 (abzüglich Inkassowechsel von DM _____)	_____
12	_____
13	_____
Passiva Pos. 14a	_____
15	_____
16	_____

2. Diesem Betrag sind zugerechnet:

- a) in der Jahresbilanz von den Krediten still abgesetzte Beträge (stille Reserven usw.)^{3b)} _____
- b) in der Jahresbilanz mit Guthaben der Kreditnehmer ganz oder teilweise kompensierte Kredite^{3b)} _____
- c) heranzuziehende Beteiligungen an Unternehmen der Kreditnehmer^{3c)} _____

3. Abgesetzt sind die nicht zu erfassenden:

- a) Kredite nach § 12 Abs. 4 KWG^{3d)} _____
- b) Privatkonten oder Solawechsel^{3e)} _____
- c) Rückständige Nebenleistungen auf langfristige Ausleihungen^{3f)} _____

Gesamtbetrag der gegliederten Kredite nach Ziff. II _____

Anmerkung 1:

Hierunter sind die Guthaben bei und die Verpflichtungen gegenüber ausländischen und sonstigen Banken außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin aufzunehmen.

Anmerkung 2:

Zweckgebundene Mittel sind solche, bei denen der Darlehensgeber die mittelbare oder unmittelbare Ausleihung an im einzelnen bezeichnete Kreditnehmer oder an einen bestimmten Kreis von Kreditnehmern für einen bestimmten Zweck vorgeschrieben hat. 7c- und 7d-Gelder sind als „zweckgebundene Mittel“ anzusehen.

Anmerkung 3:

Die Begriffsbestimmung der Kredite ergibt sich aus § 12 Abs. 3 KWG.

- a) Danach sind als Kredite anzusehen alle Arten von Krediten mit Einfluß von Wechselkrediten, Bürgschaften und sonstigen Haftungen zu Lasten der Kreditinstitute. Bei Kreditinstituten, die gleichzeitig andere Handelsgeschäfte, insbesondere Warengeschäfte, betreiben, auch die aus diesen Geschäften entstandenen Kredite.
- b) Die Kredite sind mit ihrem Nennbetrag (also nicht mit dem etwa abweichenden Bilanzwert) anzugeben. Nur die tatsächliche Rückzahlung oder vollständige Abschreibung ermäßigt den Kredit. Nicht abzusetzen sind daher: Guthaben der Kreditnehmer, offene oder stille Wertberichtigungen (Deckkredite) und Rückstellungen, die im Hinblick auf den inneren Wert einzelner Forderungen oder pauschal für die gesamten Forderungen gemacht worden sind.
- c) Beteiligungen des Kreditinstituts an dem Unternehmen des Kreditnehmers sind nur dann den sonstigen gewährten Krediten hinzuzurechnen, wenn der Nennbetrag der Beteiligung insgesamt den vierten Teil des eigenen Kapitals (ohne Reserven) des kreditnehmenden Unternehmens erreicht. Nicht zu erfassen sind: d) Kredite nach § 12 Abs. 4 KWG (Kredite, die an den Bund oder die Länder gewährt oder von diesen verbürgt oder von diesen sonst garantiert sind).
- e) Die von anderen Kreditinstituten angekauften Akzepte oder Solawechsel von Banken oder Finanzierungsinstituten mit einer Laufzeit von nicht mehr als 3 Monaten, soweit sie im Geldmarkt üblicherweise gehandelt werden (Privatkonten).
- f) Rückständige Nebenleistungen (Zinsen, Verzugszinsen usw.) auf langfristige Ausleihungen. Mehrere Kredite an einen und denselben Kreditnehmer sind addiert und betragsmäßig als Einheit in der ihrer Gesamthöhe entsprechenden Größtenklasse zu erfassen. Als ein und derselbe Kreditnehmer gelten außer dem Kreditnehmer selbst die von ihm abhängigen Unternehmen, die Unternehmen, von denen der Kreditnehmer abhängt, sämtliche demselben Konzern angehörenden Unternehmen und bei Personengesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit die Gesellschaft und ihre Gesellschafter.

Anmerkung 4:

Zu erfassen sind auch Kredite an Unternehmen, deren Inhaber oder persönlich haftende Gesellschafter dem kreditgewährenden Kreditinstitut als Geschäftsleiter oder Mitglieder einer Verwaltungsgesellschaft angehören.

Bilanztafel zum 19 mit Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Verwaltungsorgane

a) Vorstand	Vor- u. Zuname	Beruf	Wohnort/Postanschrift
1.	Vorsitzender		
2.	stellv. Vors.		
3.			
b) Aufsichtsrat	Vor- u. Zuname	Beruf	Wohnort/Postanschrift
1.	Vorsitzender		
2.	stellv. Vors.		
3.			
c) Geschäftsführer	Vor- u. Zuname (auch, wenn wenig s.) aufgeführt	Beruf	Wohnort/Postanschrift
1.			im Amt seit
2.			

II. Zahl der Tätigen

Art der Tätigkeit	hauptberuflich	nebenberuflich	ehrenamtlich
Ständig Tätige (Stand am Schluß des Geschäftsjahres)			
1. Vorstand			
2. Geschäftsführer (soweit nicht im Vorstand)			
3. Angestellte			entfällt
4. Arbeiter			entfällt
5. Lehrlinge		entfällt	entfällt
insgesamt			
Vorübergehend Tätige (im Laufe des Geschäftsjahres)			entfällt

Konto- oder Gegen-Nr. oder Hauptbuchseite	Benennung der Konten	Eingangs-Bilanz am Anfang des Geschäftsjahres 19.....				Umsatz einschließlich/ausgeschlossen (Eingangs-Bilanz)			
		Aktiva		Passiva		Soll		Haben	
		<i>DM</i>	<i>ℳ</i>	<i>DM</i>	<i>ℳ</i>	<i>DM</i>	<i>ℳ</i>	<i>DM</i>	<i>ℳ</i>
1									1
2									2
3									3
4									4
5									5
6									6
7									7
8									8
9									9
10									10
11									11
12									12
13									13
14									14
15									15
16									16
17									17
18									18
19									19
20									20
21									21
22									22
23									23
24									24
25									25
26									26
27									27
28									28
29									29
30									30
31									31
32									32
33									33
34									34
35	Verlust-/Gewinnvortrag								35
	Zwischensumme/Übertrag								
	Reinverlust/Reingewinn								

[illegible]

Aufteilung der Aufwendungen:

Persönliche Aufwendungen	DM	Pf	DM	Pf
Gehälter				
Löhne				
Gesetzliche soziale Abgaben				
Sonstige persönliche Aufwendungen				
		insgesamt		¹⁾
Sachliche Aufwendungen				
Reise-, Sitzungs-, Gen.-Vers.-Kosten und dergleichen				
Bürobedarf, Geschäftsbücher, Fachliteratur, Zeitungen und Zeitschriften				
Büromiete, Heizung, Beleuchtung, Reinigungsmaterial				
Porto, Telefon und dergleichen				
Beiträge				
Prüfungs- und Bilanzkosten, Bücherordnung				
Versicherungen				
Instandhaltung Anlagevermögen				
Betriebskosten Kraftfahrzeuge (außer für Neben- und Hilfsbetriebe)				
Miete, Pacht (ohne Büromiete)				
Werbung				
Spenden				
Sonstige sachliche Aufwendungen				
		insgesamt		¹⁾

Steuern	Steuerzahlungen		Rückstellung	Aktivierung ¹⁾ (Überszahlung)	Gesamtbetrag lt. Gu.VR	
	Nachzahlung DM	Vorauszahlung DM			DM	Pf
a) Besitzsteuern						
Körperschaftsteuer						
Kapitalertragsteuer						
Vermögensteuer						
Gewerbesteuer (einschl. Lohn Hauptbetriebe)						
Grundsteuer						
insgesamt						¹⁾
b) Sonstige Steuern						
Umsatzsteuer						
Kfz.-Steuer						
Beförderungsteuer						
insgesamt						¹⁾
c) Vermögensabgabe (LAG)						¹⁾

Zinsen und Provisionen (nur für Kreditgenossenschaften)	Zinsen		Provisionen	
	Aufwendungen DM	Erträge DM	Aufwendungen DM	Erträge DM
Laufende Rednung				
Wechsel				
Darlehen				
Warenford. u. Verbindlichkeiten				
Durchlaufende Kredite				
Banken				
Wertpapiere				
Ausgleichs- u. Deckungsforderung.				
Befristete Einlagen				
Spareinlagen				
insgesamt				¹⁾

¹⁾ Die Summe in Übereinstimmung mit den entsprechenden Positionen der Aufwendungen und Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung
²⁾ Zins sowohl in der abgelaufenen Geschäftsjahr betrifft



Verbandsbezirk

Firma der Genossenschaft

Geschäftsbericht

für das Geschäftsjahr 19..... vom..... bis ..

(Alle Beträge sind auf volle Deutsche Mark auf- oder abzurunden)

A. Allgemeines

I. Mitgliederbewegung:

Stand bei Beginn des Geschäftsjahres	Mitglieder mit	Geschäftsanteilen (nur bei b. H. angeben)
--	----------------------	--

Zugang	Mitglieder	Geschäftsanteile
--------------	------------------	------------------------

Abgang durch:

a) Aufkündigung

b) Geschäftsguthaben-Übertragung

c) Tod

d) Ausschuß

e)

Stand am Schluß des Geschäftsjahres	Mitglieder mit	Geschäftsanteilen
---	----------------------	-------------------

Die Mitglieder verteilen sich auf folgende Berufsgruppen:

1. Bauern, Landwirte, Winzer	Mitglieder mit	Geschäftsanteilen (nur bei b. H. angeben)
2. Genossenschaften	0 0	00
3. Selbständige Handwerker	0 0	00
4. Handel und sonstiges Gewerbe	0 0	00
5. Arbeiter, Angestellte, Beamte	0 0	00
6. Sonstige	0 0	00
7.	0 0	00

Zusammen:

Mitglieder mit	Geschäftsanteilen
----------------------	-------------------

II. Der Gesamtsatz beträgt auf einer Seite des Hauptbuches im Berichtsjahr DM
(ohne Eingangsbilanz) im Vorjahr DM

Die Steigerung*) Verringerung*) beträgt DM

= % und ist zurückzuführen auf:

B. Erläuterungen zu den Bilanzpositionen:

Die Barreserve (Akt. Pos. 1—3) (Kassenbestand, Guthaben auf

Bundesbankgiro- und Postscheckkonto) beträgt DM, im Vorjahr DM

davon Mindestreserve bei der Bundesbank DM

Die Guthaben bei Kreditinstituten (Akt. Pos. 4) betragen DM, im Vorjahr DM

darunter bei der Zentralkasse

1. Lfd. Rechnung DM

(einschl. Guthaben auf Warenkonten)

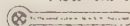
2. Kündigungs- und Festgelder DM

3. Mindestreserve DM

*) Nichtzutreffendes streichen.

Bestell-Nr. J 89 Geschäftsbericht für Kreditgenossenschaften
mit und ohne Warenverkehr

F. A. 58 - 3443 - 61



Der ausgewiesene Wechselbestand (Akt. Pos. 7) setzt sich zusammen aus:

1. abgerechneten Handelswechseln	DM	
2. Debitorenziehungen	DM	
3. Einzugswechseln	DM =	DM

Der Wertpapierbestand (Akt. Pos. 9) hat sich gegenüber dem Vorjahr — nicht — geändert durch*):

Die Ausgleichsforderungen (Akt. Pos. 10) betragen	DM, im Vorjahr	DM
Die Deckungsforderungen (Akt. Pos. 10a) betragen	DM, im Vorjahr	DM
Die Forderungen zeigen folgende Entwicklung:	Im Berichtsjahr Kontenzahl DM	Im Vorjahr Kontenzahl DM

1. Debitoren (Akt. Pos. 11)	
a) Lfd. Rechnung	
b) Warenforderungen	
c) Darlehn (unter 4 Jahre)	
d) Rückständige Darlehnszinsen ¹⁾	
e) Sonstige	
2. Langfristige Ausleihungen (ab 4 Jahre) (Akt. Pos. 12)	
3. Wechselforderungen	
a) Bestandswechsel (Akt. Pos. 7) (ohne Inkassowechsel)	
b) weitergegebene Wechsel (Pass. Pos. 16)	
c) abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf (Pass. Pos. 14a)	
4. Bürgschaften und Gewährleistungen (Pass. Pos. 15)	
Zusammen	

Die Forderungen verteilen sich nach Berufsgruppen der Kreditnehmer wie folgt:

	Anzahl der Schuldner	Im Berichtsjahr DM	Anzahl der Schuldner	Im Vorjahr DM
1. Bauern, Landwirte, Winzer				
2. Genossenschaften				
3. Selbständige Handwerker				
4. Handel und sonstiges Gewerbe				
5. Arbeiter, Angestellte, Beamte				
6. Sonstige				
7.				
Zusammen				

Unsere Beteiligungen (Akt. Pos. 15) haben sich — nicht — geändert durch*):

Am Schluß des Geschäftsjahres sind wir beteiligt bei:

a) Zentralkasse mit	Ant. zus.	DM, Gesch.-Guth.	DM, Hafta.	DM
b) Warenzentrale „	„	DM, „	DM, „	DM
c) „	„	DM, „	DM, „	DM
d) „	„	DM, „	DM, „	DM

Bei den Grundstücken und Gebäuden (Akt. Pos. 16) sind keine*) folgende*) Veränderungen eingetreten:

Zugang:	DM, Abgang	DM
---------	------------	----

Abreibungen hierauf DM, davon außerordentliche DM

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Akt. Pos. 17) sind keine*) folgende*) Veränderungen eingetreten:

Zugang:	DM, Abgang ..	DM
---------	---------------	----

*) Nichtzutreffendes streichen.

1) Hier sind die Zinsen von Darlehn, Kausalgeldern, mit einer Laufzeit von unter und über vier Jahren auszuweisen.

Abreibungen hierauf DM, davon Abreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter DM.
Die Verbindlichkeiten zeigen folgende Entwicklung:

	Im Berichtsjahr		Im Vorjahr	
	Kontenzahl	DM	Kontenzahl	DM
1. Einlagen:				
a) Sichteinlagen (Pass. Pos. 1 a)				
b) befristete Einlagen (Pass. Pos. 1 b)				
c) Spareinlagen (Pass. Pos. 1 c)				
Zusammen:				

Die Spartätigkeit wird durch folgende Spareinrichtungen gefördert:

2. Sonstige Verbindlichkeiten (Pass. Pos. 2—4):				
a) bei der Zentralkasse		DM, im Vorjahr		DM
b) bei der Warenzentrale		DM, „ „		DM
c) bei sonstigen Stellen		DM, „ „		DM
Zusammen:		DM, im Vorjahr		DM
Die Eventualverbindlichkeiten (Pass. Pos. 14 a, 15 u. 16) betragen		DM, im Vorjahr		DM

Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

a) Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder (Pass. Pos. 6 a)		DM, im Vorjahr		DM
b) Rücklagen nach § 11 KWG (Pass. Pos. 7)		DM, „ „		DM
c) sonstige Rücklagen (Pass. Pos. 8)		DM, „ „		DM
d) Vorgesehene Zuweisungen aus dem Reingewinn				
1. zu den Rücklagen nach § 11 KWG		DM, „ „		DM
2. zu sonstigen Rücklagen		DM, „ „		DM
e) abzüglich Reinverlust (Akt. Pos. 20) %		DM, „ „ %		DM
Eigenkapital lt. Bilanz		DM, im Vorjahr		DM
Haftsummenzuschlag*)		DM, im Vorjahr		DM
Haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG*)		DM, im Vorjahr		DM

Das Verhältnis des bilanzmäßigen Eigenkapitals zur Bilanzsumme beträgt %/s, im Vorjahr %/s.

Die Rückstellungen (Pass. Pos. 9) haben sich gegenüber dem Vorjahr vermehrt um DM

Sie sind gebildet für: vermindert um DM

a) DM	Übertrag:	DM
b) DM	d)	DM
c) DM	e)	DM
Übertrag: DM	f)	DM
Insgesamt:		DM

Die Wertberichtigungen für Forderungen (Pass. Pos. 10) haben sich wie folgt*) nicht*) verändert:

Auflösungen: DM, Neuzuweisungen: DM.

Es betragen am Schluß des Geschäftsjahres:

a) die Einzelwertberichtigungen	DM, im Vorjahr	DM
b) die Sammelwertberichtigung	DM, „ „	DM
Wertberichtigungen insgesamt	DM, im Vorjahr	DM

*) Nichtzutreffendes streichen.

b) Bei a.G.m.b.H.: 50 Prozent von a + b + d l abzüglich e, höchstens jedoch die Gesamthaftsumme; bei e.G.m.H.: 100,— DM pro verbleibendes Mitglied bzw. mindestens 50 Prozent von a + b + d l abzgl. e.

f) Summe aus a + b + d l + Haftsummenzuschlag, abzgl. e.

Erläuterungen zu „Sonstige Aktiva“ (Akt. Pos. 18) und „Sonstige Passiva“ (Pass. Pos. 11) und den Rechnungsabgrenzungsposten (Akt. Pos. 19 und Pass. Pos. 12):

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung:

Die ordentlichen Aufwendungen betragen:	Im Berichtsjahr DM	Im Vorjahr DM
Zinsen und Provisionen	_____	_____
Persönliche Aufwendungen	_____	_____
Sachliche Aufwendungen	_____	_____
Steuern	_____	_____
Normale Abschreibungen	_____	_____
Zuweisung an Sammelwertberichtig.	_____	_____
Insgesamt:	_____	_____
Die ordentlichen Erträge betragen:		
Zinsen und Provisionen	_____	_____
Erträge aus Warenverkehr	_____	_____
Erträge aus Nebenbetrieben	_____	_____
Sonstige Erträge	_____	_____
Insgesamt:	_____	_____
Betriebsgewinn*) Betriebsverlust*)	_____	Betriebsgew.*) Betriebsverl.*)
Die a. o. Aufwendungen betragen:		
Zuweisung zu Einzel-Wertberichtig.	_____	_____
Abschreibung von Forderungen	_____	_____
Insgesamt:	_____	_____
Die a. o. Erträge und Zuwendungen betragen:		
Insgesamt:	_____	_____
Jahresgewinn*) Jahresverlust*	_____	Jahresgew.*) Jahresverl.*)
Verlust*)-Gewinn*)-Vortrag	_____	Verlust*)-Gewinn*)-Votr.
Mithin Reingewinn*) Reinverlust*)	_____	Reingewinn*) Reinverlust*)
Der Vorstand schlägt vor, den Reingewinn*)/Reinverlust*) wie folgt zu verwenden*) decken*):		

(Ort, Datum)

(Firmenstempel der Genossenschaft)

Der Vorstand:

Der Aufsichtsrat hat den Geschäftsbericht — nebst Anlage*) — sowie den anliegenden Jahresabschluß geprüft, in Ordnung befunden und befürwortet gemäß Beschluß vom den Vorschlag des Vorstandes über die Gewinnverteilung*) Verlustdeckung*). Der Vorschlag entspricht den Vorschriften des Statuts.

(Ort, Datum)

(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

*) Nicht veröffentlicht zu sein.



Verband:

(Firma der Genossenschaft)

Geschäftsbericht 19

I. Mitgliederbewegung

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres Mitglieder mit Geschäftsanteilen

Zugang Mitglieder Geschäftsanteile

Abgang durch

- a) Aufkündigung
- b) Geschäftsguthaben-Übertragung
- c) Tod
- d) Geschäftsanteile

Stand am Schluß des Geschäftsjahres Mitglieder mit Geschäftsanteilen

II. Geschäftsbetrieb¹⁾

- a) Die Bilanzsumme (einschl. Passiva Pos. 14a, 15 u. 16) betrug DM gegenüber DM im Vorjahr. Die Erhöhung — Verminderung²⁾ ist in der Hauptsache zurückzuführen auf
- b) Der Gesamtumsatz belief sich auf DM gegenüber DM im Vorjahr. Steigerung — Verminderung²⁾ mithin DM = ... %.
- c) Hilfs- und Nebenbetriebe hat die Genossenschaft nicht — folgende²⁾:
- d) Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr (z.B. Errichtung von Zweigstellen, Aufnahme weiterer Geschäftszweige) und wichtige Vorgänge nach dem Bilanzstichtag:

III. Erläuterungen zur Bilanz¹⁾

Aktiva

Die Barreserve (Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben)

betrug DM, im Vorjahr DM

davon Mindestreserve bei der Bundesbank DM

Die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen: DM, im Vorjahr DM

darunter bei der Zentralkasse

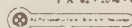
1. Lfd. Rechnung DM

2. Kündigungs- und Festgelder DM

3. Mindestreserve DM DM

¹⁾ Alle Beträge sind auf volle Deutsche Mark auf- oder abzurunden.

²⁾ Nichtzutreffendes streichen.



Der Wertpapierbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht — geändert durch^{*)}

Bestand am Schluß des Geschäftsjahres: Nennwert DM, Buchwert DM
 Die Ausgleichs- und Deckungsforderungen betrugen DM, im Vorjahr DM
 Die Verminderung — Erhöhung^{*)} ist zurückzuführen auf

Die Forderungen zeigten folgende Entwicklung:	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
a) Lfd. Rechnung		
b) Teilzahlungskredite		
c) Darlehen und Hypotheken (unter 4 Jahre)		
d) Darlehen und Hypotheken (ab 4 Jahre)		
e) Darlehenszinsen und Annuitäten		
f) Wechselforderungen		
1. Bestandswechsel (ohne Inkassowechsel)		
2. weitergegebene Wechsel		
3. abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf		
g) Bürgschaften und Gewährleistungen		
h)		
insgesamt		

Beteiligungen am Schluß des Geschäftsjahres:	Höhe des Gesch.-Anteils DM	Anzahl der Anteile	Geschäftsguthaben DM	Haftsumme DM
a) Zentralkasse				
b)				
c)				
insgesamt				

Bei den Grundstücken und Gebäuden sind keine — folgende^{*)} Zu- und Abgänge eingetreten:

Zugänge: DM durch

Abgänge: DM durch

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind keine — folgende^{*)} Zu- und Abgänge eingetreten:

Zugänge: DM durch

Abgänge: DM durch

Erläuterungen zu den Positionen Sonstige Aktiva und Rechnungsabgrenzungsposten:

^{*)} Nichtzutreffendes streichen.

Passiva	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
Die Einlagen haben sich wie folgt entwickelt:		
a) Sichteinlagen		
b) befristete Einlagen		
c) Spareinlagen		
insgesamt		

Die besonderen Spareinrichtungen (Sparverträge, Gewinnsparen, Schulsparen, Schranksparen, Abholsparen, Spardosen,)^{*)} erbrachten Einlagenzugänge in Höhe von DM gegenüber DM im Vorjahr.

Nostroverbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten (einschl. Eventualverbindlichkeiten) bestanden gegenüber	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
a) der Zentralkasse		
Buchkredit		
Wechselkredit		
b) anderen Banken		
Buchkredit		
Wechselkredit		
c) sonstigen Stellen		
insgesamt		

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
a) Geschäftsguthaben		
b) gesetzlicher Reservefonds		
c) Betriebsrücklage		
d)		
insgesamt		

Die Erhöhung — Verminderung^{*)} ist zurückzuführen auf

Rückstellungen wurden zum Bilanzstichtag gebildet für:	DM	DM
a)		Übertrag:
b)	c)	
c)	f)	
d)	g)	

Übertrag: insgesamt

gegenüber insgesamt DM im Vorjahr.

Die Wertberichtigungen für Forderungen betrugen:	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
Einzelwertberichtigungen		
Sammelwertberichtigung		
insgesamt		

Erläuterungen:

^{*)} Nichtzutreffendes streichen.

Erläuterungen zu den Positionen Sonstige Passiva und Rechnungsabgrenzungsposten:

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Belastungen, Haftungen und dgl. bestanden nicht — folgende¹⁾:

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung ¹⁾	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
Die Aufwendungen betrugen:		
Zinsen und Provisionen		
Persönliche Aufwendungen		
Sachliche Aufwendungen		
Abschreibungen auf Anlagen		
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva		
Steuern		
Kursverluste		
insgesamt		

Erläuterungen zu den Aufwendungen:

Die Erträge gestalteten sich wie folgt:	Berichtsjahr DM	Vorjahr DM
Zinsen und Provisionen		
Erträge aus Beteiligungen		
Kursgewinne		
Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben		
Sonstige Erträge		
Außerordentliche Erträge		
insgesamt		

Die außerordentlichen Erträge im Berichtsjahr setzen sich zusammen aus

Weitere Erläuterungen zu den Erträgen: ..

V. Reingewinn — Reinverlust¹⁾ DM, Reingewinn — Reinverlust¹⁾ im Vorjahr DM.

Der Vorstand schlägt vor, den Reingewinn — Reinverlust¹⁾ wie folgt zu verwenden — decken²⁾: ..

(Ort, Datum)

(Firma der Gesellschaft)

Der Vorstand:

VI. Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat den Geschäftsbericht sowie den anliegenden Jahresabschluß geprüft, in Ordnung befunden und befürwortet gemäß Beschluß vom 196... den Vorschlag des Vorstandes über die Gewinnverwendung — Verlustdeckung¹⁾. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften der Satzung.

(Ort, Datum)

(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

¹⁾ Alle Beträge sind auf volle Deutsche Mark auf- oder abgerundet.

²⁾ Nichtzutreffendes streichen.



(Firma der Genossenschaft)

Anlage zum Geschäftsbericht 19

I. Berufsgruppengliederung der Mitglieder	Berichtsjahr Anzahl	Vorjahr Anzahl
1. Bauern, Landwirte, Winzer		
2. Selbständige Handwerker		
3. Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende		
4. Arbeiter, Angestellte, Beamte		
5. Freie Berufe		
6. Genossenschaften		
7. Sonstige		
insgesamt		

II. Gliederung der Kredite ¹⁾	Berichtsjahr		Vorjahr	
a) nach Berufen	Anzahl der Schuldner		Anzahl der Schuldner	
		DM		DM
		%		%
1. Bauern, Landwirte, Winzer				
2. Selbständige Handwerker				
3. Kaufleute und sonstige Gewerbetreibende				
4. Arbeiter, Angestellte, Beamte				
5. Freie Berufe				
6. Genossenschaften				
7. Sonstige				
insgesamt		100		100

b) nach Sicherheiten	Berichtsjahr		Vorjahr	
	DM	%	DM	%
1. Grundpfandrechte				
2. Wechselverpflichtete				
3. Bürgschaften				
4. Abtretungen				
5. Sicherungsübereignungen				
6. Kommunaldeckung				
7. Genossenschafts-(Haftsummen-)Kredite				
8. Sonstige				
gesicherte Kredite				
9. ungesicherte Kredite				
insgesamt		100		100

¹⁾ Alle Beträge sind auf volle Deutsche Mark auf- oder abrunden.



Verband:

Form der Genossenschaft

Bericht über den Warenverkehr und weitere Geschäftszweige für das Geschäftsjahr vom bis 196.....

I. Warenverkehr¹⁾

Der Umsatz im Bezugs- und Absatzgeschäft betrug:

im Berichtsjahr	dz im Werte von	DM
im Vorjahr	dz	DM
mithin mehr/weniger	dz, mehr / weniger	DM

a) Bezugsgeschäft (Verkaufswerte)

	Berichtsjahr		Vorjahr	
Düngemittel	dz	DM	dz	DM
Futtermittel	dz	DM	dz	DM
Saatgetreide, Sämereien	dz	DM	dz	DM
Pflanzkartoffeln	dz	DM	dz	DM
Brennstoffe (einschl. Heizöl)	dz	DM	dz	DM
Öle und Fette	dz	DM	dz	DM
Treibstoffe		DM		DM
Schädlingsbekämpfungsmittel		DM		DM
Bindegarn		DM		DM
		DM		DM
		DM		DM
Sonstiges		DM		DM
Maschinen, Geräte, Ersatzteile	—	DM	—	DM
insgesamt	dz	DM	dz	DM

Im Berichtsjahr wurden von der Warenzentrale und anderen Genossenschaften bezogen:

(Einkaufswerte)	dz	DM	dz	DM
-----------------	----	----	----	----

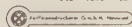
b) Absatzgeschäft (Verkaufswerte)

	Berichtsjahr		Vorjahr	
Getreide	dz	DM	dz	DM
Saatgetreide	dz	DM	dz	DM
Pflanzkartoffeln	dz	DM	dz	DM
Speise- und Futterkartoffeln	dz	DM	dz	DM
		DM		DM
		DM		DM
Sonstige l.d.w. Erzeugnisse		DM		DM
insgesamt	dz	DM	dz	DM

davon an die Warenzentrale und andere Genossenschaften geliefert:

(Verkaufswerte)	dz	DM	dz	DM
-----------------	----	----	----	----

¹⁾ Beträge sind auf volle Deutsche Mark, Mengen auf volle dz auf- oder abzurunden.



11. Viehwirtschaft)

Schlachtvieh	Stück	Berichtsjahr	Stück	Vorjahr
		Erlöse DM		Erlöse DM
1 Rindvieh				
2 Kalber				
3 Schweine				
4				
insgesamt				

Nutztier	Buchtjahr		Vorjahr	
	Stück	Erlöse M	Stück	Erlöse M
1. Rindvieh einschl. Kalber				
a) Magervieh zur Mast				
b) Mildvieh (Nutztiere)				
c) Kalber				
d) sonst. Rindvieh (Zuchttiere, Gangochsen)				
2. Schweine				
a) Sauen und Iber				
b) Laufer				
c) Ierkel				
3				
insgesamt				
Gesamtumsatz				

III. Weitere Geschäftszweige¹⁾ (z. B. Obst- und Gemüsegeschäft, Eier- und Geflügelverwertung):

¹⁾ Alle Beträge sind auf volle Deutsche Mark auf- oder abzurunden.

Fragebogen für den Betriebsvergleich 1958 bis 1962

1958	1959	1960	1961	1962

1. Anzahl der Buchungsposten insgesamt (s. Journal): _____
2. Anzahl der Buchungsposten im Kontokorrentverkehr (zur 1962): _____
3. Ausschließlich für 31.12.1962: _____
 - a) Zahl der debitorischen Forderungskonten (insgesamt): _____
 - b) Zahl der debitorischen Warenformungskonten: _____
 - c) Zahl der debitorischen Konten in laufender Rechnung: _____
 - d) Zahl der debitorischen Darlehenskonten (Darlehen bis unter 4 Jahre Laufzeit): _____
 - e) Zahl der debitorischen Konten bezüglich der langfristigen Ausleihungen (4 Jahre u. mehr): _____
4. Von den Kontokorrentkonten am Jahresende 1962 wurden geführt in (Anzahl): _____
 - a) provisionspflichtiger Rechnung: _____
 - b) provisionsfreier Rechnung: _____
5. Wurden für die folgenden bankmäßigen Dienstleistungen 1962 Provisionen verlangt? (ja / nein)

In welcher Höhe (DM) wurden 1962 für die aufgeführten Positionen Provisionen vereinnahmt?

	ja / nein	Beträge in DM
a) Umsatzprovision für Kontoführung		
b) Disagioprovision bei Zahlbrettstellung von Wechseln		
c) Sonstige Wechselprovisionen (soweit Dienstleistungserlöse, z.B. Wechselinkasso)		
d) Provisionen für Treuhänderschaften (durchl. Kredite, Abwicklung von Vermögenswerten)		
e) Sog. Abschlagsgebühren		
f) Provisionen für Wertpapier- und -verkauf sowie -verwahrung		
g) Provisionen für Agententätigkeit (Bausparkasse, Versicherungen), soweit diese der Gen. aufliegen		
h) Provisionen für Außenhandelsgeschäfte		
i) Einlage von Schecks, Sorten, Darlehen, Zinsscheinen		
k) Scheckkassette, Kontokausale, Überweisungsbühren, Auskunftsgebühren, sonst. Ausleihungsleistung		
l) Bürgschaftsprovisionen (zusätzl. sonst. Provisionen aus Krediten)		
m) Bereitstellungsprovisionen f. KK-Kredite, Kreditbearbeitungsgebühren, Ausleihungsprovis., Darlehen (soweit Dienstleist. betr.)		
n) _____		
o) _____		

Lebenslauf

Am 1. 5. 1938 wurde ich als erster Sohn des jetzigen Städtischen Oberverwaltungsrats Hubert Ashoff und seiner Ehefrau Erna, geb. Mösseler, in Essen geboren. Nach dem Besuch der kath. Volksschulen in Barweiler/Eifel und in Essen-Bredeney wurde ich Ostern 1949 in die Sexta des Neusprachlichen Gymnasiums in Essen-Werden aufgenommen. Nach 9 Jahren bestand ich dort Ostern 1958 die Reifeprüfung.

Im Sommersemester 1958 begann ich an der Universität München das Studium der Wirtschaftswissenschaften. Im Wintersemester 1959/60, meinem 4. Studiensemester, wechselte ich zur Universität Köln und im darauffolgenden Sommersemester 1960 zurück zur Universität München. Nach meinem 9. Studiensemester legte ich dort im Februar 1963 die Diplomprüfung für Kaufleute ab. Während der Semesterferien arbeitete ich als Praktikant bei der National-Bank AG in Essen, der Industriebau GmbH, Essen, und beim Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Essen.

Im Anschluß an die Diplomprüfung setzte ich das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Münster fort. Der Direktor des Instituts für Kreditwesen, Prof. Dr. L. Mülhaupt, stellte mir das Dissertationsthema: Die größeren Kreditgenossenschaften des Raiffeisenverbandes Mittelrhein im Spiegel des Betriebsvergleichs. Die Unterlagen hierzu sammelte ich in Koblenz, dem Sitz des Raiffeisenverbandes Mittelrhein e.V. Von Mai 1963 bis zum Frühjahr 1966 war ich in Koblenz ausschließlich mit der Ausarbeitung der Dissertation beschäftigt. Im Sommersemester 1966 und im Wintersemester 1966/67 studierte ich als Doktorand wieder ganz in Münster, um mich auf das Rigorosum vorzubereiten. Ich bin unverheiratet.

Winfried Ashoff

